



4° Bot. 103 o (1828







# A m t s - B l a t t

der

Königlich Preussischen Regierung :

zu

Merseburg.

---

1828.

---

Merseburg,  
gedruckt bei Franz Kobbisch.

2. 15302



# A m t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

## 1. Stück.

Merseburg, den 5. Januar 1828.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Damit bei den Wahlen der Landräthe in Gemäßheit des Reglements vom 22. August 1826 ein dem Zweck entsprechendes und gleichförmiges Verfahren beobachtet werde, ertheile Ich auf Ihren Bericht vom 17. dieses Monats folgende Bestimmungen:

- 1) der Kreis-Deputirte, unter dessen Vorſiß nach §. 6. des Reglements die Wahl abzuhalten iſt, wird von der Regierung nach eigenem Ermeſſen ernannt;
- 2) die Wahl erfolgt jederzeit auf einem Kreistage, zu welchem der Kreis-Deputirte nach den Vorſchriften der Kreis-Ordnung mit der Bekanntmachung, daß die Landrathswahl ſtatt haben werde, die Kreisſtändiſche Verſammlung einzuladen hat;
- 3) wird nach §. 1. des Reglements excluſivlich durch die ſtimmberechtigten Rittergutsbeſitzer des Kreiſes gewählt, ſo können Stimmberechtigte, die nicht perſönlich oder mittelſt geſetzlicher Vertretung erſcheinen, ihre Stimmen durch Einſendung eines verſiegelten Wahlzettels abgeben. Das in dieſem Falle an den Vorſitzenden zu richtende Schreiben muß von einigen Mitgliedern der Wahlverſammlung als durch den Wählenden unterzeichnet anerkannt werden;
- 4) erfolgt die Wahl nach §. 2. des Reglements durch die Kreisverſammlung, ſo verbleibt es bei den Vorſchriften der Kreisordnung;
- 5) im Wahltermine hat jeder Stimmberechtigte Einen nach §. 4. des Reglements wahlfähigen Candidaten durch Wahlzettel zu benennen. Auch die im Fall des §. 5. eingekündeten Wahlzettel müſſen nur Einen Candidaten bezeichnen, andernfalls bleiben ſie unberückſichtigt;
- 6) die Wahlzettel werden von dem Vorſitzenden unterſucht und gezählt, und

der Befund wird in das durch den Vorsitzenden aufzunehmende Wahl-Protocoll eingetragen;

- 7) als Wahl-Candidaten sind diejenigen drei zu betrachten, die in Vergleichung unter sich und mit den übrigen die meisten Stimmen haben;
- 8) ist die Wahl in Gemäßheit des §. 1. des Reglements abgehalten, so hat der Vorsitzende den zur Kreisversammlung deputirten Repräsentanten der Städte und Landgemeinden das Resultat der Wahl sofort bekannt zu machen, und daß solches geschehen, nachträglich zum Wahlprotocoll zu vermerken;
- 9) befinden sich die Wahlcandidaten in der Versammlung, so ist ihre Erklärung rücksichtlich der Bereitwilligkeit, sowohl zur Uebnahme der Stelle als zum Nachweis der erforderlichen Qualification in der vorgeschriebenen Form, gleichzeitig zu erfordern und zum Protocoll zu bringen, welches der Vorsitzende hiernächst an die Regierung zur weiteren Verfügung einzureichen hat.

Soll durch die Kreisversammlung nach den Bestimmungen des Reglements §§. 8. 9. ein Kreis-Deputirter gewählt werden, so geschieht es gleichfalls durch Wahlzettel, worin nur Einer namhaft gemacht wird. Derjenige, der nach erfolgter Untersuchung die meisten Stimmen hat, wird als qualificirt anerkannt und der Regierung zur Bestätigung durch den Vorsitzenden angezeigt.

Ich trage Ihnen auf, diese Bestimmungen durch die Amtsblätter der betreffenden Provinzen bekannt zu machen.

Berlin, den 30. November 1827.

(G.) Friedrich Wilhelm.

An

den Staats-Minister v. Schuckmann.

Die vorstehenden Allerhöchsten Bestimmungen über das bei der Wahl der Landräthe und Kreis-Deputirten zu beobachtende Verfahren bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Magdeburg, den 12. December 1827.

Der Geheime Staats-Minister von Klewiz.

## Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nr. 1. Mehrere Justizvisitationen der Gerichtsämter des hiesigen Departements  
Geschäftsanz-  
weisung für haben dargethan, daß sowohl bei Vertheilung der Geschäfte zwischen dem Ge-

richtsamtman und dem Actuarius, als auch bei Anwendung des für die Ge-  
richtsämter nicht durchgehends passenden Allgemeinen Registratur- und Kanzlei-  
Reglements vielfache Zweifel und Irrthümer obwalten. Nachstehende Geschäfts-  
anweisung, welche durch das Hohe Rescript vom 22. October 1827 genehmigt  
worden, wird daher den Königl. Gerichtsämtern des hiesigen Departements zur  
genauen und sorgfältigen Befolgung hierdurch bekannt gemacht:

die Königl.  
Gerichts-  
Ämter betr.

### §. I.

Dem Gerichtsamtman liegen diejenigen Geschäfte ob, welche nach Vor-  
schrift der Geseze nur von richterlichen Personen vollzogen werden können, in  
so fern nicht die nachfolgenden Vorschriften Ausnahmen hiervon gestatten; so  
wie die Aufsicht, Leitung und im Falle einer Vernachlässigung derselben, Ver-  
tretung des ihm untergebenen Gerichts- Amts- Personals.

### §. II.

Die Geschäfte sämmtlicher Actuarien ohne Ausnahme bestehen:

- 1) in dem Expediren der von dem Gerichtsamtman erlassenen Decrete;
- 2) in Führung der Protocolle in denjenigen Fällen, in welchen die Geseze  
die Zuziehung eines Protocollführers zur Legalisirung der Verhandlung,  
erfordern;
- 3) die Besorgung des Registratur- und
- 4) Sportelwesens;
- 5) im Mundiren und Copiren; soweit sie daran durch die übrigen Geschäfte  
nicht gehindert werden. Außerdem kann ihnen gütlicher Weise aufgetra-  
gen werden:
- 6) die Aufnahme von Gesuchen, Anzeigen und Erklärungen einer Partei,  
wodurch dieselbe weder eine Verbindlichkeit übernimmt, noch einem Rechte  
entsagt, sowohl in Processen, als auch bei Handlungen der freiwilligen  
Gerichtsbarkheit und in Vormundschafssachen;
- 7) die Aufnahme von Verhandlungen, wodurch einer Partei etwas zum  
Protocoll bekannt gemacht oder angedeutet, z. B. eine Citation oder an-  
dere Verordnung insinuiert, ein Urtheil oder Resolution publicirt u.  
wird, desgleichen die Aufnahme der protocollarischen Anzeigen der Ge-  
richtsboten und Executoren über die von denselben bewirkten Insinuation-  
en und Executionen;
- 8) die Direction von Executionsvollstreckung, z. B. in den §§. 59, 68, 80 und  
98, Tit. 24, Zhl. 1. der Prozeß-Ordnung erwähnten Fällen;
- 9) die Aufnahme von Taxen:

- a) von kleinen Grundstücken, sowohl städtischen, als auf dem Lande belegenen;
- b) von Wandel-Neckern oder wälzenden Grundstücken, ohne Rücksicht auf die Größe des Werths;
- c) von beweglichen Sachen, ebenfalls ohne Rücksicht auf den Betrag des Werths;
- 10) die Abhaltung von Auctionen;
- 11) Siegelungen, sowohl bei Sterbefällen, als Concurseröffnungen und andern Vermögensbeschlagnahmen;
- 12) Inventuren, und
- 13) Fälschung von Urkunden.

### §. III.

Denjenigen Actuarien, welche entweder als Aufscultatoren angestellt gewesen sind, oder, ohne vorher Aufscultatoren gewesen zu seyn, das in dem Ministerial-Rescripte vom 1. März 1819 angeordnete Examen bestanden haben, kann auch, Falls sie den Richter Eid geschworen haben, die Führung von ihren Kräften angemessenen Proceß-Instructionen und Untersuchungen geringer Vergehen, Hinsichts deren eine polizeiliche Untersuchung durch die Civilgerichte zulässig ist (jedoch mit Ausnahme der durch das Gesetz vom 7. Juni 1821 angeordneten Untersuchung der Holzdiebstähle), aufgetragen werden; jedoch sind dieselben hierbei von dem Gerichtsamtmanne unter genauer Controlle zu halten. Ueber die Qualification jedes einzelnen Actuarius entscheidet das Ober-Landesgericht.

### §. IV.

Die Geschäfte der Gerichtsämter zerfallen nach dem Gesetze vom 4. Mai 1820 in solche:

- A. welche die Gerichtsämter vermöge speciellen Auftrags, und
- B. welche sie vermöge perpetuirlichen Auftrags bearbeiten.

Ueber sämmtliche sub A. erwähnte Geschäfte, über welche besondere Acten angelegt werden müssen, ist ein besonderes Repertorium nach dem Schema A. und nach Buchstaben und Nummern, welche mit jedem Buchstaben von neuem beginnen, zu führen. Den Buchstaben, unter welchem jede Sache aufgeführt wird, bestimmt in Substitutions-Sachen der Name des Eigenthümers des zu substituierenden Grundstücks, in liquidations- und Concurss-Sachen, der Name des Gemeinschuldners oder Erblassers, in Pupillen-Sachen der Vaters-Name der Pupillen, in Untersuchungs-Sachen der Name des Inculpaten, in Hypo-

ihelen. Sachen der Name des Besizers des Grundstücks, und in Nachlaß. Sachen der Name des Erblassers.

§. V.

Was die sub B. erwähnten Geschäfte betrifft, so müssen für die, jede Art derselben betreffenden Acten besondere Repertorien angelegt werden, mithin

- 1) für sämtliche Proceßacten, wohin auch die möglicher Weise bei den Gerichtsämtern vorkommenden Substationen gehören, ein Repertorium nach dem Schema sub B., in welches die Sachen nach Buchstaben und Nummern, welche mit jedem Buchstaben von neuem anfangen, eingetragen werden, sobald auf die Klage die Instruction verfügt worden. Die Führung besonderer Repertorien für die currenten und reponirten Sachen kann unterbleiben und die Uebertragung der current gebliebenen Sachen in neue Repertorien von 5 zu 5 Jahren geschehen, wodurch sodann, wenn die Uebertragung bei den einzelnen Sachen in den ältern Repertorien bemerkt wird, diese von selbst in bloße Repertorien der reponirten Sachen übergehen.

B.

Die sogenannten kleinen Gerichtstags. Sachen sind ebenfalls in diese Repertorien einzutragen, können jedoch in Ein Volumen für jeden Buchstaben dergestalt geheftet werden, daß sie zu jeder Zeit wieder herausgenommen werden können.

- 2) Für sämtliche zur Competenz der Gerichtsämter gehörige Untersuchungen, mit Ausschluß der Forstdefraudationen, nach dem Schema sub C. und zwar, wie für die Civilproceß. Sachen, nach Buchstaben und Nummern und gemeinschaftlich für die currenten und reponirten Acten.

C.

Der Ort, wo die Sache einzutragen ist, wird durch den Namen des Inculpaten bestimmt; sind deren mehrere, so müssen die Acten mit Hinweisung auf die Haupteintragung unter dem Namen eines jeden eingetragen werden. In dieses Repertorium wird die Sache eingetragen, sobald die Eröffnung der Untersuchung verfügt worden.

- 3) Ueber die Vormundschaftsacten nach dem Schema sub D. und gemeinschaftlich für die currenten und reponirten Acten und analog der §. IV. und V. 1. gegebenen Anweisung. Die Eintragung geschieht, sobald die Verpflichtung eines Vormundes verfügt worden.

D.

- 4) Ueber die Generalacten nach dem Schema sub E. Welche Gegenstände zur General. Registratur gehören, deshalb wird auf §. 47, Lit. 5, Zbl. 3. der Prozeßordnung verwiesen. Außerdem aber sind bei den Gerichtsämtern in dieses Repertorium auch noch einzutragen:

E.

- a) die Acten über Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit;
- b) über Forst-Rügen-Sachen;
- c) über das Erbschaftsstempelwesen, insoweit dasselbe nicht bei Nachlaßregulirungen oder Vormundschafts-Sachen vorkommt;
- d) Nachlaß-Regulirungen, insofern sie bei den Gerichtsämtern ohne Vormundschaften vorkommen können.

Das Repertorium wird nach folgenden Capiteln geführt:

- Cap. I. Einrichtungs-Sachen und Personalia der Beamten.
- Cap. II. Correspondenz mit dem Königl. Ober-Landes-Gerichte.
- Cap. III. Correspondenz mit dem Königl. Inquisitoriate.
- Cap. IV. Correspondenz mit dem Königl. Landgerichte.
- Cap. V. Correspondenz mit andern Behörden.
- Cap. VI. Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit.
- Cap. VII. Supplicanten- und Parteien-Sachen, in denen es zu keiner Instruction gekommen.
- Cap. VIII. Forstrügen-Sachen.
- Cap. IX. Spottelwesen.
- Cap. X. Erbschaftsstempelwesen.
- Cap. XI. Nachlaß-Regulirungen.

F.

5) Ueber Hypothekenacten nach dem Schema sub F.

#### §. VI.

G.

Die Acten sind übrigens stets gehörig zu rubriciren und zu foliiren, mit vollständigen Notuln und namentlich die Pupillen-Acten mit einer Uebersicht nach dem Schema G. zu versehen; auf den Actenschwänzen ist der Name der Partei, des Inculpaten, des Waters der Pupillen ic., so daß daraus der Inhalt des Actenstücks zu erschen, ingleichen die Zeichen der ersten Colonne der Repertorien zu vermerken.

#### §. VII.

Den Acten müssen nach den verschiedenen Geschäftszweigen besondere Repositorien eingeräumt, diese wiederum nach den Bezeichnungen der ersten Colonne der Repertorien abgetheilt, jedes local muß mit einer in die Augen fallenden Bezeichnung der Bestimmung versehen und in gleicher Art müssen die currenten von den reponirten Acten gesondert werden.



§. VIII.

Außer den Repertorien müssen bei den Gerichtsämtern folgende Journale geführt werden:

- 1) Das Annotations-Journal nach dem Schema H, in welches diejenigen Acten eingetragen werden, welche außer dem Gerichtsamtmanne irgend Jemandem oder andern Behörden verabsolgt werden. H.
- 2) Das Reproductions-Journal, vereinigt mit dem Terminskalender in der bekannten Form des letztern, in welches die angesetzten Termine, sowie die verfügten Reproduktionen mit Allegirung des Datums, des Decrets und der Nummer des Exhibiti und Bezeichnung der Acten eingetragen werden.
- 3) Das Vortrags-Journal — Tagezettel — nach dem Schema I. Alle eingehenden Sachen ohne allen Unterschied, sowie die bei den Gerichtsämtern selbst aufgenommenen Verhandlungen u. müssen von dem Gerichtsamtmanne präsentirt und zwar die Hypothekensachen mit Angabe der Stunde der Präsentation, demnächst aber unverzüglich dem Actuarius zugestellt werden. Dieser trägt am Nachmittage jeden Tages die von einem Tage zum andern eingegangenen Sachen ohne Ausnahme in das vorbeschriebene Vortrags-Journal unter fortlaufenden Nummern, die mit jedem neuen Monat von vorn anfangen, ein, und füllt dabei die ersten 4 Colonnen aus; jede bemerkte Unterlassung dieser Pflicht muß vom Gerichtsamtmanne unnachsichtlich mit Ordnungsstrafen geahndet werden, weil sie ihm jede Controlle der fehlenden Sache unmöglich macht. Zugleich sucht der Actuar die zu jeder Piece gehörenden, etwa schon vorhandenen Acten auf, bemerkt die Nummer auf dem Actendeckel und das Actenzeichen auf der Piece und sendet sämtliche Acten dem Gerichtsamtmanne mit dem Vortrags-Journal zu. Dieser muß in der Regel bis zum andern Mittag sämtliche ihm zugesandte Sachen abdecretiren und sie dem Actuar mit dem Vortrags-Journal zurückschicken, jedenfalls aber ihm das Vortrags-Journal Behufs Eintragung der neu eingegangenen Sachen zustellen lassen. Beim Decretiren fällt der Gerichtsamtmanne die beiden Colonnen: I.

„Datum decreti“

„Was damit geschehen soll“

aus.

In letzterer Beziehung zerfallen alle Sachen

- 1) in solche, welche expedirt, oder per cop. decr. gehen sollen;

- 2) in solche, welche irgend Jemand vorzuzeigen sind;
- 5) in solche, welche lediglich ad Acta geschrieben werden.

Im ersten Falle füllt der Gerichtsamtman die Colonne:

„was damit geschehen soll.“

mit den Buchstaben exp.

(expediatur).

im zweiten Falle mit den Buchstaben br. m.

(brevi manu)

und im dritten Falle mit den Buchstaben a. A.

(ad Acta)

aus.

Sobald hierauf der Actuarus die Sachen zurückerhält, festet er die ad Acta geschriebenen Sachen sofort zu den Acten, durchstreicht die 7te und 8te Colonne des Vortrags-Journals, sowie die Vortrags-Nummer auf dem Actendeckel und füllt die 9te Colonne aus. Dasselbe thut er bei den mit brevi manu bezeichneten Sachen, wenn er die Vorzeigung, oder was sonst zu besorgen ist, bewirkt hat; Ist in Folge des Geschehenen eine sofortige anderweitige Beförderung zum Vortrag nöthig, so trägt er sie unter einer neuen Nummer in das Journal ein. Die mit exp. bezeichneten Sachen muß der Actuarus baldmöglichst expediren und sich dabei überall die Anweisungen in der Allg. Ver. Ord., Th. III, Tit. 5, §. 8 — 15, zur Richtschnur dienen lassen. Statt der Nummer des Expeditionsbuchs setzt er neben die Expedition die Nummer des Vortrags-Journals und unterscheidet mehrere durch ein Decret veranlaßte Expeditionen durch die Buchstaben a. b. c. d. etc.

Bei den per oop. gehenden Sachen hat der Actuar blos die Adresse aufzusetzen und die Kosten zu liquidiren.

Die an jedem Tage erhaltenen Sachen müssen spätestens bis zum folgenden Mittag expedirt seyn; alsdann füllt er, wenn er das Vortrags-Journal wieder in Händen hat, die Colonna

„Datum exped.“

bei mehrern Expeditionen eines Decrets mit Angabe der Buchstaben: b. B.

den 5. Julii

ab a. — di.

und legt sie unverzüglich dem Gerichtsamtmanne zur Revision vor. Durch dies Geschäft dürfen die Sachen gar nicht aufgehalten werden, sondern sie müssen in der Regel sofort revidirt, dabei auch rücksichtlich der Stempel und Kostenansätze geprüft, bei den Terminsachen zugleich die Termine eingerückt und demnachst dem Actuarius zurückgeschickt werden.

Der Actuarius muß hierauf, sofern er nicht selbst die Kanzleiarbeiten zu besorgen hat, sondern ein besondrer Kanzlist oder Lohnschreiber angestellt ist, am Abend jeden Tages die expedirten und revidirten Sachen mit den zu den mündis nöthigen Stempeln dem Kanzlisten nach einem mit:

- 4) demselben zu haltenden Ablieferungs-Journal nach dem Schema sub K. übergeben und gleichzeitig die fertig gewordenen Sachen ihm abnehmen und in dem Ablieferungs-Journal ausreichen, demnachst mit dem Concept vergleichen, dabei seine Aufmerksamkeit auch auf den Verbrauch des zu den mündis gelieferten Stempelpapiers richten, die ad Acta zu kassirenden Stempel gehörig überschreiben den Concepten beilegen, die mündis hiernächst contrasigniren, wo nöthig unterschreiben und am andern Morgen mit allen dazu gehörigen Beilagen und Concepten dem Gerichtsamtmanne zur Unterschrift vorlegen, wobei dieser in dem noch in seinen Händen befindlichen Vortrags-Journal die Colonne

„Datum der Unterschrift“

auszufüllen und sich zu überzeugen hat, ob die Stempel zu den mündis gehörig verbraucht und die ad Acta zu kassirenden Stempel kassirt sind.

Auch muß hierbei der Gerichtsamtmann durch Vergleichung der einzelnen Columnen des Vortrags-Journals prüfen, ob auch sämtliche Sachen, welche der Zeitfolge an der Reihe sind, zur Unterschrift gekommen, oder wo dieselben liegen geblieben sind, und die zurückgebliebenen urgiren; besonders muß er darauf halten, daß in der Regel beim Kanzlisten keine Sache länger als 3 Tage liegt. Wenn der Actuar die unterschriebenen Sachen mit den Concepten zurückbekommt, so stellt er die zu veriegelnden Sachen dem Voten zur Abgabe auf die Post oder zur unmittelbaren Insinuation zu, bemerkt, daß und wenn dies geschehen, auf der Piece, heftet sie zu den Acten, streicht die Nummer auf dem Actendeckel durch und füllt die letzte Colonne des Vortrags-Journals aus.

Sind alle auf dem Actendeckel notirte Nummern durchgestrichen, so ist dies ein Zeichen, daß Acta complet sind.

Mit dem Voten muß der Actuarius das §. 185. des Kanzlei-Reglements vorgeschriebene Insinuationsbuch halten.

Hat der Vote mehrere auswärtige Insinuationen und Executionen nach einer Gegend, so muß der Actuarius die dem Voten nach der ganzen von ihm zurückzuliegenden Meilenzahl zukommenden Meilengelder mit billiger Berücksichtigung des bei mehrern Insinuationen erforderlichen Zeitaufwandes bestimmen, diese unter die betreffenden Parteien nach Verhältniß der Meilenzahl vertheilen und den von einer jeden zu zahlenden und von dem Voten gleich bei der Insinuation einzuziehenden Betrag auf der betreffenden Piece vermerken; werden hierauf bei der Insinuation die Meilengelder gezahlt, so muß der Vote auf der Piece selbst über den Empfang quittiren.

Der Kanzlist hat sich bei seinen Verrichtungen nach den Anweisungen in der Allg. Ver. Ordn., Th. III. Tit. 5. §. 58 — 64, zu achten, übrigens aber auch die munda und Abschriften zugleich der Expedition gemäß zu adressiren und unten auf der ersten Seite, sowie auf der Adresse die neben der Expedition stehende Vortrags-Nummer mit dem Expeditions-Buchstaben und der Monatszahl zu vermerken, in der Art:

45  $\frac{1}{2}$

Bei den eingehenden Sachen bemerkt der Gerichtsamtman gleich bei der Präsentation den Betrag des Porto, und hiernach wird dasselbe zu seiner Zeit in das Sportelregister eingetragen.

Bei den abgehenden Sachen ist

- L. 5) mit der Postbehörde ein Postbuch nach dem Schema sub L. zu halten; in dasselbe trägt der Actuar die von dem Voten zur Post zu befördernden, portopflichtigen frankirten Sachen; der Postbeamte füllt die Colonne

„Betrag des Porto“

aus, und erhält den hiernach sich ergebenden Portobetrag; der Actuarius trägt hiernach den Betrag des Porto bei der neben jeder Expedition zu bewirkenden Kostentiquidation nach, und mit dieser kommt es alsdann in das Sportelregister.

Die geschehene Nachtragung des Porto's in die Kosten-liquidation muß von dem Actuarius in der Colonne: „Anmerkungen“ notirt werden.

§. IX.

Hinsichts der Verwaltung des Sportel-Kassen- und Erbschafts-Stempel-Wesens, bleibt es für jetzt bei denen, früher den Gerichtsämtern, erteilten Anweisungen.

Naumburg, am 7. December 1827.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

2. Stück.

Merseburg, den 12. Januar 1828.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß seit einiger Zeit einzelne mit Ungeziefer belastete Gefangene, ohne vorher davon gereinigt zu seyn, weiter transportirt worden sind. Dies ist ein Uebelstand, der zur Verunreinigung der Polizei-Gefängnisse Veranlassung giebt, und dem daher in polizeilicher Hinsicht nicht nachgesehen werden kann.

Nr. 2.  
Die Reinigung der Gefangenen von Ungeziefer betr.

Auf unsern Antrag ist deshalb durch das Königl. Ministerium des Innern und der Polizei bestimmt worden, daß es den Polizeibehörden obliegt, bei Einlieferung von Gefangenen genau untersuchen zu lassen, ob selbige mit Ungeziefer behaftet sind, und in diesem Falle die Reinigung derselben so wie deren Kleidungsstücke vollständig bewirken zu lassen. Die Kosten dieser Reinigung sind sodann auf dem Transport-Zettel mit aufzunehmen, und haben solche diejenigen zu tragen, welche zur Erstattung der Transport-Kosten überhaupt verbunden sind.

Unterläßt eine Polizei-Behörde diese Reinigung, so hat die Behörde der nächsten Transport-Station, und wenn auch diese unaufmerksam darauf ist, die weiterfolgende die erforderliche Vorkehrung zu treffen, und die Kosten wieder einzuziehen.

Für diesen Fall soll ganz dasselbe Verfahren statt finden, welches bei andern Vernachlässigungen der den Transport veranlassenden oder weiter besorgenden Behörden eintritt.

Bei den aus dem Auslande kommenden Transportaten hat die erste Grenz-Station die nöthige Veranstellung zur Reinigung zu treffen, und den Betrag der Kosten mit zur Liquidation zu bringen.

Die Polizei-Behörden unsers Regierungs-Bezirks werden hierdurch ange-

wiesen, sich genau nach diesen Bestimmungen zu achten, und die Gefaugenwärter darnach besonders anzuweisen.

Merseburg, den 27. December 1827.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 3.  
Den Ans-  
pruch auf die  
Begünsti-  
gung des ein-  
jährigen Mil-  
litaire Dienst-  
es betr.

Obgleich die ausdrückliche Vorschrift besteht, daß die jungen Leute, welche nach ihren Verhältnissen auf die Begünstigung des einjährigen freiwilligen Militärdienstes Anspruch machen zu können glauben, sich dazu spätestens bis zum 1. August des Jahres, in welchem sie ihr 20. Lebensjahr vollenden, bei den Departements-Prüfungs-Commissionen melden, und daß diejenigen, welche sich zu gehöriger Zeit gemeldet haben und als zum einjährigen Dienste berechtigt anerkannt worden sind, ihren Dienst vor zurückgelegtem 25. Lebensjahre wirklich antreten, sonst aber im Wege der gewöhnlichen Ersatz-Aushebung zum dreijährigen Dienste eingestellt werden sollen, so kommen doch noch oft Fälle vor, wo junge Leute die gedachten Fristen versäumen und dadurch die Nothwendigkeit der Ausführung jenes Präjudices herbeiführen.

Die Verabsäumung der gedachten preletorischen Fristen hat sich bis jetzt noch fast immer lediglich als eine Folge der Unbekanntheit mit den diesbezüglich bestehenden Vorschriften ergeben, welche nicht blos den betroffenen jungen Leuten selbst, sondern auch hauptsächlich ihren Eltern, Vormündern oder Erziehern zur Last fällt.

Um nun den wesentlichen Nachtheilen, welche durch die Einstellung solcher jungen Leute zum dreijährigen Dienste für deren ganzes Laufbahn entstehen, möglichst vorzubeugen, bringen wir, in Verfolg einer desfalls Seitens des Königl. Ministerii des Innern ergangenen Verfügung, die Eingangs erwähnte Vorschrift wegen der Termine, bis zu welchen die Anmeldung zum einjährigen freiwilligen Militair-Dienste, so wie demnächst der wirkliche Antritt desselben, bei Vermeidung des Verlustes der gedachten Begünstigung und Einstellung zum dreijährigen Dienste, geschehen soll, nicht nur hierdurch wieder in Erinnerung, sondern fordern auch die Directoren der Gymnasien, Seminarien, Vorsteher von Pensions-Anstalten u. zugleich auf, ihre dem militairpflichtigen Alter sich nähernden Zöglinge vor Ostern eines jeden Jahres, besonders auch noch vor deren Abgange von den Gymnasien, auf die Nothwendigkeit der zeitigen Anmeldung zum einjährigen freiwilligen Dienste und auf die sonst durch Einstellung zum dreijährigen Dienste zu besorgenden Nachtheile speciell aufmerksam zu machen.

Wir bemerken hierbei noch, daß:

- 1) für das laufende Jahr die Termine zur Prüfung dergleichen Freiwilliger

bei der hiesigen Departements-Prüfungs-Commission auf den 5. März, 5. Juni, 2. September und 2. December angesetzt sind;

- 2) alle diejenigen jungen Leute, welche auf die Begünstigung des einjährigen Dienstes Anspruch zu haben glauben, sich unfehlbar wenigstens 4 Wochen vor dem nächsten Prüfungs-Termine, und daher resp. vor dem 1. Febr., dem 1. Mai, dem 1. August und dem 1. November an die gedachte Commission schriftlich zu wenden und ihren Gesuchen mit beizufügen haben:

- a) ihren Geburts-Schein;
- b) den Erlaubniß-Schein ihrer Eltern oder Vormünder;
- c) ein Attest über ihre zeitliche sittliche Führung;
- d) ihre Erklärung darüber, in welcher Art sie ihre eigene Equipirung zu beschaffen, ingleichen ihren Unterhalt während ihrer Dienstzeit zu bestreiten gedenken, oder, im Fall sie dazu ganz unvermögend seyn sollten, eine glaubwürdige Bescheinigung über ihre gänzliche Mittellosigkeit, und:
- e) je nachdem sie ihren Unterricht auf einem Gymnasio oder auf einem andern Wege erhalten haben, ein Zeugniß des betreffenden Gymnasii oder ihrer Lehrer, über den Grad der gewonnenen wissenschaftlichen Ausbildung, und daß:

- 3) alle diesfällige Anträge, Gesuche und sonstige darauf Bezug habende Correspondenzen, und zwar portofrei, an den Militair-Departements-Rath hiesiger Königl. Regierung, Regierungs-Rath Schulz I., zu adressiren sind.

Merseburg, den 5. Januar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Sicherheit der Beerdigung hängt hauptsächlich von dem Daseyn der Zeichen einer wirklichen und allgemeinen Fäulniß ab, und diese Zeichen sind:

- 1) der wahre Leichengeruch;
- 2) das Zusammenfallen der Hornhaut;
- 3) das Herausfließen faulender Flüssigkeiten aus allen größern Oeffnungen des Körpers;

- 4) das grünliche oder grünschwarze Anlaufen des Unterleibes, und
- 5) das Abgehen des Oberhäutgens an mehreren Stellen des Körpers.

Ehe diese Zeichen nicht erschienen sind, hat man diejenigen, welche als Verstorbene angesehen werden, mit aller Vorsicht in Ansehung der Lufttemperatur,

Nr. 4.  
Den Beerdigungs-  
Leichen-  
betreuer.

des Anzugs und des Verwahrungsorts zu behandeln, und besonders bei denjenigen, die plötzlich in einen Zustand gerathen, wo die gewöhnlichen Merkmale des Lebens verschwunden sind, selbst Belebungsversuche nicht für überflüssig anzusehen. Damit nun die Zeit, welche zur Entwicklung der Kennzeichen des wahren Todes gehört, nicht durch vorschnelle Beerdigungen verkürzt werde, so wird in Folge neuer ministerieller Bestimmung festgesetzt:

- 1) daß in der Regel Niemand vor Ablauf von 72 Stunden nach seinem Ableben beerdigt werden darf;
- 2) daß aber ein früheres Beerdigen außer den Fällen, wo ein solches sogar polizeilich geboten ist, wie z. B. bei ansteckenden Epidemien u. s. f., auch in den Fällen nachgegeben werden kann, wenn
  - a) entweder ein approbirter Arzt oder Wundarzt bezeugt, daß die Leiche die Spuren des wirklichen Todes an sich trage;
  - b) oder an Orten, wo keine dieser Medicinalpersonen sich befindet, der Bürgermeister oder Dorfschulze mit zwei erfahrenen Männern, mit Rücksicht auf die vorgedachten Zeichen der Fäulniß, die Verhältnisse untersucht und die frühere Beerdigung gestattet hat.

Merseburg, den 28. December 1827.

Königl. Preuß. Regierung. Abtheilung des Innern.

Nr. 5.  
Die evangelische Kirchen-Collecte zur Herstellung der St. Andreas-Kirche in Erfurt betr.

Zur Herstellung der St. Andreas-Kirche in Erfurt, welche in Folge einer im Jahre 1806 bei der Belagerung von Erfurt Statt gehaltenen Pulverexplosion in ihren Grundmauern erschüttert worden, ist höhern Orts eine evangelische Kirchen-Collecte bewilligt worden.

Die evangelischen Herren Prediger unsers Verwaltungsbezirks werden hierdurch angewiesen, nach Beendigung der angeordneten Collecte zu dem Wiederaufbau der abgebrannten evangelischen Kirche zu Roggen im Großherzogthume Posen, an einem passenden Sonntage die Kirchen-Collecte zu oben bemeritem Behufe zu veranstalten und die Beiträge an die Herren Superintendenten einzusenden: letztere aber haben unter Angabe des Zwecks mittelst Special-Nachweisung die eingegangenen Beiträge an die Haupt-Instituten und Communal-Kasse hier abzuliefern und an uns das Duplicat des Lieferscheins einzureichen; auch, im Fall Beiträge nicht eingegangen seyn sollten, einen Vacatschein, und zwar einen an uns und einen an die genannte Kasse, einzusenden.

Mit dem 1. Mai. 1828 wird die Kirchen-Collecte als geschlossen betrachtet.

Merseburg, den 21. December 1827.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.



Nach einer höhern Anordnung soll die Erhebung und Berechnung der Straßenbau-Dienst-Surrogat-Gelder vom 1. Januar 1828 ab, zur directen Steuer-Verwaltung übergehen. Die Ortschaften, welche dergleichen zu entrichten haben, werden daher angewiesen, vom gedachten Tage ab, diese Abgabe nicht mehr an die mit der Erhebung zeitlich beauftragt gewesenem Rentämter, sondern an die Königl. Kreis-Kassen, wohin jetzt die Steuern gezahlt werden, abzuliefern.

Nr. 6.  
Die Straßenbau-Dienst-Surrogatgelder der betr.

Merseburg, den 28. December. 1827.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern und der Domänen und Forsten.

## Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Da die von der frühern Auflage des im Verlage des hiesigen Waisenhauses befindlichen Merseburgischen Gesangbuchs zeitlich noch vorhanden gewesen, auf gewöhnlichem Druckpapier abgedruckten Exemplare nunmehr sämmtlich abgesetzt worden sind, so wird von jetzt ab auch der Verkauf von den auf gewöhnlichem Druckpapier abgedruckten Exemplaren der neuen Gesangbuchsauflage Statt finden.

Indem wir solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, bemerken wir zugleich, daß auch der Verkaufspreis eines jeden dergleichen Exemplars mit dem dazu gehörigen Anhange auf den Betrag von 16 Sgr. 3 Pf. festgesetzt worden ist.

Merseburg, den 15. December. 1827.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

## Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Durch das Ministerial-Rescript vom 6. December 1827 ist in Beziehung auf das Verfahren der Untergerichte gegen ausgetretene Militairpflichtige verordnet:

Nr. 7.  
Verfahren d. Untergerichte gegen ausgetretene Militairpflichtige.

daß die Arrest-Anlegung auf das Vermögen eines solchen stets unmittelbar bei dem Untergerichte von dem Landrathe des Kreises soll extra hirt werden können, auch wenn die Confiscations-Klage bei uns noch nicht angestellt ist; daß jedoch in diesem Falle nicht nur in der desfalls-

gen Requisition des Landraths alle zur Begründung der eigentlichen Confiscations-Klage im Befehle vorgeordneten Umständen, als wirklich vorhanden speciell angegeben seyn müssen, sondern auch demnächst das Verfahren des Untergerichts, welches alsbald nach erfolgter Arrest-Anlegung uns davon mit Einsendung der Verhandlungen Anzeige zu machen hat, unserer Prüfung, und dem Beschlusse, ob es bei dem verhängten Arreste bewenden soll, oder nicht, überlassen werden soll.

Raumburg, den 21. December 1827.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

Nr. 8.

Die Unter-  
suchung ge-  
genbeurlaub-  
te Landwehr-  
männer re-  
wegen Dieb-  
stahls betr.

Es ist von den Militairbehörden darüber Beschwerde geführt worden, daß mehrere Untergerichte unseres Departements es unterlassen haben, in Untersuchungen gegen beurlaubte Landwehrmänner oder zur Kriegs-Reserve entlassene Soldaten, wegen Diebstahls, zugleich mit auf Versezung in die 2te Classe des Soldatenstandes zu erkennen, sobald der Gegenstand des Diebstahls nur 5 Thlr. oder weniger betragen hat.

Um ähnlichen Beschwerden für die Folge zuvorzukommen, eröffnen wir sämmtlichen Untergerichten unseres Departements hiermit, daß, nach einer Mittheilung des Königl. General-Auditorats vom 11. Junius 1824, der 43ste Kriegsartikel von sämmtlichen Königl. Militairgerichten auf alle Diebstähle ohne Unterschied angewendet und demgemäß auf Versezung in die 2te Classe des Soldatenstandes erkannt wird, wenn auch das Object des Diebstahls nur 5 Thlr. oder weniger beträgt, und fordern sie hierdurch auf, sich dieser, auch von uns beobachteten Praxis, ebenfalls anzuschließen.

Raumburg, den 21. December 1827.

Königlich Preussisches Ober-Landes-Gericht.

### B e k a n n t m a c h u n g,

die Einrichtung des Hypotheken-Wesens in dem Königl.  
Preuß. Herzogthume Sachsen betreffend.

Von den, in dem nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten, eximten Gütern in dem Königl. Preuß. Herzogthume Sachsen, sind die Hypotheken-Tabellen, welche sämmtliche drei Rubriken in sich fassen, fertig geworden, und können während des Zeitraums vom 15. Januar bis 15. März d. J. in unserem Hypotheken-Archive von den Interessenten eingesehen werden.

Wir fordern dieselben mit dem Bedeuten dazu auf, daß nach Ablauf des gedachten Zeitraums keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Raumburg, den 4. Januar 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

### V e r z e i c h n i s s.

#### Delitzscher Kreis:

Das Rittergut Pristablich; das Rittergut: Schnaditz; die dem Pflugischen Geschlechte als Asterlehn verliehenen 2½ Hufen. Mannlehasfeld bei Delitzsch..

#### Eckartsbergaer Kreis:

Das Rittergut. Iossa; das Rittergut: Steinburg; das Schloß und die Grafschaft Weichlingen; die Herrschaft: Wiehe.

#### Langensalzaer Kreis:

Das Rittergut Mühlverstedt; I. Antheils; das Rittergut: Flarchheim, I. Antheils; das Rittergut. Altengottern, Menzschens Antheils; das Rittergut Hornsmern; das Schloßgut zu Neunheilingen; das Gemeindegut zu Neunheilingen; 2½ Hufen Landes in Langensalzaer. und Ufshovener Flur..

#### Wittenberger Kreis:

Die Zinsen des Gotteskastens zu Wittenberg; die Leonhardschen Pächte im Amte Wittenberg..

#### Merseburger Kreis:

Die Naundorffschen Zinsen..

#### Weissenfelder Kreis:

Das Dorf Mödenitz; das Rittergut Groß-Kayna; das Rittergut Thierbach; das Rittergut. Schkölen; das Rittergut Zörbitz..

#### Schweinitzer Kreis:

Das Rittergut Ranisdorf mit Buckau..

#### Liebenwerdaer Kreis:

Die bei Zettau im Spremberger Kreise belegenen, zu dem im Königsreiche Sachsen gelegenen Alodialrittergute Delsnitz gehörigen; 2 Wiesen, nebst dem im Liebenwerdaer Kreise belegenen, ebenfalls dazu gehörigen Dörfe Großthiemitz; das Dorf Wainsdorf mit Zubehörungen..

# **Ziegenrucker Kreis:**

Die Wachoff'sche Jagd auf der im Ziegenrucker Kreise gelegenen Haide,  
die Ruckendorfer Gemeinde genannt.

## **B e k a n n t m a c h u n g.**

Der von der ehemaligen Churfürstlich Sächsischen Rentkammer zu Dresden unter dem 6. September 1785 sub Nr. 568. für den verstorbenen Postmeister John zu Stolberg ausgestellte Cautionschein über 200 Thlr. Conventionsgeld, zu 5 Procent zinsbar, ist in der Geheimen Registratur des General-Postamts hieselbst verloren gegangen, und da bei der Auseinandersetzung mit dem Königreich Sachsen, in Gemäßheit der Convention vom 28. August 1819, die Rückzahlung der von Beamten aus dem Herzogthum Sachsen zu Königlich Sächsischen Kassen bezahlten Cautionen von dem Königreiche Preußen übernommen worden ist, so werden auf den Antrag des Königl. General-Postamts zu Berlin alle diejenigen, welche an den so eben genannten Cautionschein als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefs-Inhaber, oder deren Erben, Ansprüche zu haben vermeinen, hierdurch öffentlich vorgeladen, in dem coram deputat, Kammergerichts-Referendar von Ciesielsky, auf

den 21. November 1828,

Vormittags um 10 Uhr, hier auf dem Kammergerichte anberaumten Termine sich zu stellen, und ihre Ansprüche zu beschleunigen, widrigenfalls ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt, sie mit ihren Ansprüchen daran präcludirt, und gedachter Cautionschein für amortisirt erklärt werden soll. Den Abwesenden werden die Justiz-Commissarien Buddée, Zimmermann und Sembeck zu Mandatarien in Vorschlag gebracht.

Berlin, den 22. October 1827.

Königlich Preussisches Kammergericht.

## **B e k a n n t m a c h u n g.**

Der bisherige Oeconomie-Commissions-Gehülfe Brandt ist zum Oeconomie-Commissarius, mit der Anweisung, seinen Wohnsitz zu Osterburg zu nehmen, ernannt worden.

Ostendal, den 11. December 1827.

# Extra-Blatt

zum

Dritten Stück des Amtsblatts

der

Königlichen Regierung.

Merseburg, den 19. Januar 1828.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Das Stück Nr. 13. der vorjährigen Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 1079. die zwischen dem Königl. Preussischen und dem Königl. Französischen Gouvernement unter dem 21. Julius v. J. abgeschlossene Uebereinkunft über die gegenseitige Gewähr der Wiederaufnahme solcher zur Handwerk treibenden Klasse gehörigen Unterthanen, welche sich zur Ausübung ihres Gewerbes auf das Gebiet des andern Staates begeben.

Einige uns hinsichtlich dieser Uebereinkunft aufgestoßene Zweifel, welche von uns Höhern Orts zur Kenntniß gebracht worden, haben die Königl. Ministerien des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten veranlaßt, nachstehende Erläuterungen zu geben:

Nr. 9.  
Ueberein-  
kunft zwisch.  
dem Königl.  
Preuss. und  
Kgl. Franz.  
Gouverne-  
ment, die ge-  
genseitige  
Wiederauf-  
nahme hand-  
werk treiben-  
der Unterthan-  
en betr.

- 1) Soll diese Uebereinkunft sich nicht bloß auf die Handwerker beziehen, sondern auf sämtliche Gewerbetreibende ohne Unterschied Anwendung finden, welche zu dem Zwecke nach Frankreich sich begeben, um dort längere oder kürzere Zeit von ihrem Gewerbe Gebrauch zu machen, sey es nun, um ihren Unterhalt damit zu gewinnen, oder sich darin zu vervollkommen.
- 2) Der Regel nach soll nur diejenige Provinzial-Regierung zur Ertheilung des Heimathscheins berechtigt seyn, in der der Erhibent seine Heimath anzusprechen hat.

Ist solches in derjenigen Provinz der Fall nicht, wo das die Wanderung nach Frankreich beabsichtigende Individuum sich mit den übrigen zu dieser Wanderung benötigten Papieren versieht, so wird es lediglich ihm überlassen bleiben müssen, sich von seiner heimathlichen Behörde den erforderlichen Heimathschein oder auch nur ein Attest auszuwirken,

daß der Ertheilung des Heimathscheins von jeder andern Provinzial-Ver-  
hörde kein Bedenken entgegenstehe.

- 3) Der in §. 1. der Uebereinkunft vom 21. Julius v. J. gebrauchte Aus-  
druck „unbedingt“ erstreckt sich, und zwar Vorzugsweise, auch auf die  
Zeit.

Wir bringen dieses hierdurch zur öffentlichen Kenntniß und weisen beson-  
ders die Behörden unsers Regierungsbezirks an, sich darnach in vorkommenden  
Fällen genau zu achten, und hauptsächlich die bei ihnen etwa angebracht werden-  
den Gesuche von Individuen wegen der betreffenden Heimathscheine diesem ge-  
mäß zu prüfen, ob auf selbige einzugehen und an uns Bericht zu erstatten sey.

Merseburg, den 9. Januar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 10. Wir haben zwar längst darauf gehalten, daß bei Communal-, Kirchen-,  
Die zinsbar Schul-, Armen- und andern Instituts-Kassen die überschießenden Bestände  
re Anlegung durch Ankauf von Staatsschuldsscheinen zinsbar angelegt und so den betreffenden  
von Bestän- Kassen der thunlichste Nutzen von ihrer Baarschaft zu Theil werde, allein die  
des in Com- Kassen der Erfahrung hat gelehrt, daß hierunter nicht immer so verfahren wird, als wir  
munal-, Kir- es erwarten.  
chen-, Schul-  
und Armen-  
Kassen betr.

Wir machen daher hierdurch sämmtlichen Curatoren sowohl, als den Ren-  
danten zur Pflicht, alle nach Deckung der laufenden Ausgaben überschießenden  
Gelder durch Ankauf von Staatsschuldsscheinen von Apoints zu 25 Thlr. an,  
zinsbar anzulegen, und werden die Revisoren von dergleichen Kassen, im Fall  
der obigen Vorschrift zuwider gehandelt werden sollte, entweder dem Curator  
oder dem Rendanten, je nachdem den einen oder den andern die Schuld trifft,  
4 pCt. von den unbenutzt gelassenen Bestandsgeldern zur Last stellen.

Merseburg, den 10. Januar 1828.

Königlich Preussische Regierung.

## Bekanntmachung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nachstehende, in der Geschäfts-Instruktion für die Gerichtsämter unseres  
Departements vom 7. December. 1827. (Amtsblatt. do 1828, Nr. 1.) allegirte  
Formulare:.

# A. Repertorium der Commissiſſions-Sachen.

Litt. und Nummer.	Rubrum der Acten und Zuſaß der Volum.	Datum et Praesentat. des Commiſſ.	Datum des Einfündungs- Verichts.	Bemerkungen.

# B. Repertorium der Proceß-Acten.

Litt. und Nummer.	Namen der Parteien.	Namen der Mandatarien und Consulenten.	Wodurch die Sache beendigt.	Dat. Repos.	Bemerkungen.

C. Specatorium der Untersuchungs-Acten.

Litt. und Nummer.	Name des S u c h p a t e n.	Gegenstand der Untersuchung	Dat. Repos.	Bemerkungen.

D. Specatorium der Normundschafts-Acten.

Litt. und Nummer.	Name und Character des Maters oder des Gutshand.	Angabe der V o l u m.	Dat. Repos.	Bemerkungen.



# L. Repertorium der General-Acten.

Sort- lau- fende Nummer.	Rubrum der Acten, Anzahl der Vol. mit Angabe des Jahres, welches jedes Vol. enthält.	B e m e r k u n g e n.

# II. Repertorium der Hypotheken-Acten.

Nummer.	Rubrum der Acten nach dem Dorf- oder Stur-Bezirk.	Anzahl der V o l u m e n.	B e m e r k u n g e n.

# G. Uebersicht zu den Pupillen-Acten.

- |   |  |
|---|--|
| 1) Wie der Erblasser heiße,<br>und wann er alt Tode abge-<br>gangen?  |  |
| 2) Ob er ein Testament ver-<br>lassen, and wann solches pub-<br>licir worden, auch quo folio<br>solches in Actis befindlich?            |  |
| 3) Namen und Alter eines<br>jeden Curanden und wo die<br>Taufschaine befindlich?  |  |
| 4) Wer die Vormünder<br>sind?   |  |
| 5) Ob ein Inventarium auf-<br>genommen, und wo solches in<br>Actis anzutreffen sey?   |  |
| 6) Ob Immobilia vorhanden<br>sind, und wie hoch solche oder<br>deren Ertrag in Anschlag ge-<br>bracht worden?                           |  |
| 7) Wie hoch sich das baare<br>oder in Capitalien vorhandene<br>Vermögen der Curanden be-<br>laufe, und wo die Nachricht<br>anzutreffen? |  |

8) Ob, wie, und wie hoch der Vormund Caution gemacht? oder warum er davon dispensirt worden?

9) Ob die Curanden Prozesse haben, und in welchen Terminis jeder stehe; auch wer Litis Curator sey?

10) Ob die Theilung zwischen den Erben bereits angelegt, und wo der Erbtheilungs-Rezess in Actis befindlich sey?

11) Wie hoch sich das Vermögen eines jeden Minorennen nach derselben belaufe, und worin es eigentlich bestche?

12) Ob und wo die Kapittalien zinsbar untergebracht sind, wie die Sicherheit beschaffen, und wo die Instrumente befindlich?

13) Ob das Mobiliar ver-auctioniret worden, und wo solches afferviret werde?

14) Wann die Vormundschafts-Rechnung eingereicht?

15) Wann sie revidiret?	
16) Wann sie abgenommen worden?	
17) Wann den Desideratis von Seiten des Rechnungsablegers ein Genüge geschehen?	
18) Wo und wie die Curanden erzogen werden?	
19) Wo der jährliche Vormundschafts-Bericht von dem Aufenthalte der Education und der Conduite der Curanden be- findlich sey?	
20) Was etwa sonst noch in Ansehung dieser Vormundschaft vorzüglich zu bemerken sey?	
21) Wann Acta zum letzten- mal revidiret worden?	

# H. Annotations-Journal.

Fort- lau- fende Nr.	Rubrum der A c t e n.	N a m e des Empfängers.	Datum, wann das Actenstück ausgegeben ist.	Datum, wann dassel- be zur Re- gistatur zu- rückgeform- ten.	Bemerkungen.

## I. Vortrags-Journal.

Fort- lau- fende Nr.	Datum und Präsent. des Exhibiti.	Inhalt des Exhibiti.	Datum des Decrets.	Was damit geschehen soll.	Datum der Abgabe an den Befehl- ung.	Datum, wann die Ficce zu den Acten geheftet.	Bemer- kungen.

K. Ablieferungs-Journal mit dem Ranglisten.

Nummer und Litt. des Mortage-Journals:	D a t u m der Abgabe an den Ranglisten.	Bemerkungen:

L. Postbuch für frankirt abgehende Sachen.

Nummer und Litt. des Mortage-Journals.	Bestimmungs-Ort.	Betrag des Portos.	Bemerkungen.
		zoll. Ger. Pl.	

werden hierdurch nachträglich zur Kenntniß und Befolgung bekannt gemacht.  
Naumburg, den 9. Januar 1828.

Königl. Preuß. Oberlandes-Gericht.

B e k a n n t m a c h u n g.

Auf den Antrag des Königl. Fiskus werden alle diejenigen, welche an den von der Churfürstlich Sächsischen land- und Tranksteuer-Haupt-Kasse für das Amt Senftenberg unterm 7. Januar 1655 ausgestellt, mit Litt. C. Nr. 62. bezeichneten, auf die Summe von 457 Thlr. 12 Gr. Conventionsgeld lautenden und verloren gegangenen Steuerschein als etwanige Eigenthümer oder als deren Erben, Cessionarien, Pfandinhaber, oder die sonst in deren Rechte getreten, Anspruch zu haben vermeinen, vorgeladen, denselben in dem nächsten Zinstermine Ostern 1828, oder spätestens in dem auf

den 21. April 1828:

vor dem Deputirten, Oberlandes-Gerichts-Referendarius Birk, auf dem hiesigen Oberlandes-Gericht, anseßten Termine zu produciren, oder ihre Rechte an denselben anzumelden, widrigenfalls sie damit präcludirt, ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt, und der genannte Steuerschein amortisirt werden wird.

Frankfurt: a. d. O., den 27. October 1827.

Königl. Preuß. Oberlandes-Gericht.

P e r s o n a l - C h r o n i k.

Im Laufe des 4ten. Quartals v. J. sind aus dem Regierungs-Departement: Merseburg nachbenannte Candidaten des Predigtamts, nach vorher bestandener Prüfung pro ministerio, mit Wahlsfähigkeits-Attesten von uns versehen worden:

- |  |  |
|--|--|
| 1) Carl August Frießel, aus Bräun-<br>rode;          | 5) Johann Ferdinand Schmidt, aus<br>Barnim;        |
| 2) D. Siegfried August Werneke, aus<br>Aschersleben; | 6) Witt Valduin August Tobek, aus<br>Proßen;       |
| 3) Ernst Friedrich Weise, aus Gollme;                | 7) Christian Jeremias Blauel, aus<br>Aschersleben; |
| 4) Gustav Immanuel Menzel, aus Frie-<br>drsdorf;     | 8) Johann Gottlob Müller, aus Proßen;              |

- |   |  |
|---|--|
| 9) Rector, Ferdinand Kirsten, aus Herz-<br>berg;    | 12) Johann Wilhelm Laue, aus Badegast;                     |
| 10) Carl Anton Ferdinand Hinkel, aus<br>Witterfeld; | 13) Eduard Franz Preissgott Schröder,<br>aus Edgardsberga; |
| 11) Ernst Gustav Dormann, aus El-<br>ster;          | 14) Carl Friedrich Hubrich, aus Dahme;                     |
|   | 15) Johann Friedrich Kneisel, aus Al-<br>leben.            |

Magdeburg, den 3. Januar 1828.

### B e f ö r d e r u n g e n .

Friedrich Benjamin Barth ist den 12. November p. zum Actuar bei dem  
Gerichtsamte zu Weissenfee, an des pensionirten Pfeister Stelle, ernannt;

der invalide Unterofficier, Samuel Goldbach, ist den 7. December p. zum  
Criminalboten bei der Inquisitionariats-Deputation in Quersfurth, an des pensio-  
nirten Lasky Stelle, bestellt;

der Aufscultator, Adolph Julius Ferdinand v. Griesheim, ist den 10. April  
1826 von dem Stadtgericht in Berlin zum Landgericht in Erfurt, und den  
7. December p. zum hiesigen Ober-landes-Gericht versetzt;

der Stadtgerichts-Aufscultator in Berlin, Otto Wilhelm Morth v. Könen,  
ist den 30. November p. zum Referendar ernannt und zum hiesigen Ober-land-  
des-Gericht versetzt;

dem hiesigen Ober-landes-Gerichts-Referendar, Christoph Wilhelm August  
Kolbenach, ist den 1. December p. die nachgesuchte Entlassung als Referendar  
ertheilt und die Beibehaltung dieses Titels bewilligt;

der Landgerichts-Assessor, Friedrich August Wenzel, in Schleusingen, ist  
den 19. November p. zum Landgerichts-Rath in Vorgau, an des pensionirten  
Ludwig Stelle, ernannt, und zur Verwaltung der 1sten Assessor-Stelle bei der  
Landgerichts-Deputation zu Schleusingen ist der Ober-landes-Gerichts-Asses-  
sor, Friedrich Eberhard Albert von Könen, unter dem 19. November p. abge-  
ordnet.

Zu Aufscultatoren sind angenommen: die Candidaten der Rechte, Friedrich  
Wilhelm Wehrhan und Gustav Theodor Lüdtemann, den 19. December p.;

zum Ober-landes-Gerichts-Salarien-Kassen-Controleur hieselbst, an des  
verstorbenen Güterboch Stelle, ist der bisherige Buchhalter, Samuel Theodor  
Gilly, zum Buchhalter aber bei der hiesigen Salarien-Kasse der zeitberige Assi-  
stent, Johann Gabriel Leinichen, am 13. December p. ernannt.

Raumburg, den 2. Januar 1828.



# A m t s , B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

3. Stück.

Merseburg, den 19. Januar 1828.

## Verordnung der Königl. Regierung.

Da, einer Bestimmung der Königl. Ministerien des Krieges und der Finanzen zufolge, die General-Militair-Kasse ihren Jahres-Abschluß über die Fonds zur Militair-Verwaltung für das Jahr 1827 am letzten Februar 1828 abschließen und in gleicher Art auch für jedes folgende Jahr verfahren soll, so bleibt nochwendig, daß alle dahin gehörige Ausgaben für ein Jahr am Schlusse desselben so schnell als möglich liquidirt und angewiesen werden.

Nr. 11.  
Die Liquidationen über Militair-Vorspann-Vorstellungen gen 10. Betr.

Wie sehen uns daher veranlaßt, die Landrätlichen Aemter, so wie diejenigen Magistrate und Stadträthe des hiesigen Regierungsbezirks, welche über die Verwaltung der Garnison-Anstalten Rechnung zu legen haben, dahin anzuweisen, daß erstere die liquidationen über Militair-Vorspann-Bestellungen und über Natural-Lieferungen an durchmarschirende Militairs, jene Magistrate und Stadträthe aber die Rechnungen über die Garnison-Verwaltung, für das 4te Quartal v. J. so schnell als möglich und unfehlbar noch vor Ablauf des Monats Januar an die Königl. Intendantur des 4ten Armee-Corps zu Magdeburg einsenden und auch diesen Termin für jedes folgende Jahr gehörig innehalten.

Merseburg, den 11. Januar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## B e k a n n t m a c h u n g .

Der Lieutenant außer Diensten, Isert zu Potsdam, hat ein Tableau der Stand-Quartiere der verschiedenen Truppentheile herausgegeben, welches für diejenigen Beförden, die mit einzelnen Truppentheilen zu correspondiren haben,

eine schnelle Uebersicht des Aufenthalts derselben gewährt und daher sich besonders für jene Behörden zur Anschaffung eignen. dürfte.

Die landrätthlichen Aemter und Polizeibehörden. machen wir daher hierdurch barauf aufmerksam.

Der Preis eines Exemplars ist übrigens. von dem Herausgeber auf 6 Sgr.. festgesetzt worden.

Merseburg, den 11. Januar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung. des Innern..

---

### B e k a n n t m a c h u n g .

Die Gemeinden Mertensdorf, Bethau und Punkwitz haben aus eigenem Mitteln in dem Rutterdorfe Mertensdorf eine neue Kirche nebst Orgel, eine neue Pfarrwohnung nebst Wirthschaftsgebäuden, und ein neues Schulhaus; in dem Zillaldorfe Bethau aber eine neue Kirche. nebst Thurm. und Orgel. in einem Zeitraume von 25 Jahren. erbaut.

Dieser rege Sinn für das kirchliche Leben, der diese Gemeinden. willig; machte, große Opfer für geistliche Zwecke darzubringen, verdient von unserer Seite eine Anerkennung; möge das lobenswerthe Benehmen. derselben. andern. Gemeinden zum nachahmungswerthen Vorbilde dienen.,

Merseburg, den 28. December 1827..

Königl. Preussische Regierung, Abtheilung. für das Kirchen- und Schulwesen.

---

### B e k a n n t m a c h u n g .

Des Königs Majestät. haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 27. November pr. der Wittve des im Haupt-Zoll-Amtsbezirk Salzwehel. von einem Schleichhändler erschossenen Grenz-Aufsichters Breßem. eine Pension von 150 Thlr. jährlich und für jedes ihrer 5 Kinder 20 Thlr. Erziehungsgeld jährlich, zu bewilligen geruhet. Diesen wiederholten Beweils der Allerhöchsten Fürsorge Sr. Majestät des Königs für die Hinterbliebenen der in Ausübung ihrer Amtspflichten verunglückten Grenz-Aufsichts-Beamteten bringe ich hiermit zur allgemeinen Kenntniß der indirecten Steuer-Beamten der Provinz Sachsen.

Magdeburg, den 2. Januar 1828..

Königlicher Provinzial-Steuer-Director Sack.

## Personal-Chronik.

Dem verdienten Bürgermeister Schlegel zu Schkeuditz ist von des Königs Majestät bei seinem am 2. d. Monats eingetretenen fünfzigjährigen Dienst-Jubiläum das allgemeine Ehrenzeichen erster Klasse ertheilt worden..

Merseburg, den 9. Januar 1828..

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern..

## Beförderungen.

Der Candidat des Predigtamts, Johann August Förster, ist als Pfarrer in. Höhnstädt, Ephorie Gerbstädt, und der Candidat des Predigtamts und Lehrer am Waisenhause in Halle, Wilhelm Ferdinand Wille, als Pfarrer zu Rothenburg, Ephorie Cönnern, angestellt..

Der bisherige Pfarrersubstitut zu Schildau, Ephorie Torgau, M. Johann Gottlob Carl Strübner, ist als Pfarrer nach Carsdorf, Ephorie Freiburg; der bisherige Pfarrer zu Carsdorf, M. Ludwig August Wilhelm Martell, als Pfarrer nach Schildau; der bisherige Pfarrer zu Rietdorf, Ephorie Dahme, Adolph Wilhelm Thieme, als Pfarrer nach Iebusa, Ephorie Schlieben, und der bisherige Diaconus zu Torgau, Friedrich Joseph Brulich, als Archidiaconus daselbst befördert..

Merseburg, den 31. December 1827..

Der bisherige Oberlandes-Gerichts-Assessor, Gustav Rötger, ist zum Justizcommissarius bei dem Königl. Landgerichte zu Erfurt und Notarius im Departement des unterzeichneten Königl. Oberlandes-Gerichts ernannt worden..

Naumburg, den 29. December 1827..

## Todesfälle.

Der Pfarrer emeritus, Friedrich Ehrenfried Neuber zu Volkmaritz, Ephorie Gerbstädt, ist in seinem 83sten Lebensjahre gestorben..

Merseburg, den 14. December 1827..

# M a r k t w e i s u n g

v o n

im Monate December 1827

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-  
nisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.								H ü l s e n f r ü c h t e.								R a u c h f u t t e r.										
	Weizen		Koggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbſen		Linſen		Kartoffeln		Heu		Stroh								
	der Preußiſche Scheffel								der Preußiſche Scheffel								Eckl.		à Cent.		à Schock						
	tbl	ſg.	pf.	tbl	ſg.	pf.	tbl	ſg.	pf.	tbl	ſg.	pf.	tbl	ſg.	pf.	tbl	ſg.	pf.	tbl	ſg.	pf.						
1 Merſeburg	1	14	6	1	15	—	26	5	17	—	—	—	1	8	—	2	4	—	1	—	5	10					
2 Halle	1	16	5	1	15	—	26	6	20	—	4	10	1	20	—	2	5	—	20	—	1	—	5	—			
3 Raumburg	1	13	8	1	12	8	24	1	17	1	5	22	—	2	20	—	1	—	1	—	5	15	—	—			
4 Torgau	1	20	—	1	22	6	1	2	6	22	6	5	10	1	20	—	5	20	—	15	—	25	—	6	—		
5 Wittenberg	1	22	3	1	21	3	1	2	3	23	5	4	—	1	21	5	—	—	11	11	—	—	—	—	—		
6 Eiſleben	1	10	10	1	9	5	24	6	18	9	5	27	4	1	24	8	2	14	8	—	15	—	1	—	4	7	6
7 Zeitz	1	16	—	1	16	—	21	—	17	—	2	20	—	1	20	—	2	—	15	—	1	—	5	10	—	—	
8 Querfurth	1	12	6	1	10	—	25	—	18	9	5	15	—	1	12	6	1	12	6	—	22	6	1	2	—	5	10

Merseburg, den 4. Januar 1828.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

## 4. Stück.

---

Merseburg, den 26. Januar 1828.

---

### Allgemeine Gesessammlung.

Das 1ste Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter

- Nr. 1112. Allerhöchste Cabinetsordre vom 6. November 1827, wegen der legitimationen in den Rheinprovinzen.
- Nr. 1113. Ministerial-Erklärung vom 7. November 1827, über die mit der Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Regierung getroffene Vereinbarung, den Schuß der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend.
- Nr. 1114. Ministerial-Erklärung vom 27. November 1827, über die mit der Großherzoglich Mecklenburg-Strelitzschen Regierung getroffene Vereinbarung, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend.
- Nr. 1115. Allerhöchste Cabinetsordre vom 9. December 1827, die Ernennung des Herzogs Carl von Mecklenburg-Hohent, zum Präsidenten des Staatsraths betreffend.
- Nr. 1116. Allerhöchste Cabinetsordre vom 31. December 1827, das Verfahren bei Anstellung der Subaltern-Beamten der Justizbehörden betreffend.
- Nr. 1117. Ministerial-Erklärung vom 8. Januar 1828, über die mit der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung getroffene Vereinbarung, den Schuß der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend.

- Nr. 1118. Ministerial-Erklärung vom 8. Januar 1828, über die mit der Fürstlich Hohenzollern-Hechingenschen Regierung getroffene Vereinbarung, den Schuß der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend.
- Nr. 1119. Ministerial-Erklärung vom 9. Januar 1828, über die mit der Herzoglich Anhalt-Bernburgschen Regierung getroffene Vereinbarung, den Schuß der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend.
- Nr. 1120. Ministerial-Erklärung vom 10. Januar 1828, über die mit der Fürstlich Reuß-Schleisichen und Fürstlich Reuß-Jobensteinischen Regierung zu Gera getroffene Vereinbarung, den Schuß der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Nr. 12. Das Königl. Ministerium der Geistlichen u. Angelegenheiten hat, in Erwägung, daß die theologischen Prüfungen in der Provinz Sachsen von Jahr zu Jahr sich dergestalt gehäuft haben, daß sie von der aus den Mitgliedern des Königl. Consistoriums bestehenden Prüfungs-Behörde nicht mehr allein bestritten werden können, und aus anderen erheblichen, in Beziehung auf die Studien der evangelischen Theologen besonders wichtigen Gründen, bestimmt, daß von jetzt ab die Prüfungen pro licentia concionandi durch eine besondere, aus den Mitgliedern der theologischen Facultät der Universität Halle zu bildende, Examinations-Commission bewirkt werden, und welchen Prüfungen ein Mitglied des Consistorii als Commissarius beizuhnt.

Als Mitglieder der gedachten Prüfungs-Commission sind von dem Königl. Ministerio ernannt:

der Consistorialrath und Professor D. Gesenius,  
der Professor D. Weber,  
der Professor D. Wegscheider,  
der Professor D. Lohse,  
der Professor D. Thilo,  
der Professor D. Marks,

und zum beständigen Commissarius des Consistorii ist der Consistorialrath

D. Haasenritter gewählt und bestätigt worden; ingleichen ist der Professor D. Thilo mit der Geschäftsführung im Einzelnen beauftragt.

Die Geschäfte dieser Commission nehmen sofort ihren Anfang, und wird bemerkt, daß diejenigen Studirenden, welche die Zulassung zu der ersten theologischen Prüfung wünschen, ihre Meldung ganz in der bisherigen Art bei dem Königl. Consistorio und Provinzial-Schul-Collegio hieselbst zu machen haben, worauf ihnen die Prüfungs-Aufgaben, so wie demnächst auch die Citation zum Examen von der Examinations-Commission unmittelbar zugehen werden, wie denn auch die schriftlichen Prüfungs-Arbeiten und die erforderlichen Zeugnisse eben dieser Commission von den Examinanden eingereicht werden müssen.

Die Examinations-Gebühren hat das Königl. Ministerium der Geistlichen 1c. Angelegenheiten auf 4 Thlr. festgesetzt, welche bei der mündlichen Prüfung, nach näherer Anordnung des Professors D. Thilo, zur Stelle zu entrichten sind. Für die Ausfertigung des Zeugnisses über die bestandene Prüfung, welche von dem Consistorio und Provinzial-Schul-Collegio bewirkt wird, sind späterhin noch 1 Thlr. an regulativmäßigen Ausfertigungs-Gebühren und 15 Egr. Stempel zu entrichten, welche Beträge bei der Ausbändigung der Zeugnisse, was durch die Examinations-Commission geschieht, eingezogen werden.

Magdeburg, den 10. Januar 1828.

Der Geheime Staats-Minister von Kewitz.

## Verordnung der Königl. Regierung.

Das Königl. Hohe Ministerium des Innern hat unter dem 26. November Nr. 13. vorigen Jahres angeordnet, daß, da jetzt durchaus keine neue lizenzen für hohe Schiffs-Kassen mehr erteilt werden, und die alten mehrentheils abgelaufen sind, die Allerhöchste Cabinetordre vom 23. August 1821 in dieser Beziehung nunmehr volle Anwendung finden muß.

Hiernach wird dieses im Verfolg unserer Verfügung vom 2. Januar 1824 (Amteblatt 1824, S. 18, Nr. 11) dem Publico bekannt gemacht, und die betreffenden Beamten werden angewiesen, strenge darauf zu halten:

- 1) daß keinem Schiffer die Passage durch Brücken und Schleusen mit einer vorschriftswidrigen Kasse gestattet werde, es sey denn, daß er eine noch gültige lizenz besitze, und daß
- 2) die erteilten lizenzen nicht über die darin bestimmte Zeit hinaus gemißbraucht werden.

Merseburg, am 11. Januar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Es wird hiermit bekannt gemacht, daß für die Dauer der diesjährigen Beschälzeit nachbenannte Beschälstationen unter denselben Bedingungen, wie in dem vergangenen Jahre, mit Königl. Beschälern des Landgestüts besetzt werden, als:

- 1) Station Ober-Röbblingen mit 4 Beschälern;
  - 2) " Schloß Heldringen mit 3 Beschälern, wohin die Beschäler den 1. Februar a. c. von Merseburg aus abgehen werden;
  - 3) Station Gradiß mit 4 Beschälern;
  - 4) " Döhlen " 3 "
  - 5) " Keps " 4 "
  - 6) " Stahrl " 2 "
  - 7) " Rackitz " 4 "
  - 8) " Blesfern " 2 "
  - 9) " Preßsch " 4 "
  - 10) " Elbden " 2 "
  - 11) " Seyda " 2 "
  - 12) " Schweinitz " 2 "
  - 13) " Naundorf " 2 "      wohin die Beschäler den 1. März a. c. von Gradiß aus abgehen werden; ferner verbleibt
  - 14) Station Merseburg mit 2 Beschälern besetzt.
- Merseburg, am 12. Januar 1828. —

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.



# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

5. Stück.

---

Merseburg, den 2. Februar 1828.

---

### B e k a n n t m a c h u n g.

Die früher von dem verstorbenen Professor Staatsrath v. Jacob besorgte Censur der in Halle erscheinenden, mit der Politik und Zeitgeschichte sich beschäftigenden Schriften ist dem Herrn Professor Geheimen Justizrath Schmelzer, dessen Stellvertretung aber dem Herrn Professor Salchow übertragen worden. Zugleich ist die durch den Tod des Professors Hoffbauer erledigte Stelle des ersten Censors der in Halle herauskommenden philosophischen, philologischen und schön-wissenschaftlichen Schriften dem bisherigen zweiten Censor für dieses Fach, Herrn Professor Gruber, anvertraut, zu dessen Stellvertreter aber der Herr Professor Verlach ernannt worden.

Magdeburg, den 17. Januar 1828.

Der Geheime Staats-Minister von Klemig.

---

### Verordnungen der Königl. Regierung.

Nicht selten tritt der Fall ein, daß mit den Notaten-Beantwortungen entweder diejenigen Rechnungs-Beläge, worüber bei der Abnahme oder Revision der Rechnungen Erinnerungen aufgestellt worden sind, gar nicht eingesandt, oder aber statt dieser einzelnen Beläge, die ganzen Bände in welchen sie mit befindlich sind, wieder eingereicht werden. Im ersten Falle, wo die zurückgebliebenen, gleichwohl erforderlichen betreffenden Beläge erst noch eingefordert werden müssen und dann nachträglich eingereicht werden, wird dadurch die Entscheidung auf die Notaten-Beantwortung und mithin auch die Berichtigung der Rechnung zur Ungebühr verzögert; im letzten Fall aber die Post unnötigerweise belästigt.

Mr. 14.

Das Verfahren bei Ein-  
sendung der  
zur Verkünd-  
lichkeit der  
Rechnungs-  
Notaten-Be-  
antwortungen erforder-  
lichen Beläge  
etc.

Damit diese Uebelsände für die Folge gänzlich vermieden werden, hat die Königl. Ober-Rechnungs-Kammer mittelst Verfügung vom 5. December v. J. angeordnet, daß sowohl von dem Rendanten oder Rechnungsleger überhaupt bei der Beantwortung der Notaten, als von der, demselben vorgesetzten Verwaltungs-Behörde, bei der Begutachtung der Notaten-Beantwortung erwogen werde:

- a) welche Rechnungs-Beläge den Gegenstand des Moniti selbst ausmachen, und
- b) welche Rechnungs-Beläge etwa außerdem zur Prüfung der Beantwortung und deren Begutachtung erforderlich sind.

Diese beiden Arten von Belägen müssen jederzeit mit der Notaten-Beantwortung wieder eingereicht, zu dem Ende aus den sie mit enthaltenden Bänden und Heften der Rechnungs-Beläge entnommen, und den zur Notaten-Beantwortung neu beigebrachten, mit der Rechnung noch nicht eingesandt gewesenen Belägen einverleibt werden. Die übrigen Rechnungs-Beläge aber sind mit der Notaten-Beantwortung in der Regel, und in soweit es nicht in einzelnen Fällen in dieseitigen Revisions-Protocollen oder resp. Verfügungen ausdrücklich verlangt worden, nicht wieder einzusenden.

Wenn also z. B. bei einer Einnahme- oder Ausgabe-Post die Höhere Genehmigung verlangt worden ist, so muß mit letzterer die nicht für zureichend erkannte Kassen-Anweisung, oder, wenn die Vervollständigung einer Quittung gefordert worden, die vervollständigte Quittung wieder vorgelegt werden; es dürfen aber nicht zugleich alle übrigen, zur Justification der betreffenden Einnahme oder Ausgabe beigebrachten Rechnungs-Beläge mit der Notaten-Beantwortung wieder eingereicht werden.

Werden ferner z. B. vom Rendanten zur Erläuterung einer monirten Differenz, oder zur Hebung eines andern Moniti Thatfachen angeführt, deren Richtigkeit sich nicht aus den in dem Monito in Bezug genommenen Belägen selbst, sondern aus andern zur Rechnung gehörigen Belägen ergibt, so sind auch diese Beläge der Notaten-Beantwortung beizufügen.

Wir weisen die uns untergeordneten Rechnungsführer und alle Behörden unsers Ressorts hierdurch an, die vorstehenden Bestimmungen der Höhern Rechnungs-Revisions-Behörde genau zu befolgen.

Merseburg, den 17. Januar 1828.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 15. Nachdem des Königs Majestät, mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom Die Aufhe: 10. November v. J., zur Aufhebung des in einigen Theilen des Herzogthums tung des Ho: Sachsen noch bestehenden, mit der allgemeinen Gewerbe-Gesetzgebung nicht ver-

einbarlichen fiskalischen Monopols des Handels mit Mühlsteinen zu bestimmen geruht haben, daß die darüber geschlossenen und ablaufenden Pachtverträge nicht erneuert und von den bestehenden Verträgen diejenigen gekündigt werden sollen, bei denen eine Kündigung zulässig ist, so wird solches in Gemäßheit eines Rescripts der Königl. Ministerien des Innern und der Finanzen vom 18. November v. J. hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

fiskalischen Monopols des Handels mit Mühlsteinen betr.

Merseburg, den 12. Januar 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Das Königl. Hofe Ministerium des Innern hat mittelst Rescripts vom 19. November 1827 genehmiget, daß die Größe des vormals in einem Theile des hiesigen Regierungs-Bezirks gebräuchlichen Dresdner Scheffels zu Fünfstausend Reunhundert und Acht und Zwanzig Preussischen Kubitzollen angenommen werde; wonach sich, wenn nicht die größte Genauigkeit erfordert wird, Wierzeßn Dresdner Scheffel ungefähr mit Sieben und Zwanzig Preussischen vergleichen.

Das Verhältniß d. Dresdner Scheffel: gemäße zum Preuss. betr.

Diese Bestimmung wird hierdurch zu Jedermanns Nachricht, und namentlich zur Beachtung der Beamten und Consiten öffentlich bekannt gemacht.

Merseburg, den 5. Januar 1828.

Königlich Preussische Regierung.

## Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht, auf Veranlassung des von dem Königl. Geheimen Finanz-Rath Herrn Deuth, unter dem 30. October erstatteten Berichts, über den Ausfall der diesjährigen Ausstellung vaterländischer Fabrikate zu Berlin, mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 20. November d. J., dem Fabrik-Unternehmer Carl Christian Winkler in Weissenfels die goldene Denkmünze, so wie den Fabrik-Unternehmern Albrecht u. Comp. zu Zeiß, abermalige Ansprüche auf die silberne Denkmünze, welche denselben bereits früher zu Theil worden ist, zuzuerkennen; welches hierdurch bekannt gemacht wird.

Merseburg, am 29. December 1827.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Bekanntmachung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Sämmtliche Untergerichte unseres Bezirks werden hierdurch, mit Bezugnahme auf unsere öffentliche Bekanntmachung vom 10. December 1824, Hinsichts der Sicherstellung des Depositariatswesens, angewiesen, binnen Wierzehn Tagen bei Zwei Thaler Ordnungsstrafe anderweit darüber zu berichten, welche Veränderung in dieser wichtigen Angelegenheit vorgefallen.

Hauptsächlich ist pflichtmäßig anzuzeigen, in wiefern ad passum I. unserer obigen Verordnung durch den fortwährenden Ausgahng der Namen derjenigen Personen, welche zur Verwaltung des Depositariats ernannt, genügt worden.

Im Allgemeinen werden sämmtliche Untergerichte nochmals zur pünktlichen Befolgung unserer obgedachten Verordnung aufmerksam gemacht, damit kein Nachtheil und keine Verantwortung entstehe. Auch haben solche fortwährend am Schlusse jeden Jahres über den passus ad I. und die Sicherstellung des Depositariats ohne Aufforderung zu berichten.

Naumburg, den 20. Januar 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

---

## B e k a n n t m a c h u n g .

Der Sitz der unterzeichneten Commission ist von Stendal hierher verlegt worden; welches hierdurch nachrichtlich bekannt gemacht wird.

Berlin, den 11. Januar 1828.

Königl. liquidations-Commission für den Preuß. Antheil an  
der Centralschuld des ehemaligen Königreichs Westphalen.  
Schulz.

---

Verichtigung. Im Extrablatt zum Amtsblatte St. 3, E. 32, Zeile 3 von oben, ist zu lesen: Carl Anton Friedrich Hinkel, statt: Carl Anton Ferdinand Hinkel.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

6. Stück.

Merseburg, den 9. Februar 1828.

## Allgemeine Gesessammlung.

Das 2te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter

- Nr. 1121. Ministerial-Erklärung vom 11. December 1827, über die mit der Herzoglich Anhalt-Desausschen Regierung getroffene Vereinbarung, den Schuß der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend.
- Nr. 1122. Ministerial-Erklärung vom 4. Januar 1828, über die mit der Großherzoglich Badenschen Regierung getroffene Vereinbarung, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend.
- Nr. 1123. Ministerial-Erklärung vom 18. Januar 1828, über die mit der Fürstlich Reuß-Plauischen Regierung älterer Linie getroffene Vereinbarung, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Die Wahlfähigkeitsprüfung der Zöglinge des Schullehrer-Seminars zu Weiffensels wird im tausenden Jahre am 17. März, (Montag u. fg. nach La-  
care), und die Wahlfähigkeitsprüfung der nicht in diesem Seminar vorbereiteten  
Schulamtsbewerber am 20. März u. fg. Tage statt finden. Diejenigen, welche  
sich zu der letztgenannten Prüfung einfinden wollen, müssen am 19. März Mit-  
tags in Weiffensels eintreffen, sich bei dem Director des Seminars, D. Har-  
Mr. 17. Die Wahl-  
fähigkeits- u.  
andere Prä-  
fungen beim  
Schullehrer.

Seminar zu  
Weißensfels  
betr.

nisch, melden, und die im 45. Stücke des Amtsblatts v. J. 1826, Nr. 140, bemerkten Zeugnisse u. s. w. mitbringen.

Zugleich mit der Prüfung am 20. März wird, auf Verordnung des Königl. Ministerii der geistlichen u. Angelegenheiten, die abermalige Prüfung der zeither provisorisch angestellten Schullehrer veranstaltet. Zu dieser haben sich jedoch nur diejenigen einzufinden, welche dazu besondere Anweisung von der unterzeichneten Regierung erhalten.

Zwischen beiderlei Prüfungen und zwar auf den 19. März fällt die Prüfung derjenigen Literaten, welche sich dazu gemeldet haben, in Folge der Verordnung im Amtsblatte 1827, St. 25, Nr. 78. Diese werden sich am 18ten März in Weißensfels auf dem Seminar einfinden, und mit ihrem Schulzeugnisse, academischen Zeugnisse und, sofern sie Candidaten des Predigamtens sind, dem Zeugnisse des Examens pro Candidatura versehen seyn.

Alle diese Prüfungen sind nicht öffentlich, und es kann daher nur den Herren Superintendents und andern Geistlichen der Zutritt zu denselben gestattet werden.

Wegen einer zweiten, im Monat September d. J. zu veranstaltenden Prüfung, sowohl für die nicht im Seminar zu Weißensfels vorbereiteten Schulamtsbewerber, als auch für die provisorisch Angestellten, und nach Befinden für dazu sich meldende Literaten, wird das Nähere zu seiner Zeit in diesen Blättern angezeigt werden.

Dies, und wegen der Prüfung zur Aufnahme in das Seminar zu Weißensfels die nachstehende Anzeige:

„Diejenigen Schulamts-Lehrlinge, welche wünschen nach Ostern ins Seminar zu treten, haben sich zu einer Aufnahmeprüfung den 24sten (vier und zwanzigsten) März, des Morgens um 6 Uhr in dem 3ten Lehrsaale des Seminars (1 Treppe hoch) einzufinden, sich so einzurichten, daß sie ein Paar Tage hier verweilen können, und folgende Zeugnisse mitzubringen:

- 1) ein Taufzeugniß;
- 2) ein ärztliches Zeugniß über Blattereinpimpfung und über Freiseyn von chronischen und andern Krankheiten, die den Beruf des Lehrers erschweren;
- 3) ein Sitten-, Fleiß- und Anlagezeugniß vom dem Lehrer, der den Lehrling bis zur Confirmation unterrichtete, bestätigt von dem Geistlichen des Orts;
- 4) ein solches ebenfalls bestätigtes Zeugniß von den Lehrern, welche nach der Confirmation den Lehrling zu seinem Eintritt ins Se-

minar vorbereiteten oder überhaupt in Unterricht und Aufsicht hatten;

- b) eine obrigkeitlich bestätigte Erklärung vom Vater oder Vormund darüber, welche Mittel zu einer dreijährigen Unterhaltung des Lehrlings vorhanden sind; wobei bemerkt wird, daß, in Geld angeschlagen, mindestens jährlich 50 Thlr. zur Unterhaltung eines Seminaristen erfordert werden, und daß sich keiner auf die geringen Beneficien der Anstalt im Voraus verlassen möge.

Keins dieser Zeugnisse bedarf des Stempels.

Jeder Meldling muß das 16te Jahr vollendet haben, und derjenige, welcher nur schwach vorbereitet ist, thut wohl, lieber noch zurückzubleiben, da die Anstalt nur 20 bis 25 Zöglinge aufnehmen kann.

Weißensels, den 2. Februar 1828.

Der Königl. Seminardirector D. W. Harnisch.“

wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 4. Februar 1828.

### Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

In dem 21. Stücke der Gesefsammlung vom Jahre 1827, unter Nr. 1105, ist die Ministerial-Erklärung vom 28. October v. J. über die mit dem Königreiche Sachsen getroffene Vereinbarung, den Schuß der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend, enthalten.

Nr. 18.  
Die Verwahrung des Rechts der Schriftsteller und Verleger hinsichtlich des Bucher-Nachdrucks betr.

Im Königreiche Sachsen bestehet die Einrichtung, daß die Einzeichnung der Verlags-Artikel in das Protocoll der zu Leipzig bestehenden Königl. Sächs. Bücher-Commission erfolgt, welche in Kraft und Wirkung einem förmlichen Privilegio dergestalt gleichkommt, daß der Verleger zur Erlangung sofortiger Rechtshülfe gegen den Nachdruck keines weitem Beweises des erworbenen Verlagsrechtes bedarf.

Auf den Antrag der Königl. Sächsischen Regierung hat das Königl. Ministerium des Innern und der Polizei anzuordnen geruhet, daß die diesseitigen Polizeibehörden angewiesen werden sollen, wenn von ihnen einem als rechtmäßig zu erkennenden Verlagsrechte Schuß zu gewähren, und der Verbreitung unerlaubter Nachdrucke entgegen zu wirken ist, die gehörig nachgewiesene Eintragung in das Protocoll der Bücher-Commission zu Leipzig als Beweis des erworbenen Verlagsrechtes anzunehmen.

Wir bringen diese Ministerial-Bestimmung hierdurch zur Kenntniß der Herren Landräthe und Polizeibehörden unsers Regierungs-Bezirks, und weisen selbige hierdurch an, sich darnach in vorkommenden Fällen gemessenst zu achten.

Merseburg, den 25. Januar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 19.  
Das Institut zur Heilung Stammeinder in Aachen betr.

Die Königl. Regierung zu Münster macht in Nr. 49. ihres Amtsblatts vom v. J. bekannt, daß ein achtbarer Einwohner zu Aachen, nachdem sein Sohn, der von Jugend auf den Fehler des Stammelns im hohen Grade gehabt, in Brüssel ohne Anwendung irgend eines innern oder äußern Mittels auf dem Wege des Unterrichts geheilt sey, mit Genehmigung des Eigenthümers des entdeckten Heilverfahrens unter der Bedingung: Stammelnde in Behandlung nehmen, daß diesem ein Antheil an der Remuneration verbleibe. Indem wir dieser glaubwürdigen Bekanntmachung erwähnen, bemerken wir zugleich, daß Personen, welche etwa von dem Brüsseler Mittel Gebrauch machen wollen, in frankirten Briefen mit dem Vorstande des Instituts in Aachen, dem Regierungs-Secretair Henke, in Communication treten und von diesem die nähere Nachricht einziehen können.

Merseburg, den 29. Januar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 20.  
Die Ehe-  
lung der so-  
genannten  
Subsidiens-  
gelder für un-  
verheirathete  
Töchter Stift-  
Merseburg:  
scher Prediger  
betr.

Mehrere unverheirathete Töchter verstorbener Stift-Merseburgischen Prediger, welche zum Genuß der sogenannten Subsidiengelder berechtigt sind, haben dieselben für das verstlossene Jahr nicht erhoben. Wir finden uns daher veranlaßt, folgende Bestimmungen zur genauen Befolgung und Beachtung bekannt zu machen:

- 1) Der jedesmalige Stifts-Superintendent in Merseburg zahlt jedes Jahr diese Unterstützungsgelder an alle dazu berechnigte Töchter der verstorbenen Stift-Merseburgischen Prediger aus.
- 2) Bei Erhebung der Quote wird auch dem Empfänger die Quittung für das nächste Jahr zugestellt.
- 3) Gegen diese unterschriebene und beglaubigte Quittung wird im November jeden Jahres die betreffende Rate auf der Superintendentur in Merseburg erhoben.
- 4) Wer verabsäumt, dies Geld bis zum Schlusse des laufenden Jahres zu erheben, oder durch sichere Personen erheben zu lassen, hat es sich selbst



zuguschreiben, wenn dessen Rate an die Haupt-Instituten und Communal-Kasse hieselbst wieder zurückgezahlt wird.

Merseburg, den 25. Januar 1828.

Königl. Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Da Lotterieloose nicht zu den im §. 14 des Regulativs vom 28. April 1824 bezeichneten Gegenständen gehören, so ist es auch den Lotterie-Einnehmern nicht gestattet, dieselben im Umherziehen feil zu bieten. Auch kann zu diesem Geschäft kein Gewerbschein erteilt werden, wenn solcher nachgesucht werden sollte.

Da diese, von den Königl. Ministerien des Innern und der Polizei und der Finanzen unter dem 23. v. M. und J. erneuerte Bestimmung bisher in unserm Departement nicht immer befolgt seyn soll, so bringen wir solches hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, und weisen zugleich alle unsre Unterbehörden an, auf deren Befolgung zu wachen, diejenigen Lotterie-Einnehmer, welche sich auf dem Gewerbe-Betrieb im Umherziehen betreffen lassen, in gewöhnlicher Art zur Untersuchung zu ziehen, die Lotterieloose aber, welche dieselben bei sich führen, in Beschlagnahme zu nehmen, und sofort unter Bemerkung der näheren Umstände unmittelbar an die Königl. General-Lotterie-Direction einzusenden.

Merseburg, den 25. Januar 1828.

Königlich Preussische Regierung.

Bei der Buch- und Rechnungsführung der hiesigen Regierungs-Haupt-Kasse für das laufende Jahr 1828 werden durchgängig folgende Zeit-Abschnitte angenommen:

- 1) Perioden pro 1824 und Vorzeit,
- 2) " " 1825 und 1826,
- 3) Jahrgang 1827,
- 4) " " 1828.

Mr. 22.  
Wegen der für das Jahr 1828 statt findenden Rechnungs-Perioden bei der Regierung Haupt-Kasse.

Hiernach haben sämtliche zur Regierungs-Haupt-Kasse einliefernde Special-Kassen unsers Verwaltungs-Bereichs ihre Declarationen und Lieferzettel einzureichten.

Merseburg, den 2. Februar 1828.

Königlich Preussische Regierung.

## Bekanntmachung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

### Oeffentliches Aufgebot

zweier verloren gegangener Steuer-Credit-Kassen-Scheine.

Nachdem die Erben des Prebilers Freudel zu Osmünde, die majorenne Henriette Wilhelmine Freudel und die minorene Albertine Juliane Freudel, bevormundet durch den Kaufmann Holzhausen zu Halle, desgleichen auch der Justizrath Besser zu Zeitz, als Vormund der hinterbliebenen minderjährigen Kinder des Obristleutenants von Egdby, Namens Auguste Caroline Johanne, Christoph Moritz und Christoph Ferdinand, auf das gerichtliche Aufgebot und die Amortisation folgender abhanden gekommenen, ehemals Sächsischer, jetzt Preussischer verlosbarer Steuer-Credit-Kassen-Scheine:

- 1) Litt. B. Nr. 5870 über 500 Thlr. Conv. Geld, nebst Talon und Coupons, den Freudelschen Erben gehörig;
- 2) Litt. B. Nr. 485 über 500 Thlr. Conv. Geld, welcher den von Egdbschen Minorennen gehört,

angetragen haben, so werden alle diejenigen, welche an die gedachten Steuer-Credit-Kassen-Scheine als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand-Inhaber oder aus einem rechtlichen Grunde Ansprüche zu haben vermeinen, so wie deren Erben hierdurch aufgefordert, sich spätestens in dem achten Zinszahlungstermine zu melden und in dem auf den

30. October 1828, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Deputirten, Königl. Ober-Landes-Gerichts-Referendar von Reiche, angesetzten Termine im Local des hiesigen Ober-Landes-Gerichts zu erscheinen, um ihre etwaigen Ansprüche zu bescheinigen, außerdem aber zu gewärtigen, daß die fraglichen Steuer-Credit-Kassen-Scheine werden für erloschen erklärt, sie mit ihren Ansprüchen daran werden präcludirt und ihnen ein ewiges Stillschweigen deshalb wird auferlegt werden.

Raumburg, den 11. Januar 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

---

### Bekanntmachung.

Ich finde mich veranlaßt, hiermit bekannt zu machen, daß alle Chauffee- und Brückgeld-Erheber in hiesiger Provinz verpflichtet sind, das Chauffee- und

Brückgeld nur in der durch das Gesetz über die Münzverfassung vom 30. September 1821 angeordneten Scheidemünze (Silbergroschen und Pfennigen) zu fordern.

Es werden daher alle Reisende und sonstige Passanten, von denen das Brückgeld auf andere Weise verlangt werden möchte, ersucht, hiervon bei der nächsten Zoll- oder Steuer-Stelle Anzeige zu machen, damit etwaige Unregelmäßigkeiten bei Erhebung der fraglichen Abgabe gerügt und abgestellt werden können.

Magdeburg, den 27. Januar 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director Sack.

---

### B e k a n n t m a c h u n g .

Ueber die Wohnhäuser Nr. 1. bis 130. der Stadt Sangerhausen, mit Ausschluß der, den Kirchen, Pfarren, Schulen, milden Stiftungen und der Stadt-Commune gehörigen, ingleichen mit folgenden speciellen Ausnahmen, als:

116. Hengens Erben, und

125. Mannsche Ehefrau,

sind die Hypotheken-Tabellen, welche alle 3 Rubriken umfassen, fertig geworden, und können während des Zeitraums vom 10. Februar bis zum 10. April d. J. in dem hiesigen Hypotheken-Archive eingesehen werden. Wir fordern die Interessenten hierzu auf, mit dem Bedeuten, daß nach Ablauf der verstatteten dreimonatlichen Frist keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Eisleben, den 25. Januar 1828.

Königlich Preussisches Land-Gericht.

---

### P e r s o n a l - C h r o n i k .

#### B e f ö r d e r u n g e n .

Der Ober-Landes-Gerichts-Referendar, Emil Wilhelm Klee, ist von dem Königl. Ober-Landes-Gericht zu Magdeburg abgegangen, und als Referendar bei der Königl. Regierung hieselbst bestellt worden.

Merseburg, den 24. Januar 1828.

# R i f f e

der aufgerufenen und der Königlichen Controle der Staats-  
Papiere als mortificirt nachgewiesenen

Staats-Papiere.

## Staats-Schuld-Scheine.

Des Documents				Datum des rechtskräftigen Erkenntnisses.
Nr.	Litt.	Geld- Sorte.	Betrag. Thlr.	
37,279	B.	Courant.	500	vom 13. September 1827.
40,939	A.	"	500	vom 5. März 1827.
41,002	A.	"	100	
42,502	O.	"	25	
42,503	A.	"	100	vom 21. December 1826.
42,503	B.	"	25	
45,566	E.	"	200	vom 26. April 1827.

Berlin, den 31. December 1827.

Königliche Controle der Staats-Papiere.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

7. Stück.

Merseburg, den 16. Februar 1828.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Zur Befestigung mehrerer an uns ergangener Anfragen in Betref des Hal-  
tens von Tanzmusik, machen wir hierdurch nachstehendes bekannt.

Nr. 25.  
Des Halten  
von Tanzmu-  
sik betr.

- 1) Die Berechtigungen zu Gastwirthschaften und Schankstätten geben den Inhabern derselben nicht die Befugniß, ohne obrigkeitliche Erlaubniß Tanzmusikbarkeiten zu veranstalten.
- 2) Diefeshalb müssen die Gast- und Schankwirths jedesmal, wenn sie Tanzmusik halten wollen, besonders um die Erlaubniß dazu bei dem Inhaber der Polizei-Gerichtsbarkeit, oder dessen Stellvertreter nachsuchen, und dürfen, ohne selbige schriftlich erhalten zu haben, keine Tanzmusik halten; jedoch bleibt den Inhabern der Polizei-Gerichtsbarkeit oder deren Stellvertretern in mittelbaren, so wie den Landrätchen in unmittelbaren Ortschaften unbenommen, die Ortschaftschulzen zur Ertheilung von dergleichen Erlaubnißscheinen ein für allemal zu autorisiren. Die Erlaubnißscheine werden unentgeltlich ertheilt.
- 3) Beschwerden über verweigerte Erlaubniß sind in Städten und mittelbaren Ortschaften bei dem landrätchl. Amte des Kreises, und rüchfichtlich der unmittelbaren Ortschaften, Falls der Landrath die Erlaubniß verweigert hat, bei uns anzubringen. Ist die Verweigerung nach 2. von den Ortschaftschulzen erfolgt, so haben die Beschwerdeführer in mittelbaren Ortschaften sich zunächst an den Inhaber der Polizei-Gerichtsbarkeit oder dessen Stellvertreter, und in unmittelbaren Ortschaften an den Landrath des Kreises zu wenden.
- 4) Die schriftliche Erlaubniß der Polizei-Behörde muß zugleich die Stunde bestimmen, mit welcher die Tanzmusik aufhören soll, und soll in der Regel als Polizei-Stunde 10 Uhr Abends angenommen werden.

- 5) Die Erlaubniß, über diese Stunde hinaus Tanzmusik zu halten, darf den Gast- und Schankwirthern nur bei besondern Veranlassungen zugestanden werden.
- 6) Eben so darf auf keinen Fall die Erlaubniß zur Tanzmusik für die Tage erteilt werden, wo die Geseze dergleichen öffentliche Vergnügungen gänzlich untersagen.
- 7) An denjenigen Sonn- und Festtagen, so wie an den übrigen Tagen der Woche, wo dieses Verbot nicht statt hat, sind die Polizei-Behörden befugt, ebenfalls das Halten der Tanzmusik zu untersagen, wenn gegründete Bedenken dagegen vorhanden sind, als früherhin dabei vorgefallene Schlägereien, Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung u. s. w.
- 8) Diejenigen Gast- und Schankwirthe, welche, ohne bei der betreffenden Polizei-Behörde die Erlaubniß dazu nachgesucht und erhalten zu haben, dennoch Tanzmusik halten, oder über die ihnen von der Polizei-Behörde bestimmte Stunde hinaus das Tanzen gestatten, sind zur polizeilichen Untersuchung und Bestrafung zu ziehen, jedoch ist denselben der Rekurs gegen das abgefaßte Straf-Resolut, binnen zehn Tagen vom Tage der Publication, an uns vorzubehalten.
- 9) Geschlossenen Gesellschaften, das heißt Gesellschaften, welche sich zu ihrem geselligen Vergnügungen ein besonderes locale gemiethet haben, und durch besondere Statuten vereinigt sind, kann das Veranstellen von Bällen von der Polizei-Behörde nur untersagt werden, wenn solche an Tagen statt finden sollen, wo die Geseze dergleichen öffentliche Vergnügungen verbieten.
- 10) Darüber, ob die Gast- und Schankwirthe eine Abgabe zur Orts-Armens-Kasse zahlen sollen, und wie hoch solche festzusetzen, sind die landrätthlichen Behörden von uns mit besonderer Anweisung versehen worden.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 7. Januar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 24.  
Die Krank-  
heiten unter  
dem Vieh  
bett.

So nützlich es auch ist, wenn in Gemäßheit der Verfügung vom 28. Febr. 1825, Nr. 41. des Amtsblatts g. Z., die Anzeige von erkranktem Vieh, wo keine äußerliche Verletzung zum Grunde liegt, nie vernachlässigt wird, so ist sie doch öfter noch unterblieben. Groß ist der Verlust, welchen die verbreitete Kinderpest in einem Lande herbeiführt, und schwer ist es, sie zu unterdrücken, wenn erst mehrere Ortschaften davon ergriffen sind, ehe die Orts- und Kreis-Polizei-Behörden von ihrem Daseyn Kenntniß erhalten. Nur die zeitige Entdeckung

ihres Ausbruchs macht es möglich, ihre Verbreitung zu verhindern, und den Verheerungen, welche sie anrichtet, kräftig entgegen zu wirken. Die Erfahrung, daß die Kinderpest sich auch den Grenzen des Regierungs-Bezirks näherte, ist nicht ganz fern. Sie grassirt in einigen Kreisen Schlesiens. Wir fordern daher das landwirthschaftliche Publicum auf, bei dem Handel mit Vieh die größte Vorsicht anzuwenden, wenn gleich Einfuhrörter bestimmt sind, über die fremdes Rind-, Schaaf- und Schwarz-Vieh aus dem Auslande nur mit vorschriftmäßigen Attesten versehen, einpassiren kann, den Gesundheitszustand des Rindviehs genau zu beobachten, und die oben angeführte Verfügung sich streng zur Richtschnur dienen zu lassen.

Mersburg, den 6. Februar 1828.

### Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Von dem Königl. Ministerio der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten sind uns die Veränderungen der Arznei-Laxe für das Jahr 1828 zugegangen. Wir haben solche den Physikern des hiesigen Regierungs-Bezirks zur Vertheilung an die Apotheker ihrer Kreise zugesertigt und bringen dies mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß, daß die Kreisphysiker zugleich angewiesen sind, darauf zu sehen, daß diese Veränderungen vom Tage der Bekanntmachung ab, bei Vermeidung der in dem Publicando der Arznei-Laxe vom 1. October 1815 angedrohten Strafverfügung, befolgt werden, so wie, daß bei keinem Apotheker die neue Arznei-Laxe fehle.

Nr. 25.

Die Veränderungen der Arznei-Laxe pro 1828 bet.

Mersburg, den 26. Januar 1828.

### Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Da, besonders von auswärtigen Personen, die Einrichtungen der hiesigen Eichungs-Institute, oder Ankäufe geeichter Maaße, Gewichte und Waagen, öfter noch an Tagen begehrt werden, an denen letztere nicht geöffnet sind, so wird hiermit wiederholt zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß das Eichungs-Amt zu Halle nur an zwei Wochentagen, und zwar Montags und Donnerstags, Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr, für das Publicum offen steht. An diesen Tagen werden eingebrachte Gegenstände, in der Regel, sofort geeicht und gestempelt, auch können Maaße, Gewichte und Waagen, welche immer in gesetzlicher Qualität vorrätzig sind, angekauft werden; falls aber das Eine oder Andere in größerem Umfange verlangt wird, ist es rätzlich, dem unterzeichneten Dirigenten davon vorher Anzeige zu machen, damit die Be-

Nr. 26.

Angabe der Tage und Stunden zu den Einrichtungen des Eichungs-Instituts in Halle.

Kellungen zur Abholung bereit gehalten und Anordnungen getroffen werden, die jedem längeren Aufenthalte zur Befriedigung der Begehrenden zuvorkommen.

Halle, den 28. Januar 1828.

Königl. Eichungs-Commission für den Regierungs-Bezirk  
Merseburg.

Vertram.

Indem wir vorstehende Bekanntmachung hier einrücken lassen, fordern wir die Herren Landräthe und die Ortsbehörden auf, für die weitere Verbreitung derselben Sorge zu tragen.

Merseburg, den 5. Februar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

**Ar. 27.**  
Das Raup-  
perrn der Bäume  
me bete.

Nach den bei uns eingegangenen Anzeigen sind fast in allen Theilen des hiesigen Regierungs-Bezirks die Obstbäume mit Raupenbrut dergestalt befallen, daß das Vertilgen derselben nöthig wird, wenn nicht die Aussichten auf die bevorstehende Obsternte verloren gehen sollen. Jeder bessere Landwirth wird zwar aus eigenem Antriebe sich dieser Arbeit unterziehen, doch glauben wir die Besitzer von Obstbäumen dazu noch besonders auffordern zu müssen. Dieses Abraupen, oder, wie es gewöhnlich genannt wird, Raupern der Bäume, kann nicht früh genug vorgenommen werden, weil man nur dadurch das Auskriechen der Raupen in den ersten warmen Tagen des Jahres verhindert. Diese Zerstörung der Raupennester ist aber allein nicht hinreichend, um die Obstbäume von Ungezüßern zu befreien, sondern auch im Frühjahr, bei dem Ausschlagen der Bäume, müssen ebenfalls die auskriechenden Ringelraupen, die nicht in den gewöhnlichen Nestern sitzen, aufgesucht und getödtet werden. Auch dazu wünschen wir durch gegenwärtige Bekanntmachung aufzumuntern.

Merseburg, den 8. Februar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Auf den Antrag des Königl. Fiskus werden alle diejenigen, welche an den von der Churfürstlich Sächsischen Land- und Tranksteuer-Haupt-Kasse für das Amt Senftenberg unterm 7. Januar 1553 ausgestellten, mit Litt. C. Nr. 62. bezeichneten, auf die Summe von 457 Thlr. 12 Gr. Conventionsgeld lautenden und verloren gegangenen Steuerschein als etwanige Eigenthümer oder als deren



Erben, Cessionarien, Pfandinhaber, oder die sonst in deren Rechte getreten; Anspruch zu haben vermeinen, vorgeladen, denselben in dem nächsten Zinstermine Ostern 1828, oder spätestens in dem auf

den 21. April 1828

vor dem Deputirten, Oberlandes-Gerichts-Referendarius Birk, auf dem hiesigen Oberlandes-Gericht angefahren Termine zu produciren, oder ihre Rechte an denselben anzumelden, widrigenfalls sie damit präcludirt, ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt, und der genannte Steuerschein amortisirt werden wird.

Frankfurt a. d. O., den 27. October 1827.

Königl. Preuß. Oberlandes-Gericht.

---

### B e k a n n t m a c h u n g .

Von den zu Neuchen belegenen, der Gerichtsbarkeit der Herrl. Trebtschen Patrimonial-Gerichte daselbst unterworfenen Häusern sammt Zubehör sind die Hypotheken-Tabellen, welche alle 3 Rubriken in sich fassen, fertig geworden und liegen in dem Zeitraume vom 19. dieses Monats bis 20. April d. J. in der Expedition des unterzeichneten Patrimonialrichters zu Lügen zur Einsicht und Erinnerung der Interessenten bereit.

Dies wird hierdurch mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß nach Ablauf dieser Frist keine Erinnerungen weiter beachtet werden können.

Neuchen, den 4. Februar 1828.

Herrl. Trebtsche Patrimonial-Gerichte.  
Riemann, Justitiar.

---

### P e r s o n a l - E h r o n i k .

#### B e f ö r d e r u n g e n .

Die Amtssteuer-Einnehmer Avenarius, Triebel und Ruppis sind zu Kreis-Einnehmern ernannt worden, und zwar der erstere für den Sangerhäuser, der zweite für den Torgauer und der dritte für den Zeißer Kreis.

Merseburg, den 11. Februar 1828.

---

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Wegeinspectoren Weinhold zu Halle, Melchior zu Liebenwerda und Knebusch zu Weiskensels, in- gleichen die Wegebau-Conducteurs Henke hier, Kramer zu Wittenberg, Zahn hier und Lange zu Bitterfeld, Höherer Bestimmung gemäß zu Wegebauameistern ernannt sind.

Merseburg, den 1. Februar 1828.

Zum Ausrultator ist angenommen der Candidat der Rechte, Friedrich Lud- wig Heise, den 25. Januar c.

Zu Ober-landes-Gerichts-Referendarien hieselbst sind ernannt die hiesigen Ausrultatoren, Christoph Fahr und Carl Friedrich Müller, den 20. December 1827, Ludwig Simons den 31. December 1827; ferner ist

der land- und Stadtgerichts-Ausrultator zu Brandenburg, Johann Fried- rich Wilhelm Krüger, den 21. December pr. zum Referendar ernannt, und bei dem hiesigen Oberlandes-Gerichte angestellt;

der hiesige Oberlandes-Gerichts-Referendar, Carl von Weise, dagegen ist den 11. Januar c. in gleicher Eigenschaft an den Rheinischen Appellations-Gerichtshof zu Köln versetzt.

Der Referendar, Friedrich Wilhelm von Bömelburg, ist den 15. December pr. zum landgerichts-Assessor in Torgau ernannt.

Der Oberlandes-Gerichts-Registratur-Gehülfe, Heinrich Julius Güterbock hieselbst, ist den 15. December 1827 zum Salarien-Kassen-Assistenten bei dem hiesigen Oberlandes-Gericht ernannt.

Der invalide Unterofficier, Christian Braun, ist zum Voten und Executer bei dem Gerichts-Amte zu Schleusingen, an des verstorbenen Leser Stelle, den 4. Januar c. bestellt.

Raumburg, den 1. Februar 1828.

## Personal-Veränderungen

im Niedersächsisch-Thüringschen Haupt-Berg-District, im Laufe des Jahres 1827.

Beim unterzeichneten Oberbergamte selbst ist der Oberberggrath Mescher mit Tode abgegangen, dessen Stelle aber noch nicht wieder besetzt worden.

Dem Oberbergamts-Secretair Eckardt ist das Prädicat: „Assessor“ beige- legt worden.

Der Buchhalter Philipp und der Vergrevisor Grillo sind als solche definitiv, so wie der bisherige Calculator Pechmann als erster Canzlist bestellt worden.

Bei der hiesigen Salzmagazin-Verwaltung ist die Stelle eines Magazin-Inspectors dem vorinaligen oberbergamtlichen Buchhalter Schiffmann und die des Controlleurs dem auf Wartegeld gestandenen Salpeter-Inspector Eöler übertragen.

Die durch Veretzung des 10. von Räck erledigte Stelle eines Factors auf der Niederlage zu Saalhorn ist dem auf Wartegeld gestandenen Oberzoll-Inspector Wierschner verliehen worden.

Bei der Torffactorei Fieneröde ist der Inspector Hagen mit Tode abgegangen und die dadurch erledigte Stelle dem auf Wartegeld gestandenen Torf-Controllleur Knorr übertragen worden.

Halle, den 1. Februar 1828.

---

### T o d e s f ä l l e .

Der bisherige Archidiaconus in Dommisch, Ephorie Torgau, Johann Gottlieb Ebendick, ist am 15. d. M. in seinem Vier und Sechzigsten Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 28. Januar 1828.

---

Der bisherige Pfarrer zu Zinna, Ephorie Torgau, M. Friedrich Wilhelm Schröder, ist am 22. v. M. in seinem 61. Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 5. Februar 1828.

---

Verichtigung. Im Amtsbl. St. 6, S. 49, Marg. Nr. 27, ist zu lesen: Periode, statt: Perioden.

---

# Nachweise

der

im Monate Januar 1828

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-  
nisse, ingleichen der Rauch-Forage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e .												H ü l f s f r ü c h t e .						R a u c h f u t t e r .															
	Weizen				Roggen				Gerste				Hafer				Hirse			Erbsen			Linsen			Kartoffeln			Heu			Stroh		
	der Preussische Scheffel												der Preussische Scheffel												Sack.			à Cent.			à Schock			
	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.				
1	Merseburg	1	13	11	1	15	10	—	25	8	—	16	11	—	—	—	1	10	—	2	10	—	1	—	—	—	25	—	5	15	—			
2	Halle	1	15	8	1	14	4	—	26	3	—	20	—	4	15	—	1	20	—	2	15	—	20	—	1	—	—	5	5	—	—			
3	Naumburg	1	13	4	1	14	3	—	24	1	—	17	5	4	—	—	2	2	—	5	—	—	1	5	—	1	—	5	10	—	—			
4	Torgau	1	20	—	1	25	9	1	3	9	—	25	9	3	10	—	1	20	—	5	20	—	15	—	25	—	6	—	—	—				
5	Wittenberg	1	22	6	1	20	5	1	1	—	—	25	—	4	—	—	1	24	5	—	—	—	12	5	—	—	—	—	—	—	—			
6	Eisleben	1	11	3	1	11	5	—	24	5	—	19	8	3	14	8	1	24	8	2	14	8	15	—	1	—	4	7	6	—	—			
7	Zeitz	1	17	6	1	17	6	—	24	—	—	17	—	2	20	—	1	20	—	2	—	—	15	—	1	3	—	5	12	—	—			
8	Quersurth	1	12	6	1	10	—	—	25	—	—	18	—	5	15	—	1	12	6	1	12	6	22	6	1	2	—	5	10	—	—			

Merseburg, den 4. Februar 1828.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

# A m t s , B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

8. Stück.

---

Merseburg, den 25. Februar 1828.

---

### Allgemeine Gesessammlung.

Das 3te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter

- Nr. 1124. Ministerial-Erklärung vom 11. December 1827, über die mit der Königlich Dänischen Regierung getroffene Vereinbarung, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den diesseitigen Staaten und den drei Herzogthümern Holstein, Lauenburg und Schleswig wider den Dichter-Nachdruck betreffend.
- Nr. 1125. Allerhöchste Cabinetsordre vom 8. Januar 1828, wodurch der §. 69. der Zollordnung vom 26. Mai 1818, in Betreff des Anspruchs auf den Erlaß der Steuer von den Eigenthümern solcher Waaren, welche in die Pachtloslager niedergelegt und daselbst durch zufällige Ereignisse vermindert werden, declarirt wird.
- Nr. 1126. Declaration der Strafbestimmungen bei solchen Steuer-Defraudationen, wo das defraudirte Object zugleich mit einer Communalabgabe belegt ist. Vom 27. Januar 1828.
- Nr. 1127. Ministerial-Erklärung wegen Verlängerung der Convention vom 23. Juni 1821, das Revisionsverfahren auf der Elbe betreffend, auf einen ferneren Zeitraum von sechs Jahren. Vom 2. Februar 1828.

---

### B e k a n n t m a c h u n g .

Ueber den Wirkungskreis und die amtliche Stellung der Militair-Intendanturen, so wie über das Verhältniß und die Anstellung ihrer Beamten, wird hierdurch Folgendes zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

Die Militair-Intendanturen, deren Eine bei jedem der 9 Armees-Corps ist, sind in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 1. November 1820 eingesetzt und hiernächst am 2. Juli 1822 von Seiner Majestät als eine Provinzial-Behörde des Kriegs-Ministeriums für die Militair-Deconomie definitiv bestätigt worden.

Dieselben bilden die alleinige Zwischen-Instanz zwischen dem Kriegs-Ministerium und den untern Militair-Deconomie-Behörden; ihre Verwaltung erstreckt sich über alle Zweige der Militair-Deconomie; sie sorgen darin für einen ordnungsmäßigen Betrieb, und bearbeiten selbstständig alle darauf Bezug habenden Angelegenheiten nach den Etats und den für jeden Zweig gegebenen besonderen Instructionen; ihnen hauptsächlich liegt die Fürsorge wegen der anzuschaffenden Naturalien und Materialien ob, sie leiten die Ankäufe und Lieferungen ein, und schließen die Contracte. Dabei haben sie über alle Zweige der Militair-Deconomie eine uneingeschränkte Aufsicht und Controle, namentlich über die Proviant-Ämter, die Bekleidungs- und die Train-Depots, über die Garnison- und Lazareth-Verwaltungen, über das Kassen- und Rechnungswesen bei den Truppen etc.; sie müssen, vorzüglich bei den öfter abzuhaltenden Kassen- und Local-Revisionen, auf Richtigkeit der Bestände so wie auf Güte, zweckmäßige Aufbewahrung und Behandlung der magazinirten Gegenstände sehen, und haben als Deputationen des Kriegs-Ministeriums oder als commissarische Bevollmächtigte der Departements desselben, darüber zu wachen, daß die verschiedenen Zweige der Militair-Deconomie bei den Truppen nach den deshalb gegebenen Vorschriften besorgt und verwaltet werden.

Für alle, in ihrem Wirkungskreise vorkommenden Unordnungen und Unregelmäßigkeiten, sind die Intendanturen streng verantwortlich, überall müssen sie das Interesse der königlichen Kasse wahrnehmen; sie haben daher auch jede Ueberschuldung zu verhindern, und, wo solche dennoch vorkommt, deren Berichtigung sofort zu veranlassen.

Daneben theilen sie mit den Truppen-Befehlshabern die Verantwortlichkeit dafür, daß die Truppen mit allen Gegenständen der Ausrüstung für den Frieden wie für den Krieg nach Zahl und Eigenschaft vorschriftsmäßig versorgt sind, und haben die Verpflichtung, sowohl den Truppen bei der Selbstbeschaffung von Bekleidungs- und Ausrüstungs-Gegenständen mit Rath und That an die Hand zu gehen, als auch die Befehlshaber, bei deren directer Aufsicht und Fürsorge, daß die Truppen und jeder Untergebene, was ihm gebührt, zur gehörigen Zeit richtig und gut erhalte, thätig zu unterstützen.

In Angelegenheiten der Militair-Deconomie, welche bei dem General-Commando des Corps vorkommen, hat der Intendant als Referent den Vortrag; bei Musterungen und andern öconomischen Revisionen Seitens der obern Befehlshaber, begleitet diese ein Mitglied der Behörde, welches die dabei zu ertheilenden Dechargen vorzubereiten hat und für deren Richtigkeit verantwortlich bleibt.

Als Behörde gebührt der Intendantur das Prädicat „Hochlöblich“. Das statismäßige Personal jeder der 9 Intendanturen besteht aus 1 Intendanten, 5 Rätchen, 1 Assessor, 6 Secretairs und Calculatoren und 1 Registrator; die Beamten stehen persönlich, in ihren äußern Verhältnissen, den Beamten der Landes-Collegien gleich. Die Intendanten haben den Rang der Rätche dritter Classe; die Intendantur-Rätche, Assessoren und Subalternen den Rang der gleichnamigen Chargen bei den Landes-Collegien. Alle Intendantur-Beamten tragen, nach den gesetzlichen Abfufungen, die Civil-Uniform des Kriegs-Ministeriums mit denjenigen Abänderungen, welche des Königs Majestät, mit Rücksicht auf den Dienst bei den Truppen und im Felde, nachzugeben geruhet haben.

Jeder Intendantur-Beamte muß mit allen Zweigen der Militair-Deconomie vertraut seyn, und wissenschaftliche Bildung, wie Gewandtheit zu persönlichen Verhandlungen besitzen. Es ist dies um so unerläßlicher, als das Kriegs-Ministerium seine Civil-Beamten vorzugsweise aus dem Intendantur-Personale wählen wird, und als besonders im Kriege die Bestimmung und der Wirkungskreis der Intendantur-Beamten sich dergestalt erweitert, daß auch ein Theil der Subaltern-Beamten als Vorstand selbstständiger Verwaltungen aufgestellt werden wird.

Die Intendanturen sind ermächtigt, körperlich selbstdienstfähige junge Männer, die entweder auf Universitäten wissenschaftlich gebildet sind, oder doch die erste Klasse eines Gymnasiums besucht haben, auf den Grund vortheilhafter Zeugnisse, in ihre Büreaus aufzunehmen, sie zu vereiden und zum Dienste anzuleiten. Hat der junge Mann in allen Partien gearbeitet und berechtigt er zu der Erwartung, daß aus ihm ein tüchtiger Beamte für das Militair-Verwaltungs-Fach hervorgehen werde, so kann er, jedoch frühestens nach Ablauf eines Jahres, und nachdem er sich über die Erfüllung der allgemeinen Kriegs-Dienstpflicht ausgewiesen, von der Intendantur zur ersten, nämlich der Secretariats-Prüfung, zugelassen werden. Besteht er diese gut, so erhält er noch Beschäftigung bei den local-Verwaltungen der Militair-Deconomie und kann nun nach Maßgabe des dazu ausgefetzten Fonds, als Hülfсарbeiter, theils feste, theils vorübergehende Remunerationen erhalten, oder auch, für den Fall einer Vacanz, in den Etat der Subalternen, erst provisorisch und nach angemessener Probezeit definitiv, einrücken.

Um Intendantur-Rath zu werden, muß der Candidat mit den verschiedenen Zweigen der Militair-Deconomie völlig vertraut seyn; er muß ferner die nöthige persönliche Gewandtheit für den äußern Dienst besitzen und sich endl. als zur selbstständigen Verwaltung geeignet, bewährt haben.

Wird ihm dies von der Intendantur bescheinigt, so kann er sich zum Raths-Examen melden, und, sofern er in letzterm gut besteht, im Falle einer Vacanz,

zum Assessor mit Gehalt ernannt und hiernächst, wenn er sich in dieser Stellung bewährt, Seiner Majestät zum Intendantur-Rath in Vorschlag gebracht werden.  
Berlin, den 20. Februar 1828.

Der Kriegs-Minister von Saxe.

## Verordnung der Königl. Regierung.

Ne. 28. Durch die Allerhöchste Cabinets-Ordnung vom 19. April 1824 ist festgesetzt worden, daß junge Leute, welche sich vor Erfüllung ihrer Militairpflicht verheirathen wollen, durch die betreffenden Landräthe oder Ortsbehörden ausdrücklich verwarnet werden sollen, daß sie hierdurch der Verpflichtung zum Militairdienste nicht überhoben werden.  
Verfahren der Geistlichen beim Aufgebot Militairpflichtiger betr.

Sämmtliche Geistliche der Monarchie werden daher hiermit angewiesen, das Aufgebot solcher militairpflichtiger Personen nicht eher vorzunehmen, bis von denselben eine Bescheinigung des betreffenden Landrätlichen Officiums oder der Ortsbehörde darüber, daß diese Verwarnung wirklich erfolgt sey, beigebracht worden ist.

Vorstehendes Rescript der Hohen Ministerien der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und des Innern, wird hierdurch zur Kenntniß des Publicums gebracht und haben sämmtliche Geistliche die Vorschrift desselben genau zu befolgen.

Merseburg, den 14. Februar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

## B e k a n n t m a c h u n g .

Das Hypothekenbuch vom Dorfe Pösig ist nunmehr vollendet und wird dieses mit dem Bemerken, daß der Erwerb neuer Hypothekenrechte, in Gemäßheit des Hypothekenpatents vom 16. Juni 1820, §. 14., nunmehr lediglich nach den Vorschriften des allgemeinen Landrechts, der allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenordnung zu beurtheilen ist, hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Pösig, den 14. Februar 1828.

Herrlich Rostisches Patrimonialgericht.

J. W. K r a u s e .



# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

9. Stück.

Merseburg, den 8. März 1828.

## B e k a n n t m a c h u n g .

Der ehemals Sächsische, jetzt Preussische verloosbare, Neujahr 1766 zu Dresden ausgestellte, mit Litt. D. und Nr. 451. bezeichnete, auf die Summe von Fünfzig Thalern Conventionsgeld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und dem Tuchmacher-Meister Carl August Gey zu Zschopau im Königreiche Sachsen gehörige Kammer-Credit-Kassen-Schein, soll auf unbekannte Weise verloren gegangen seyn, und nunmehr auf Antrag genannten Inhabers, Behufs der Amortisation, öffentlich aufgeboten werden. Nach Vorschrift der Gesetze wird daher solches hiermit bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche auf gedachten verlorenen Kammer-Credit-Kassen-Schein aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, diesen Anspruch in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1830 bei dem unterzeichneten Commissarius anzumelden.

Merseburg, den 19. Februar 1828.

Im Auftrage der Königlichen Haupt-Verwaltung der  
Staats-Schulden.

Der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident Hr. v. Brenn.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Des Königs Majestät haben geruhet, auf erhaltene Kenntniß von dem **Nr. 29.**  
Fortgange der in Raumburg an der Saale eingerichteten offenen Waisenanstalt, Die Waisen-  
nachstehende Allerhöchste Cabinets-Ordre: Anstalt in  
Raumburg  
betr.

Die Anzeige, welche der Zeitungs-Bericht der Regierung vom verfloß-  
nen Monat über die Waisen-Anstalt in Raumburg enthält, ist Mir

wohlgefällig gewesen. Pflger und Pflgerinnen, deren Erziehung und Beaufsichtigung die Waisen anempfohlen sind, verdienen Meinen Beifall über die gewissenhafte Erfüllung ihrer übernommenen Pflichten und Ich beauftrage die Regierung hierdurch, dieses Mein Auerkenntniß durch die Amtsblätter bekannt zu machen.

Berlin, den 17. Februar 1828.

(gef.) Friedrich Wilhelm.

zu erlassen; welches hierdurch dem Allerhöchsten Befehle zufolge bekannt gemacht wird.

Merseburg, den 26. Februar 1828.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 50.  
Die Braun-  
kohlensteine  
betr.

Nach dem §. 25. der Allerhöchsten Maaß- und Gewichts-Ordnung vom 16. Mai 1816 sollen Steine, Mauerwerk, Zäschinen, Erde, Torf, Brennholz im gemeinen Verkehr und in öffentlichen Verhandlungen bloß nach Kubit-Klastern, von ein hundert acht Kubitfuß, berechnet, und dabei bloß der §. 22. genehmigte Fuß gebraucht werden. Es ist uns aber angezeigt worden, daß diese Bestimmung, namentlich bei der Braunkohlenerde und den daraus geformten Braunkohlensteinen, oft umgangen wird, wodurch insonderheit die weniger bemittelten Käufer leiden, die vorzugsweise dieses Brennmaterials sich bedienen. Dies veranlaßt uns, die Eingangs gedachte Vorschrift zur genauesten Befolgung hiermit in Erinnerung zu bringen. Gleichzeitig weisen wir die sämtlichen Polizeibehörden an, darauf ein wachsamcs Auge zu haben, die Aufsehung der genannten Materialien, soweit sie zu Jedermanns feilem Verlaufe kommen, nach der obigen Bestimmung zu fordern und die Uebertreter zur Verantwortung und Bestrafung zu ziehen. Uebrigens wird jeder Verkäufer verpflichtet, die Anzahl der Braunkohlensteine anzugeben, die bei ihm auf eine Klastcr gehen, und seine Preise nach dem Klastcrmaaße zu stellen.

Merseburg, den 24. Februar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 51.  
Die Beile-  
gung früherer  
Bescheide zu

In Gemäßheit eines Rescripts der Königl. Ministerien des Innern und der Finanzen vom 30. Januar d. J. und mit Bezugnahme auf unsere Verordnungen vom 22. Mai 1816, vom 12. Februar 1817 und das Publicandum des Fürsten Staatskanzlers vom 29. Mai 1818,

(Amtsblatt vom Jahre 1816 Stück 12. Nr. 63., vom Jahre 1817 Stück 9. Nr. 75. und vom Jahre 1818 Stück 24.) Besuch an  
höheren In-  
stanzen den.

machen wir diejenigen Personen, welche wider einen erhaltenen abschlägigen Bescheid die Höhern Behörden anzutreten beabsichtigen, von Neuem darauf aufmerksam, daß sie nicht unterlassen dürfen, die Bescheide, welche sie auf ihr Gesuch bereits erhalten haben, und wider welche sie reclamiren, ihren Eingaben an die Höhern Instanzen beizufügen.

Merseburg, den 28. Februar 1828.

Königlich Preussische Regierung.

Zum Wiederaufbau der abgebrannten evangelischen Kirche, der Pfarr- und Schulgebäude, auch des Prediger-Wittwen-Hauses zu Pargen, im Bezirke der Königl. Regierung zu Magdeburg, ist Behufs Unterstützung der Gemeinde, welche bei diesem großen Brande sehr gelitten und 29 Feuerstellen außer obigen geistlichen Gebäuden eingebüßt hat, von dem Hohen Ministerio der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten eine Collecte in den evangelischen Kirchen der Provinz Sachsen bewilligt worden.

Nr. 52.  
Kirchencol-  
lecte zum  
Wiederauf-  
bau des abge-  
brannten  
evangelischen  
Kirche zu  
Pargen betr.

Die Herren Geistlichen unsers Verwaltungsbezirks haben an einem geeigneten Sonntage zu obigem Zwecke eine Collecte in den evangelischen Kirchen zu veranstalten und in vorgeschriebener Art den Ertrag der Sammlung an die Herren Superintendenden einzusenden. Letztere haben die Beträge mittelst Verzeichnisses, und event. einen Vacatschein zur Haupt-Instituten-Kasse hier einzusenden, an uns das Duplicate einzureichen und wird am 5. Mai d. J. die Collecte als geschlossen betrachtet.

Merseburg, den 28. Februar 1828.

Königl. Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

## Bekanntmachung der Königl. Regierung.

In unserm Regierungs-Bezirke sind im Jahre 1827 durch die darin stationirte Land-Vendarmarie

428 Verbrecher und

2116 Vagabonden und Diebster

aufgegriffen worden. Wir bringen dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.  
Mersburg, den 25. Januar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

### Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

**Nr. 35.** Mehrere Patrimonialgerichte des zu unserm Departement gehörigen Theils des Herzogthums Sachsen sind, in Folge unserer Bekanntmachung vom 28ten April v. J., noch mit der Berichtserstattung über die Fortschritte oder Beendigung des Hypothekenwesens im Rückstande. Es werden daher solche aufgefordert, binnen 14 Tagen bei 2 Thlr. Strafe diese Berichte vollständig einzureichen.  
Naumburg, den 14. Februar 1828.

Königlich Preussisches Ober-Landes-Gericht.

**Nr. 34.** Auf Veranlassung einer Mittheilung der Königl. Hochlöblichen Regierung zu Mersburg, werden sämmtliche Untergerichte unsers Departements hierdurch angewiesen, von jeder zu bewirkenden Ermiffion den Landrath des Kreises oder sonst die betreffende Orts-Polizei-Behörde in Kenntniß zu setzen, damit wegen Unterbringung des zu Ermittirenden, soweit nöthig, Verfügung getroffen werden kann.

Naumburg, den 19. Februar 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

### Verordnung des Königl. Ober-Berg-Amts zu Halle.

**Nr. 35.** Die Salzbezugs-Nachweisungen, welche die Vorsteher der Salz-Niederlagen bei dem unterzeichneten Ober-Bergamte alljährlich einzureichen haben, müssen mit kurzen Begleitungsberichten versehen und in denselben die sämmtlichen Beilagen, wenigstens der Zahl nach, bemerkt werden.

Da hiergegen bisher oft gefehlt worden ist, so werden die Niederlags-Vorsteher hierdurch angewiesen, bei Vermeidung von Ordnungsstrafe, die obige Vorchrift künftig genau zu befolgen.

Halle, den 13. Februar 1828.

Königl. Preuß. Niedersächsisch-Thüringisches Ober-Berg-Amt.

## B e k a n n t m a c h u n g .

Zur Anschaffung von Seitengewehren haben die Einsassen des Torgauer Kreises dem 1sten Bataillon (Delitzscher) 32sten Landwehr-Regiments 200 Thlr. und dem 2ten Bataillon (Herzbergischen) desselben Regiments 100 Thlr. überwiesen.

Ich fühle mich verpflichtet, diese lobenwerthe Handlung, unter wiederholter Bezeugung des gebührenden Dankes, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Merseburg, am 25. Februar 1828.

Der Königl. Generalmajor und Commandeur der 8. Landwehr-Brigade,  
v. Ramecke.

## O e f f e n t l i c h e s A u f g e b o t

zweier verloren gegangener Steuer-Credit-Kassen-Scheine.

Nachdem die Erben des Predigers Freudel zu Osünde, die majorenne Henriette Wilhelmine Freudel und die minorene Albertine Juliane Freudel, bevormundet durch den Kaufmann Holzhausen zu Halle, desgleichen auch der Justizrath Besser zu Zeitz, als Vormund der hinterbliebenen minderjährigen Kinder des Obristleutnants von Egnby, Namens Auguste Caroline Johanne, Christoph Moritz und Christoph Ferdinand, auf das gerichtliche Aufgebot und die Amortisation folgender abhanden gekommenen, ehemals Sächsischer, jetzt Preussischer verlosbarer Steuer-Credit-Kassen-Scheine:

- 1) Litt. B. Nr. 5870 über 500 Thlr. Conv. Geld, nebst Talon und Coupons, den Freudelschen Erben gehörig;
- 2) Litt. B. Nr. 483 über 500 Thlr. Conv. Geld, welcher den von Egnbyschen Minorennen gehört,

angetragen haben, so werden alle diejenigen, welche an die gedachten Steuer-Credit-Kassen-Scheine als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand-Inhaber oder aus einem rechtlichen Grunde Ansprüche zu haben vermeinen, so wie deren Erben hierdurch aufgefordert, sich spätestens in dem achten Zinszahlungstermine zu melden und in dem auf den

10. October 1828, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Deputirten, Königl. Oberlandes-Gerichts-Referendar von Reiche, angelegten Termine im local des hiesigen Oberlandes-Gerichts zu erscheinen, um ihre etwaigen Ansprüche zu bescheinigen, außerdem aber zu gewärtigen, daß die fraglichen Steuer-Credit-Kassen-Scheine werden für erloschen erklärt, sie mit

ihren Ansprüchen daran werden präcludirt und ihnen ein ewiges Stillschweigen deshalb wird auferlegt werden.

Naumburg, den 11. Januar 1828.

[Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.]

### B e k a n n t m a c h u n g.

Auf den Antrag des Königl. Fiskus werden alle diejenigen, welche an den von der Churfürstlich Sächsischen Land- und Tranksteuer-Haupt-Kasse für das Amt Senftenberg unterm 7. Januar 1553 ausgestellten, mit Litt. C. Nr. 62. bezeichneten, auf die Summe von 437 Thlr. 12 Gr. Conventionsgeld lautenden und verloren gegangenen Steuerschein als etwanige Eigenthümer oder als deren Erben, Cessionarien, Pfandinhaber, oder die sonst in deren Rechte getreten, Anspruch zu haben vermeinen, vorgeladen, denselben in dem nächsten Zinstermine Ostern 1828, oder spätestens in dem auf

den 21. April 1828

vor dem Deputirten, Ober-Landes-Gerichts-Referendarius Dietl, auf dem hiesigen Ober-Landes-Gericht angefügten Termine zu produciren, oder ihre Rechte an denselben anzumelden, widrigenfalls sie damit präcludirt, ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt, und der genannte Steuerschein amortisirt worden wird.

Frankfurt a. d. O., den 27. October 1827.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

### P e r s o n a l - C h r o n i k.

#### B e f ö r d e r u n g e n.

Des Königs Majestät haben bei dem nach der Bekanntmachung vom 2. November v. J. zu Magdeburg errichteten Revisions-Collegio für den Bezirk der Königl. General-Commission zur Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse zu Etendal, den Herrn Oberlandesgerichts-Vice-Präsidenten Zülborn zum Director, und den Herrn Oberlandesgerichtsrath Mackeprang, den Herrn Regierungsrath Stubenrauch, den Herrn Oberlandesgerichtsrath Wöhe und den Herrn Regierungsrath Wehrmann zu Mitgliedern Allerhöchst zu ernennen geruht.

Magdeburg, den 27. Februar 1828.

Der bisherige Pfarrer zu Burgscheidungen, M. Karl Friedrich Zeigermann, ist als Pastor und Superintendent nach Quedlinburg befördert und in dieser Eigenschaft am 3. d. M. eingeführt worden.

Merseburg, den 6. Februar 1828.

---

Der zeitliche hiesige Haupt-Kassen-Assistent Hönigs ist zum Rentkammer- und Forst-Kassen-Rendanten zu Schlieben ernannt worden.

Merseburg, am 16. Februar 1828.

---

Des Königs Majestät: haben mittelst unterm 9. d. M. Allerhöchstselbst vollzogenen Patents den Bureau-Vorsteher für das Rechnungs- und Kassenwesen, Deutschmann hieselbst, zum Rechnungs-Rath, und den Ober-Zoll-Inspcctor Adelsheim zu Mühlberg zum Steuer-Rath zu ernennen geruhet.

Magdeburg, den 23. Februar 1828.

---

Der bisherige Assessor Stephan ist zum Regierungs-Rath bei der Provinzial-Steuer-Verwaltung, mittelst Allerhöchst vollzogenen Patents vom 26. Januar 1828, ernannt worden.

Magdeburg, den 13. Februar 1828.

---

Zu Auscultatoren hieselbst sind angenommen: die Candidaten der Rechte, Karl Heinrich von Basineller, Karl Julius Gühne und Ludwig Werner Hiesemann, den 1. Februar c.

Zu Oberlandesgerichts-Referendarien hieselbst sind befördert: die hiesigen Oberlandesgerichts-Auscultatoren, Karl Adolph Schier und Friedrich Adelsbert Würzner, den 31. Januar c.

Der bisherige landgericht's-Ingrossator und Hypotheken-Registrator, Johann Andreas Schulze zu Eisleben, ist den 12. November pr. zum Actuar bei dem Gerichtsamte des Stadtbezirks Naumburg, an die Stelle des pensionirten Thäringen;

der Auscultator, Karl Wilhelm Hesse, ist den 15. Februar c. zum Actuar bei dem Gerichtsamte des Landbezirks Wittenberg, an des auf sein Ansuchen entlassenen Helling Stelle;

der Oberlandesgerichts-Referendar, Wilhelm Panse hieselbst, ist den 7. Januar c. zum Assessor und Actuar bei dem Gerichtsamte Eisenburg ernannt.

Der Oberlandesgerichts-Referendar, Karl Wilhelm Thiele, ist unter dem 7. Januar c. zum Gerichtsamtman in Altleben a. d. S., an des verstorbenen Glachs Stelle, ernannt.

Dem Oberlandesgerichts-Referendar, Johann Traugott Golde hieselbst, ist den 29. Januar c. die nachgesuchte Entlassung als Referendar, unter Beibehaltung dieses Titels, ertheilt.

Der Votē und Executor bei dem Gerichtsamte des Stadtbezirks Halle, Christian Philipp Küffer, ist in gleicher Eigenschaft zum Gerichtsamte Cönnern, an des pensionirten Henniges Stelle, versetzt, und der invalide Unterofficier, Johann Friedrich Christoph Braune, ist dagegen zum Voten und Executor bei dem Gerichtsamte des Stadtbezirks Halle ernannt, beide unter dem 5. Februar c.

Der invalide Unterofficier, Christian Hoffmann, ist nach erfolgter Absetzung des Voten Döring und Aufrückung des Voten Schade, den 29. Februar c. zum dritten Voten und Executor bei dem Landgericht zu Halle; der invalide Unterofficier, Heinrich Fette, aber den 29. Februar c. an des pensionirten Weest Stelle zum Voten und Executor bei dem Gerichtsamte Neumarkt vor Halle bestellt.

Naumburg, den 29. Februar 1828.



# A m t s : B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

10. Stück.

Merseburg, den 15. März 1828.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Zur Ersparung von Schreibwerk und Verminderung der Rechnungsbeläge **Nr. 56.**  
 hat die Königl. Ober-Rechnungs-Kammer mittelst Verfügung vom 24. Januar **Die bei Auf-**  
 d. J. angeordnet, daß von jetzt ab die liquidationen über Diäten und Fuhrko- **stellung der**  
~~sten~~ **Diäten- und**  
 zusammengefaßt und die bisher zum Theil besonders beigebrachten Atteste, **Fuhrkosten-**  
 Anweisungen und Quittungen, soweit thunlich, auf den liquidationen selbst er- **liquidationem**  
 cheilt werden sollen. **zu beobach-**  
 tenden Ges-  
 men und  
 Grundsätze  
 betr.

Zu dem Ende sind uns zugleich die nachfolgenden beiden Muster zu den in  
 Jede stehenden liquidationen, und zwar:

a) A. zur liquidation eines zur Reise mit Extrapost, auf den Grund der  
 Verordnung vom 28. Junius 1825, (Gesetzsammlung Jahrgang 1825,  
 Nr. 954, Seite 163 bis 170) berechtigten Beamten, und

a) B. zur liquidation eines Beamten, dem gesetzmäßig nur die Vergä-  
 tung für die ordinaire oder Personenpost zufließt,

beispielsweise ausgefüllt, zugefertigt und nachstehende Vorschriften erteilt wor-  
 den, welche nunmehr bei der Aufstellung und Justification der Diäten- und  
 Fuhrkosten-liquidationen aufs genaueste zu befolgen sind.

Die fraglichen liquidationen müssen nämlich:

- a) in der Ueberschrift den Zweck der Reise und die Behörde, welche den Auftrag erteilt hat; sodann
- b) die Tage und die an denselben verrichteten Geschäfte;
- c) die Sätze, nach welchen die Diäten berechnet sind;
- d) die Orts-Entfernungen, und
- e) die Sätze, welche den liquidirten Fuhrkosten zum Grunde liegen, angeben.

Die Richtigkeit der angeführten Meilenzahl muß in allen Fällen, wo, nach den weiter unten gegebenen Vorschriften, die Fuhrkosten nicht durch Quittungen der Postämter oder der Fuhrleute belegt werden müssen, durch das Secretariat; die Nothwendigkeit der Reise, die stattgefundenen Ausführung der Geschäfte und die Richtigkeit der als darauf verwendet angeführten Tage aber durch die Behörde, welche den Auftrag erteilt hat, unter der Liquidation bescheinigt werden.

Alle Ausnahmen von der Regel müssen außerdem noch besonders justificirt werden, und zwar:

- 1) der höhere Diätensatz, welcher für Geschäfte, die mit besonderem Aufwande oder Repräsentation verknüpft sind, bewilligt wird, durch Ministerial-Genehmigung;
- 2) die von zur Extrapost berechtigten Beamten liquidirten Kosten für die, wegen unchauffirter oder schlechter Wege über die regulativmäßige Anzahl genommenen Extrapostferde, durch eine Bescheinigung des betreffenden Postamts über die Nothwendigkeit und durch dessen Quittung;
- 3) wo mehrere Beamten bei einem und demselben Geschäfte concurriren, die nicht stattgefundenen Mitnahme der Mitcommissarien in dem Wagen des Haupt-Commissarii durch dessen Angabe der Gründe und durch die Bescheinigung der vorgesetzten Behörde, daß diese Gründe die Ausnahme rechtfertigen;
- 4) die von besonders gereiseten Mitcommissarien liquidirten Reisekosten durch die Quittungen der Postämter oder resp. der Fuhrleute;
- 5) die von Beamten, denen regulativmäßig nur die Vergütung für die ordinaire oder Personen-Post zusteht, liquidirten Kosten einer Lohnfuhr oder der Extrapost, ferner
- 6) die an, fixirte Fuhrkosten beziehende, Beamten für Reisen außer ihrem Geschäftskreise gezahlte Reisezulage, oder Kosten, resp. für die ordinaire Personen- oder Extrapost, so wie endlich
- 7) die den Stellvertretern Fuhrkosten-Fixa beziehender Beamten ganz oder zum Theil aus Staats-Kassen vergüteten Reisekosten durch eine Be-

scheinigung der vorgesetzten Behörde über die statt gefundene Bewilligung mit kurzer Angabe der Gründe.

Die sub 5 gedachten Kosten der Lohnfuhr oder Extrapost müssen überdies noch mit den Quittungen resp. der Fuhrleute oder Postämter belegt werden.

Hiernach sind nun künftig nur solche Diäten- und Fuhrkosten-liquidationen zur Anweisung der Gelbbeträge geeignet, welche nach den hier vorgeschriebenen Formen und Grundsätzen aufgestellt und justificirt sind, und es werden daher alle liquidationen, wobei hiergegen gefehlt ist, ohne Weiteres zur Umarbeitung oder Vervollständigung zurück gegeben werden. Auch ist bei Anlegung derselben auf Belassung hinlänglichen Raums für die bei der prüfenden und anweisenden Behörde aufzutragenden, in den Mustern angedeuteten Atteste und Assignationen Bedacht zu nehmen.

Schließlich wird die Bestimmung vom 14. August 1816 im Regierungs-Amtsblatte pro 1816, Stück 50, Nr. 209, Seite 297, daß die Diäten- und Fuhrkosten-liquidationen in doppelter Ausfertigung eingereicht werden müssen, in Erinnerung gebracht, wegen die damals angeordnete Trennung der Diäten- und Fuhrkosten-liquidationen nicht weiter statt finden darf.

Merseburg, den 3. März 1828.

### Königlich Preussische Regierung.

Das Militäraushebungs-Gesetz im Herzogthume Anhalt-Deßau, vom 14. December 1827, enthält in den §§. 19 und 20 folgende Bestimmungen:

Nr. 57.

Warnung gegen eheliche Verbindungen mit solchen Herzögl. Anhalt-Deßauschen Untertanen, die von der jenseitigen Militairpflicht noch nicht entbunden sind.

§. 19. Mit Ausnahme derjenigen, welche nach §. 9. gänzlich von der Militäraushebung befreiet sind, darf kein junger Mann, der entweder das militairpflichtige Alter noch nicht erreicht hat, oder seinem gezogenen Loose nach zur ersten Hälfte derjenigen gehört, die noch zur gewöhnlichen Aushebung pflichtig sind (§. 42.), oder in Folge seiner Loosnummer hätte zur Einstellung kommen sollen und nur nach §. 10. vorläufig von der Einstellung befreiet geblieben ist, sich verheirathen, ansässig machen, eine ihm vom Militairdienste befreiende Anstellung annehmen, die Pacht einer Herzoglichen Domain oder eines Rittergutes unternehmen, sich auf ein Handwerk oder Gewerbe begeben, oder die eigene Bewirthschaftung durch Erbschaft ihm zugefallener oder sonst erworbener Grundstücke übernehmen, wenn er nicht einen tauglichen Stellvertreter wirklich stellt, oder durch eine Caution von 500 Thalern dafür Sicherheit leistet, daß er, im Falle er nach seiner Loosnummer zur Einstellung kommen würde, einen Stellvertreter schaffen werde u. s. w.

§. 20. Sollte einer der in dem vorigen §. näher bezeichneten Militairpflicht-

nigen, dem das Heirathen verboten ist, oder ein ausgetretener Militairpflichtiger sich im Auslande verheirathen: so soll er, wenn man seiner wieder habhaft werden kann, dafür, wie solches im 24. Kriegs-Artikel in Beziehung auf dienende Soldaten bereits verordnet worden ist, zu dreimonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt, und außerdem, auf Antrag der Kriegskommission, von dem Consistorio die geschlossene Ehe für nichtig erklärt werden; die in derselben erzeugten Kinder sind eben so wenig, als deren Mutter, als hiesige Unterthanen im Lande zu dulden u. s. w.

Zur Vermeidung eines Nachtheils aus diesen gesetzlichen Anordnungen für dieselbige Unterthanen, bringen wir dieselben hiermit warnend zur öffentlichen Kenntniß.

Merseburg, den 5. März 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

### Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Von dem Director des land- und Arbeitshauses zu Brauweiler bei Köln am Rhein, Hofrath Ristelhüber, wird binnen kurzem eine historisch-statistische Beschreibung der genannten Anstalt im Druck erscheinen, welche in der Hauptsache enthalten wird: a) die Geschichte der Abtei Brauweiler, von ihrer Gründung im Jahre 1024 bis zu ihrer Umgestaltung in ein öffentliches Arbeitshaus im Jahre 1802, nebst Darstellung der ganzen innern Verwaltung des letztern bis zum Jahre 1826; — b) sämtliche, das land- und Arbeitshaus betreffende, gesetzlich: Bestimmungen, Nachweisungen über die innere Einrichtung, Verwaltung und Rechnungsführung, Nachrichten, insbesondere über die seit 1821 dort verwahrten jugendlichen Verbrecher und deren Behandlung; — c) fünf lithographirte Pläne über die zu der Anstalt gehörigen Gebäude und Grundstücke.

Das Ganze, 8 bis 10 Druckbogen stark, auf gutem Papier, nebst den 5 Plänen, broschirt in sauberem Umschlage, wird, bei directer Beziehung von dem Herausgeber, 15 bis höchstens 20 Silbergroschen kosten.

Da diese Schrift ein mehr als örtliches Interesse haben wird, so machen wir das Publicum auf dieselbe aufmerksam, und empfehlen sie zur Unterzeichnung. Etwanige Bestellungen darauf können in portofreien Briefen an den Reglerungs-Secretair Brummer gerichtet werden, worauf die Uebersendung der Schrift, sobald sie hier eingegangen, bewirkt werden wird.

Merseburg, den 7. März 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

# E t q u i d a t i o n A.

der Diäten und Fuhrkosten für die nach dem Auftrage de . Königl.  
 . . . . . vom . . . . . 182. . unternommene . . . . .  
 . . . . .

Dat.	Angabe der Orter und des Geschäfts.	Diäten.			Fuhrkosten.										Summa
		Tages-Zahl.	pro	pro	für 2 Pferde à 10 sg. pro Pferd und Melle pro Melle	Stationen- u. Trink- gelde à 10 sg. pro Melle	Wagen- miete à 20 sg. pro Tag	Chauffee- und Fähr- gelde							
			Tag	Tag											
			à	à											
			1 thlr.	1 thlr.		tbl. sg. pf.	tbl. sg. pf.	tbl. sg. pf.	tbl. sg. pf.	tbl. sg. pf.	tbl. sg. pf.	tbl. sg. pf.	tbl. sg. pf.	tbl. sg. pf.	
1828															
April															
28.	von A . . . nach B . . . gereiset . . . . .	1	—	1 10	9 6	—	3	—	20	—	22 6	10 12	6		
29.	daselbst . . . . . und nach D . . . gereiset . . . . .	1	2	—	2 1	1 20	25	—	20	—	10	—	3 15	—	
30.	In D . . . . . und nach E . . . gereiset	1	—	1 10	2 1	1 10	20	—	20	—	—	—	2 20	—	
Mai															
1.	Revision der . . . . . und Reise nach F . . . .	1	2	—	3 1	2 10	1 5	—	20	—	6 6	4 11	6		
2.	In F . . . . . . . . . .	1	2	—	—	—	—	—	20	—	—	—	20	—	
3.	Dieses Geschäft beendet und nach G . . . gereiset . .	1	—	1 10	2 1	1 20	25	—	20	—	—	—	3 5	—	
4.	In G . . . . . und nach A . . . zurück: gereiset . . . . .	1	—	1 10	3 1	2 10	1 5	—	20	—	12	—	4 17	—	
Summa		7	6	—	5 10	23 15	7 20	—	4 20	—	1 21	—	29 11	—	

11 thlr. 10 sg.

Zusammenstellung.

a) an Diäten . . . .	11 Thlr. 10 Sgr.
b) an Fuhrkosten . .	29 „ 11 „

Summa 40 Thlr. 21 Sgr.

A . . . . den . . . . . Mai 1828.  
der . . . . . Rath.  
N.

Die angeführte Reelienzahl, und die liqui-  
dirtten Geldbeträge sind von mir nach den  
Sätzen, den Belägen und in calculo ge-  
prüft und richtig befunden.

N.

Regierungs-Secretair.

Die Nothwendigkeit der Reise, die  
stattgefundene Ausführung der Ge-  
schäfte und die Richtigkeit der ange-  
führten Tagezahl bescheinigt

A . . . . den . . . . . 1828.  
N.

Vorstehende Vierzig Thaler 21 Sgr. hat die Königl. Regierungs-Haupt-  
Kasse an den . . . . . Rath N . . . . . auszusahlen und in der Haupt-  
Rechnung pro 1828 Cap. VIII. bei den allgemeinen Verwaltungs-Kosten Tit. II.  
„zu Diäten“ und Tit. III. „zu Fuhrkosten“ Unterabtheilung . . . . .  
zu verausgaben.

A . . . . den . . . . . 1828.

Königlich Preuß. Regierung, Abtheilung . . . . .  
N. N.

Vorstehende Vierzig Thaler 21 Sgr. sind mir aus der Königl. Regierungs-  
Haupt-Kasse baar und richtig gezahlt worden, worüber ich hiermit quittire.

A . . . . den . . . . . 18 . .

N.

. . . . . Rath.

## L i q u i d a t i o n B.

der Diäten und Fuhrkosten für die in Gemäßheit der Verfügung der  
Königlichen . . . . . vom . . . . . 182 . abgehaltene außer-  
ordentliche Revision der . . . . . Kassen zu B... C... und D...

Datum.	I. Diäten. Angabe der Orter und der Geschäfte.	Tage- Zahl.
182 .		
4. Januar	Von A . . . . nach B . . . . gereiset . . . . .	1
5. "	die . . . . Kasse zu B . . . . revidirt . . . . .	1
6. "	von B . . . . nach C . . . . gereiset und die . . . . Kasse am letzten Orte revidirt . . . . .	1
7. "	von C . . . . nach D . . . . gereiset . . . . .	1
8. "	die . . . . Kasse zu D . . . . revidirt . . . . .	1
9. "	von D . . . . nach A . . . . zurückgereiset . . . . .	1
	Summa	6

Nach der Verordnung vom 28. Juni 1825 §. 1. B.<sup>3</sup> täg-  
lich 1 Thlr. 10 Sgr., mithin für 6 Tage überhaupt  
8 Thlr.

II. Fuhrkosten.		mit der ordinal- ren Post.	mit der Perso- nenpost.	mit Extra- post.	mit Mieths- fuhr.
		Meilen-Zahl.			
4. Januar	von A . . . . nach B . . . . .	7	—	—	—
6. "	" B . . . . nach C . . . . .	—	—	5	—
7. "	" C . . . . nach D . . . . .	—	—	—	6½
9. "	" D . . . . nach A . . . . zurück	5	—	—	—
	Summa	12	—	5	6½

**Betrag der Kosten.**

	tbl.	fr.	pf.	tbl.	fr.	pf.
a) für 12 Meilen mit der ordinären Post						
Postgeld pro Meile 5 Sgr. . . . .	2	—	—	—	—	—
Neben-Ausgaben pro Meile 2½ Sgr. . . .	1	—	—	3	—	—
b) für 3 Meilen Extrapost						
laut anliegender Quittung des Postamts zu B.	—	—	—	3	30	—
c) für 6½ Meilen mit Miethsfuhre						
laut Quittung des Fuhrmanns H. . . . .	4	20	—	—	—	—
Brückengeld laut Quittung . . . . .	—	2	—	4	22	—
<b>Summa</b>				11	12	—

Hierzu an Diäten . . . . . 8 —

**Summa Summarum . . . . . 19 12**

Die Richtigkeit der in vorstehender  
liquidation angeführten Orts-Ent-  
fernungen bescheiniget

A . . . . den . . . . . 182 .  
der Reglerungs-Secretair  
N. N.

A . . . . den . . . . . 182 .  
N . . . . .  
Reglerungs-Secretair.

Nach den Sätzen, den Belägen und in calculo  
geprüft und richtig befunden.

N . . . . .  
Reglerungs-Secretair.

Daß die Reise nothwendig gewesen, die angeführte Tagezahl auf die Aus-  
führung der Geschäfte verwendet worden ist, und daß die Reisen von B . . . .  
nach C . . . . und von C . . . . nach D . . . . mit der ordinären Post nicht  
haben gemacht werden können, weil . . . . . bescheinigt

A . . . . den . . . . . 182 .  
der . . . . .  
N.

(Hier folgen die Zahlungs-Anweisung und die Quittung  
des Empfängers, wie vorstehend auf A.)



# Extra-Blatt

zum

Zehnten Stück des Amtsblatts

der

Königlichen Regierung.

Merseburg, den 25. März 1828.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Bereits im Jahrgange 1817 des Amtsblatts, St. 25, Nr. 182, sind die Eltern schulpflichtiger Kinder, die Schulvorgesehen und Ortsobrigkeiten, auf den Nachtheil warnend aufmerksam gemacht worden, welchen die Zulassung der Kinder zu den öffentlichen, besonders Spiel- und Tanz-Velustigungen in den Wirthshäusern, für deren Herz und Sitten überall hat. Wenn seitdem die Nichtbeachtung jener Warnung durch die tabellarischen Schulberichte der Herren Superintendenten oder auf anderm Wege zu unsrer Kenntniß gekommen ist, so haben wir durch specielle Verfügungen gesucht, der strafwürdigen Vernachlässigung des jugendlichen Alters Einhalt zu thun. Da indessen, besonders auf dem Lande, Eltern und Obrigkeiten ihrer Pflichten in jener Beziehung noch nicht gehörig eingedenk sind, so sehen wir uns veranlaßt, die oben erwähnte Warnung hiermit zu wiederholen.

Die Eltern und Versorger schulpflichtiger Kinder haben zu bedenken, daß die Lustbarkeiten an öffentlichen Orten, welchen sich Erwachsene oft zu ihrem Nachtheile hingeben, für Kinder gar nicht veranstaltet sind, und daß die Kinder bloß durch die Gegenwart ihrer Eltern oder Versorger an jenen Orten nicht vor den übeln Eindrücken bewahrt werden können, welche durch dasjenige, was sie dort von Andern sehen und hören, auf sie gemacht werden. Wollen daher Eltern und Stellvertreter der Eltern ihre Pflicht recht wahrnehmen, so müssen sie die Kinder von dergleichen Orten, Lustbarkeiten und Gelagen ganz entfernt halten; am wenigsten dürfen sie denselben die Anwesenheit dabei ohne ihre stete persönliche Aufsicht, oder in den späteren Abendstunden gestatten.

Die Herren Prediger und Schullehrer werden fortfahren, durch Belehrung und Ermahnung, insbesondere zu den Zeiten, wo die Versuchung am nächsten liegt, oder bei den Veranlassungen, welche zur Befestigung eines ernstern Ein-

Nr. 38.

Die Theilnahme der Schulkinder an öffentl. Lustbarkeiten betr.

nes am günstigsten sind, dahin zu wirken, daß das Unrecht eidgefessen, die Neigung dazu vermindert, und die gewissenhafte Obhut der Erwachsenen über die Unerwachsenen befördert werde.

Die Herren Landräthe aber werden sich ebenfalls ferner angelegen seyn lassen, die Orts-Polizei-Behörden, auch insbesondere die Schank- und Gastwirthe zur strengen Befolgung der denselben entweder schon ertheilten oder noch zu ertheilenden Instructionen, bei angemessener Geld- oder Gefängnißstrafe anzuhalten. Es ist weder die zu häufige Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten, noch die Dauer derselben über die polizeilich dafür nachgelassene Stunde zu gestatten; eben so wenig aber auch, daß Kinder ohne Weisn ihrer Eltern daran Theil nehmen, oder daß denselben geistige Getränke, namentlich Branntwein, daselbst verabreicht werden. In wiederholten Contraventionsfällen von Seiten der Schank- und Gastwirthe ist gegen dieselben mit Einziehung ihrer Gast- oder Schankgerechtigkeit zu verfahren.

Die Uebertretung obiger Vorschriften bei der Orts-Polizei- und den Umständen gemäß bei der Landrätlichen Behörde zur Anzeige zu bringen, ist die Pflicht nicht der Polizeibedienten allein, sondern eines Jeden guten Bürgers, und insbesondere der Vorgesetzten in Kirche und Schule.

Merseburg, den 6. März 1828.

### Königlich Preussische Regierung.

Nr. 14.  
Weisek. anke  
auf Postreisen  
bete.

Da in neuerer Zeit kurz hintereinander mehrere Fälle vorgekommen, daß Postreisende unterwegs von Geisteszerrüttung befallen worden und vom Postwagen entsprungen sind, so ist von des Herrn General-Postmeisters Excellenz, im Einverständnisse mit Sr. Excellenz dem Herrn Minister des Innern und der Polizei, angeordnet worden:

daß dergleichen Reisende, sobald ihre Krankheit bemerkbar wird, wenn sie bis zum nächsten Orte festgehalten werden können, der Polizeibehörde dieses Orts, sey es Dorf oder Stadt, von dem Schirmmeister oder Conducteur überliefert, wenn die Kranken aber auf freiem Felde entspringen, von gedachten Beamten der nächsten Polizeibehörde davon Anzeige gemacht und letztere zur Auffuchung der Kranken veranlaßt werden sollen.

Indem wir diese höhere Anordnung hierdurch zur Kenntniß und Beachtung der Herren Landräthe und Polizeibehörden unsers Regierungsbezirks bringen, bestimmen wir zugleich, daß wenn dergleichen Kranke abgeliefert, oder durch die Auffuchung ergriffen werden, solche in sichern Verwahrsam zu bringen und im Falle sie transportable, nach dem Irreninstitute zu Halle zu befördern, und entgegenesetzten Falls im Verwahrsam zu behalten sind, jeden Falls aber schleunigst

zur weitem Verfügung an uns zu berichten ist. Auch haben die betreffenden Polizeibehörden den Schirmmeister oder Conducateur zu befragen, wer der betreffende Kranke ist, und welchem Orte er angehört, und die deshalb eingezogene Nachricht in den Bericht mit aufzunehmen.

Merseburg, den 10. März 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Nachstehende General-Verwaltungs-Uebersicht, welche die Resultate der Verwaltung der Strafanstalt zu Lichtenburg pro 1827 ergiebt, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Es geht hieraus hervor, daß im Jahre 1827 durchschnittlich 442 Sträflinge sich in der Anstalt befunden haben; diese haben pro Kopf 36 Thaler 12 Sgr. 5 Pf. verdient, und nach Abzug dessen im Durchschnitte jeder den Staats-Kassen einen Kosten-Aufwand von 21 Thlr. 10 Sgr. 2 Pf. jährlich verursacht.

Beschäftigt sind im Jahre 1827 die Sträflinge:

### A. Für Rechnung von Fabrikanten.

#### 1) Zur Piquee-Fabrik:

auf 94 Stühlen, und haben fabricirt

1060 Stück feinen Piquee Nr. 60,  
und 80,  
103 Stück feinen Molting-Piquee  
Nr. 50,  
1263 Stück ordinären Molting-Pi-  
quee Nr. 40,

231 Stück Baumwollen-Barchent,  
1114 Stück Molting,  
14 Stück leinenen Barchent,  
12 Stück Röper-Cattun,  
462 Stück große Bettdecken.

#### 2) Zur Cattun-Fabrik:

auf 20 Stühlen 1006½ Stück.

#### 3) Zur Strumpf-Fabrik:

Mit diesem Fabrikwesen wird nur das weibliche Personale der Sträflinge beschäftigt, und zwar waren im Gange:

5 Handschußstühle und 32 Strumpfstühle.

Es ist geliefert worden:

8620 Paar gefütterte Handschuhe und 35335 Paar ordinäre baumwollene Strümpfe.

#### 4) Zur Mützen-Fabrik:

wird mit männlichen Sträflingen, welche theils wegen Alters, theils wegen ungelentfamer Glieder, theils wegen blöden Gesichts, bei den feinen Arbeiten nicht gebraucht werden können, besetzt, und ist fabricirt worden auf 12 Stühlen:

3432 Stück complete baumwollene Mützen,	900 Paar ganze und
84 Stück Hosensäcke,	792 Paar Halbskrumpfe.

#### 5) Zur Baumwollen-Spinneret auf Maschinen:

Im Gange waren:

4 Krempelmaschinen,	9 Feinspinnmaschinen und
1 Vorseppmaschine,	2 Garnzwistmaschinen.

und wurden geliefert:

7552 Stück Garn à 12 Zahlen von 12 Gebinden à 80 Faden pro Gebinde.

#### B. Für Rechnung der Anstalt.

##### 6) Tuch-Fabrication:

Es sind ununterbrochen 4 Tuchmacherstühle beschäftigt worden, und haben geliefert:

3995 Berliner Ellen Tuch,	325 Berliner Ellen Flanell.
991 Berliner Ellen feines, und	

##### 7) Leinweberei:

Ist auf 5 Stühlen betrieben und darauf angefertigt zum Gebrauche der Anstalt:

4819½ Berliner Ellen Futterzwillich,	außerdem 1509 Ellen Tischzeug und
348 Berliner Ellen Querelezwillich,	Leinwand für Loh.
460 Berliner Ellen Sackleinwand,	

##### 8) Spinneret in Wolle und Baumwolle:

Hierbei sind diejenigen Sträflinge benutzt worden, welche beim Fabrikwesen nicht beschäftigt werden konnten, und haben gesponnen für Loh:

1985 Pfund Streichgarn und	{ von Wolle;
341 Capelgarn	

außerdem zur Tuchfabrication und sonstigen Bedarf für die Anstalt:

9678 Pfund Streichgarn, incl.	92½ Pfund Camelgarn und
843½ Pfund Strumpfgarn,	152½ Pfund Leistengarn.

Von denjenigen weiblichen Sträflingen, welche bei der Strumpffabrik nicht angestellt werden konnten, ist Handspinneret in Baumwolle betrieben und geliefert:

4948½ Pfund Baumwolle.

9) Werrig - Spinneret:

wird jetzt hauptsächlich als strengere Strafarbeit betrieben, und sind  
120 Stück Barn à 12 Zählen.  
gesponnen worden.

10) Seilerei:

sind angefertigt 4 Centner 13½ Pfund Waaren.

11) Strumpf - Strickerei:

wird als Nebengeschäft betrieben, und zwar an Sonn- und Festtagen nach dem  
Gottesdienste, und bei langen Tagen des Sommers von den weiblichen Sträf-  
lingen, um den Fleißigen eine Gelegenheit mehr zum Ueberverdienste zu geben.  
Es sind auf diese Weise im Jahre 1827. angefertigt:

771 Paar neue Socken,  
418 Paar alte angestrickt,  
5 Röckchen,

9 Mannsjacken und  
41 Paar Strümpfe.

12) Ramm - Secherei:

wird nur für den Bedarf der Anstalt betrieben, und sind gefertigt:

26 Paar Reißkämme,  
10 Paar Karden und

26 Stück Maschinenbeschläge, excl.  
der Reparaturen.

13) Holz - Raspelei:

Es sind geraspelt worden:

7 Centner 90½ Pfund zum Bedarf  
der Anstalt,

55 Centner 72½ Pfund für fremde  
Rechnung.

14) Stroßflecherei:

Es sind angefertigt:

150. Stück Feuer - Elmer von Baum-  
wurzeln und

51 Stück Stroßsäcke.

Außerdem werden einzelne Sträflinge benützt zur Druckformen - Stecherei,  
zur Porcellan - Malerei und Fuß - Tapeten - Weberei; auch werden alle Beklei-  
dungs - Gegenstände und Lagergeräthschaften von den Sträflingen gefertigt, und  
müssen sie hülfreiche Hand bei den Bau - Reparaturen leisten, so wie sie auch,  
so weit es den Verhältnissen und der Sicherheit der Anstalt nach, möglich wird,  
zur Anfertigung von Fabrik - Utensilen, Haushaltungs - und Inventarien - Stük-  
ken benützt worden sind.

Merseburg, den 14. Februar 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

# General: der Verwaltung der Königl. Straf- Anstalt der in der Anstalt

Am 31. December 1826 blieben. Des stand			Im Jahre 1827 sind eingeliefert			Im Laufe des Jah- res 1827 sind aus der Anstalt entlas- sen worden			Am letzten Decem- ber 1827 befanden sich in der Anstalt			Es sind im Jahre 1827 nach vollen Tagen ge- rechnet überhaupt in der Anstalt gewesen		
männ- liche	weib- liche	Sum- ma	männ- liche	weib- liche	Sum- ma	männ- liche	weib- liche	Sum- ma	männ- liche	weib- liche	Sum- ma	männ- liche	weib- liche	Sum- ma
Gefangene			Gefangene			Gefangene			Gefangene			Gefangene		
264	88	352	585	161	546	246	89	335	403	160	563	1170	441	1615

12	6	18	5	4	9
1	—	1	—	—	—
9	3	12	1	—	1
35	20	55	19	1	20
34	16	50	19	7	26
44	9	55	23	7	30
90	23	113	158	50	188
22	5	27	50	25	75
15	4	19	83	56	159
2	2	4	47	11	58
uts.	uts.	uts.	uts.	uts.	uts.
10	—	10	2	—	2
33	18	51	126	61	187
221	70	291	257	100	357
uts.	uts.	uts.	uts.	uts.	uts.

Hiervon sind verurtheilt:  
zu lebenswieriger Zuchthausstrafe;  
über 30 Jahre;  
von 20 bis 30 Jahren;  
" 10 " 20 "  
" 5 " 10 "  
" 3 " 5 "  
" 1 " 3 "  
unter 1 Jahre;  
" 6 Monaten;  
vorläufig detinirt.

Darunter wurden:  
aus dem Soldatenstande ausgestoßene Verbrecher von den  
aus verschiedenen Zuchthäusern und Gefangen-Anstalten  
sind von verschiedenen Inquisitoriaten und Gerichten der

**Uebersicht:**  
**Anstalt zu Lichtenburg für das Jahr 1827.**  
**unterhaltenen Personen.**

Beträgt die tägliche Durchschnittszahl der in der Anstalt anwesenden Personen			Von den aus der Anstalt entlassenen Personen sind													
			a.	b.	c.		d.		e.		f.		Summa			
			gestorben	entlassen	als Ausländer über die Gränze gebracht		nach ihrem Bestimmungsorte zurückgeführt		in andere Anstalten abgeliert		begnadigt					
männliche	weibliche	Summa	männliche	weibliche	männliche	weibliche	männliche	weibliche	männliche	weibliche	männliche	weibliche	männliche	weibliche		
Gefangene			Gefangene	Gefangene	Gefangene		Gefangene		Gefangene		Gefangene		Gefangene			
520	122	642	16	1	—	1	24	5	192	66	10	10	2	6	246	89

Commanbanturen zu Torgau, Erfurt, Eislein, Wittenberg eingeliefert;  
nach Lichtenburg versetzt;  
Provinz eingeliefert worden.

## II. Die in der Anstalt vorhanden gewesene

Es sind überhaupt in der Anstalt gewesen	a) tägliche Zahl der darunter befindlichen, zur Arbeit unfähigen Personen	b) tägliche Zahl der arbeitsfähigen Personen		Summa der arbeitsfähigen Personen	Von der Zahl der arbeitsfähigen Personen gehen noch ab: Arrestanten, welche in Fesseln liegen und nicht arbeiten	Es bleiben also noch arbeitsfähige Personen		Summa der arbeitsfähigen Personen	oder zum vollen Person
		zum vollen Person	wegen Schwächlichkeit, oder dass sie angelernt werden müssen, zum halben Person			zum vollen Person	zum halben Person		
442	21	409	12	421	2	407	12	419	413

## III. Nachweisung der allgemeinen

A. Es sind durchschnittlich überhaupt 442 Personen in der Anstalt gewesen und zwar: 29 Kranke und 413 gesunde Personen. Die Spelung der letztern 413 Personen hat gekostet

B. V e r f e h r e n

überhaupt			beträgt auf den Kopf						Es sind überhaupt ausgegeben			Davon für für 220 männliche Gefangene		
			jährlich			täglich								
Zthr.	Sk.	Vf.	Zthr.	Sk.	Vf.	Zthr.	Sk.	Vf.	Zthr.	Sk.	Vf.	Zthr.	Sk.	Vf.
7621	15	7	18	13	7	—	1	6½	1711	19	10	1122	20	



# Arbeitsfähigen Personen haben verdient:

Diese haben verdient			Summa des Verdienstes	Hiervon ab der Verlag für und der Min- derwerth der Materialien- Bestände ge- gen 1826	Verbleibt reiner Arbeits- Verdienst	Es beträgt also der Ver- dienst auf je- den Kopf jährlich
a) wirklich baar bis auf das in den noch nicht abgegebenen Fa- brikaten stenden- de Material	b) durch Arbei- ten für die An- stalt, incl. der für die Decono- mie nöthig ge- wordenen Arbei- ten	c) durch die in noch vorräthigen Fabrikaten und ausgearbeiteten Materialien stehenden Ar- beitslöhne				
Tblr. Sgr. Pf.	Tblr. Sgr. Pf.	Tblr. Sgr. Pf.	Tblr. Sgr. Pf.	Tblr. Sgr. Pf.	Tblr. Sgr. Pf.	Tblr. Sgr. Pf.
1493 27 4	4211 10 7	463 14 2	19598 22 1	4559 — 9	15039 21 4	36 12 6

## Unterhaltungs-Kosten der Anstalt.

Ausgaben			C. Alle übrigen Kosten, als: Gehalte und Emolumente der Officianten, desgleichen Heizung, Erleuchtung, Reinigungs-Material, für Lager, Arbeits-, Wirtschaftens-Utensilien, Medicinkosten, für bessere Pflege der Kranken, ferner an Transportkosten, Steuern, extraordinärer Verpflegung, Bau- und Reparaturkosten, wie an zufälligen Ausgaben			Gesamt-Betrag der Administrationskosten		
Es beträgt hiernach die Bekleidung jährlich:								
für 70 weibliche Gefangene			für 1 männlichen Gefangenen			für 1 weiblichen Gefangenen		
Tblr. Sgr. Pf.			Tblr. Sgr. Pf.			Tblr. Sgr. Pf.		
288	29	7	6	14	—	4	—	5
11092			11			11		
20425			27			4		

## B e k a n n t m a c h u n g.

Unter dem Titel „Zeitblatt für Gewerbtreibende und Freunde der Gewerbe“ erscheint im Verlage des Buchhändlers Rücker zu Berlin seit dem 1. Januar d. J. eine Zeitschrift, welche der Fabriken-Commissionsrath Weber unter Mitwirkung mehrerer Techniker und Fabrikanten herausgibt. Monatlich sollen davon drei bis vier Nummern ausgegeben werden und der Band von 56 Bogen, begleitet mit den nöthigen Abbildungen, wird 3 Thlr. 10 Sgr. kosten. Wir machen die Gewerbtreibenden des hiesigen Regierungsbezirks darauf besonders aufmerksam, da die bis jetzt erschienenen Nummern dieses Zeitblatts zu der Erwartung berechtigen, daß sie fortfahren werde, gemeinnützige in das Gewerbewesen einschlagende Gegenstände zu beleuchten und gründlich abzuhandeln.

Merseburg, den 4. März 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Das unterzeichnete Königl. Ober-Landes-Gericht von Sachsen bringt hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die, sämmtliche drei Rubriken in sich fassende Hypothentabelle über die, im Weissenfeller Kreise gelegene, vormalige Domainen Langendorf fertig geworden ist, und während des Zeitraums vom 10. März bis 10. Mai d. J. in unserem Hypotheken-Archive von den Interessenten eingesehen werden kann.

Wir fordern dieselben mit dem Bedeuten dazu auf, daß nach Ablauf des gedachten Zeitraums keine Erinnerungen dagegen mehr angebracht werden können.

Naumburg, den 26. Februar 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Von den vollständig aufgestellten und nach allen drei Rubriken des Hypothekenbuchs abgeschlossenen Hypothekentabellen, sind nun folgende wiederum speciel superrevidirt:

- I. über sämmtliche Häuser der Stadt und Vorstadt Bitterfeld, mit Ausnahme der über das Böggersche Haus Nr. 55. des Brandversicherungs-Catastres;
- II. über sämmtliche geschlossene Güter des Dorfs Eichen, im Gerichtsamtsbezirke Delitzsch;

III. über sämmtliche geschlossene Güter des Dorfs Düringsdorf mit Heiligen-  
dorf, im Gerichtsamtsbezirke Landsberg;

IV. über sämmtliche geschlossene Grundstücke von Wiesenwisch;

V. über sämmtliche geschlossene Grundstücke von Thiemendorf;

VI. über sämmtliche geschlossene Grundstücke von Zennerswisch;

VII. über sämmtliche geschlossene Grundstücke von Ritzendorf;

VIII. über sämmtliche geschlossene Grundstücke von Torna,

im Gerichtsamtsbezirke Brehna.

Wir machen solches mit dem Beifügen bekannt, daß die Tabellen, in Ge-  
mäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5. April 1824, Gesetzsammlung  
1824, pag. 78, in dem Zeitraume vom 15. März bis zum 15. Mai c. a. in  
unsrer Hypotheken-Registatur eingesehen, und gegründete Einwendungen dage-  
gen vorgebracht werden können, später aber dergleichen nicht mehr Statt finden.

Damit verbinden wir zugleich die Anzeige, daß

- a) von sämmtlichen Häusern der Stadt Brehna;
- b) von sämmtlichen geschlossenen Grundstücken von Rackwitz, Gerichtsamts  
Delitzsch;
- c) von sämmtlichen geschlossenen Grundstücken von Radefeld, Gerichtsamts  
Delitzsch;
- d) von sämmtlichen geschlossenen Gütern von Bennsdorf, Gerichtsamts Delitzsch;
- e) von sämmtlichen Gütern des Dorfs Volkewitz, Gerichtsamts Gräfenhain-  
ichen;
- f) von sämmtlichen geschlossenen Gütern des Dorfs Wehlitz, Gerichtsamts Ei-  
lenburg,

und von folgenden um Gräfenhainichen einzeln gelegenen Mühlengrundstücken:

- aa) der Bahnings-Mühle;
- bb) der Birnbaum-Mühle;
- cc) der Vogelgefängs-Mühle;
- dd) der Steingruben-Mühle;
- ee) der Hain-Mühle;
- ff) der Großgadewitzer ober Furth-Mühle;
- gg) der Buchholz-Mühle;
- hh) der Breitenwitzer Mühle;
- ii) der Alsbicker Mühle;

- kk) der Mückauer Mühle, und
  - ll) der Leichdamm-Mühle;
  - mm) über das sonst Reichelt'sche, jetzt Veshold'sche Haus Nr. 518. in der Stadt Wittenberg;
  - nn) über das sonst Seelmann'sche, jetzt Winkler'sche Gut Nr. 5. in Wendien, und
  - oo) über das sonst Schumann'sche Haus Nr. 40. in Sausedell,
- das Hypothekenbuch vollendet, und daher nach §. 14. des Hypothekenpatents vom 16. Junius 1820 hinsichtlich ihrer der Erwerb neuer Hypotheken-Rechte lediglich nach Vorschrift des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Wittenberg, den 5. März 1828.

Königlich Preussisches Land-Gericht.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Ueber sämmtliche geschlossene Güter:

- a) des Dorfs Wartenburg und
- b) des Dorfs Listerheide,

Wittenberger Polizei-Kreises, mit alleiniger Ausnahme der Gemeindef Häuser und der Geistlichen- und Schulgebäude, sind die Hypothekentabellen nach allen drei Rubriken fertig.

Den Interessenten wird dies mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß diese Tabellen in dem Zeitraume von jetzt an bis Ende Monats Mai d. J. in der Expedition des unterzeichneten Justitiarius hier in Wittenberg, Schloßgasse Nr. 11, zur Anzeige gegründeter Erinnerungen eingesehen werden können, späterhin aber dergleichen nicht mehr Statt finden,

Wittenberg, den 1. März 1828.

Gräfllich Hohenthalsches Patrimonial-Gericht über  
Wartenburg.

Col., Justitiar.

# A m t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

11. Stück.

Merseburg, den 22. März 1828.

## Verordnung der Königl. Regierung.

Da zeitlich häufig Beschwerden wider Pfarrer an uns gelangt sind, daß die jährlich zu fertigenden Verzeichnisse der Militairpflichtigen nicht genau mit dem Kirchenbuche übereinstimmen, und manche Individuen sogar in diesen Verzeichnissen weggelassen worden sind, so werden die Herren Pfarrer hierdurch erinnert, die bezüglichen Extracte aus den Kirchenbüchern sorgfältig und gewissenhaft anzufertigen, damit sie gegen jede Verantwortung gesichert sind.

Nr. 40.  
Die Ueberein-  
stimmung der  
Verzeichnisse  
Militair-  
pflichtiger mit  
den Kirchen-  
büchern betr.

Merseburg, den 11. März 1828.

Königl. Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

## Verordnung des Königl. Consistorii der Provinz Sachsen.

Da den Candidaten des Predigtamts mit ihrer Anstellung als Pfarrer eine unmittelbare und leitende Einwirkung auf die Schulen anvertraut wird, und daher die Ueberzeugung gewonnen werden muß, daß sie die zu einer solchen Einwirkung erforderliche Einsicht und Erfahrung im Schulsache besitzen, so hat das Königl. Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten auf den Grund der, in Betreff der theologischen Prüfungen, unter dem 12. Februar 1799 ergangenen Instruction, mittelst Rescripts vom 24. October v. J. angeordnet, daß künftig bei den Prüfungen pro ministerio nicht sowohl auf den Besiz der materiellen Kenntnisse, die zum Schullehre erfordert werden, sondern vielmehr auch darauf gesehen werden soll, ob die Candidaten über Zweck, Einrichtung und Ziel der Schulen und ihre Arten und Stufen, über die Behand-

Nr. 41.  
Die Prüfung  
gen der Can-  
didaten des  
Predigtamts  
pro ministerio  
betr.

lung der verschiedenen Unterrichts-Gegenstände und ihren inneren organischen Zusammenhang, über die nöthigen Hülfsmittel bei den einzelnen Lehrgegenständen, über das Verhältniß von Unterricht und Erziehung zu einander, über Schul-Disciplin und namentlich über die Verbindung der religiösen und sittlichen Bildung mit der intellectuellen, endlich über Beruf, Pflicht und Verhalten des Lehrers und des Geistlichen in Beziehung auf die Schule richtige, klare und geordnete Begriffe, zugleich aber auch selbst die erforderliche praktische Gewandtheit und Lehrfähigkeit besitzen.

Indem wir diese höhere Verordnung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, damit die Theologiestudirenden auf die Nothwendigkeit auch ihrer pädagogischen Ausbildung bei Zeiten aufmerksam gemacht werden, wollen wir insbesondere den Candidaten, welche zu der Wahlfähigkeitsprüfung sich anschicken, ans Herz legen, daß sie nicht nur dies Fach fleißig studiren und die dahin einschlagenden Schriften lesen, sondern auch mit den praktischen Anstalten — Landeschullehrer-Seminarien, Moderschulen, methodologischen Lehr-Cursen, Schullehrer-Conferenzen — sich bekannt machen, selbst daran Theil nehmen, sofern es ihre Verhältnisse gestatten, und durch eigenes Unterrichten sich die Einsicht und Fertigkeit im Schulsach erwerben, welche bei der Prüfung von ihnen gefordert werden wird.

Magdeburg, den 8. März 1828.

Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium.

## Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

**Nr. 42.** Aus den auf unsere Verordnung vom 20. Januar j. J. wegen des Depo-  
Das Depo-  
sitalwesen bei  
den Unterger-  
ichten betr. sitalwesens bei den Untergerichten eingegangenen Berichten ist zu erschen gewe-  
 sen, daß die meisten Patrimonialgerichte die gedachte Verordnung nicht richtig  
 verstanden haben und daß überhaupt die Depoitalverwaltung bei denselben noch  
 nicht in gehöriger Ordnung ist. Es wird daher Folgendes hierdurch in Erinne-  
 rung gebracht:

- 1) In dem durch unsere Bekanntmachung vom 10. December 1824 vorgeschrie-  
 benen öffentlichen Aushange sind nicht bloß die Namen, sondern auch die  
 auf das Depoitalwesen Bezug habenden Functionen der dabei angestell-  
 ten drei Personen, nämlich des ersten und zweiten Curators und des  
 Rendanten, zu bemerken.
- 2) Der Gerichtshalter kann weder Rendant, noch erster Curator, sondern nur  
 zweiter Curator seyn, da sich nur diese Function mit seinen in der De-

positalordnung, vom 15. September 1783, Tit. 3. §. 29 bis 32, bestimmten Obliegenheiten vereinigen läßt.

- 3) Zur Sicherstellung des Depositoriums, worüber nach unserer Verordnung vom 20. Januar j. J. am Schlusse jeden Jahres berichtet werden soll, gehören hauptsächlich die nach Vorschrift der Depotalordnung, Tit. 1. §. 7 bis 10. einzurichtenden feuerfesten und gegen gewaltsamen Einbruch gesicherten Behälter.

Sämmtliche Patrimonialgerichte werden daher hierdurch aufgefordert, die noch vorhandenen Mängel sofort abzustellen und wie solches geschehen, in dem nächsten, am Schlusse des Jahres zu erstattenden Berichte anzuzeigen.

Naumburg, den 7. März 1828.

Königl. Preuß. Oberlandes-Gericht von Sachsen.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Von dem, der Gerichtsbarkeit des Ritterguts Vogelgesang unterworfenen Hause daselbst und einigen Wiesen bei Langenreichenbach, sind die Hypotheken-Tabellen nach drei Rubriken fertig worden und liegen vom 22. März bis 23. Mai d. Jahres bei dem Gericht zur Einsicht und Erinnerung der Interessenten bereit.

Dies wird hierdurch mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß nach Ablauf dieser Frist keine Erinnerungen weiter beachtet werden können.

Vogelgesang, den 14. März 1828.

### P a t r i m o n i a l - G e r i c h t.

### P e r s o n a l - C h r o n i k.

#### B e f ö r d e r u n g e n.

Der bisherige Pfarrer zu Rosenhagen, Johann David Friedrich Schröder, ist als Pfarrer nach Mörtitz, Ephorie Eilenburg; der bisherige Diaconus zu Großtmehlen, Karl Wilhelm Schneider, als Pfarrer nach Cröbels, Ephorie Liebenwerda; der bisherige Divisionsprediger zu Zörgau, Karl August Bischoff, als Pfarrer nach Dohna, Ephorie Seyda, und der bisherige dritte Diaconus an der Stadtkirche zu Zörgau, Johann Christian August Bürger, zum zweiten Diaconus an dieser Kirche befördert.

Merseburg, den 11. März 1828.

# Nachweisung

der

im Monate Februar 1828

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-  
nisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	Getreide.								Hülfsenfrüchte.								Rauchfutter.													
	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbfen		Linsen		Kartof- feln		Heu		Stroh											
	der Preussische Scheffel								der Preussische Scheffel								Schl.		à Cent.		à Scho									
	tbl.	sa.	pf.	tbl.	sa.	pf.	tbl.	sa.	pf.	tbl.	sa.	pf.	tbl.	sa.	pf.	tbl.	sa.	pf.	tbl.	sa.	pf.									
1 Merseburg	1	15	9	1	12	6	—	25	5	—	17	6	—	—	1	10	—	2	10	—	1	—	—	25	—	3	15	—		
2 Halle	1	15	—	1	14	5	—	25	8	—	19	5	4	10	—	1	25	—	2	25	—	20	—	1	—	—	5	5	—	
3 Naumburg	1	12	11	1	12	10	—	25	—	—	15	—	4	—	—	2	2	—	3	4	—	1	8	—	1	—	5	—	—	
4 Torgau	1	20	—	1	22	6	1	2	6	—	23	9	3	10	—	1	20	—	3	20	—	15	—	—	25	—	6	—	—	
5 Wittenberg	1	21	5	1	18	9	1	—	3	—	24	1	4	—	—	2	20	4	2	6	8	—	15	—	1	5	—	—	—	
6 Eisleben	1	15	2	1	13	2	—	26	3	—	20	8	2	20	—	1	24	8	2	14	8	—	16	6	1	—	4	—	—	
7 Zeitz	1	17	6	1	17	6	—	24	—	—	17	—	2	20	—	1	20	—	2	—	—	15	—	1	5	—	5	12	—	
8 Quersfurth	1	12	6	1	10	—	—	22	6	—	16	3	3	15	—	1	12	6	1	12	6	—	22	6	1	2	—	3	10	—

Merseburg, den 4. März 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.



# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

12. Stück.

Merseburg, den 29. März 1828.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Die nach §. 451. Tit. 11. Thl. II. des allgemeinen Landrechtes erforderliche Erlaubniß des Staats, wenn eine Parochial-Handlung von einem evangelischen Geistlichen bei einem katholischen Eingepfarrten und umgekehrt vorgenommen werden soll, ist für die evangelischen Geistlichen nach §. 2. Nr. 10. der Consistorial-Dienst-Instruction vom 25. October 1817 bei dem Provinzial-Consistorio, für die katholischen Geistlichen aber nach §. 2. Nr. 6. der Instruction für die Oberpräsidenten vom 31. December 1825 bei letztern nachzusehen; welches zur Nachachtung in vorkommenden Fällen zur öffentlichen Kenntniß hierdurch gebracht wird.

Magdeburg, den 15. März 1828.

Der Geheime Staats-Minister von Klenig.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

In Gemäßheit der Verordnung vom 25. November 1825 (Nr. 223 des Amtsblatts g. J.) ist im Jahre 1826 eine allgemeine Schutzblätter-Impfung durch die Thätigkeit der Königl. landrätlichen Aemter, und die Ausdauer und den Fleiß der Mehrzahl der Aerzte und Wundärzte, so weit es der Gesundheitszustand der Impffähigen nur irgend gestattete, zur Ausführung gebracht. Es waren nach den aufgenommenen Listen 1826 noch zu vacciniren 43,479; davon sind vaccinirt 34,691; und es ist etwa der fünfte Theil zu der allgemeinen Schutzblätterimpfung von 1827 übrig geblieben, von der wir das Resultat noch nicht vorlegen können. Es haben sich in der neuern Zeit einige Zweifel gegen die unbedingt schützende Kraft der Kuhpocken gegen die Menschenblattern erpo-

Nr. 45.  
Den Fort-  
gang der  
Schutzblät-  
ter-Impfung  
betr.

ben, da einige Vaccinirte, und hiervon auch verschiedene in unserm Regierungsbezirke, von Menschenblättern ähnlichen Blättern befallen sind, welche man dieser Aehnlichkeit halber modificirte Menschenblättern, auch Varioliden nennt. Eine nähere Prüfung der Sache kann den Credit der Kuhpocken als Schutzmittel gegen die Menschenblättern nicht schwächen. Was kann ihn wohl mehr begründen, als die Bemerkung, daß seit den dreißig Jahren, wo man die Wirksamkeit der Kuhpocken-Impfhe gegen den Angriff des Menschenblätternstoffs gestellt, an keinem Orte, wo fleißig und regelmäßig vaccinirt ist, eine Menschenblätter-Epidemie förmlich zum Ausbruch kam, wie es sonst alle 7 Jahr im Durchschnitt der Fall war! Und gehören denn nicht durch Blätternarben entstellte Gesichter schon zu den Seltenheiten? Viele von denen, welche im hiesigen Regierungsbezirke von den Menschenblättern, so fast immer von der Ferne durch einwandernde Handwerksgefelln eingeschleppt wurden, ergriffen sind, waren ältere Personen und vor dem Jahre 1819 geboren. Einige jüngere bekommen alsdann Menschenblättern, wenn sie nicht mit aller Vorsicht vaccinirt waren, oder die Angehörigen die Vaccinirten nicht zur Revision der Impfpärzte gestellt hatten, und bei einem nicht völlig richtigen Verlauf der Schutzblättern in der Meinung standen, es sey gegen die Aechtheit derselben nichts zu erinnern. Noch sind die Kuhpocken als ein geschenktes Schutzmittel der Vorsehung gegen die Menschenblättern anzusehen. Allgemeine Vaccinationen werden diese bald ganz ausrotten, denn sie nehmen denselben die Gelegenheit, sich zu verbreiten. Wir hegen das Vertrauen zu einem Jeden, dem die Schuldbigkeit obliegt, die Seinigen gegen die Menschenblättern durch die Vaccination zu schützen, er werde die fernere allgemeine Durchführung derselben befördern, wobei es wesentlich darauf ankommt, daß die Revision der Vaccinirten nicht vernachlässigt werde, damit die Ueberzeugung von der Aechtheit der Schutzblättern nicht zweifelhaft bleibe. Den Impfpärzten schärfen wir die größte Aufmerksamkeit bei der Wahl des Impfstoffs und der Prüfung der Grimpften ein, damit durch ihre Schuld Niemand getäuscht werde und gegen die Vaccination ein Vorurtheil bekomme.

Merseburg, den 17. März 1828.

Rönlgl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 44.  
Den Ver-  
brauch freier  
Bäder in der  
Badeanstalt  
zu Lauchstädt  
betr.

In dem Amtsblatte des Jahres 1824, Stück 14, Nr. 56, Seite 114, haben wir die Bedingungen bekannt gemacht, unter welchen Armen der Gebrauch freier Bäder in der Badeanstalt zu Lauchstädt zugestanden wird.

Indem wir diese Bekanntmachung hierdurch in Erinnerung bringen, machen wir zugleich bemerklieh, daß diejenigen Armen, die für die diesjährige Badezeit das Bad zu Lauchstädt benutzen wollen, sich spätestens bis zum 1. Mai d. J. bei dem Badearzte, Medicinalrathe D. Senfelsen zu Lauchstädt, unter

Einreichung eines Dürftigkeits-Attestes ihrer Orts-Obrigkeit und eines Attestes eines approbirten Arztes, daß das lauchstädter Bad für sie heilsam seyn werde, schriftlich zu melden haben.

Merseburg, den 20. März 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## V e r z e i c h n i s s

der

Vorlesungen bei der medicinisch-chirurgischen Lehr-Anstalt zu  
Magdeburg für das Sommer-Semester 1828.

Herr Medicinalrath Dr. Andreaß wird Montags und Donnerstags von 4 bis 6 Uhr die allgemeine Pathologie und Semiotik vortragen.

Herr Dr. Brüggemann wird Montags und Donnerstags von 2 bis 3 Uhr die Osteologie und Syndesmologie lehren, und an sämmtlichen Wochentagen in den Stunden von 9 bis 12 Uhr die in dem Laufe dieses Semesters ausnahmsweise stattfindenden Uebungen in der practischen Anatomie leiten.

Herr Medicinalrath Dr. Friße wird Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 3 bis 4 Uhr Unterricht in der Materia medica und dem Formulare erteilen.

Herr Regimentsarzt Dr. Scheibler wird Mittwochs von 4 bis 6 Uhr Anweisung in dem chirurgischen Verbande geben, und Sonnabends von 4 bis 6 Uhr die Lehre von den Knochenbrüchen und Verrenkungen vortragen.

Herr Medicinal-Assessor Dr. Dohlfhoff wird täglich von 12 bis 1 Uhr chirurgisch-clinischen Unterricht im allgemeinen Krankenhause der Stadt erteilen.

Herr Medicinal-Assessor Michaelis wird Montags, Mittwochs und Donnerstags, Vormittags von 8 bis 9 Uhr, die in dem laufenden Winter-Semester begonnenen Vorlesungen über Encyclopädie der Naturwissenschaften fortsetzen und beendigen.

Herr Dr. Koch wird Montags Vormittags von 7 bis 8, Dienstags Nachmittags von 2 bis 3 und Freitags Vormittags von 7 bis 8 Uhr über die allgemeine Pathologie und Semiotik, Dienstags und Donnerstags, Vormittags von 7 bis 8 Uhr, über die Materia medica und das Formulare Correpetitionen halten, und Dienstags, Freitags und Sonnabends Vormittags von 8 bis 9 Uhr die Uebungen in der lateinischen Sprache und in der Abfassung deutscher Aufsätze leiten.

Herr Stadt-Wundarzt Warges wird Mittwochs Vormittags von 6 bis 7 und Freitags Nachmittags von 2 bis 3 Uhr die Knochen- und Wundenlehre, Mittwochs Vormittags von 7 bis 8 Uhr die Lehre von den Fracturen und Luxationen, und Sonnabends Vormittags von 6 bis 8 Uhr die Wundagenlehre repetiren.

Außerordentliche Zöglinge, d. h. solche, welche ihre anderweitig bereits erlangte Ausbildung als Wundärzte 1ster oder 2ter Classe durch den Besuch einzelner Vorlesungen an der hiesigen medicinisch-chirurgischen Lehranstalt zu vervollständigen wünschen, haben sich, mit den erforderlichen Zeugnissen versehen, Behufs der von ihnen zu bestehenden Vorprüfung, spätestens bis zum 10. April bei dem Director der Anstalt, Reglerungs- und Medicinalrath Dr. Grüstedt, zu melden. Die Aufnahme ordentlicher Zöglinge ist erst mit dem Beginn eines neuen Cursus in dem bevorstehenden Herbst wiederum statthast.

Die Vorlesungen nehmen mit dem 14. April ihren Anfang.

## P e r s o n a l - C h r o n i k .

### B e f ö r d e r u n g e n .

Der bisherige Candidat des Predigtamts, August Ferdinand Kunath, ist als Pfarrer in Cleßen, Ephorie Delitzsch; der bisherige Candidat des Predigtamts, Christian Friedrich Lorenz, als Pfarrer zu Knippelsdorf, Ephorie Herzberg; der bisherige Candidat des Predigtamts, Karl Adolph Schulze, als Pfarrsubstitut in Kösa, Ephorie Bitterfeld; der bisherige Candidat des Predigtamts, Friedrich August Gröper, als Diaconus in Gerbstädt, und der bisherige Collaborator an der Kirche und Schule zu Köstritz, Karl Friedrich Wilhelm Dornheim, als Pfarrer in Silbitz, Ephorie Zeitz, angestellt.

Merseburg, den 11. März 1828.

Der Collaborator D. Steinberg an der lateinischen Hauptschule des Waisenhauses in Halle ist nach dem Ministerial-Rescripte vom 3. d. M. als ordentlicher Lehrer bestätigt worden.

Magdeburg, den 18. März 1828.

An die Stelle des anderweit versorgten Executors Dienst ist der invalide Landwehremann Hofsche als Voté und Executor beim Rentamte Halle mit Eisteben angenommen worden.

Merseburg, den 16. März 1828.

# A m t s , B l a t t

## der

### Königlichen Regierung zu Merseburg.

---

#### 13. Stück.

Merseburg, den 5. April 1828.

---

### Verordnungen der Königl. Regierung.

Die Allerhöchste Cabinetsordre vom 21. December 1824 (Gesessammlung Nr. 904) bestimmt §. XL:

„Beschädigte oder sonst unbrauchbar gewordene Cassen-Anweisungen tauscht die Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden aus dem ihr überwiesenen Fonds insofern um, als auf denselben

- 1) die gedruckte Littera und Nummer derselben,
- 2) so wie die dabei geschriebene Namens-Unterschrift vollständig noch vorhanden und sichtbar ist;“

und ist ferner durch den Allerhöchsten Befehl vom 9. April 1825 (Gesessammlung Nr. 927) festgesetzt worden:

„daß, außer den oben erwähnten Erfordernissen Befuß des Umtausches, auch noch der unbedruckte äußere Rand, welcher durch das Wasserzeichen zugleich den Werth der Cassen-Anweisung andeutet, nicht abgeschnitten seyn darf.“

In Folge dieser Allerhöchsten Befehle ist bisher auf jedes einzelne Ansuchen des Inhabers einer beschädigten Cassen-Anweisung, nach vorgängiger Prüfung der letztern, von der unterzeichneten Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden entweder der Umtausch verfügt, oder es ist dieselbe, falls sie mit den gesetzlichen Erfordernissen nicht versehen war, dem Einreicher, mit dem Werthlosigkeits-Stempel versehen, zurückgegeben worden.

Von verschiedenen Seiten ist indessen eine Abkürzung dieses, bei dem Umtausche beschädigter Cassen-Anweisungen bisher beobachteten Verfahrens gewünscht worden, und demnach zur Erleichterung des Publicums beschlossen:

Nr. 45.  
Die Annahme  
beschädigter  
Cassenanwei-  
sungen bei  
den Regie-  
rungen.  
Haupt: Kas-  
sen, Befuß  
des Umtau-  
ches, betr.

die Annahme beschädigter Kassen-Anweisungen bei den Haupt-Kassen der Königlichen Regierungen, für Rechnung der Controlle der Staats-Papiere, bei Einzahlungen, insofern zu gestatten, als die beschädigten Kassen-Anweisungen nach jenen Allerhöchsten Bestimmungen umtauschungsfähig sind, indem sie entgegengesetzten Falls dem Präsentanten zurückgegeben werden müssen.

Die Rückgabe einer solchen zum Umtausche nicht geeigneten beschädigten Kassen-Anweisung an den Präsentanten, darf jedoch nicht verweigert, es muß demselben vielmehr überlassen werden, sich, wenn er bei dem Bescheide der Königlichen Regierung sich nicht beruhigen will, unmittelbar an die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden zu wenden.

Auf gleiche Weise hat die Königliche Regierung zu verfahren, wenn Zweifel darüber entstehen sollten:

ob die als beschädigt präsentierte Kassen-Anweisung nach den vorgezeichneten Allerhöchsten Befehlen vom 21. December 1824 und 9. April 1825 zur Eintauschung sich eignen dürfte.

Die sonach bei der Haupt-Kasse der Königlichen Regierung eingehenden beschädigten Kassen-Anweisungen sind mittelst specieller Designation nach den Apoints und der Nummer-Folge der einzelnen Kassen-Anweisungen geordnet, quartalier Behufs der zu verfügenden Erstattung hieher einzusenden, indem übrigens die Königliche Regierung die betreffenden Kassen-Beamten anweisen wird:

Kassen-Anweisungen, welche noch nicht als ganz circulationsunfähig zu betrachten sind, nicht zum Umtausche einzureichen, vielmehr dieselben weiter als Zahlungs-Mittel zu benutzen.

Berlin, den 16. Februar 1828.

### Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

In  
die Königliche Regierung  
zu Merseburg.

Vorstehende Verfügung der Königl. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden wird hierdurch zur Nachricht und Beachtung des Publicums, insbesondere aber zur Befolgung der Kassen-Beamten öffentlich bekannt gemacht.

Merseburg, den 11. März 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kassenwesen.

Es ist Höhern Orts häufig wahrgenommen worden, daß unzeitige Unterstützungs-gesuche und Petitionen aller Art von Witzstellersn auf eingereichte ärztliche Atteste begründet worden. Das Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat uns daher im Circular-Rescripte vom 13. und 21. v. M., mit Bezug auf die Instruction vom 9. Februar 1800 wegen des Besuchs ausländischer Bäder und Gesundbrunnen von Königl. Officianten, aufgefodert, bei der Häufigkeit solcher Atteste und bei dem Mißbrauche, der damit getrieben wird, den approbirten Medicinalpersonen es zur besondern Pflicht zu machen, Gesundheits- oder Krankheits-Atteste aller Art überhaupt nicht ohne hinlängliche und dringende Veranlassung, und in diesen Fällen nur der strengsten Wahrheit und Selbstüberzeugung getreu auszustellen, indem insbesondere zur Befriedigung der überhäuften Unterstützungs-gesuche zu Badereisen, die vorhandenen Fonds bei Weitem nicht zureichen, und zu vermuthen steht, daß die Aerzte nicht überall hinlänglich von den Vermögens- und Familien-Verhältnissen ihrer Kranken sich unterrichten, bevor sie den umständlichen und kostspieligen Gebrauch eines Bades, besonders im entfernten Aus- oder Inlande, vorschlagen. Das gebachte Königl. Ministerium verbindet mit dieser Aufforderung die Weisung, den approbirten Aerzten zur sorgfältigen Erwägung anheim zu geben, daß, wenn einerseits häufig der Gebrauch eines Bades der Gesundheit eines Kranken sehr ersprießlich seyn mag, andererseits gewiß nicht weniger die bedeutenden Kosten bei dem Mangel einer hinreichenden Einnahme, um solche davon zu bestreiten, die Unruhe über deren Herbeischaffung und die Verwickelungen, in welche sich derselbe dadurch versetzt, die Trennung des Kranken von seiner Familie und andere wichtige Rücksichten, die wohlthätigen Wirkungen einer Badereise beeinträchtigen, oder wohl gar durch ihre Folgen überwiegen, nicht zu gedenken, daß es gewöhnlich auf den Kranken die nachtheiligste Wirkung hat, wenn solchen ohne vorgängige genaue Prüfung seiner häuslichen Lage und des dormaligen Krankheitszustandes von den Aerzten der Gebrauch eines Bades als einziges Rettungsmittel dargestellt wird, und der Leidende sich ganz außer Stande befindet, ein solches zu gebrauchen. Indem wir noch erwägen, wie das Rescript vom 13. v. M. das Vertrauen zu den in den Königl. Landen approbirten Aerzten und Wundärzten ausspricht, daß sie bei auszustellenden Gesundheits- oder Krankheits-Attesten den wahren Zustand der Individuen nach ihrer besten Wissenschaft und Ueberzeugung schildern und sich unwahrer Uebertreibungen nicht zu Schulden kommen lassen werden, bezweifeln wir nicht, daß die Aerzte und Wundärzte unsers Reglerungsbezirks das Wohlwollen, welches die Abfassung beider Rescripte veranlaßt hat, nicht verkennen, und den ihnen hiedurch mitgetheilten Inhalt derselben stets pflichtemäßig beachten werden.

Nr. 46.  
Ärztliche At-  
teste für Kö-  
nigl. Offician-  
ten betr.

Merseburg, den 18. März 1828.

**Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.**

## Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

**Nr. 47.** *Die Erkenntnisse wider beurlaubte Wehrmänner* **Sämmtliche Untergerichte** unseres Departements werden hierdurch angewiesen, die Erkenntnisse wider beurlaubte Wehrmänner und zur Kriegsreserve entlassene Soldaten nicht, wie es, der uns gewordenen Nachricht zufolge, bisher häufig geschehen ist, an das betreffende Landwehrbataillon, sondern, in Gemäßheit des Allerhöchsten Cabinetsbefehls vom 22. Februar 1823, an den Königl. General-Major und Brigade-Commandeur, Herrn von Rameke zu Merseburg, und zwar nebst einem Nationale des Inculpaten, einzusenden.

Naumburg, den 11. März 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

## B e k a n n t m a c h u n g.

**Nr. 48.** *Die Lösung des Stempelbogens über 100 Thlr. an Werth betr.* **Mit Hinweisung auf die Verordnung vom 28. März 1822, wegen Einführung des neuen Stempelpapiers, Amtsblatt 1822, Stück 16, pag. 157, mache ich hiermit zur allgemeinen Nachachtung bekannt, daß der baare Gelbbetrag für einen Stempelbogen über 100 Thlr. an Werth nicht an mich eingesendet, sondern gleich unmittelbar gegen Empfangnahme des Stempels bei dem betreffenden Haupt-Zoll- oder Haupt-Steuer-Amte eingezahlt wird.**

Magdeburg, den 21. März 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director Sack.

## Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Die von sämmtlichen Chauffee- sowie Damm-Geld-Einnehmern und Pächtern des diesseitigen Regierungs-Bezirks, in Staats-Papieren bestellten, und bisher bei uns deponirt gewesenen Cautionen sind von uns, auf Höhere Anordnung, dem Königl. Provinzial-Steuer-Directorat zu Magdeburg überwiesen worden; welches wir hierdurch bekannt machen, damit die Betheiligten sich in ihren Cautionen-Angelegenheiten, und namentlich wegen Abhebung der Zins-Coupons, von jetzt ab, nicht vergeblich an uns wenden mögen.

Merseburg, den 14. März 1828.

Königliche Regierungs-Haupt-Kasse.



# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

14. Stück.

---

Merseburg, den 12. April 1828.

---

### Allgemeine Gesessammlung.

Das 4te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter

- Nr. 1128. Ministerial-Erklärung vom 26. November 1827, über die mit der Fürstlich Waldeck'schen Regierung getroffene Vereinbarung, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend.
- Nr. 1129. Ministerial-Erklärung vom 18. Januar 1828, über die mit der Großherzoglich Sachsen-Weimarschen Regierung getroffene Vereinbarung, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend.
- Nr. 1130. Ministerial-Erklärung vom 19. Februar 1828, über die mit dem Königreich Würtemberg getroffene Vereinbarung, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend.

---

### B e k a n n t m a c h u n g .

Ich habe mit besonderem Wohlgefallen aus dem Zeitungsberichte der Regierung für den verflossenen Monat ersehen, daß durch den im Jahre 1816 von den Stadträthen Lehmann, Wucherer, Schwetschke und Schmidt in Halle gestifteten Verein, nicht nur bei den damaligen Miß-Erndten der Noth der Armen abgeholfen, sondern auch nach dessen Auflösung noch ein Ueberschuß von 2400 Thlr. zur Aufhülfe verdienter und unverschuldet zurückgekommener Bürger

abgeliefert worden ist, und Ich gebe daher der Regierung auf, den verdienten Beifall, mit welchem Ich die erfolgreiche Wirksamkeit dieses Vereins anerkenne, durch die Amtsblätter bekannt machen zu lassen.

Berlin, den 16. März 1828.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

In  
die Königl. Regierung  
zu Merseburg.

Vorstehende Allerhöchste Cabinets-Ordre wird hiermit zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

Merseburg, den 25. März 1828.

Königlich Preussische Regierung.

## Verordnung der Königl. Regierung.

Nr. 49. In den von uns den marschirenden Truppen ertheilten Marschrouten wird, Höhern Anordnungen zufolge, immer die Entfernung der Marsch-Quartiere angegeben und darnach können die Truppen auch nur den Worspann bezahlen.

Vergütung  
d. Worspanns  
betr.

Es können sich jedoch Fälle ereignen, in denen, besonderer Umstände halber, Seitens der betreffenden landrätzl. Ämter, eine Veränderung der in den Marsch-Routen angegebenen Dislocation nöthig wird und daß daher alsdann die in der Marsch-Route bezeichnete Meilenzahl nicht mit derjenigen Entfernung übereinstimmt, auf welche der Worspann wirklich geleistet worden ist.

In solchen Fällen darf nun, zu Vermeldung jedes desfalligen Aufenthalts, die sofortige Bezahlung für eine größere, als die in der Marsch-Route angegebene Entfernung nicht verlangt, sondern es muß vielmehr die Vergütung nur für Erstere angenommen werden, dagegen den Worspannleistenden überlassen bleiben, das, was sie etwa mehr zu fordern haben, bei dem landrätzl. Amte des Kreises zu liquidiren, welches, nach der dazu erhaltenen Anweisung, die Richtigkeit der in den liquidationen angegebenen Entfernung zu prüfen und die Vergütung dafür demnächst nachträglich bei der Königl. Intendantur des 2. Armee-Corps unmittelbar zu bewirken hat.

Sämmtliche Ortsbehörden haben sich hiernach genau zu achten.

Merseburg, am 27. März 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Sämmtliche Untergerichte unseres Departements werden auf die Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Merseburg vom 3. d. M. in dem Amtsbl. Nr. 10, wegen der Form der Liquidationen über Diäten und Fuhrkosten, in soweit nicht diese Bestimmungen auf die besonderen Verhältnisse der Regierungs-Beamten Bezug haben, ebenfalls verwiesen.

Nr. 50.  
Form der Li-  
quidationen  
über Diäten  
u. betr.

Naumburg, den 21. März 1828.

Königlich Preussisches Ober-Landes-Gericht.

### Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Je ungünstiger bisher die Zeit für den Gewinn aus der Landwirthschaft gewesen ist, um so mehr verdient es allgemeine Anerkennung, wenn die Herren Patrone und die Gemeinden mit bedeutenden Opfern für Kirchen und Schulen sorgen.

- 1) Die Herren Patrone und deren administrierender Vormund und die Gemeinde zu Köbbschau, Ephorie Merseburg, haben mit einem Aufwande von 2262 Thln. das Innere der Kirche zweckmäßig und anständig eingerichtet, einen neuen Thurm an dieselbe gebaut und in dem Schulhause für den Lehrer eine besondere Wohnstube angebracht. Zu den Kosten haben nach einer freiwilligen Uebereinkunft die Herren Patrone nach ihrem Grundbesitze beigetragen.
- 2) Die Filial-Gemeinde Kriechau, Ephorie Weiskensels, welche schon früher, wie die Muttergemeinde Burgwerben, bedeutenden Aufwand für ihr Gotteshaus gemacht hat, hat neuerlich aus ihren Mitteln einen silbernen Kelch zur Communton mit Hostien-Zeller und geschmackvolle Altarleuchter angeschafft.
- 3) Der Herr Patron und die Gemeinde zu Hackpüffel, Ephorie Sangerhausen, haben, nachdem erst die Kirche und Pfarrwohnung daselbst vor zwei Jahren reparirt worden ist, ein neues Schulhaus gebaut und den Kirchhof verschönert, wozu jener 3 freiwillig, diese 4 zu den Kosten beigetragen hat.

Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntniß, um unser Wohlgefallen mit diesen rühmlichen Anstrengungen zu bezeugen und zur Nachahmung zu ermuntern.

Merseburg, den 8. März 1828.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Der von der ehemaligen Churfürstlich Sächsischen Rentkammer zu Dresden unter dem 6. September 1783 sub Nr. 568, für den verstorbenen Postmeister John zu Stolberg ausgestellte Cautionschein über 200 Thlr. Conventionsgeld, zu 3 Procent zinsbar, ist in der Geheimen Registratur des General-Postamts hieselbst verloren gegangen, und da bei der Auseinandersetzung mit dem Königreich Sachsen, in Gemäßheit der Convention vom 28. August 1819, die Rückzahlung der von Beamten aus dem Herzogthum Sachsen zu Königlich Sächsischen Kassen bezahlten Cautionen von dem Königreiche Preußen übernommen worden ist, so werden auf den Antrag des Königl. General-Postamts zu Berlin alle diejenigen, welche an den so eben genannten Cautionschein als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefs-Inhaber, oder deren Erben, Ansprüche zu haben vermeynen, hierdurch öffentlich vorgeladen, in dem coram deputat. Kammergerichts-Referendar von Ciesielsky, auf

den 21. November 1828,

Vormittags um 10 Uhr, hier auf dem Kammergerichte anberaumten Termine sich zu stellen, und ihre Ansprüche zu bescheinigen, widrigenfalls ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt, sie mit ihren Ansprüchen daran präcludirt, und gedachter Cautionschein für amortisirt erklärt werden soll. Den Abwesenden werden die Justiz-Commissarien Büddée, Zimmermann und Sembeck zu Mandatarien in Vorschlag gebracht.

Berlin, den 22. October 1827.

Königlich Preussisches Kammergericht.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Das Publicum ist zwar durch die, in den Staats-Zeitungen Nr. 250. Jahrgang 1824, Nr. 82., 195. und 205. Jahrgang 1825, in den übrigen hiesigen Zeitungen, in den Intelligenzblättern und in den Amtsblättern: sämmtlicher Provinzen ergangenen Bekanntmachungen zur Empfangnahme der Valuta der in den drei am 9. September 1824, 1. März 1825 und 31. August 1825 statt gehaltenen Verlosungen gezogenen Staats-Schuld-Scheine aufgefördert, auch durch unsere anderweitige Bekanntmachung vom 12. April 1826 darauf aufmerksam gemacht worden, daß von diesen ausgelosten Staats-Schuld-Scheinen noch ein großer Theil im Umlauf war. Die dieser Bekanntmachung beigefügte Aufforderung zur zeitigen Abholung der Gelder hat indessen bis jetzt noch nicht die Abhebung: sämmtlicher Beträge zur Folge gehabt, indem gegen-

wärtig folgende dieser verloofeten Staats-Schuld-Scheine noch nicht zur Realisation präsentirt worden sind, als:

Verloosung.	Nummer der Staats-Schuld-Scheine.	Litt.	Betrag.	Verloosung.	Nummer der Staats-Schuld-Scheine.	Litt.	Betrag.
III.	2,569	B.	500	III.	55,859	I.	50
II.	2,185	D.	300	III.	55,883	B.	50
II.	2,190	B.	300	III.	55,922	G.	50
I.	28,549	D.	200	II.	61,338	F.	25
III.	1,256	D.	100	II.	61,344	E.	25
II.	1,820	F.	100	II.	61,350	D.	25
III.	3,437	B.	100	II.	61,394	H.	25
II.	40,794	F.	100	II.	61,653	A.	25
II.	55,539	G.	100	III.	132,711	N.	25
II.	55,543	O.	100	III.	132,841	H.	25
III.	90,097	E.	100	III.	132,892	E.	25
II.	90,966	C.	100	III.	132,938	B.	25
III.	95,239	F.	100	III.	132,943	K.	25
III.	96,267	C.	100	III.	132,962	O.	25
III.	101,041	K.	100	III.	132,962	U.	25
III.	34,169	C.	50	III.	133,002	M.	25

zusammen 32 Stück — 2925 Rthlr.

Wir fordern daher die Inhaber dieser vorstehend verzeichneten Staats-Schuld-Scheine nochmals hierdurch auf, den Betrag derselben gegen Zurückgabe der Staats-Schuld-Scheine und der dazu gehörigen Coupons über die Zinsen seit den zur Erhebung des Capitals anberaumt gewesenen Terminen, bei der Controlle der Staats-Papiere, Taubenstraße Nr. 50, in Empfang zu nehmen, da nach der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 13. Mai 1822, Befehl-Samm- lung, Nr. 867, von jenen Verfall-Terminen ab, darauf keine Zinsen mehr ge-

zahlte werden, und in so fern die darüber sprechenden Coupons bereits realisirt seyn sollten, diese durch Abrechnung vom Capital erstattet werden müssen.

— Berlin, den 20. März 1828.

## Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

### Öffentliches Aufgebot

zweiter verloren gegangener Steuer-Credit-Kassen-Scheine.

Nachdem die Erben des Predigers Freudel zu Osmünde, die majorenne Henriette Wilhelmine Freudel und die minorenne Albertine Juliane Freudel, bevormundet durch den Kaufmann Holzhausen zu Halle, desgleichen auch der Justizrath Besser zu Zeitz, als Vormund der hinterbliebenen minderjährigen Kinder des Obristleutnants von Eghdy, Namens Auguste Caroline Johanne, Christoph Moritz und Christoph Ferdinand, auf das gerichtliche Aufgebot und die Amortisation folgender abhanden gekommenen, ehemals Sächsischer, jetzt Preussischer verloosbarer Steuer-Credit-Kassen-Scheine:

- 1) Litt. B. Nr. 5870 über 500 Thlr. Conv. Geld, nebst Talon und Coupons, den Freudelschen Erben gehörig;
- 2) Litt. B. Nr. 485 über 500 Thlr. Conv. Geld, welcher den von Eghdyschen Minorennen gehört;

angetragen haben, so werden alle diejenigen, welche an die gedachten Steuer-Credit-Kassen-Scheine als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand-Inhaber oder aus einem rechtlichen Grunde Ansprüche zu haben vermeinen, so wie deren Erben hierdurch aufgefordert, sich spätestens in dem achten Zinszahlungstermine zu melden und in dem auf den

10. October 1828, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Deputirten, Königl. Ober-Landes-Gerichts-Referendar von Reich, an-gesetzten Termine im Local des hiesigen Ober-Landes-Gerichts zu erscheinen, um ihre etwaigen Ansprüche zu beschleunigen, außerdem aber zu gewärtigen, daß die fraglichen Steuer-Credit-Kassen-Scheine werden für erloschen erklärt, sie mit ihren Ansprüchen dargen werden präcludirt und ihnen ein ewiges Stillschweigen deshalb wird auferlegt werden.

Naumburg, den 11. Januar 1828.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Von den hier zu Starßedel unter der Gerichtsbarkeit des Herrl. Nebeschen Patrimonial-Gerichts daselbst gelegenen Häusern sammt Zubehör sind die Hypotheken-Tabellen, welche alle drei Rubriken in sich fassen, fertig, und liegen in dem Zeitraume vom 1. künftigen Monats bis 16. Julius dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Patrimonial-Richters zu Luzen zur Einsicht und etwaigen Erinnerungen der Interessenten bereit; welches hierdurch mit dem Bemerken, daß nach Ablauf dieser Frist weiter keine Erinnerungen beachtet werden können, bekannt gemacht wird.

Starßedel, den 24. März 1828.

Herrl. Nebesche Patrimonial-Gerichte hier.

Niemann, Justizlar.

## P e r s o n a l - C h r o n i k.

Im Laufe des ersten Quartals d. J. sind aus dem Regierungs-Departement Merseburg nachbenannte Candidaten des Predigtamtes, nach vorher bestandener Prüfung pro ministerio, mit Wahlfähigkeits-Attesten versehen worden:

- 1) M. Carl Wilhelm Müller, aus Segregha;
- 2) Carl Ferdinand Fiedler, aus Baruth;
- 3) Valentin August Klotz, aus Carendorf;
- 4) Heinrich Wegel, aus Naumburg;
- 5) Carl Gottlob August Klare, aus Wittenberg;
- 6) Rector Christian Wilhelm Drenghaupt, aus Reuden;
- 7) Leopold Gustav Martin Schlesier, aus Droßdorf;
- 8) Carl Hermann Robert Straßner, aus Zeitz;
- 9) Julius Ferdinand Klocke, aus Watterode.

Magdeburg, den 31. März 1828.

## T o d e s f ä l l e.

Der Pfarrer Benjamin Julius Weber in Brachstädt, zweite Ephorie Halle, ist am 18. d. M. in seinem 68. Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 20. März 1828.

# R a t h w e i s u n g

d e r

im Monate März 1828

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-  
nisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

Namen der Marktplätze.	G e t r e i d e.								H ü l s e n f r ü c h t e.						Rauchfutter.				
	Weizen		Koggen		Gerste		Hafer		Hirse		Erbſen		Linſen		Kartof- ſeln	Heu		Stroh	
	der Preußliche Scheffel								der Preußliche Scheffel								Schfl.	à Cent.	à Schock
	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.	tbl ſg. pf.
1	Merseburg	1 13 9	1 12 10	— 25 —	— 17 6 —	— — —	1 10 —	2 10 —	1 — —	— 25 —	5 15 —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
2	Halle	1 15 —	1 15 9	— 25 —	— 20 —	4 15 —	1 15 —	2 10 —	— 20 —	1 — —	6 15 —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
3	Naumburg	1 13 11	1 15 5	— 25 8	— 16 1	4 8 —	2 — —	5 8 —	1 8 —	1 — —	5 — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
4	Torgau	1 21 5	1 21 5	1 2 6	— 25 9	5 10 —	1 20 —	5 20 —	— 15 —	— 25 —	6 — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
5	Bitterberg	1 21 7	1 17 6	1 1 6	— 24 1	4 — —	1 21 5	— — —	— 15 —	— — —	6 15 —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
6	Eisleben	1 11 5	1 11 5	— 24 5	— 19 —	2 20 —	1 24 8	2 14 8	— 16 11	— 26 3	4 5 8	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
7	Zeitz	1 17 6	1 17 6	— 24 —	— 17 —	2 20 —	1 20 —	2 — —	— 15 —	1 — —	5 — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
8	Querfurth	1 12 6	1 10 —	— 22 6	— 16 5	5 15 —	1 12 6	1 12 6	— 22 6	1 2 —	5 10 —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —

Merseburg, den 2. April 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.



# A m t s , B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

15. Stück.

Merseburg, den 19. April 1828.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Der wegen seiner Theilnahme an geheimen Verbindungen und deren Umtrieben hier so wie in mehreren andern Staaten verhaftet gewesene angebliche Ferdinand Johannes de Witt genannt von Döring, der eigentlich Ferdinand Johann Witt heißt und aus dem Dänischen gebürtig ist, hat sowohl durch seine Aussagen bei den gegen ihn geführten Untersuchungen, als auch durch die jetzt von ihm in den Druck gegebenen Bekenntnisse sich selbst als einen so übel berüchtigten Abentheurer dargestellt, daß es bedenklich ist, demselben den Aufenthalt in den Königl. Staaten zu gestatten. Die Polizei-Behörden werden daher hierdurch angewiesen, den Witt im Betretungsfalle sofort über die Grenze, von wo er gekommen, zurück transportiren zu lassen.

Berlin, den 24. März 1828.

Der Minister des Innern und der Polizei,  
v. Schuckmann.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Bei der am heutigen Tage hier zu Merseburg stattgehabten 20. Verloosung der ehemals Sächsischen Central-Steuer-Obligationen sind die in der Anlage sub B verzeichneten Nummern gezogen worden.

Die Zahlung der Capitalien wird Michaelis d. J. vom Handlungshause Frege et Comp. zu Leipzig geschehen, und haben sich daher die Inhaber der ausgelooften Obligationen nach Eintritt des gedachten Zahlungs-Termins bei genanntem Handlungshause zu melden und die Zahlung, gegen Rückgabe der Obli-

gationen nebst den dazu gehörigen Talons und Coupons, in Empfang zu nehmen.  
Merseburg, am 14. April 1828.

Im Auftrage der Königl. Haupt-Verwaltung der  
Staats-Schulden.

Der Königl. Preuß. Regierungs-Präsident Frhr. v. Brenn.



Litt. A. à 3000 Thlr.

Nr. 4. 5. 34. 67. und 132.

Litt. B. à 2000 Thlr.

Nr. 14. 25. 70. 99. 160. 174. 183. und 198.

Litt. C. à 1000 Thlr.

Nr. 18. 22. 28. 40. 92. 213. 233. 242. 248. 259. 279. 377. 381. und  
405.

Litt. D. à 500 Thlr.

Nr. 44. 51. 68. 93. 159. 163. 207. 235. 262. 336. 388. 389. 426. 499.  
650. 657. 665. 673. 693. 708. 723. 794. 807. 817. 823. 831. 854. 866. 878.  
886. 914. 996. 1008. und 1014.

Litt. E. à 200 Thlr.

Nr. 4. 42. 45. 49. 83. 191. 204. 224. 227. 288. 328. 375. 424. 471.  
482. 489. 491. 520. 545. 559. 613. 634. 655. 755. 773. 780. 820. 892.  
896. 906. 908. 944. 967. 981. 1012. 1016. 1017. 1059. 1109. 1174. 1190.  
1221. 1222. 1573. 1583. 1407. 1436. 1446. 1476. 1548. 1625. 1651. 1660.  
1673. 1703. 1749. 1766. 1785. 1799. 1820. 1845. 1901. 1937. 1946. 2007.  
2030. 2036. 2050. 2054. 2109. 2119. 2159. 2165. 2168. 2174. 2175. 2205.  
2211. 2252. 2298. 2407. 2476. 2507. 2545. 2588. 2595. 2611. 2657. 2730.  
2750. 2753. 2776. 2946. 2952. 3003. 3006. 3010. 3050. 3059. 3087. 3108.  
3113. 3114. 3222. 3259. 3273. 3298. 3314. 3334. 3402. 3422. 3467. 3515.  
3572. 3626. 3638. 3639. 3647. 3700. 3710. und 3712.

Litt. F. à 100 Thlr.

Nr. 43. 58. 151. 139. 196. 223. 239. 270. 288. 307. 370. 472. 488.  
491. 552. 628. 652. 679. 683. 755. 767. 778. 788. 865. 869. 870. 875. 948.  
950. 985. 998. 1059. 1086. 1107. 1156. 1171. 1199. 1237. 1279. 1293.  
1330. 1553. 1579. 1382. 1413. 1461. 1474. 1517. 1526. 1603. 1611. 1623.

1672. 1676. 1719. 1721. 1723. 1726. 1733. 1757. 1781. 1788. 1812. 1823.  
 1832. 1902. 1933. 1966. 2005. 2101. 2102. 2108. 2155. 2193. 2198. 2325.  
 2329. 2333. 2578. 2595. 2410. 2433. 2443. 2495. 2510. 2572. 2633. 2638.  
 2675. 2728. 2740. 2747. 2768. 2783. 2794. 2804. 2813. 3062. 3116. 3119.  
 3147. 3169. 3189. 3196. 3207. 3210. 3214. 3243. 3246. 3283. 3286. 3301.  
 3316. 3355. 3385. 3425. 3441. 3462. 3469. 3493. 3499. 3549. 3598. 3640.  
 3644. 3655. 3688. 3779. 3791. 3801. 3804. 3807. und 3899.

## B e k a n n t m a c h u n g .

Daß auf Grund Einer Allerhöchsten Cabinetsordre vom 27. v. M. die Erhebung des gegenwärtig im Dorfe Ködglis, Merseburger Kreises, zu entrichtenden Brückgeldes mit dem 1. Juli c. aufhört, bringe ich hierdurch zur Kenntniß des Publicums.

Magdeburg, den 4. April 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director Sack.

## B e k a n n t m a c h u n g .

Die Großherzoglich Hessische Regierung hat Veranlassung gehabt, verschiedene Artikel der Einfuhr mit erhöhten Abgaben zu belegen, in der diesfälligen Verordnung vom 27. v. M. im zweiten Artikel aber in Ansehung der Fabrikate Preussischer Unterthanen Folgendes bestimmt:

Diejenigen Manufactur- und Fabrikwaaren, welche Erzeugnisse des Preussischen Staats sind, und deren Ursprung als Preussisches Fabrikat durch Verbleiung, Siegelung oder Stempelung eines Königl. Preuss. Zoll-Amtes und durch die geeigneten schriftlichen Bescheinigungen bei dem Eingange an Unsere Zollstätten hinreichend legitimirt wird, sollen dieser Erhöhung nicht unterliegen, sondern auch ferner nach den Sätzen des Tarifs Litt. A. Unserer Verordnung vom 9. Juli 1827 versteuert werden.

Indem das Handel treibende Publicum hiervon mit dem Zufügen, daß vom 1. Juli c. an diesseitige Manufactur-Waaren ganz frei in das Großherzogthum Hessen werden eingehen können, unterrichtet wird, wird dasselbe zugleich davon in Kenntniß gesetzt, daß es die Absicht der Großherzoglich Hessischen Regierung ist, die Preussischen Fabrikate auch von den fremden Messen gegen die bisherigen Abgaben zuzulassen. Diejenigen, welche von dieser Begünstigung Gebrauch zu machen gedenken, haben bei directen Versendungen nach dem Großherzogthume Hessen die Waaren dem Steuer-Amte ihres Bezirks zur gehörigen

Bezeichnung mit dem Amtssiegel vorzulegen, und zugleich eine genaue Specification der Waaren in doppelter Ausfertigung beizufügen, unter welcher die bezeichnende Steuerbehörde zu beschelnigen h. t:

daß die Bezeichnung zu dem Zwecke geschehen sey, um die Waaren als Preuß. Fabrikat beim Eingange in's Großherzogthum Hessen auszuweisen; ferner, auf welche Weise die Bezeichnung geschehen ist, und dann, daß die Waaren nach dessen bester Ueberzeugung wirklich als Preuß. Fabrikat erkannt worden.

Sind solche Bescheinigungen von Neben- oder Unter-Ämtern ausgestellt, so find sie dem betreffenden Hauptamte zur Anerkennung vorzulegen. Von diesen so ausgefertigten Specificationen erhält der Versender Ein Exemplar zum Gebrauch bei den Großherzoglich Hessischen Zoll-Ämtern zurück.

Für diejenigen Fabrikanten, welche im Besitze von Meßerlaubnißscheinen sind, vermöge welcher sie ihre eigenen Fabrikate aus dem Auslande ganz abgabensfrei in das Preussische zurückbringen können und deren Waaren zu dem Behufe mit eigenen Zeichen versehen werden, genügt diese letztere Bezeichnung in so fern, als unter der begleitenden Specification von dem betreffenden Hauptamte dies mit Bezugnahme auf den Meßerlaubnißschein bemerkt, und zugleich ein Siegelabdruck sicher beigesügt, oder sonst von dem gebräuchlichen Zeichen ein Exemplar angesiegelt wird.

Da bei dem Verkaufe auf den fremden Messen die Hauptspecification nicht allen Versendungen folgen kann, so ist es den Versendern überlassen, nach Maassgabe des wahrscheinlichen Bedürfnisses, sich mehrere Exemplare derselben ausfertigen zu lassen, welchen Falls dies aber ausdrücklich von der ausfertigen- den Behörde bemerkt seyn, und der Verkäufer dem Käufer eine solche Ausfertigung mit der unter eigener Unterschrift und Beidruckung des Handelsiegels hinzugefügten Bemerkung, auf welche Waarenstücke und Mengen solche, dem Verkaufe nach, nur gültig ist, zum Gebrauch bei den Großherzoglich Hessischen Zoll-Ämtern zustellen muß.

Nach einer Verabredung mit den Großherzoglich Hessischen Behörden werden die Ausfertigungen, auf welche Waaren in das Großherzogthum gegen die bisherigen Abgaben eingelassen worden, in die Hände der Preussischen Verwaltungsbehörde zur weiter geeigneten Controle zurückgelangen.

Magdeburg, den 12. April 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director Sack.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

16. Stück.

---

Merseburg, den 26. April 1828.

---

## Allgemeine Gesefsammlung.

Das 5te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 1131. Verordnung, wegen Einführung eines gleichen Wagen- und Schlitten-Geleises und gleicher Schlitten-Kappen im Königreich Preußen. Vom 21. Julius 1827.
- Nr. 1132. Ministerial-Erklärung vom 7. Februar 1828, über die mit der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung getroffene Vereinbarung, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Bücher-Nachdruck betreffend.
- Nr. 1133. Verordnung, wegen der nach dem Edicte vom 1. Julius 1823 vorbehaltenen Bestimmungen für das Königreich Preußen. Vom 17. März 1828.
- Nr. 1134. Kreis-Ordnung für das Königreich Preußen. Vom 17. März 1828.
- Nr. 1135. Gesef, wegen der in den zum vormaligen Großherzogthume Berg gehörig gewesenen Landestheilen, vor Einführung der französischen Gesefe, bestandenem Fidei-Kommiss. Vom 23. März 1828.
- Nr. 1136. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 29. März 1828, die Steuer vom inländischen Taback betreffend.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Da sich hin und wieder Fälle ereignet haben, daß Grundbesitzer, welchen das Erforderniß des zehnjährigen Besißes gemangelt hat, zu Landtags-Deputirten gewählt worden sind, ohne daß für den Fall, daß des Königs Majestät die nachgesuchte Dispensation von jenem Requisite nicht zuzugestehen geruhen sollten, eventuell ein anderer Deputirter erwählt worden wäre, so soll zufolge Allerhöchster Bestimmung, wenn die Wahl eines Landtags-Deputirten in der Hoffnung der Dispensation von dem Erfordernisse des zehnjährigen Grundbesißes erfolgt seyn sollte, zur Vermeidung aller Inconvenienzen und Verzögerungen, sofort die Wahl eines ganz qualifizirten Landtags-Abgeordneten veranlaßt werden, welcher bei versagter Dispensation für den erst gewählten subsidiarisch eintreten kann. In einem solchen Falle muß denn aber auch für den subsidiarisch gewählten Abgeordneten ein Stellvertreter gewählt werden, welcher, wenn die Dispensation gewährt wird, ganz zurücktritt, indem alsdann der subsidiarisch gewählte Abgeordnete als Stellvertreter zu betrachten ist.

Diese Allerhöchste Anordnung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 3. April. 1828.

Der. Geheime Staats-Minister. von Klewig.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Bei der am hentigen Tage hier zu Merseburg statt gehaltenen 13ten Verloosung der, auf die Krone Preußen übergegangenen Königlich Sächsischen Kammer-Credit-Kassen-Scheine, sind folgende Nummern gezogen worden, als:

|                              |  |  |
|------------------------------|--|--|
| von Litt. B. à 500 Thlr.     | Nr. 8. 542. 565. und 599.  |  |
| • • D. à 50 •                | • 44. 94. 145. 165. und 459.   |  |
| • • A. <sup>a</sup> à 1000 • | • 620. 1592. 1783. 1932. 2184. 2138. 2207. 2414. 2790. 2809. 2924. und 3169. |  |

Die Einlösung dieser Scheine wird Michaelis d. J. bei der hiesigen Haupt-Instituten- und Communal-Kasse erfolgen.

Außerdem sollen im gedachten Michael-Termine von den unginzbaren Kammer-Credit-Kassen-Scheinen Litt. B. à 25 Thlr. die Scheine von Nr. 7569. bis mit 7841. bei der genannten Kasse zur Zahlung kommen.

Die Inhaber der obigen verloosten und resp. zur Zahlung ausgesetzten Scheine haben sich daher mit Eintritt des gedachten Zahlungs-Termins bei der

hiesigen Königl. Haupt-Instituten-Kasse zu melden und die Capitalien, gegen Rückgabe der betreffenden Scheine, nebst dazu gehörigen Talons und Coupons, in Empfang zu nehmen.

Merseburg, am 17. April 1828.

Im Auftrage der Königlichen Haupt-Verwaltung der  
Staats-Schulden.

Der Regierungs-Präsident Hr. v. Brenn.

### **B e k a n n t m a c h u n g .**

Bei der am heutigen Tage, unter Concurrenz der zur diesseitigen Steuer-Credit-Kasse verordneten ständischen Herren Deputirten, hier in Merseburg statt gehaltenen 15ten Verloosung der vormals Sächsischen, auf die Krone Preussen übergegangenen Steuer-Credit-Kassen-Scheine, sind folgende Nummern gezogen worden, als:

1. von Litt. A. à 1000 Thlr.

Nr. 276. 671. 1071. 2021. 2116. 2544. 5812. 3833. 3863. 4459. 4958.  
5804. 5836. 7376. 8728. 8899. 9267. 10,405. und 11,078.

2. von Litt. B. à 500 Thlr.

Nr. 1650. 2337. 3200. 3231. 3261. 4574. 5029. 5220. 5453. und 7787.

5. von Litt. D. à 100 Thlr.

Nr. 947. 1073. 3178. 4890. und 5632.

Die Einlösung dieser Scheine wird zu Michaelis d. J. bei der hiesigen Königlichen Haupt-Instituten- und Communal-Kasse, gegen Rückgabe der Scheine und der dazu gehörigen Talons und Coupons, erfolgen.

Merseburg, den 22. April 1828.

Im Auftrage der Königlich Preussischen Haupt-Verwaltung  
der Staats-Schulden.

Der Regierungs-Präsident Hr. v. Brenn.

### **Verordnungen der Königl. Regierung.**

Höherer ausdrücklicher Bestimmung zu Folge, wird nachstehende Allerhöchste Cabinetsordre vom 29. März 1828, die Steuer vom inländischen Taback betreffend:

Nr. 51.

Die Steuer  
vom inländischen  
Taback  
betr.

„Nach dem Antrage des Staatsministeriums vom 17. d. M. setze Ich zur Erleichterung des inländischen Tabacksbaues, mit Aufhebung aller im Steuerge-  
setz und in der Steuerordnung vom 8. Februar 1819, so wie in Meiner Ordre  
vom 9. Januar 1822, über die Besteuerung des Tabacks und die Erhebungs-  
controllen enthaltenen Bestimmungen, hierdurch Folgendes fest:

- 1) Die Steuer vom inländischen Taback soll künftig nach der Größe der all-  
jährlich mit Taback beplantzten Grundfläche, in vier Abstufungen, ent-  
richtet werden.
- 2) Sie soll von je sechs Quadratruthen Preussisch (einem Dreißigstheil Mor-  
gen) mit Taback beplantzten Bodens,

|  |  |
|--|--|
| in der ersten Klasse 6 Eilbergroschen, |  |
| „ „ zweiten „ 5 „                      |  |
| „ „ dritten „ 4 „                      |  |
| „ „ vierten „ 3 „                      |  |

jährlich betragen.

- 3) Nach welchem dieser Sätze die Steuer in jedem Kreise gleichförmig zu  
entrichten ist, soll auf erstattetes Gutachten des Ober-Präsidenten der  
Provinz, nach dessen näherer Verathung mit den Regierungen und dem  
Provinzialsteuer-Director, durch den Finanzminister, im Einverständniß  
mit dem Minister des Innern, zeitweise festgesetzt werden.
- 4) Wo die Quadratruthenzahl der Gesamtfläche, von welcher die Steuer er-  
hoben wird, durch sechs nicht theilbar ist, bleibt das unter 6 Ruthen  
betragende Maas bei der Steuer unberücksichtigt.
- 5) Der Inhaber einer mit Taback beplantzten Grundfläche von 6 und mehr  
Quadratruthen ist verbunden, vor Ablauf des Monats Juli, der Steuer-  
behörde die beplantzten Grundstücke einzeln nach ihrer Lage und Größe  
in Morgen und Quadratruthen Preussisch, genau und wahrhaft, schrift-  
lich oder auch mündlich anzugeben, und erhält darüber von derselben eine  
Bescheinigung.
- 6) Die Steuerbehörde prüft diese Angaben auf dem einfachsten und zuver-  
lässigsten Wege, ohne daß dadurch jedoch dem Tabackpflanzer besondere  
Bermessungskosten verursacht werden dürfen. Die Gemeindebeamten sind  
verpflichtet, sie bei dieser Prüfung zu unterstützen.
- 7) Wer eine mit Taback beplantzte Bodenfläche unrichtig angiebt, oder ganz  
verschweigt, macht sich einer Steuerdefraudation schuldig, und wird nach  
den Bestimmungen der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 §§. 60.  
u. f. bestraft, sobald das verschwiegene Flächenmaas über den zwanzig-  
sten Theil des ganzen mit Taback beplantzten Bodens, und 6 Quadrat-  
ruthen oder mehr beträgt. Ist der Unterschied zwischen der Angabe, und



dem Befunde geringer, so wird die gesetzliche Steuer ohne weitere Strafe nachgehoben.

- 8) Der Eigenthümer, Pächter oder andere Inhaber eines mit Taback bepflanzen Grundstücks, haftet für den vollen Betrag der Steuer, auch wenn er den Taback gegen einen bestimmten Antheil, oder unter sonstigen Bedingungen, durch einen andern hat anpflanzen und behandeln lassen.
- 9) Nach geschehener Prüfung der Angaben, wird dem Tabackspflanzer die zu entrichtende Steuer berechnet und bekannt gemacht. Die Zahlung muß erfolgen, sobald der Steuerschuldner die Hälfte seines Erntegewinns in andere Hände bringt, oder, wenn eine Veräußerung des Tabacks nicht früher statt gefunden hat, zu Ende Julius des nach der Ernte folgenden Jahres.
- 10) Eine Bonification auf die Steuer für den ins Ausland verkauften Taback findet nicht statt. Treten dagegen gänzlicher Mißwachs oder andere Urfälle ein, die außerhalb des gewöhnlichen Witterungswechsels liegen und die Ernte ganz oder zum größten Theil verderben, so soll die Steuer nach dem Umfange des Schadens erlassen werden können. Ueber die Bedingungen und das Verfahren bei dieser Remission bleibe Ihnen, dem Finanzminister, überlassen, das Nähere anzuordnen und bekannt zu machen.
- 11) Die Steuer für die Tabacksernte des Jahres 1827 wird nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen erhoben. Fixationsverträge, soweit sie sich über folgende Ernten erstrecken, bleiben nur insofern bestehen, als die Steuerpflichtigen deren Aufhebung, welche Ihnen freigestellt wird, bis zum Monat Juni 1828 nicht nachsuchen.

Das Staatsministerium hat diese Ordre durch die Gesessammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 29. März 1828.

Friedrich Wilhelm.

In das Staatsministerium."

Hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Mexseburg, den 29. April 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 52.

Die  
Anmerkung  
ungefährlicher  
Maaße und  
Gewichte auf  
den geeichten  
betr.

Es sind Fälle vorgekommen, daß Gewerbetreibende die geeichten längeren Maaße oder Flüssigkeits-Gemäße und Gewichte noch außerdem mit einem Zeichen versehen, wodurch das frühere Provinzial-Maaß und Gewicht darauf bemerkt wird. Des möglichen Mißbrauches und der Uebertretung der Vorschriften der Maaß- und Gewichts-Ordnung vom 16. Mai 1816 wegen, darf dies nicht länger geduldet werden. Wir sind höhern Orts ermächtigt worden, die Anmerkung der früheren Provinzial-Maaße und Gewichte auf den geeichten, bei Fünf Thaler Strafe für jeden einzelnen Contraventionsfall und mit Androhung des Criminal-Versfahrens bei entsprechendem Verdacht des Verkaufs der Waare nach jenem Maaße statt nach dem gesetzlich eingeführten Preussischen, nach Vorschrift des Allgemeinen Landrechts, Theil II. Tit. XX. §. 1441 — 1444, zu untersagen. Indem wir dies hiermit thun, weisen wir die Ortspolizeibehörden an, bei der von ihnen vorschriftsmäßig vorzunehmenden Untersuchung der Maaße und Gewichte, ihre Aufmerksamkeit auf die vorstehend erwähnte Anmerkung der früheren Provinzial-Maaße und Gewichte auf den geeichten mit zu richten. Wir werden sie selbst zur Verantwortung und Bestrafung ziehen, wosfern sie in dieser Beziehung ihre Pflichten vernachlässigen sollten.

Merseburg, den 6. April 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 53.

Die Beschaf-  
fung eines  
technischen  
Apparats für  
ausgehende  
Hebammen  
betr.

Die Hebammenschülerinnen, welche als Districts-Hebammen angestellt werden sollen, erhalten in den Königl. Hebammen-Unterrichts-Instituten freien Unterricht, und außer freier Wohnung, Brenn- und Erleuchtungs-Material, wöchentlich die nöthigen Verpflegungsgelder. Sie hatten bis dahin nur die Kosten für die Hin- und Rückreise nach und von dem Institute, und den technischen, bei Ausübung ihres Berufs erforderlichen 7 Thlr. 12 Gr. betragenden Apparat zu zahlen. Der Hülfsapparat soll denselben künftig aus dem Hebammen-Unterstützungsfonds geschafft werden. Nach ihrem Abgange wird er ihren Nachfolgerinnen übergeben, und zu dem Ende bis zur Anstellung der letztern von den Gemeine-Vorstehern in Verwahrung genommen. Wollen die Gemeinen der Districte den gewählten Hebammenschülerinnen den Aufenthalt in den Hebammen-Instituten erleichtern, so würden sie sich allein auf die Bewilligung eines Reisegeldes zu beschränken haben.

Merseburg, den 12. April 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Bedeckung der Stuten durch Landbeschäler hat immer noch nicht den gewünschten Erfolg; indem namentlich die Zahl der bedeckten Stuten zur Zahl der geworfenen Fohlen sich ungünstig verhält. Die mutmaßliche Ursache ist theils in der noch unrichtigen Abwartung und Einholung der Nachsprünge, theils aber auch darin zu suchen, daß besonders in den Gegenden, wo man nur so viel Pferde hält, als zum wirtschaftlichen Betriebe unumgänglich notwendig sind, die wirklich aufgenommenen Stuten nicht gehörig geschont, vielmehr in schwerem Boden stark angegriffen werden, wodurch viele aufgenommene Stuten verfohlen, und oft so zeitig, daß selbst der Besitzer keine Kenntniß davon erhält. Damit nun dem Lande von der Pferdezuucht der demselben so sehr zu wünschende möglichste Vortheil erwachse, beauftragen wir die Kreisbehörden, ihre Eingeseffenen mit der erforderlichen Belehrung zu versehen und sie besonders auf die oben genannten Fehler aufmerksam zu machen, die sich ohnehin leicht vermeiden lassen.

Nr. 54.  
Die  
inländische  
Pferdezuucht  
betr.

Merseburg, den 18. April 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

In dem Edicte wegen der den Königl. Berg-Ämtern wiederum beizulegenden Gerichtsbarkeit vom 21. Februar 1816 ist unter andern §. 4. verordnet, Da die Civilgerichte, so wie alle und jede Gerichtsobrigkeiten verbunden seyn sollen, in allen Fällen, wo sie einen Bergbedienten oder Bergmann zur persönlichen Erscheinung vorzuladen, oder wider ihn Execution zu verhängen nöthig finden, der vorgesehnen Bergbehörde zeitig Nachricht davon zu geben, damit durch Unterbrechung seiner Arbeit der Bergbau nicht Schaden leide, sondern zur Fortsetzung desselben durch einen andern die nöthige Vorsehrung getroffen werden könne.

Nr. 55.  
Die den Königl. Bergämtern wiederum beizulegende Gerichtsbarkeit betr.

Da der Grund dieser Bestimmung auch bei Hütten- und Salinen-Beamten und Arbeitern statt findet und hierbei die allgemeine Vorschrift des §. 52. des Anhangs zur Allgemeinen Gerichts-Ordnung zur Anwendung kommt, so werden sämtliche Untergerichte unseres Departements hierdurch angewiesen, die gedachten Vorschriften auch bei Hütten- und Salinen-Beamten und Arbeitern anzuwenden.

Raumburg, den 28. März 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

Nr. 56.  
Die Werth-  
stempel zu  
Untersu-  
chungssachen  
betr.

Diejenigen Inquisitoriate und sonst von uns mit Untersuchungen beauftragten Gerichte, welche wahrscheinlich aus Mißverständniß unserer Verordnung vom 29. November pr. Merseburger Amtsblatt, Stück 47, sämmtliche in Untersuchungssachen bisher erfordernden Werthstempel zum vollen Betrage in Gelde eingekendet haben, werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß die gedachte Verordnung nur die vom 1. Januar a. c. an erfordernden Werthstempel betrifft, wogegen es wegen der bis zum 1. Januar c. geforderten bei der frühern Einrichtung lediglich verbleibt, so daß diese letztern in natura zum Betrage von  $\frac{1}{4}$  zu den Acten einzureichen sind. Vom 1. Januar c. werden erst dergleichen Werthstempel mit den Kosten zusammen zu ihrem Gelbbetrage eingezogen. Geschließt dieses durch die inquirende Behörde, so hat dieselbe sich sogleich die Quarte als Fantieme abzurechnen, und die darüber sprechende Quittung zur Erfüllung des Betrags der Kasse mit den Kosten zu übersenden.

Raumburg, den 10. April 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Daß die Hypothekentabellen über sämmtliche geschlossene Güter und Wandelgrundstücke des Dorfs Prösen, bei Elsterwerda, mit alleiniger Ausnahme der kirchlichen, Pfarr-, Schul- und Gemeindegundstücke und des Wohnhauses Nr. 53, das Traugott Wend besitzt, ingleichen, daß die Hypothekentabellen über die Wandeläcker der, an der Straße von Mühlberg nach Kröbels gelegenen, sogenannten Steinfchen ober Nickelpflugsbrette, alle drei Rubriken enthaltend, fertig geworden sind, und in dem Zeitraume vom 6. Mai dieses Jahres bis zum 7. Juli desselben Jahres in der Expedition des unterzeichneten Justitiars zu Mühlberg zur Einsicht und Erinnerung bereit liegen, solches wird mit dem Bemerken hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nach Ablauf dieser Frist Erinnerungen dagegen nicht mehr beachtet werden können.

Haus Merzdorf, den 15. April 1828.

Das von Weissenbachsche Patrimonial-Gericht über Prösen  
und Wainsdorf daselbst.

E h r e d, OB.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

17. Stück.

Merseburg, den 5. Mai 1828.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

In unserer Bekanntmachung über die Heuschrecken (Amtsblatt 1827, S. 218, Nr. 57, Nr. 110) haben wir rücksichtlich der ganz eigenthümlichen Naturgeschichte dieser schädlichen Thiere auf den ausführlichen Artikel „Heuschrecken“ in Krünigens öconomischer Encyclopädie aufmerksam gemacht. Nicht weniger verdient eine Abhandlung des Herrn Professor Körte über die Vertilgung der Heuschrecken empfohlen zu werden. Sie ist in den Müllinischen Annalen der Landwirtschaft, Band XX, Stück 2, erschienen. Besonders abgedruckte Exemplare sind bei dem Verleger, dem Herrn Buchhändler Rüder in Berlin, für 10 Sgr. zu haben.

Die Heuschrecken.

Merseburg, den 6. April 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Da Zweifel entstanden sind, ob die Vorschrift im §. 8. seq. des Gesetzes vom 1. Juni 1820, wegen des Umzugs der Schäfer und Schäferknechte, auch für die Gemeindef Schäfer gelte, so hat das Königl. Ministerium des Innern auf unsere desfallsige Anfrage mittelst Rescripts vom 6. April d. J. uns zu erkennen gegeben, daß obgedachte Vorschrift auch auf die Gemeindef Schäfer anzuwenden sey. Wir bringen solches, mit Bezug auf das Gesetz vom 13. Mai 1822 (Gesetz. pro 1822, pag. 147), zur allgemeinen Kenntniß.

Nr. 58. Den Umzug der Schäfer vom.

Merseburg, den 22. April 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 59.

Die Auswan-  
derung nach  
dem Königl.  
reich der Nie-  
derlande betr.

Die Königl. Niederländische Regierung hat eine Verordnung dahin erlas-  
sen, daß nur solchen Auswanderern, welche mit einem, von dem in dem Lande,  
welches sie verlassen, oder in dem nächst benachbarten, accreditirten Niederländi-  
schen Gesandten, Geschäftsträger oder Consul ausgestellten Erlaubnißscheine ver-  
sehen sind, der Eingang in das Königreich der Niederlande gestattet seyn soll.

Auf Anordnung des Königl. Ministerii des Innern soll daher allen Aus-  
wanderern aus den übrigen deutschen Staaten, wenn sie nicht mit der vorbe-  
merkten Bescheinigung versehen sind, der Eingang in das Königl. Preussische  
Gebiet auf das Bestimmteste verweigert werden.

Sämmtliche Gränz - Polizeibehörden unsers Regierungs - Bezirks werden  
demgemäß hierdurch gemessenst angewiesen:

sich nach obiger Anordnung des Königl. Ministerii des Innern genau zu  
achten, und Personen, welche aus andern deutschen Staaten in das  
Preussische eintreten, um in das Königreich der Niederlande auszuwan-  
dern, wenn sie nicht mit der betreffenden legitimisation versehen sind, an  
der Gränze zurück zu weisen, und ihnen den Durchgang durch die Kö-  
niglich Preussischen Lande nicht zu gestatten.

Merseburg, den 23. April 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 60.

Das Verfahr-  
en bei dem  
Ausbruche  
der wirklichen  
und modifi-  
cirten Men-  
schenblattern  
betr.

Die Verfügung vom 2. August 1816 (Nr. 187. des Amtsbl. g. J.),  
welche die Sperre des Hauses, worin Menschenblattern ausbrechen und das Aus-  
hängen einer schwarzen Tafel an der Thür desselben, mit der Aufschrift: „Hier  
ist ein Pockenanker!“ anordnet, ist in der vom 8. Juni v. J. (Nr. 72. des  
Amtsbl. v. g. J.) auch auf den Ausbruch der modificirten Menschenblattern  
ausgedehnt. Nicht immer haben beide den Erfolg gehabt, den wir zu erreichen  
beabsichtigten, entweder weil man die Anzeige von Individuen, welche von wirk-  
lichen oder modificirten Menschenblattern befallen wurden, unterließ, oder weil  
man, und, dies vorzüglich, die Impfung der pockenfähigen Kinder mit Schuß-  
blattern in der Nachbarschaft des infecten Hauses nicht sofort mit allem Ernste  
betrieb. Die Menschenblattern ergriffen eben deshalb auch nicht selten mehrere  
Personen in einem Orte, und vorzüglich Erwachsene, welche die Schußblattern  
sich impfen zu lassen vernachlässigt hatten. Damit nun künftig zur Veranlas-  
sung der erforderlichen Maaßregeln zeitig der Polizei die Nachricht von jedem  
Pockenanker in einem Orte zukomme, so verpflichten wir Eltern und Vormün-  
der, so wie überhaupt Alle, denen die Pflege und Wartung eines an den natür-  
lichen Pocken Erkrankten daselbst obliegt, bei einer Strafe von zwei Thalern  
oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe, von dem Ausbruche der Krankheit bei

der Polizei sogleich Anzeige zu erstatten. Die Polizei-Behörde des Orts hat hierauf ohne Zeitverlust das Aushängen der Warnungstafel zu verfügen, und dem Königl. Landrath des Kreises Bericht zu erstatten, welcher sodann in Orten, wo sich Aerzte, oder sonst zur Schutzblatterimpfung autorisirte Medicinalpersonen befinden, elnem oder nach Umständen mehrern die schleunige Schutzimpfung der, in den der Wohnung des Angestekten nahen Straßen noch befindlichen unvaccinirten Individuen, sofern sich in einzelnen Fällen kein wesentliches Hinderniß entgegenstellt, zu übertragen, und zu dem Ende zu sorgen hat, daß den Impfsärzten ein Auszug der Jahreslisten der noch Unvaccinirten in dem nähern Umkreise des Angestekten eingehändigt werde. Sollten die Impfsärzte nicht in der Nähe Schutzblatternstoff sich verschaffen können, so haben sie sich an den Kreis-Physicus D. Herzberg zu Halle zu wenden, der sich bemühen wird, sie jederzeit damit zu versehen.

Merseburg, den 26. April 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

In Gemäßheit der Bekanntmachung vom 4. Februar d. J. (Amtsbl. 1828, Nr. 81, St. 6, Nr. 17) sind die verordneten Wahlsfähigkeitsprüfungen bei dem Schul-lehrer-Seminare in Weissenfels abgehalten worden.

Die Wahlsfähigkeitsprüfungen beim Seminare in Weissenfels etc.

### I.

Aus dem Seminare selbst wurden 17 Zöglinge entlassen, und erhielten das Wahlsfähigkeitszeugniß

a) Nr. II. oder die Hauptcensur gut, (sehr gut, gut, ziemlich gut) folgende zwölf:

- 1) Gottlob Friedrich Friedemann, aus Weissenfels;
- 2) Heinrich Harnisch, aus Deumen bei Weissenfels;
- 3) Benjamin Albert Heinemann, aus Naumburg;
- 4) Gottlob Friedrich Wilhelm Heyne, aus Klepzig, Kreis Delitzsch;
- 5) Friedrich August Knoblauch, aus Weissenfels;
- 6) Karl Friedrich Lindner, aus Kleinmölkau, Kreis Delitzsch;
- 7) August Wilhelm Mansfeld, aus Verga, Kreis Sangerhausen;
- 8) Karl Ferdinand Pabst, aus Wildenhain, Kreis Torgau;
- 9) Karl Eduard Praß, aus Laucha, Kreis Quedfurt;
- 10) Johann Gottlieb Rauwald, aus Edlme, Mansfelder Seekreis;

- 11) Heinrich Julius Adolph Schader, aus Weiskensels;
  - 12) Leopold Friedrich Fürstegott Schambach, aus Voigtstädt, Kreis Sangerhausen;
- b) Nr. III. oder die Hauptcensur genügend, folgende fünf:
- 1) Konrad Gustav Burkhart, aus Dresden (jetzt in Müheln, Kreis Querfurt);
  - 2) Karl Friedrich Busch, aus Großhelmsdorf, Kreis Weiskensels;
  - 3) Gottlieb Hedler, aus Eisdorf, Mansfelder Seekreis;
  - 4) Karl Gottfried Jakob, aus Büsch, Kreis Delitzsch;
  - 5) Friedrich Karl Anton Dietrich Niebuhr, aus Salzwedel.

## II.

Zu der Prüfung der nicht in dem Seminare zu Weiskensels vorbereiteten hatten sich überhaupt 42 Aspiranten eingefunden, unter diesen auch Mehrere, welche schon früher einmal geprüft worden waren. Es erhielten

- a) die Hauptcensur Nr. II. folgende fünf:
  - 1) Franz Gustav Vogenhardt, aus Bucha, Kreis Eckartsberga;
  - 2) Clemens Rudolph Janek, aus Dresden (jetzt in Vornstädt, Kreis Sangerhausen);
  - 3) August Wilhelm Kaplick, aus Berlin;
  - 4) Karl Friedrich August Peege, aus Wildschütz, Kreis Torgau;
  - 5) Samuel Wilhelm Sommerlatte, aus Möllendorf, Mansfelder Gebirgskreis;
- b) die Hauptcensur Nr. III. folgende achtzehn:
  - 1) Christoph Heinrich Beckmann, aus Wissendorf bei Osnabrück, jetzt in Halle;
  - 2) Karl Gottlieb Dietrich, aus Rothstein, Kreis Liebenwerda;
  - 3) Michael Karl Fuster, aus Albstadt, Kreis Eckartsberga;
  - 4) Christoph Gottlieb Gram, aus Liebenwerda, Saalkreis;
  - 5) Johann Friedrich August Große, aus Liebenwerda;
  - 6) Christian Gottlob Karl Günther, aus Halle;
  - 7) Friedrich Ferdinand Klotz, aus Mutschau, Kreis Weiskensels, Seminarist in Zeitz;
  - 8) Karl Ferdinand Alb. Ludwig Köhler, aus Emseloh, Kreis Sangerhausen;
  - 9) Johann David Kötzsch, aus Rosenfeld im Saalkreise;
  - 10) Johann Andreas Krahm, aus Triestewitz, Kreis Torgau;



- 14) Heinrich Wilhelm Künstler, aus Halle;
- 15) Johann Friedrich Mohr, aus Eisleben;
- 16) Karl Gottlieb Müller, aus Zeitz;
- 17) Johann Gottfried Plöb, aus Schwoitsch im Saalkreise;
- 18) Johann Gottfried Ieberecht Richter, aus Saathain, Kr. Liebenwerda;
- 19) Johann Christoph Schramm, aus Hedersleben im Mansfelder Saalkreise;
- 20) Johann Heinrich Wamster, aus Halle;
- 21) Friedrich Karl Wendelin, aus Sangerhausen.

Unter den übrigen 19 haben 7 ganz zurückgewiesen werden müssen; 3 sind auf die früher erhaltenen Bescheide oder Censuren verwiesen worden; 9 aber haben zwar kein Wahlsfähigkeitszeugniß, doch aber wegen ihrer theilweise befriedigenden Anlagen und Kenntnisse, und mit Vorbehalt, sich zu einer der nächsten Wahlsfähigkeitsprüfungen wieder zu stellen, unter Ausfertigung specieller Censuren die Erlaubniß erhalten, sich vorkommenden Falls zu einer unconfirmirten Schulstelle zu melden, und dieselbe, in Ermangelung andrer, bereits für wahlfähig erklärten Schulamts-Candidaten, provisorisch zu verwalten.

Merseburg, den 12. April. 1828.

### Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

#### B e k a n n t m a c h u n g

der in diesem Jahre in dem Regierungs-Bezirke von Merseburg angesetzten Remonte-Ankaufs-Märkte, welche wiederum in der bekannten Art, durch eine hiezu bestimmte Militär-Commission, abgehalten werden sollen. Sie sind folgende:

den. 18. August 1828 zu Quersurth,

- |             |          |
|-------------|----------|
| • 21. • • • | Coßdorf, |
| • 23. • • • | Preßsch, |
| • 25. • • • | Zeßen.   |

Die erkauften Pferde werden wie gewöhnlich gleich abgenommen und baar bezahlt. Die übrigen Bedingungen bei diesem Kaufe, und von welchen Eigen-

schaften die Pferde verlangt werden, sind unverändert und hinlänglich bekannt, daher ich sie nicht wiederhole.

Berlin, den 15. April 1828.

Der General-Major und Remonte-Inspector,  
(gez.) B e i e r.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 19. April 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

---

## Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nr. 62.  
Die Stempelpflichtigkeit der Auctionsprotocoll sollte bett.

Es sind über die Stempelpflichtigkeit der Taxations- und diesfälligen vorbereitenden Verhandlungen bei „Auctionen“ Zweifel erregt worden. Nach einer in Uebereinstimmung mit dem Königl. Finanz-Ministerium erlassenen Verfügung des Königl. Justiz-Ministerii vom 31. März c. ist deshalb bestimmt worden, daß, da in dem Tarif zum Stempelgesetz vom 7. März 1822 nur wegen der Taxen von Grundstücken Hinsichts der Stempelpflichtigkeit besondere Vorschriften gegeben sind, Taxen von andern Gegenständen keinem Stempel unterliegen.

Wegen der Stempelpflichtigkeit der Auctionsprotocolle selbst wird auf die diesfällige Stelle des Tarifs mit dem Bemerken hingewiesen, daß nach dem Tarif sub voce „Prozesse“ es keinen Unterschied macht, wenn auch dergleichen Auctionen im Laufe des Processes vorkommen.

Es wird dieses sämtlichen Untergerichten unseres Departements zur Nachachtung bekannt gemacht.

Naumburg, den 17. April 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

---

## Ö f f e n t l i c h e s A u f g e b o t

zweier verloren gegangener Steuer-Credit-Kassen-Scheine.

Nachdem die Erben des Predigers Freudel zu Osmünde, die majorenne Henriette Wilhelmine Freudel und die minorenne Albertine Jullane Freudel, bevor-

mundet durch den Kaufmann Holzhausen zu Halle, desgleichen auch der Justizrath Besser zu Zeitz, als Vormund der hinterbliebenen minderjährigen Kinder des Obristleutnants von Egidy, Namens Auguste Caroline Johanne, Christoph Moritz und Christoph Ferdinand, auf das gerichtliche Aufgebot und die Amortisation folgender abhanden gekommener, ehemals Sächsischer, jetzt Preussischer verloosbarer Steuer-Credit-Kassen-Scheine:

- 1) Litt. B. Nr. 5870 über 500 Thlr. Conv. Geld, nebst Talon und Coupons, den Freubelschen Erben gehörig;
- 2) Litt. B. Nr. 483 über 500 Thlr. Conv. Geld, welcher den von Egidyschen Minorennen gehört,

angetragen haben, so werden alle diejenigen, welche an die gedachten Steuer-Credit-Kassen-Scheine als Eigenthümer, Cessionarlen, Pfand-Inhaber oder aus einem rechtlichen Grunde Ansprüche zu haben vermeinen, so wie deren Erben hierdurch aufgefordert, sich spätestens in dem achten Zinszahlungsstermine zu melden und in dem auf den

10. October 1828, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Deputirten, Königl. Ober-Landes-Gerichts-Referendar von Reiche, an-gesetzten Termine im local des hiesigen Ober-Landes-Gerichts zu erscheinen, um ihre etwanigen Ansprüche zu bescheinigen, außerdem aber zu gewärtigen, daß die fraglichen Steuer-Credit-Kassen-Scheine werden für erloschen erklärt, sie mit ihren Ansprüchen daran werden präcludirt und ihnen ein ewiges Stillschweigen deshalb wird auferlegt werden.

Raumburg, den 11. Januar 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen:

## Personal-Chronik.

### Beförderungen.

Auf den Antrag des Herrn Lehn-Directors Hertel zu Schloßbeichlingen ist derselbe von der Function des Feuerpolizei-Commissarius im zweiten Feuer-Polizei-Districte des Eckartsbergauer Kreises entlassen, und dieser Posten dem Herrn Förster Hartung zu Schloßbeichlingen anderweit übertragen worden.

Merseburg, den 25. April 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

- 1) Der Landgerichts-Assessor, Karl Friedrich Weiskwang in Schleusingen, ist den 4. Februar c. zum Gerichtsamtman in Lützen, an des pensionirten Gerichtsamtmanns Rinkleben Stelle, ernannt;
  - 2) der Oberlandesgerichts-Assessor von Klüsing ist an die Landgerichts- und Inquisitorats-Deputation in Schleusingen zur Verwaltung der zweiten Assessor-Stelle daselbst unter dem 5. Februar c. abgeordnet;
  - 3) der hiesige Oberlandesgerichts-Referendarius, Emanuel Heinrich August Knorr, ist den 13. Februar c. zum Gerichtsamtman in Kindelbrück, an des verstorbenen Fiedler Stelle;
  - 4) der hiesige Oberlandesgerichts-Referendarius, Friedrich August Schulze, ist den 29. Februar d. J. zum Gerichtsamtman in Schlieben, an des pensionirten Freitag Stelle, ernannt;
  - 5) die hiesigen Oberlandesgerichts-Auscultatoren, Friedrich August Stuhlsträger und Franz Otto Käpprich, sind den 5. März c. zu Referendarien bei dem Oberlandesgerichte hieselbst befördert.
- Raumburg, den 1. April 1828.

Der bisherige Justiz-Commissar bei den Untergerichten im Departement des hiesigen Oberlandes-Gerichts, Franz Alexander Wielitz zu Raumburg, ist zum Notar in demselben Departement bestellt worden.

Raumburg, den 15. April 1828.

### T o d e s f ä l l e .

Der bisherige Pfarrer zu Elmritz, in der zweiten Ephorie Halle, Friedrich Gottlob Löffler, ist am 4. d. M. in seinem 72. Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 12. April 1828.

Der bisherige Pfarrer zu Weyern, Ephorie Herzberg, M. Johann Heinrich Adolph Wielinsky, ist am 29. März d. J. in seinem 71. Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 11. April 1828.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

18. Stück.

---

Merseburg, den 10. Mai 1828.

---

### Allgemeine Gesefsammlung.

Das 6te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 1137. Allerhöchste Cabinetsordre vom 1. März 1828, über die Abgaben-Erhebung von der Schifffahrt auf der Elbe und dem großen und kleinen Friedrichsgraben; nebst dem Tarif.
- Nr. 1138. Allerhöchste Cabinetsordre vom 20. März 1828, betreffend die Beschlagnahme solcher Pensionen, welche invalide Officiere aus der Artillerie-Pensions-Zuschuß-Kasse erhalten.
- Nr. 1139. Erklärung, das Abkommen mit der Herzoglich Nassauischen Regierung, wegen gegenseitiger Aufhebung der Kostenvergütung in Untersuchungs-Sachen gegen Unvermögende betreffend. Vom 27. März 1828.

---

### B e k a n n t m a c h u n g

wegen des verlorenen Steuer-Credit-Kassen-Scheins

Litt. D. Nr. 2982.

Der ehemals Königlich Sächsishe, jetzt Königlich Preussische verloosbare, im leipziger Neujahrs-Markte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. D. und Nr. 2982 bezeichnete, auf die Summe von Einhundert Thalern Conventionsgeld, so wie auf jeden Inhaber lautende, und der Kirche zu Nismitz im Quersurthor Kreise gehörige Steuer-Credit-Kassen-Schein, soll nebst dem dazu gehörigen Talon pro Michael 1805 und mit zwei Coupons auf die Zeit pro

Ostern und Michael 1807, im Jahre 1806 durch Plünderung feindlicher Truppen verloren gegangen seyn, und jetzt auf Antrag der Kirchen-Inspection, Be-  
hufs der Amortisation, öffentlich angeboten werden.

Nach Vorschrift der Geseze wird daher solches hierdurch bekannt gemacht, und werden diejenigen, welche sowohl auf vorbeschriebenen Steuerschein, als auf den mit verlorenen Talon, so wie auf erwähnte beide Coupons, aus irgend einem Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in dem Zeitraume von jetzt bis mit Ostern 1831 bei dem unterzeichneten Commissarius zu melden.

Merseburg, den 2. Mai 1828.

Im Auftrage der Königlich Preussischen Haupt-Verwaltung  
der Staats-Schulden.

Der Regierungs-Präsident Frhr. v. Brenn.

## Verordnung der Königl. Regierung.

Nr. 65.  
Die Bepflan-  
zung der  
Landstraßen  
etc.

Auf den Grund der, über die Bepflanzung der Landstraßen, unterm 26sten Juni 1819 erteilten Instruction, ist in mehrern landrätlichen Kreisen mit rühmlichem Eifer damit vorgeschritten, dagegen aber auch wahrgenommen worden, daß in einigen Kreisen diese gemeinnützige Maasregel weniger berücksichtigt wird. Die Herren Landräthe werden daher wiederholt veranlaßt, unter Mitwirkung der betreffenden Wegebaumeister sich dieser Bepflanzungen durch Communen oder Privat-Unternehmer, so weit es die örtlichen Verhältnisse nur irgend gestatten, möglichst angelegen seyn zu lassen und gegen Ende eines jeden Jahres anzugeben, wie viel laufende Ruten Landstraßen überhaupt bepflanzt sind, wie viel davon im laufenden Jahre bepflanzt worden, und wie viel von den noch zu bepflanzen übrig gebliebenen Strecken muthmaaslich im folgenden Jahre werden bepflanzt werden.

Dabei wird nachgelassen, auf ebenem Boden die Bäume bis zu 5 Ruten von einander entfernt zu setzen, insofern die vorschriftsmäßigere Bepflanzung zu viele Kosten verursachen und vielleicht die Besorgniß herbeiführen sollte, daß eine dichtere Pflanzung auf die Benutzung der Aecker nachtheilig einwirken möchte. Wo dagegen die Straßen abhängig laufen oder über erhabenes Terrain führen, muß, der öffentlichen Sicherheit wegen, unerläßlich eine engere Bepflanzung statt finden, und wird hierunter den Herren Landräthen überlassen, die Entfernung der Bäume, mit Rücksicht auf die vorhandene Gefahr, in jedem einzelnen Falle in Gemeinschaft mit dem betreffenden Wegebaumeister zu bestimmen.

Es ist indeß hieraus nicht die Folge zu ziehen, daß überall gleich Gräben gezogen werden müssen, Falls solches nicht die Austrocknung der Straßen und

Ableitung der Gewässer von denselben nothwendig macht. Hiernach sind nun, da wo die Straßen noch nicht regulirt sind, die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, damit im nächsten Herbst mit den Pflanzungen auf eine ausgezeichnete Art vorgeschritten werden kann.

Merseburg, den 1. Mai 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

---

### Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Da es nöthig geworden ist, die durch unsere Bekanntmachung vom 5ten Januar c. (diesjähriges Amtsbl. pag. 15) zur Prüfung der sich bei der hiesigen Departements-Prüfungs-Commission zur Begünstigung des einjährigen Militair-Dienstes gemeldeten Freiwilligen resp. auf den 3. Juni und 2. September d. J. angesetzten Termine, und zwar den erstern auf den Zweiten Juni, den letztern aber auf den Eilften August d. J. zu verlegen, so wird solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 2. Mai 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

---

### B e k a n n t m a c h u n g

wegen der Naumburger Petri-Paul-Messe.

Das Auspacken der zur diesjährigen Petri-Paul-Messe nach Naumburg kommenden Waaren beginnt am 16. Juni, und mit dem 20. Juni nehmen Groß- und Kleinhandel gleichzeitig ihren Anfang. Auf die vom Auslande eingehenden Waaren werden auch in dieser Messe  $33\frac{1}{3}$  pCt. Steuer-Rabatt bewilligt. Das über das Haupt-Zoll-Amt lügen eingehende Meßfuhrwerk wird in den Fällen, wo der Waarenführer keine specielle Revision der Ladung zu lügen verlangt, vom 12. bis incl. 26. Juni unter Begleitung nach Naumburg expedirt; es müssen aber die Güter am Tage vorher bis Abends sechs Uhr bei dem Haupt-Zoll-Amte zu lügen eintreffen, und in der Eingangs-Declaration nach Zahl, Gewicht und Inhalt der Collis vollständig angemeldet werden.

Magdeburg, den 26. April 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director Sack.

---

## B e k a n n t m a c h u n g.

Das unterzeichnete Landgericht bringt in Folge des §. 10. der Verordnung vom 16. Juni 1820 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Hypothekenbücher über die geschlossenen Grundstücke folgender Ortschaften:

1) im Gerichtsamts-Bezirk Liebenwerda:

Stadt Wahrenbrück, Dorf Zeische, Dorf Wildgrube, Dorf München, Dorf Maasdorf, Dorf Domsdorf, Dorf Drasdo, Dorf Beyersdorf, Dorf Beuteritz, Dorf Domsdorf;

2) im Gerichtsamts-Bezirk Mühlberg:

Dorf Lehnendorf, Dorf Cosdorf, Dorf Blumberg;

3) im Gerichtsamts-Bezirk Annaburg:

Dorf Döbrichau, Dorf Rosenfeld, mit Ausnahme der Gemeindegroßstücke sub Nr. 31. 32. 33. 35.,

vollendet sind, und daß hinsichtlich Ihrer der Erwerb neuer Hypotheken-Rechte in Gemäßheit des §. 14. des Hypotheken-Patents vom 16. Juni 1820 nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu bestimmen ist.

Hiermit verbinden wir die Anzeige, daß in Gemäßheit der Verordnung vom 10. Juli 1827, Amtsblatt pag. 181, die Hypothekenbücher vorgedachter Ortschaften an die betreffenden Königl. Gerichts-Kemter zur weiteren Bearbeitung der Hypothekengeschäfte für diese Orte abgegeben worden sind.

Zorgau, den 29. April 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

## P e r s o n a l - E h r o n i k.

### B e f ö r d e r u n g e n.

Der approbirte Wundarzt und Geburtshelfer, Adolph Friedrichs zu Zorgau, hat die durch den Tod des Kreischirurges Donat erledigte Stelle als Kreischirurg für den Zorgauer Kreis erhalten und ist als solcher den 31. März d. J. vereidigt.

Merseburg, den 5. Mai 1828.





alle solche unrichtig an sie abgelieferte Ueberschuß- oder Pachtgelder ohne weiteres an die Einsender auf deren Kosten zurückzuschicken.

Merseburg, den 6. Mai, 1828.

Königlich. Preussische Regierung.

## Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nr. 65.  
Die Beschaffung des jährlichen Bedarfs an Schreibmaterialien betr.

Es wird bei den Gerichten häufig der Bedarf an Schreibmaterialien, Drucksachen, Feuerungs- und Erleuchtungs-Materialien und dergleichen in größern Quantitäten angeschafft, als für den Verbrauch eines Jahres erforderlich ist. Hierdurch werden oft Ueberschreitungen der in den Etats zu diesen Ausgaben ausgefetzten Fonds herbeigeführt und es haben deshalb bisher bei der Revision der Rechnungen dergleichen Etats-Ueberschreitungen durch die beigebrachten Berechnungen der am Schlusse des Rechnungsjahres verbliebenen Natural-Vestände unter der Bedingung als justificirt angenommen werden müssen, daß derselbe Betrag im folgenden Jahre bei dem etatsmäßigen Büreaukosten-Fonds als erspart nachgewiesen werde. Da dieses Verfahren jedoch sowohl die Legung, als auch die Revision der Rechnungen erschwert, so ist von dem Königl. Justiz-Ministerio, in Uebereinstimmung mit der Königl. Ober-Rechnungs-Kammer, mittelst eines an uns am 5. dieses Monats erlassenen Rescripts, folgendes festgesetzt worden:

- 1) Die Ueberschreitung der etatsmäßigen Büreaukosten-Fonds muß vermieden werden. Die Gerichts-Behörden müssen überall mit den ausgefetzten Summen nicht allein zur Bestreitung der Bedürfnisse des laufenden Rechnungsjahres, sondern auch zur Anschaffung eines solchen Natural-Vestandes an Schreibmaterialien, Drucksachen, Feuerungs- und Erleuchtungs-Materialien und dergleichen am Jahreschlusse ausreichen, wie er zur ununterbrochenen Fortsetzung der Geschäfte im Anfange des neuen Jahres nothwendig ist.
- 2) Sofern jedoch die etatsmäßigen Fonds, der Beobachtung aller Wirthschaftlichkeit bei der Anschaffung und dem Verbräuche der Schreibmaterialien u. ungenügend, doch nicht hinreichen sollten, die Ausgaben für solche Vestände, wie ad 1. bemerkt, zu decken, so ist bei der Anschaffung der für den Geschäftsbetrieb des folgenden Jahres nöthigen Naturalien möglichst darauf zu sehen, daß die Zahlung für dergleichen erst zum Verbräuche in dem nächstfolgenden Jahre bestimmten Materialien auch erst zu dem nächstfolgenden Jahre vorbedungen und in demselben geleistet und verrechnet werde.

3) Wenn endlich die Etats-Überschreitung auch auf die ad 2. angegebene Art nicht zu vermeiden seyn sollte, so soll eine solche, durch die Anschaffung von Natural-Veständen zum Verbrauche im Anfange des nächstfolgenden Jahres verursachte, Etatsüberschreitung ganz eben so behandelt werden, wie jede andere Überschreitung etatsmäßiger Fonds. Die Abrechnung des Werths der am Schlusse des Rechnungsjahres vorhandenen Natural-Vestände soll daher ferner, und zwar bei den Rechnungen, die für die Zeit vom 1. Januar 1827 gelegt werden, nicht mehr statt finden.

Hiernach haben sich sämmtliche Landgerichte unseres Departements zu achten.  
Naumburg, den 21. April 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Nachdem das Hypothekenbuch über das Dorf Langenroda im Cöllebaer Kreise vollendet und an das Königl. Gerichts-Amt Heldrungen zur Fortführung abgegeben worden, wird solches von Seiten des unterzeichneten Landgerichts, in Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 16. Juni 1820, hiedurch bekannt gemacht.

Naumburg, den 12. April 1828.

Königlich Preussisches Land-Gericht.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Von den in dem nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten Immobilien-Bezeichnungen unseres Bezirks sind die Hypotheken-Tabellen, welche sämmtliche drei Rubriken in sich fassen, fertig geworden.

Dies machen wir, in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5ten April 1824 (Gesetzsammlung de ao. 1824, pag. 78), den Interessenten bekannt, und fordern sie auf, diese Tabellen vom 1. Juni d. J. ab bis ultimo August c, binnen welcher Zeit dieselben in unserer Registratur bereit liegen, einzusehen, und ihre etwaigen Erinnerungen dagegen anzubringen, unter der Verwarnung, daß nach Ablauf dieses Termins keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Naumburg, den 21. April 1828.

Königlich Preussisches Land-Gericht.

# V e r z e i c h n i s s .

- A. Sämmtliche Häuser, Scheunen und Gärten innerhalb der Ringmauern der Stadt Weißenfels, in sofern die Besitzer vom Königl. Landgerichte über die Besitztitel vernommen worden sind, mit Ausnahme des den Thümmelschen Erben zugehörigen Hauses sub Nr. 118. und 407.
- B. Sämmtliche Häuser, Scheunen und Gärten der Weißenfeller Klingenvorstadt Obergemeinde, in sofern die Besitzer vom Königl. Landgerichte über die Besitztitel vernommen worden sind, mit Ausnahme des den Blaschenschen Erben zugehörigen Hauses sub Nr. 10.
- C. Sämmtliche Häuser und Gärten der Weißenfeller sogenannten Zeißer Vorstadt, in sofern die Besitzer vom Königl. Landgerichte über die Besitztitel vernommen worden sind, mit Ausnahme des von Seckendorfschen Hauses Nr. 28. und des Mundschen Hauses Nr. 56.
- D. Sämmtliche Häuser, Scheunen und Gärten der bei Weißenfels befindlichen Saal-Vorstadt, in sofern die Besitzer vom Königl. Landgerichte über die Besitztitel vernommen worden sind, mit Ausnahme des Gottfried Hauerschen Hauses Nr. 23. und des den Söhnerschen Erben zugehörigen Hauses Nr. 24.
- E. Sämmtliche Häuser, Scheunen und Gärten der bei Weißenfels befindlichen Nicolai-Vorstadt, in sofern die Besitzer vom Königl. Landgerichte über die Besitztitel vernommen worden sind, mit Ausnahme des von Knoblauchschen Hauses Nr. 20., des Schuchartschen Hauses Nr. 38., des der Frau Assessor Degen zugehörigen Gartens Nr. 52., des dem Schenkwrth Kolbe zugehörigen Hauses Nr. 61. und des Ernertschen Gartens sub Nr. 69.
- F. Sämmtliche Häuser, Scheunen und Gärten der Weißenfeller Klingenvorstadt Untergemeinde, in sofern die Besitzer vom Königl. Landgerichte über die Besitztitel vernommen worden sind, mit Ausnahme folgender Nummern:  
Nr. 4. das Haus des Gottfried Henneberg, Nr. 5.<sup>b</sup> die Scheune des Gottlieb Fragner, Nr. 20. das Burgmüllersche Haus, Nr. 56. das Haus des Adolph Kleinicke, Nr. 57. das Haus der Jostschen Erben und Nr. 49. das Haus der Schrimpschen Erben betreffend.  
Alles im Bezirke des Königl. Gerichtsamts für den Stadtbezirk Weißenfels und im Weißenfeller Polizei-Kreise belegen.
- G. Sämmtliche Häuser, Scheunen und Gärten innerhalb der Ringmauer oder Verzäunungen der Stadt Vibra, in sofern die Besitzer vom Königl. Landgerichte über die Besitztitel vernommen worden sind, mit Ausnahme folgender Nummern:

Nr. 6. das Haus der Engelhardt'schen Erben, Nr. 12. das Haus der Marie Elisabeth Pfeiffer, Nr. 23. das Haus des Christian Sackse, Nr. 40. das Haus der Wittwe Sophie Kästner, Nr. 66. das Haus des Gottlob Bartel, Nr. 75. das Haus der Marie Rosine Koch, Nr. 77. das Haus des Gottlieb Braunerode; Nr. 106. das Haus des Jacob Bornschein, Nr. 109. das Haus der Seydelschen Eheleute, Nr. 110. das Haus des Daniel Wünscher, Nr. 120. und 121. die Christian Köhrborn'schen Häuser, Nr. 128. das Haus der Müller'schen Eheleute, Nr. 154. das Haus der Edelschen Erben, Nr. 157. das Haus des Gottlob Dramsdorf, Nr. 158. das Haus der Geschwister Dertel, Nr. 140. das Haus der Sophie verehel. Töpfer, Nr. 141. das Haus der Friedrich Koch'schen Erben, Nr. 146. das Haus des Gottfried Becher, Nr. 187. die Christoph Zipfel und Conf. zugehörige Delmühle, Nr. 194. das Haus der verehel. Klemm;

im Gerichtsamts-Bezirk Ertartsberga und Cölledaer Polizei-Kreise.

- II. Sämmtliche Häuser, Scheunen und Gärten innerhalb der Ringmauer oder Verzäunungen der Stadt Schkölen, in sofern die Besitzer vom Königl. Landgerichte über die Besitztitel vernommen worden, mit Ausnahme folgender Nummern:

Nr. 9. das Haus der Jacobyschen Erben, Nr. 27. das Andreas Merkelsche Haus, Nr. 39. die Scheunen und Ställe der Friedrich Herrmann'schen Erben.

- I. Sämmtliche Besitzungen der Vorstadt Schkölen, die Münchsgasse genannt, mit Ausnahme folgender Nummern:

Nr. 5. das Haus des Daniel Schöppe, Nr. 46. das Haus des Gottfried Iobenstein, Nr. 51.<sup>b</sup> das Haus des Gottfried Ködderichs, Nr. 60. das Haus des Johann Gottfried Paul, Nr. 65.<sup>b</sup> das Haus der Schleifeneckenschen Erben, Nr. 70.<sup>a</sup> das Haus des Christian Peuckert, Nr. 71.<sup>a</sup> das Gottfried Richtersche Haus und Nr. 87. der Neumann'sche Garten;

im Gerichtsamts-Bezirk für den Landbezirk Naumburg und im Weisensefelder Polizei-Kreise.

- K. Sämmtliche Häuser und Scheunen innerhalb der Umzäunungen des Dorfes Schömburg und der zum Dorfe gehörigen Mühlen, in sofern die Besitzer über die Besitztitel vom Königl. Landgerichte vernommen worden sind, mit Ausnahme des den Sauerschen Erben zugehörigen Hauses Nr. 13., des der Marie Susanne Schlag zugehörigen Hauses Nr. 30., des der Rebecca Hoffmann zugehörigen Hauses sub Nr. 45. und der sogenannten Deblitz-Mühle Nr. 65.; im Bezirk des Gerichtsamts für den Landbezirk Naumburg und im Naumburger Polizei-Kreise belegen.

L. Sämmtliche Häuser, Scheunen und Gärten der Stadt Mühlen, innerhalb der Ringmauern und Umzäunungen, in sofern die Besitzer vom Königl. Landgerichte über die Besitztitel vernommen worden sind, mit Ausnahme folgender Nummern:

Nr. 1. das Haus der Elisabeth Bern, Nr. 3. das Haus der Marie Magdeburg, Nr. 4. das Haus der Eva Christiane Lehmann, Nr. 25. das Rammelsche Haus, Nr. 32. das Preschersche Haus, Nr. 37. das Haus der Marie Lüttich, Nr. 79. das Haus der Weberschen Erben, Nr. 101. die den Wüstemannschen Erben zugehörige Obergmühle, Nr. 102. die Küchenmeistersche Mühle nebst Pertinenzien, Nr. 136. das Gottfried Bornscheinsche Haus, Nr. 137. das Königsche Haus;

im Bezirke des Königl. Gerichtsamts Mühlen, und im Quersfurter Polizei-Kreise gelegen.

M. Sämmtliche Häuser und sonstige Besitzungen innerhalb der Umzäunungen des Dorfes Döcklich, in sofern die Besitzer vom Königl. Landgerichte über die Besitztitel vernommen worden sind, im Bezirke des Königl. Gerichtsamts Quersfurth und im Quersfurter Polizei-Kreise belegen.

N. Von den in unsern frühern Bekanntmachungen vom 30. August 1826 im 36. Stücke des Amtsblattes und 12. September 1827 im 41. Stücke des Amtsblattes als noch nicht fertig bezeichneten Hypotheken-Tabellen über folgende Grundbesitzungen:

a) aus Naumburg, die Scheune des Hrn. Kaufmann Fochtman sub Nr. 680., das Treffsche Haus sub Nr. 1147.; b) aus Quersfurth, das Brandtsche Haus sub Nr. 125., das Salzmannsche Haus sub Nr. 182., der Knautzsche Garten sub Nr. 16.<sup>b</sup>, der Münbergersche Garten sub Nr. 107.<sup>b</sup>; c) aus Freiburg, das Königsche Haus sub Nr. 4.; d) aus Cölleda, das Schäfersche Haus sub Nr. 37.; e) aus Osterfeld, das Schüpfesche Haus sub Nr. 49., das Schwersky'sche Haus sub Nr. 86. und das Otosche Haus sub Nr. 114.; f) aus Eckartsberga, das Zacharias'sche Haus sub Nr. 39., das Haueisensche Haus sub Nr. 150.<sup>b</sup>, das Weisegahlsche Haus sub Nr. 177.; g) aus Laucha, das Wädlersche Haus sub Nr. 144.; h) aus Heldrungen, das Ganzelsche Haus sub Nr. 39., das Hofbaumsche Haus sub Nr. 147., das Stöpselsche Haus sub Nr. 178.; i) das Schwenkertsche Haus sub Nr. 2.; k) aus Zorbau, das Fleischersche Haus sub Nr. 14.

Naumburg, den 21. April 1828.

Königlich Preussisches Land-Gericht.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Bei der am heutigen Tage geschehenen fernernweiten Verloosung von Teufel's Köpfschauer Obligationen sind folgende zur Zahlung ausgelooft:

Litt. A. Nr. 15., 16., 33., 309., 314., 316., 430., 488., 569., und 648.,

Litt. B. Nr. 35., 41., 143., 177., 283., 323., 346., 468., 513., 518., 616., 627., 636., 741., 832., 1156., 1175., 1199., 1251., und 1405.,

Die Inhaber haben sich deshalb auf den 1. Juli d. J. zur Empfangnahme der Zahlung bei den Herren Frege et Comp. zu melden.

Halle und Leipzig, den 6. Mai 1828.

Die Schuldentilgungs-Commission.

## P e r s o n a l - C h r o n i k.

### B e f ö r d e r u n g e n.

Der Gerichtsamtman, August Benjamin Rabenstein zu Bitterfeld, und der Gerichtsamtman, Karl Ernst Gottlob Vogel zu Brehna, sind unter dem 31. März. c. von des Königs Majestät zu Justiz-Räthen ernannt;

der Referendarius, August Karl Herzog, ist den 28. März. c. von dem Oberlandes-Gericht in Halberstadt;

der Referendarius Wilhelm Gebicke aber den 1. April. c. von dem Oberlandes-Gericht in Magdeburg zu dem hiesigen versetzt;

dem hiesigen Oberlandes-Gerichts-Referendarius, August Wilhelm Rudolph Hochheimer, ist die zur Uebernahme von Patrimonial-Gerichts-Verwaltungen erbetene Entlassung mit Beibehaltung des Titels eines Referendarius, den 10. April. c. bewilligt;

zu Auscultatoren hieselbst sind angenommen die Candidaten der Rechte, Karl Herrmann Kabe, den 8. April. c., Karl Ludwig Arndt, Richard Albert de Weig und Karl Eduard Grabs, den 25. April. c.;

der Premier-Lieutenant a. D. Johann Wilhelm Eunow, ist den 11. April. c. zum Hypotheken-Registrator und Ingrossator bei dem Landgericht in Halle, und

der invalide Unterofficier, August Müller in Erfurt, ist zum Hülf-Boten und Executor bei dem Gerichtsamte zu Schleusingen den 29. April. c. bestellt.

Raumburg, den 29. April 1828.

# M a r k t w e i s u n g

v o n

im Monate April 1828

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-  
nisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

| Namen<br>der<br>Marktplätze. | G e t r e i d e.         |     |        |      |        |       |       |     | H ü l s e n f r ü c h t e. |      |        |      |        |      | R a u c h f u t t e r. |         |          |        |  |  |
|------------------------------|--------------------------|-----|--------|------|--------|-------|-------|-----|----------------------------|------|--------|------|--------|------|------------------------|---------|----------|--------|--|--|
|                              | Weizen                   |     | Roggen |      | Gerste |       | Hafer |     | Hirse                      |      | Erbſen |      | Linsen |      | Kartof-<br>feln        | Heu     | Stroh    |        |  |  |
|                              | der Preussische Scheffel |     |        |      |        |       |       |     | der Preussische Scheffel   |      |        |      |        |      | Schf.                  | à Cent. | à Schock |        |  |  |
|                              | tbl.                     | fg. | pf.    | tbl. | fg.    | pf.   | tbl.  | fg. | pf.                        | tbl. | fg.    | pf.  | tbl.   | fg.  | pf.                    | tbl.    | fg.      | pf.    |  |  |
| 1 Merseburg                  | 1 14                     | 2   |        | 1 12 | 11     |       | 25    | 10  | 17                         | 6    |        | 1 10 | 2 5    | 1    |                        | 1       |          | 4      |  |  |
| 2 Halle                      | 1 15                     | 8   |        | 1 15 | 9      |       | 25    | 8   | 20                         |      | 4 15   | 1 15 | 2 10   | 15   |                        | 1 2     |          | 5 14   |  |  |
| 3 Raumburg                   | 1 15                     | 8   |        | 1 15 |        |       | 24    | 9   | 17                         | 2    | 4 2 6  | 2 4  | 5 8    | 1 10 |                        | 1       |          | 5      |  |  |
| 4 Torgau                     | 1 21                     | 5   |        | 1 21 | 5      | 1 2   | 6     |     | 25                         | 9    | 5 10   | 1 20 | 5 20   | 15   |                        | 25      |          | 6      |  |  |
| 5 Wittenberg                 | 1 21                     | 9   |        | 1 17 | 1      | 1 1 2 |       | 26  | 3                          | 4    |        | 1 21 | 2      | 15   |                        |         |          |        |  |  |
| 6 Eisleben                   | 1 12                     | 2   |        | 1 11 | 9      |       | 24    | 5   | 20                         | 1    | 2 20   | 1 24 | 8      | 2 14 | 8                      | 16 11   | 25       | 4 5 10 |  |  |
| 7 Zeitz                      | 1 18                     | 9   |        | 1 13 | 9      |       | 24    |     | 17                         |      | 2 20   | 1 30 | 2      | 15   |                        | 1       |          | 5 12   |  |  |
| 8 Querfurt                   | 1 12                     | 6   |        | 1 10 |        |       | 22    | 6   | 16                         | 5    | 5 15   | 1 12 | 6      | 1 12 | 6                      | 22 6    | 1 2      | 5 10   |  |  |

Merseburg, den 3. Mai 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.



# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

20. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 24. Mai 1828.

## Verordnung der Königl. Regierung.

Wie die Erfahrung ergeben hat, sind beim Austritt der Gewässer in die Fluss-Gebiete dadurch Unglücksfälle herbeigeführt worden, daß die überschwemmten Straßen und Wege zur Zeit der Gefahr weder mit Schlagbäumen, noch mit Warnungszeichen versehen waren.

Nr. 66.  
Das Schließen der Straßen und Wege bei stattfindenden Ueberschwemmungen betr.

Die Herren Landräthe und Orts-Polizei-Obrigkeiten werden daher für die Folge hierdurch angewiesen, bei denjenigen Straßen und öffentlichen Wegen, welche während einer Ueberschwemmung nur mit Gefahr zu passiren sind, an geeigneten Stellen entweder Schlagbäume ziehen, oder wo diese, nach der Verhältniß, dem Zwecke nicht entsprechen, Pfähle aufstellen zu lassen, an welchen zur Zeit der Gefahr Warnungstafeln mit der Aufschrift:

„Dieser Weg ist nicht zu passiren“

befestigt werden.

Merseburg, den 13. Mai 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## B e k a n n t m a c h u n g .

Mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 28. October 1826, wegen Anschließung des untern Herzogthums Vernburg an das Preussische indirecte Steuer-System, bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß, nachdem im untern Herzogthum Vernburg, mit Ausschluß des Amtes Coswig, die Steuer vom Branntwein nach den biesseitigen Gesetzen eingeführt worden ist, die bisherigen

Bestimmungen wegen Versteuerung des aus dem Bernburgschen in das Preussische eingehenden Branntweins hiermit aufgehoben werden, und der im untern Herzogthum Bernburg mit Ausschluß des Amtes Coswig erzeugte Branntwein, als im freien Verkehr befangen, auf allen Puncten und ohne weiteren Steueranspruch in das diesseitige Gebiet übergeführt werden kann.

Hinsichtlich des im Coswiger Amtsbezirke fabricirten Branntweins verbleibt es wegen Einführung desselben in das Preussische, und wegen der davon zu entrichtenden Steuer lediglich bei den bisherigen Bestimmungen.

Wird Branntwein aus den enclavirten Aemtern Sandersleben und Güssen (Warmisdorf) eingeführt, so muß davon auch ferner die Steuer mit Einem Silbergroschen Sechs Pfennigen für das Preussische Quart entrichtet werden. Der Eingang von Branntwein aus diesen Aemtern ist aber ausschließlich nur

- a) aus dem Amte Sandersleben über das diesseitige Steuer-Amt Hettstädt, und
- b) aus dem Amte Güssen (Warmisdorf) über das diesseitige Steuer-Amt Aschersleben,

gestattet. Der Transport darf nur auf der großen Straße beziehungsweise auf Hettstädt und Aschersleben erfolgen; auch muß, in sofern die Menge des einzuführenden Branntweins funfzehn Quart und darüber beträgt, den Steuer-Hebestellen in Hettstädt oder Aschersleben eine schriftliche Voraus-Declaration gemacht, und von denselben ein Erlaubnißschein zur legitimisation während des Transports erteilt werden.

Wird Branntwein aus den Aemtern Sandersleben und Güssen (Warmisdorf) auf einer andern, als der dazu vorgeschriebenen Straße oder in legitimationspflichtiger Menge ohne den in diesem Falle erforderlichen Erlaubnißschein betroffen, so tritt gegen den Transportanten der processualische Anspruch und die gesetzliche Strafe der Gefälle-Entziehung ein.

Magdeburg, den 15. Mai 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director Sack.

## B e k a n n t m a c h u n g .

Von den im nachstehenden Verzeichniß aufgeführten Grundstücken unsers Gerichtsbezirks sind die, sämmtliche drei Rubriken in sich fassenden Hypotheken-Tabellen fertig geworden. Dies machen wir in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 5. April 1824,

Gesetz-Sammlung, de anno 1824, pag. 78,

den Interessenten mit der Aufforderung bekannt, gedachte Tabellen vom 1. Juni bis ult. Juli c. in unserer Hypotheken-Registratur einzusehen, und ihre etwaigen Erinnerungen dagegen anzubringen, unter der Verwarnung, daß nach Ablauf dieses Termins keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Torgau, den 9. Mai 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

## V e r z e i c h n i s s.

### I. Im Gerichts-Amts-Bezirk Torgau.

Die geschlossenen Grundstücke der Stadt Torgau, nebst dem Fischerdörschen und den Freihäusern, mit Ausnahme der Grundstücke sub Nr. 14. 79. 125. 150. 160. 166. 195. 273.<sup>b</sup> 283. 345. 346.<sup>a</sup> 348. 352. 403. 416. 425. 459.<sup>a</sup> 646.

### II. Im Gerichts-Amts-Bezirk Mühlberg.

Sämmtliche geschlossene Grundstücke der Dörfer: 1) Boragk; 2) Fichtenberg, Hirschsteiner Antheils; 3) Kaurdorf; 4) Wenzendorf, mit Ausnahme des Gartenguts Nr. 15; 5) die Windmühle bei Patsch; 6) folgende in der Bekanntmachung vom 19. Juni 1827, Naumburger Intelligenzblatt de anno 1827, pag. 1023, Merseburger Amtsblatt de anno 1827, pag. 174, vorbehaltene Grundstücke:

#### a) in Mühlberg:

aa) die geschlossenen Communal-Grundstücke;

bb) die auf Commun-Plätzen erbauten, sub Nr. 314. 315. 316. 318. 319. 323. 324. 326. 327. catastrierten Häuser;

#### b) in Stehla:

aa) die geschlossenen Gemeindegundstücke, und

bb) die Wecksche Elbschiffmühle;

so daß nunmehr die Hypotheken-Tabellen sämmtlicher geschlossenen Grundstücke des Dorfs Stehla vollendet sind.

### III. Im Gerichts-Amts-Bezirk Belgern.

Die geschlossenen Grundstücke der Dörfer: 1) Arzberg, und 2) Nichtewitz, mit Inbegriff des Uhlischschen Freiguts daselbst, jedoch mit Ausschluß der unter dessen Jurisdiction liegenden Grundstücke; 3) das sogenannte Piestel-Gut.

#### IV. Im Gerichts-Amts-Bezirk Schilbau.

Die geschlossenen Grundstücke der Dörfer: 1) Langenreichenbach, mit Aus-  
schluß des Weißlerschen Wohnhauses Nr. 22; 2) Probsthain, mit Ausnahme  
des Schreyerschen Wohnhauses; 3) Schilderhain, mit Ausnahme des Pechold-  
schen Dreiviertelhofenguts Nr. 21; 4) die in der Bekanntmachung vom 19ten  
Juni 1827 beim Dorfe Melspiß allein noch vorbehaltenen geschlossenen Gemein-  
begrundstücke.

#### V. Im Gerichts-Amts-Bezirk Ortrand.

Die in der Bekanntmachung vom 19. Juni 1827 beim Gerichts-Amts-  
Bezirk Ortrand allein noch vorbehaltenen geschlossenen Grundstücke der Stadt  
Ortrand.

#### VI. Im Gerichts-Amts-Bezirk Liebenwerda.

Die in der Bekanntmachung vom 19. Juni 1827 beim Gerichts-Amts-Be-  
zirk Liebenwerda allein noch vorbehaltenen geschlossenen Grundstücke der laurich-  
schen Erben Nr. 46. und des Gottlieb Höse Nr. 60.<sup>b</sup> zu Uebigau, und der  
Wittwe Anne Marie Raube sub Nr. 52. in den Weinbergen bei Liebenwerda.

#### VII. Im Gerichts-Amts-Bezirk Elsterwerda.

Die Apitzsche Pechhütte bei Hohenleipisch.

#### VIII. Im Gerichts-Amts-Bezirk Schlieben.

1) Die geschlossenen Grundstücke der Stadt Schlieben und die in dem  
Feuerversicherung-Cataster sub rubr. „Auswärtige“ und im Amts-Cataster ver-  
zeichneten Grundstücke, mit Ausnahme der Besizungen sub Nr. 5. 11. 20. 56.  
57. 66. 163. 166. 167. in der Stadt Schlieben; 2) das Vorwerk Weissenburg  
bei Schlieben.

#### IX. Im Gerichts-Amts-Bezirk Herzberg.

Die geschlossenen Grundstücke der Dörfer: 1) Arnsteste, mit Ausnahme der  
Häuslernahrung Nr. 51; 2) Neu-Naundorf, mit Ausnahme der beiden Hu-  
fengüter Nr. 3. und 7.

#### X. Im Gerichts-Amts-Bezirk Prettin.

Die zum Rittergute Großtreben gehörenden Pertinenzgrundstücke in der  
Mark Bößla.

Torgau, den 9. Mai 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

---

21. Stück.

---

Ausgegeben zu Merseburg den 31. Mai 1828.

---

## Allgemeine Gesessammlung.

Das 8te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter

Nr. 1141. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 27. März 1828, wornach Inländer, welche ein offenes Gewerbe treiben, die Materialien zu ihrer eigenen Fabrication durch ihre umherreisende Gewerbsgehülfen auskaufen lassen können, und diese keiner andern legitimation als einer polizeilichen Bescheinigung bedürfen.

Nr. 1142. Bekanntmachung vom 8. Mai 1828, den Zoll- und Handels-Vertrag zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt betreffend.

---

## B e k a n n t m a c h u n g .

Des Königs Majestät haben den zur würdigen Ausstattung der hiesigen medicinisch-chirurgischen Lehr-Anstalt in Antrag gebrachten Ankauf der im Besitz des Herrn Medicinalraths Philow zu Erfurt befindlichen Sammlung von anatomischen und anatomisch-pathologischen Präparaten zu genehmigen und dadurch einen abermaligen Beweis Allerhöchst Ihrer huldreichen Fürsorge für das Gedeihen jenes zur Befriedigung eines dringenden Bedürfnisses der Provinz bestimmten Instituts zu geben geruhet.

Magdeburg, den 11. Mai 1828.

Der Geheimen Staats-Minister von Aemili.

---

## B e k a n n t m a c h u n g .

Der hiesigen chirurgisch-medicalischen Lehr-Anstalt hat der Herr Regierungs-Medicinalrath D. Fischer in Erfurt, das bei Arnz et Comp. in Düsseldorf erschienene große botanische Werk: „Vollständige Sammlung officineller Pflanzen“ geschenkt, welches schätzbare Merkmal besonderer Theilnahme an dem Gedeihen der gedachten Anstalt hiermit öffentlich gebührend anerkannt wird.

Magdeburg, den 12. Mai 1828.

Der Geheime Staats-Minister von Kewig.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

**Nr. 67.** Zur Beförderung der Aufsicht über den Schulbesuch solcher Kinder, welche Den Wechsel in eine andre Schule geschildert werden, als zu der ihre Eltern oder Versorger nach §. 31. und 34, Tit. XII, Theil II, des allgemeinen landrechts gewiesen sind, finden wir nöthig, Folgendes hiermit zu verordnen:

- 1) Wenn Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder ihre Kinder oder Pflegekinder, während des schulpflichtigen Alters derselben, sich an einem andern als ihrem Wohnorte aufhalten lassen, es sey daß sie in Dienste gegeben werden, oder zu andern Zwecken, oder wenn sie dieselben, ohne deren Wohnort zu verändern, in eine andre Schule gehen lassen wollen, als zu welcher sie nach der oben angezogenen Befeststellung gewiesen sind, so sollen sie zuvor dem Schullehrer und dem Pfarrer ihrer Parochie davon geben, und die Gründe der beabsichtigten Aenderung anzeigen; nächstdem aber ein glaubhaftes Attest von dem Localinspector über die Schule derjenigen Parochie, in deren Bezirke jene Kinder dann zur Schule zu gehen verpflichtet sind, darüber beibringen, daß dieselben dort in die Schule gehörig aufgenommen worden.
- 2) So lange die Eltern u. s. w. dieses Attest nicht beigebracht haben, sind die aus der Schule entnommenen Kinder in den Versäumnislisten fortzuführen, und die Eltern u. s. w. bei der monatlichen Eingabe dieser Listen als die Ursache strafbarer Schulversäumnisse zu bezeichnen.
- 3) Auch das Schulgeld für solche Kinder ist an die Schule, welche sie bisher zu besuchen gehalten waren, bis zu der Zeit, da sie in eine andre Schule aufgenommen worden, fort zu entrichten, und erforderlichen Falls beizutreiben. Wenn besondere Umstände, als anhaltende Krankheit u. s. w. hierin einige Rücksicht wünschenswerth machen, so haben die Eltern oder Versorger der Kinder darum in Zeiten bei der betreffenden Schulspection nachzusuchen.

- 4) Sobald ein Kind in eine fremde Schule aufgenommen worden, steht es unter der Ordnung und Aufsicht dieser Schule in Betreff des Unterrichts, der Disciplin, des Schulbesuchs und des Schulgeldes.
- 5) Bei einem abermaligen Schulwechsel vor Ende des schulpflichtigen Alters haben die Versorger des Kindes die Anmeldung und die Weibbringung des Attestes zu bewirken, wie ad 1; die Localinspection der zuletzt besuchten Schule aber versähet, so lange dies nicht geschehen, wie ad 2. und 3. vorgeschrieben worden.
- 6) Zugleich aber hat der Localinspector der Schule, welche von dem Kinde zuletzt besucht worden, dem Pfarrer derjenigen Parochie, zu welcher die Eltern gehören und an deren Schule sie nach dem allgemeinen Landrechte gewiesen sind, Nachricht von dem neuen Schulwechsel zu geben, damit dieser in fortwährender Kenntniß der Schulbildung, welche die Kinder seiner Parochianen genießen, erhalten werde.

Auf die Befolgung dieser Vorschriften haben die Lehrer und Aufseher der Schulen sorgfältig zu achten.

Merseburg, den 13. Mai 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

In Gemäßheit eines Rescripts des Königl. Ministeriums des Innern und der Polizei vom 29. v. M. werden sämtliche Polizeibehörden unsers Regierungs-Bezirks angewiesen, in dem Falle, wo ein von demselben in einem öffentlichen Blatte erlassener Steckbrief durch Verhaftung des Verfolgten oder andere Umstände seine Erledigung erhält, solches durch dasselbe öffentliche Blatt bekannt zu machen.

Nr. 68.  
Die öffentl.  
Anzeige der  
Verhaftung  
eines  
mit Steckbrief  
verfolgten betr.

Merseburg, den 21. Mai 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Dem Publico zu Halle und in den von der Salzcontrolle freien Bezirken der Umgegend, wird hierdurch bekannt gemacht, daß die bisher mit der Lehmannschen Handlung verknüpfte Salzniederlage vom 1. Juni dieses Jahres an der Handlung des Herrn Kunde jun. in der Schmeerstraße, nahe am Markte, übertragen worden ist.

Halle, den 17. Mai 1828.

Königl. Preuß. Niedersächf. Thüring. Ober-Berg-Amt.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Auf den Antrag des Herrn Justiz-Commissarius Wille zu Halle, wird nach Vorschrift der Allerhöchsten Verordnung vom 16. Juni 1819 §. 6. hiermit bekannt gemacht, daß einem dortigen Handlungskaufe die nachstehend verzeichneten Staatsschuldscheine, als:

- |               |          |                |
|---------------|----------|----------------|
| 2) Nr. 39,613 | Litt. A. | über 500 Thlr. |
| 2) „ 55,266   | „ B.     | „ 500 „        |
| 3) „ 53,803   | „ A.     | „ 200 „        |
| 4) „ 35,315   | „ A.     | „ 200 „        |
| 5) „ 29,891   | „ C.     | „ 100 „        |
| 6) „ 29,979   | „ G.     | „ 100 „        |
| 7) „ 86,649   | „ C.     | „ 100 „        |
| 8) „ 86,649   | „ G.     | „ 100 „        |
| 9) „ 87,403   | „ K.     | „ 100 „        |
| 10) „ 97,032  | „ F.     | „ 100 „        |
| 11) „ 97,282  | „ K.     | „ 100 „        |
| 12) „ 97,283  | „ E.     | „ 100 „        |

angeblich entwendet worden sind.

Es werden daher diejenigen, welche in den Besitz dieser Staatsschuldscheine gekommen seyn möchten, hiermit aufgefordert, solches der unterzeichneten Controlle oder dem genannten Herrn *ic.* Wille anzuzeigen, widrigenfalls die gerichtliche Amortisation der besagten Documente eingeleitet werden wird.

Berlin, den 8. Mai 1828.

Königliche Controlle der Staats-Papiere.

## P e r s o n a l - C h r o n i k.

### T o d e s f ä l l e.

Der bisherige Pfarrer Karl Christian Zesch in Brachwitz, zweite Epchorie Halle, ist am 3. d. M. in seinem 75. Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 15. Mai 1828.



# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

22. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 7. Junius 1828.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Nach dem Abgange des bisherigen Censors der in der Provinz Sachsen erscheinenden militairischen Schriften, ist der Chef vom Generalstabe des IV. Königl. Armee-Corps, Herr Major von Rheinbaben hieselbst, hinwiederum zum Censor dieser Schriften Höhern Orts ernannt worden; welches, mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 13. August 1825, zur öffentlichen Kenntniß hiedurch gebracht wird.

Magdeburg, den 19. Mai 1828.

Der Geheime Staats-Minister von Kewitz.

### Verordnungen der Königl. Regierung.

Da die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Vertretungs-Verbindlichkeit der Post-Amts-Vorsteher, den jetzigen veränderten Verhältnissen nicht mehr angemessen sind, so verordne Ich zur Anwendung auf die Post-Verwaltung in der ganzen Monarchie:

- 1) Die Vorschriften der Post-Ordnung, welche auf die Verpflichtung der Post-Amts-Vorsteher Bezug haben, ihre Untergebenen zu vertreten, werden hiermit aufgehoben.
- 2) Die Verantwortlichkeit der Post-Amts-Vorsteher ist von jetzt an in jeder Beziehung bei Vertretungen, sowohl in Absicht auf Verluste und Beschädigungen von Post-Gütern, als in Absicht auf Kassen-Defecte, ganz dieselbe, wie sie für alle übrige Staatsdiener festgesetzt ist.
- 3) Eine Ausnahme hiervon und unbedingte Vertretung von Seiten der Post-Amts-Vorsteher findet jedoch bei solchen Geschäfts-Gehülfen statt, wel-

Nr. 83.  
Die Aufhe-  
bung be-  
stimmter Be-  
stimmungen  
von Seiten  
der Postämter.  
Vorsteher  
betr.

che der Post-Amts-Vorsteher mit Genehmigung des General-Post-Amtes annimmt. Diese werden nicht zu den wirklichen Staatsdienern gerechnet, obgleich sie den Dienst-Eid schwören müssen, und Certificate erhalten, die jedoch den Bestallungen nicht gleich zu achten sind.

Ich überlasse Ihnen, hiernach das Erforderliche zu verfügen und in Ausführung zu bringen.

Berlin, den 22. März 1828.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An

den General-Post-Meister von Nagler.

Vorstehende Allerhöchste Cabinets-Ordre wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 29. März 1828.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 70.  
Die Trauung  
der Ausländer  
der betr.

Da es bekannt geworden, daß bei manchen Geistlichen über den im §. 68. des Anhangs zum Allgemeinen Landrechte (Th. II, Tit. I, §. 144.) gebrauchten Ausdruck „Colonisten“ Zweifel entstanden sind, so wird hierdurch, auf Grund der Rescripte des Herrn Ministers der Geistlichen u. Angelegenheiten Excellenz vom 13. Februar und 24. April d. J., zur Nachachtung festgesetzt, daß mit Aufhebung des Rescripts vom 14. Januar 1819, unter jenem Ausdrucke nicht blos die vom Staate herangezogenen Ausländer, sondern alle Ausländer, welche innerhalb Landes ihren beständigen Wohnsitz genommen haben, zu verstehen sind.

Es soll der in dem obigen §. 68. vorgeschriebene Eid, nach dem Circulare vom 4. Junius 1766, von dem zur Trauung berechtigten Prediger abgenommen und das von dem eingewanderten Ausländer zu unterschreibende, über die Eidesleistung aufzunehmende Protocoll dem Kirchenbuche beigelegt werden.

Merseburg, den 25. Mai 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 71.  
Die Auflösung  
des

Se. Majestät der König haben, durch die Allerhöchste Cabinetsordre vom 29. März d. J., den Stadtkreis Halle aufzulösen und dabei zu bestimmen geruhet, daß

- 1) die Gesamtstadt Halle mit ihren Vorstädten, ihren Feldfluren und den <sup>Stadtkreis</sup> darauf befindlichen Gehöften, insbesondere mit den zu ihrem Communal- <sup>Halle betr.</sup> Verbande gehörigen einzelnen Besitzungen:

- a) dem Junkerschen Garten,
- b) dem Staudenschen Hause,
- c) dem Siegertischen Garten,
- d) dem Müllerschen Weinberge,
- e) dem Richterschen Garten,
- f) dem Lafontaineschen Garten,
- g) dem Gneistschen Garten,
- h) dem Schleußenhause,
- i) dem Neuen Werke,
- k) Krinitz mit dem Gesundbrunnen,
- l) dem Chausseegehäuse unweit Bruckdorf auf der leipziger Straße, desgleichen dem Wärrterhause auf der Chaussee nach Merseburg zunächst Halle,
- m) dem grünen Hofe und
- n) der Maille,

unter unserer unmittelbaren Aufsicht künftighin stehen soll, und daß

- a) von den bisher zu dem Stadtkreise gehörigen Dörfern und einzelnen Besitzungen:

- a) der v. Ladenbergsche Weinberg,
- b) der Schiffische Weinberg,
- c) der Heydrichsche Weinberg,
- d) der Waisenhäuser Weinberg,
- e) das Vorwerk Olmritz mit den beiden Schäfereien,
- f) das Dorf Giebichenstein mit dem Keilschen Weinberge, dem Schankhause zur schwarzen Schürze mit Weintraube, und der Steinmühle,
- g) das Dorf Diemitz mit dem Kessel,
- h) das Rittergut Freyenseide mit Anschluß der Maille,
- i) das Dorf und Rittergut Wörmlich mit der wüsten Mark Walteritz,
- k) das Dorf Böllberg mit der Rabeninsel,
- l) das Chausseegehäuse bei Diemitz, so wie das Einnehmerhaus bei Ammendorf,

dem Saalkreise, und

- a) das Dorf und Rittergut Passendorf,
- b) das Dorf Angersdorf,
- c) die beiden Chausseegehäuse bei Passendorf,

dem Merseburger Kreise einverleibt werden sollen.

Ferner haben Se. Majestät der König zu bestimmen geruht, daß von dem Magistrate zu Halle in einem bestimmten Umkreise der Stadt ein Theil der Polizeigewalt gehandhabt werden und daß derselbe in dieser Beziehung an die Stelle der Königl. Landräthe treten soll, und zwar in folgenden Ortschaften und einzelnen Besitzungen:

- 1) in dem Dorfe Börmlich;
- 2) „ „ „ Böllberg mit der Rabeninsel;
- 3) „ „ „ Reideburg;
- 4) „ „ „ Diemitz;
- 5) „ „ „ Passendorf;
- 6) „ „ „ Angersdorf;
- 7) „ „ „ Mitleben mit der Gasanerie;
- 8) „ „ „ Döblau;
- 9) „ „ „ Erölmitz;
- 10) „ „ „ Stiebitzstein mit der Steinmühle und dem Schankhause:  
die Weintraube;
- 11) in dem Dorfe Trotha;
- 12) „ „ „ Rittergute Freyenseide;
- 13) „ „ „ v. Ladenberg'schen Weinberge;
- 14) „ „ „ Heydrich'schen Weinberge;
- 15) „ „ „ Schiff'schen Weinberge;
- 16) „ „ „ Waisenhaus's Weinberge;
- 17) „ „ „ Vorwerke Gimmritz;
- 18) „ „ „ Dörfe Weissen mit der Brothauschenke und dem Dreierhäuschen;
- 19) „ „ „ Düfferschen Garten;
- 20) in den beiden auf der Chaussee zwischen Halle und Ammendorf belegenen Chausseehäusern;
- 21) in dem Dorfe Ammendorf;
- 22) in den beiden der Stadt Halle am nächsten liegenden Chausseehäusern auf der Berliner und Leipziger Straße.

Von dem Umfange dieser dem Magistrate verliehenen Polizeigewalt werden die Polizeigerichts- Behörden und Ortsvorsteher und Besitzer der einzelnen Etablissements von den betreffenden Königl. Landräthen näher unterrichtet werden.

Diese Bestimmungen werden vom 1. Julius d. J. an in Ausführung kommen.

Merseburg, den 11. Mai 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

23. Stück.

---

Ausgegeben zu Merseburg den 14. Junius 1828.

---

## Allgemeine Befehlsammlung.

Das 9te und 10te Stück der allgemeinen Befehlsammlung enthält unter

- Nr. 1143. Verordnung, das Aufgebot und die Amortisation verlornor oder vernichteter Staatspapiere betreffend. Vom 3. Mai 1828.
- Nr. 1144. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 3. Mai 1828, die Gewerbe-Steuerpflichtigkeit der Privat-Versicherungsanstalten und anderer auf einen Gewerbezwed gerichteten Privatvereine betreffend.
- Nr. 1145. Chausseegeld-Tarif für eine Meile von 2000 Preussischen Ruthen. Vom 28. April 1828.
- Nr. 1146. Bekanntmachung vom 15. Mai 1828, den neuen Chausseegeld-Tarif vom 28. April c. a. betreffend.
- Nr. 1147. Allerhöchste Cabinetsordre vom 3. Mai 1828, wodurch der einmonatliche Erlaß der Klassensteuer auch den, zur Landwehrübung einberufenen Officieren und Landwehrmännern, die in den höhern Klassen steuern, bewilligt wird.

---

## B e k a n n t m a c h u n g.

Die Erfahrungen mehrerer Jahre haben gelehrt, daß diejenigen Gymnasien, welche zwei Jahre, worauf der Lehrplan in der obersten Gymnasialklasse berechnet ist, in letzterer fleißig den Schulstudien oblegen, in der Abiturienten-Prüfung den an sie zu machenden gesetzlichen Anforderungen entsprochen haben und mit derjenigen Reife zur Universität entlassen worden sind, welche allein die Bedingung eines gründlichen und erfolgreichen Studiums auf der Academie

ist. Diese jungen Männer haben sich auch in den nachfolgenden amtlichen Prüfungen wieder als sehr tüchtig gezeigt. Diese Erfahrungen veranlassen uns, die Angehörigen der sich auf die academischen Studien vorbereitenden Gymnasialisten auf die hohe Wichtigkeit und den großen Nutzen aufmerksam zu machen, der aus dem längern und zum fleißigen Studium benutzten Aufenthalte in der obersten Gymnasialklasse unfehlbar entspringt, und den Rath und den dringenden Wunsch auszusprechen, nicht aus persönlichen Interessen das Abgehen ihrer Söhne und Mündel von der Schule zu beeilen, sondern ihnen, soweit es die Umstände und die besonderen Verhältnisse eines Jeden nur irgend gestatten, zu der Vollendung ihrer gründlichen Vorbereitung für die academischen Studien die nöthige Zeit und namentlich einen zweijährigen Aufenthalt in der obersten Klasse zu vergönnen. Die Rectoren der Gymnasien haben wir mit der erforderlichen Anweisung versehen.

Magdeburg, den 31. Mai 1828.

Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium.

v. K l e w i z.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 72: In Gemäßheit eines von den Königl. Höhen Ministerien des Innern und der Finanzen unterm 15. Mai d. J. an uns erlassenen Befehls, wird nachstehender  
 Den Chausseegeld-Tarif  
 vom 28. April  
 1828 bett.

### Chausseegeld = Tarif für eine Meile von 2000 Preussischen Ruthen.

Vom 28. April 1828.

Es wird entrichtet:

- I. Von Extraposten, Kutschen, Kaleschen, Kabriolets und allem Fuhrwerke, einschließlicly der Schlitten, zum Fortschaffen von Personen, beladen oder unbeladen, für jedes Zugthier . . . . . 1 Egr. — Pf.
- II. Vom Lastfuhrwerke;
  - A. vom beladenen:
    - 1) vierrädrigen, für jedes Zugthier bei einer Bespannung
      - a) von 4 und weniger Zugthieren . . . . . 1 " — "
      - b) von 5 oder 6 Zugthieren . . . . . 2 " — "
      - c) von 7 oder mehreren Zugthieren . . . . . 3 " — "
    - 2) zweirädrigen, für jedes Zugthier bei einer Bespannung
      - a) von 1 oder 2 Zugthieren . . . . . 1 " — "

- b) von 3 dergleichen . . . . . 2 Egr. — Pf.  
 c) von 4 dergleichen und mehreren . . . . . 3 „ — „  
 3) ist der Radbeschlag eines Lastfuhrwerks auswärts und in gerader Fläche 6 Zoll und darüber breit, auch ohne hervorstehende Nägel oder Stifte, so wird statt der Säge 1, Lit. b. und 2, Lit. b. nur entrichtet, von jedem Zugthiere . . . . . 1 „ — „  
 4) von Schlitten, für jedes Zugthier, ohne Unterschied der Zahl 1 „ — „  
 B. vom unbeladenen:  
 1) Frachtwagen, für jedes Zugthier . . . . . — „ 8 „  
 2) gewöhnlichen Landfuhrwerke, dergleichen von Schlitten zum Fortschaffen von Lasten, für jedes Zugthier . . . . . — „ 4 „  
 III. von lebigen Pferden und Maulthierern mit oder ohne Reiter oder Last, von jedem . . . . . — „ 4 „  
 IV. von Ochsen, Kühen und Eseln, vom Stück . . . . . — „ 2 „  
 V. von Kälbern, Kindern, Fohlen, Ziegen, Schaaßen, Lämmern und Schweinen wird, wenn deren weniger als 5 Stück sind, nichts entrichtet, von 5 Stück und mehr aber für jede 5 Stück . . . . . — „ 2 „

### Z u s ä t z l i c h e B e s t i m m u n g e n .

- 1) Ein Lastfuhrwerk wird für beladen angenommen, wenn außer den Zubehörungen desselben und Futter für höchstens 3 Tage, an andern Gegenständen mehr als die Ladung eines Schubkarrens, nämlich 2 Zentner, sich auf demselben befindet;  
 2) zur Bespannung eines Fuhrwerks werden alle dabei befindliche Pferde 1c. (auch der Vorspann) gerechnet, welche nicht augenscheinlich eine andere Bestimmung haben. Dagegen soll an solchen Stellen, wo durch ausgehängte Tafeln bemerkt ist, daß wegen der steilen Ansteigung Vorspann zu nehmen sey, wegen dieses Vorspannes keine Erhöhung der Tariffäge eintreten;  
 3) von Lastwagen oder Karren, deren Radbeschläge weniger als 2 Zoll breit sind, imgleichen von solchen, deren Radbeschläge zwar eine größere Breite, aber in der äußern Seite eine gebogene Fläche oder hervorstehende Kopfnägel oder Stifte haben, sollen die Säge des Tarifs doppelt entrichtet werden. Jedoch soll diese Bestimmung bei dem gewöhnlichen Landfuhrwerke erst mit dem 1. Januar 1830 in Wirksamkeit treten;  
 4) Lastfuhrwerke sollen nicht breiter als höchstens 10 Fuß geladen werden.

## B e f r e i u n g e n .

Echauffeegeld wird nicht erhoben:

- 1) von Pferden und Maulthierern, welche den Hofhaltungen des Königl. Hauses, imgleichen den Königl. Gestüten angehören;
- 2) vom Armeefuhrwerke und von Fuhrwerken und Thieren, welche Militair auf dem Marsche bei sich führt, desgleichen von Officieren zu Pferde im Dienst und in Dienstuniform;
- 3) von öffentlichen Beamten auf Dienstreisen, innerhalb ihrer Geschäftsbezirke, wenn sie sich durch Freikarten des Finanzministeriums legitimiren, auch von Pfarrern, bei Amtsverrichtungen innerhalb ihrer Pfarochien;
- 4) von öffentlichen Couriers, imgleichen von ordinairn Reit-, Kariol-, Fahr- und Schnellposten, und den dazu gehörenden Beiwagen und ledig zurückgehenden Postpferden;
- 5) von Transporten, die für unmittelbare Rechnung der Regierung geschehen, auf Vorzeigung von Freipässen, imgleichen von Worspann und Lieferungs-Fuhren auf der Hin- und Rückreise, wenn sie sich als solche durch den Fuhrbefehl ausweisen;
- 6) von Feuerlöschungs-, Kreis- und Gemeine-Hülfsfuhren, imgleichen von Armen- und Arrestanten-Fuhren;
- 7) von Düngersfuhren überhaupt; von andern Wirtschaftsfuhren, einschließ- lich derjenigen zur Anfuhr der Bau- und Brennmaterialien, in soweit letztere mit eigenem Gespann geleistet werden; imgleichen von Wirth- schaftsvieh der Ackerwirthe, jedoch nur innerhalb der Gemeine-Grenzen und innerhalb der Feldmark, wozu die von ihnen bewirthschafteten Grundstücke liegen;
- 8) von Kirchen- und Leichenfuhren innerhalb der Pfarochie;
- 9) von allem mit Echauffe-Baumaterialien beladenen Fuhrwerk.

## S t r a f b e s t i m m u n g e n .

- 1) Wer es unternimmt, sich der Entrichtung der Echauffe-Abgaben auf irgend eine Weise zu entziehen, erlegt außer den verkürzten Gefällen, deren vierfachen Betrag, mindestens aber Einen Thaler als Strafe;
- 2) wer Pferde u., welche zum Angespann eines, der Abgabe unterworfenen Fuhrwerks gehören, vor einer Hebestelle davon trennt und als ledige Pferde u. c. anglebt, begeht eine Defraudation;
- 3) wer eine Hebestelle in einer Richtung, in welcher Echauffeegeld zu erlegen ist, mit Fuhrwerk oder Thieren passirt, muß bei derselben anhalten, auch wenn er von der Abgabe frei ist.

Ausgenommen hiervon sind Postillons, die Preussische Postfuhrwerke und Postpferde führen;



- 4) wer eigenmächtig einen Schlagbaum öffnet, zahlt eine Strafe von Drei Thalern;
- 5) wo Chausseezettel gereicht werden, sind solche anzunehmen, und bei der zunächst folgenden Hebestelle abzugeben, widrigenfalls hier die Abgabe für die früher passirte Hebestelle noch einmal entrichtet werden muß;
- 6) Wagen, welche sich begegnen, müssen sich, nach der rechten Seite hin, halb ausweichen;  
 von zwei Wagen, die sich einholen, muß der vordere nach der linken Seite so weit ausbiegen, daß der nachfolgende Wagen zur rechten Seite mit halber Spur vorbeifahren kann;
- 7) Jedermann muß den Posten, auf den Stoß ins Horn, ausweichen, bei Vermeidung einer Strafe von 5 bis 50 Thalern;
- 8) Holz, Pflüge, Eggen und ähnliche Gegenstände dürfen auf Chausseen nicht geschleppt werden;
- 9) wer, um zu hemmen, Räder am Umdrehen völlig hindern will, darf sich dazu nur der Hemmschuhe mit ebener Unterfläche bedienen;
- 10) Vieh auf Chausseen und in den Chausseegräben zu füttern, oder anzubinden, ingleichen auf den Vanquets oder in den Gräben zu fahren, zu reiten, Vieh zu treiben, laufen oder weiden zu lassen, ist verboten;
- 11) die Fahrbahn darf nicht durch Anhalten, oder auf irgend eine andere Weise gesperrt werden.

Auch dürfen weder auf die Fahrbahn noch auf den Vanquets und in den Gräben, Gegenstände niedergelegt, oder abgeworfen werden und liegen bleiben.

Das nämliche gilt von den Brücken, auf welchen auch nicht schnell gefahren werden darf.

Auch darf kein Fuhrmann sich weiter, als 5 Schritte von seinem Fußwerke entfernen, ohne die Pferde anzujäumen und festzubinden;

- 12) Innerhalb 2 Fuß vom Grabenrande darf nicht geackert werden;
- 13) wer den Chausseen und dazu gehörenden Gebäuden, Vorrichtungen, als: Meilenzeigern, Tafeln, Schlagbäumen, Presspfählen, ingleichen den Pflanzungen 10. Schaden zufügt, muß außer dem Schadenersatze, eine Strafe von 1 bis 10 Thalern erlegen;
- 14) Beschädigungen der Chausseebäume werden, wenn die allgemeinen Gesetze keine härtere Strafe bestimmen, mit 5 Rthlr. für jeden durch Verschulden beschädigten Baum bestraft;
- 15) wo für die Uebertretung vorstehender Vorschriften und Verbote besondere Strafen nicht bestimmt sind, da tritt für jeden einzelnen Fall eine Weisstrafe von einem Thaler ein;

16) Widersesslichkeiten gegen Beamte, wozu auch die Pächter der Chaussee-Gefälle zu zählen sind, werden nach den allgemeinen Gesezen bestraft.

Unsichere, oder ungekannte Uebertreter sollen zur Haft gebracht, und an die zuständigen Polizeibehörden abgeliefert werden.

Gegeben Berlin, den 28. April 1828.

(L. S.) gez. Friedrich Wilhelm.  
v. Schuckmann. v. Mos.

Bei Vollziehung des vorstehenden Chausseegeld-Tarifs ist von des Königs Majestät zugleich bestimmt: „daß derselbe innerhalb vier Monaten, vom Tage seiner Publication an gerechnet, nicht allein auf sämtlichen Staats-Chausseen, sondern auch bei andern Staatscommunications-Anlagen, wo die Abgaben nach Maaßgabe des bisherigen Chausseegeld-Tarifs entrichtet worden sind, zur Anwendung gebracht werden soll.“ Dieser Bestimmung gemäß ist angeordnet: daß nach dem vorstehenden Tarif überall vom 1. October d. J. an verfahren und das Chausseegeld erhoben werden soll.

Berlin, den 15. Mai 1828.

Der Minister des Innern.  
gez. v. Schuckmann.

Der Finanzminister.  
gez. v. Mos.

nach welchem überall, vom 1. October d. J. an, verfahren und das Chausseegeld erhoben werden soll, hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht; auch wird gleichzeitig bekannt gemacht, daß die Uebertretung der Wege-Polizei-Vorschriften, wozu namentlich: die in den Strafbestimmungen unter Nr. 6 — 14 aufgeführten Fälle gehören, von den betreffenden Wegebau-Beamten; die Conventationen wegen Defraudation der Chausseegefälle aber, von den Beamten der indirecten Steuern, untersucht, und im verfassungsmäßigen Wege verfolgt und geahndet werden sollen.

Merseburg, den 9. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 75.  
Die Berech-  
nung der Bei-  
träge der Kö-  
nigl. Beamte

Zu Beseitigung der seit der neuen Einrichtung, nach welcher die Besoldungen der Königl. Beamten ohne den Betrag der Abzüge für den Pensionsfonds verrechnet werden, entstandenen Ungewißheit, wie die Beiträge, welche von den Beamten nach dem Geseze vom 11. Julius 1822, die Heranziehung der Staatsdiener zu den Gemeindefasten betr., zu den Gemeindefasten zu bezah-

ten sind, berechnet werden sollen, haben Se. Excellenz der Minister des Innern Folgendes als Richtschnur festgesetzt:

ten zu den  
Gemeinden,  
Lasten betr.

Die Abzüge zum Pensionsfonds der Staatsdiener sind vom Staatsministerium als eine wirkliche Verminderung der Besoldung angesehen worden, weshalb denn z. B. ein Gehalt von 1000 Thlr. nach der ursprünglichen Bewilligung in Hinsicht der darauf haftenden Verpflichtungen nur nach Abzug des davon zu entrichtenden Beitrags zum Pensionsfonds von 15 Thlr., folglich mit 985 Thlr. in Ansatz zu bringen ist. Nur die nach Abzug des Pensionsbeitrags übrig bleibende Summe kommt daher bei Berechnung der von den Staatsdienern zu den Communal-Lasten zu leistenden Beiträge in computum.

Sämmtliche Communal-Behörden werden hierdurch angewiesen, bei Anwendung des Gesetzes vom 11. Julius 1822 hiernach zu verfahren.

Merseburg, den 4. Junius 1828.

#### Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Wegen des Umbaues der Anstrut-Schleuße bei Wendelstein wird dieselbe vom 16. Junius bis zum 1. October d. J. gesperrt werden; welches wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß des Schifffahrt treibenden Publicums bringen.

Nr. 74.  
Die Sper-  
rung der  
Schleuße bei  
Wendelstein  
betr.

Merseburg, den 27. Mai 1828.

#### Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

### Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Die Gemeinde Spergau bei Merseburg hat seit einigen Jahren aus eigenen Mitteln ein geräumiges Schulhaus erbaut, auf die Verschönerung ihrer Kirche eine Summe von 600 Thlr. verwendet, ihre Ortsarmen wohlthätig unterstützt, bei auswärtigen Unglücksfällen den Hilfsbedürftigen reichliche Unterstützungen angedeihen lassen, für eine angemessene Verschönerung des Dorfes mannigfaltige Sorge getragen, und auch noch im vorigen Jahre die am 19. Junius durch den Blitz beschädigte Kirche mit einem nicht unbedeutenden Kostenaufwande wieder hergestellt. Eben so hat die Gemeinde zu Pressel, Epchorie Eilenburg, nicht nur aus eigenen Mitteln ein neues sehr zweckmäßiges Schulhaus aufgeführt, sondern auch aus eigenem Antriebe das Schulgeld bedeutend erhöht, und dadurch die Schulstelle in Pressel zu einer der einträglichsten erhoben. Die Kirche in Pressel ist von derselben Gemeinde durch eine neue Orgel mit einem Kostenaufwande von fast 800 Thlr. sehr verschönert worden. Beide Gemeinden

haben durch diese mannigfaltigen Aufopferungen ihren wohlthätigen Sinn für Gemeinwohl, der hierdurch öffentlich anerkannt wird, auf rühmliche Weise be-  
thätigt.

Merseburg, den 15. Mai 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-  
und Schulwesen.

---

Es sind uns die Todtenscheine:

- 1) des in dem Feldhospital zu Warschau am 10. Januar verstorbenen, bei der Königl. Sächs. 1sten Batterie reitender Artillerie gestandenen Unter-  
Canoniers Christian Leberecht Dieler, angeblich aus Vornstädt bei Eis-  
leben gebürtig, und
- 2) des, den 10. November 1812 ebenfalls in dem vorgenannten Feldhospit-  
ale verstorbenen, bei der 7ten Compagnie des Königl. Sächs. Infanterie-  
Regiments Prinz Clemens gestandenen Mousquetiers Friedrich Becker,  
angeblich aus Weißenborn bei Zeitz gebürtig,

zugegangen.

Da es uns nun bisher nicht gelungen ist, die Angehörigen dieser Verstor-  
benen zu ermitteln, so werden dieselben aufgefordert, bei dem Landrathe des  
Kreises, in welchem sie sich aufhalten, zu melden, welcher sodann den betreffen-  
den Schein von uns erfordert und ihnen demnächst solchen aushändigen wird.

Zugleich werden sämtliche Ortsbehörden des hiesigen Regierungs-Bezirks  
veranlaßt, im Fall sie von der eigentlichen Helmath jener beiden, nach den hier  
eingegangenen Anzeigen nicht aus den oben angegebenen Ortschaften gebürtigen bei-  
den Militairs Kenntniß haben sollten, die ihnen etwa bekannten Angehörigen  
derselben hier aufmerksam zu machen und zur Empfangnahme des betreffenden  
Todtenscheins aufzufordern.

Merseburg, am 8. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

---

Nach dem Abgange des Königl. Bau-Inspectors Schulze als Stadtbau-  
meister zu Halle, ist der ihm in letztgenannter Qualität übertragen gewesene  
sechste Feuerpolizei-District des Kreises, dem jetzigen Stadtbaumeister Schiff  
in Halle anderweit übertragen und dieser als Commissar für diesen District  
ernannt worden. Merseburg, den 30. Mai 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

---

Die einstweilige Verwaltung der Epporal-Geschäfte in der Diöces Zahna ist nach Versetzung des bisherigen Superintendenten, M. Stern, nach Elbden, bis zum Austritt des neuen Superintendenten, dem Pfarrer Winkler in Rahnsdorf übertragen worden; welches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Merseburg, den 22. Mai 1828.

Königl. Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

---

### Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Veranlaßt durch eine Verfügung Sr. Excellenz des Herrn Justiz-Ministers vom 28. April dieses Jahres, machen wir sämtliche Untergerichte in unserm Bezirke auf die Bekanntmachung der Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden vom 20. März c.,

Nr. 75.  
Realisation  
von Staats-  
schuldschei-  
nen betr.

Amtsblatt der Königl. Regierung zu Merseburg, 14. Stück, Seite 108,

Amtsblatt der Königl. Regierung zu Erfurt, 12. Stück, Seite 82,

aufmerksam, nach welcher zusammen 32 Stück verloofene Staats-Schuldscheine im Betrage von 2925 Thlr. Cour. immer noch nicht zur Realisation präsentirt worden sind.

Wir weisen dieselben zugleich an, wenn im Depositorium des einen oder des andern Gerichts ausgelosete Staats-Schuldscheine sich befinden sollten, die Empfangnahme der Valuta unverweilt zu bewirken.

Naumburg, den 30. Mai 1828.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht.

---

### Bekanntmachung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Das Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Sachsen macht hierdurch bekannt, daß die zeitlich von dem Königl. Land-Gerichte zu Halle interimistisch verwaltete Gerichtsbarkeit des Patrimonialgerichts zu Schwarz nunmehr durch den dasigen Gerichtsherrn dem Justitiarius Dieze zu Zörbig übertragen worden ist.

Naumburg, den 16. März 1828.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Von den von uns über die in den Jahren 1826 und 1827 eingezahlten Domainen-Veräußerungs- und Ablösungs-Gelder ausgestellten, von der Höfen Verwaltung der Staats-Schulden beglaubigten Quittungen ist eine bedeutende Anzahl bis jetzt noch nicht, gegen die von uns bei der erfolgten Einzahlung ausgestellten Interims-Quittungen, eingetauscht worden, daher die Betheiligten zur schleunigen Abholung der erstern gegen Rückgabe der letztern hierdurch aufgefordert werden.

Zugleich benachrichtigen wir hierdurch die Interessenten, daß die beglaubigten Quittungen über die in Rede stehenden Gelder für die Folge, wenn letztere eingezahlt sind,

- |   |   |                   |
|---|---|-------------------|
| a) im 1sten Quartal, gegen Ende Jun:        | } | desselben Jahres, |
| b) „ 2ten „ „ „ Septbr.                     |   |                   |
| c) „ 3ten „ „ „ December                    |   |                   |
| d) „ 4ten „ „ „ April des folgenden Jahres, |   |                   |

gegen Aushändigung unserer Interims-Quittungen, bei uns in Empfang genommen werden können.

Merseburg, den 17. Mai 1828.

Königliche Regierungs-Haupt-Kasse.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Nachdem in Folge der Verordnungen Eines Königl. Preuß. Hochlöbl. Oberlandesgerichts zu Naumburg vom 12. Januar und 7. September 1821 von unterzeichnetem Gericht die Hypotheken-Tabellen über sämtliche Kirchen-, Pfarr- und Schul-Güter in den Dorfschaften Schloßbeichlingen, Altenbeichlingen, Schillingstädt, Hemleben, Burgwenden, Leubingen, Stödden, Watgendorf und Backleben, nach den gewöhnlichen drei Rubriken gefertigt worden, und von den Interessenten während des Zeitraums vom 16. Junius bis zum 16. August 1828 hier eingesehen werden können; so wird solches, gesetzlicher Anordnung gemäß, hierdurch den Interessenten zu Anbringung etwaniger Erinnerungen und unter der Verwarnung, daß nach Ablauf der gesetzten Frist keine Erinnerungen mehr angebracht werden können, öffentlich bekannt gemacht.

Schloßbeichlingen, den 31. Mai 1828.

Freiherrl. Wertheimische Gerichte der Grafschaft Beichlingen.

H e r t e l.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Die Hypotheken-Tabellen, welche alle drei Rubriken in sich fassen, sind nunmehr auch von dem Kayserschen Hause Nr. 21. zu Krippenhna und von der zum Rittergute Wölkau pertinentialiter gehörigen, in der Flur des Dorfes Steubeln gelegenen Wiese Nr. 12, fertig geworden, und können während des Zeitraums vom 1. Julius bis letzten August dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Justitiarii zu Eilenburg von den Interessenten eingesehen werden. Wir fordern dieselben mit dem Bedeuten dazu auf, daß nach Ablauf des gedachten Zeitraums keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Aschepplin, den 7. Junius 1828.

Gräfl. Mengersensches Patrimonial-Gericht.

D. K r a n o l d.

---

## P e r s o n a l - C h r o n i k.

### B e f ö r d e r u n g e n.

Der Candidat der Rechte und Cameral-Wissenschaften, Herr Magnus Theodor Graf v. Molke, ist als Referendarius bei der hiesigen Königl. Regierung angestellt worden.

Merseburg, am 24. Mai 1828.

---

Der Candidat der Mathematik, Bobo Gustav Ferdinand Kayser aus Weisensfels, ist zum Reglerungs-Conducteur ernannt, und als solcher unterm heutigen Dato verpflichtet worden.

Merseburg, den 3. Junius 1828.

---

Zu Auscultatoren sind angenommen, die Candidaten der Rechte: Franz Christian Säger, den 28. März; Karl Gustav Wille, den 2. Mai; Karl Friedrich Drasdo, den 9. Mai; Moriz Friedrich Bindewald, den 16. Mai; Karl Maximilian Franke, den 20. Mai, und Gustav Frißsch, den 23. Mai c.

Dem Auscultator Günther von Schönsfeld ist die nachgesuchte Entlassung den 2. Mai c. ertheilt.

Naumburg, den 31. Mai 1828.

# Nachweisung

der

im Monate Mai 1828

auf den größten Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
insgleichen der Rauch- u. Fourage.

| Namen<br>der<br>Marktplätze. | G e t r e i d e .       |     |     |      |        |     |      |     |        |      |     |     | Hülſenfrüchte.          |     |     |      |       |     |      |     |        |      |     |     | Rauchfutter. |     |         |      |            |     |      |     |       |   |   |   |   |
|------------------------------|-------------------------|-----|-----|------|--------|-----|------|-----|--------|------|-----|-----|-------------------------|-----|-----|------|-------|-----|------|-----|--------|------|-----|-----|--------------|-----|---------|------|------------|-----|------|-----|-------|---|---|---|---|
|                              | Weizen                  |     |     |      | Koggen |     |      |     | Gerſte |      |     |     | Haſer                   |     |     |      | Hirſe |     |      |     | Erbſen |      |     |     | Linſen       |     |         |      | Kartoffeln |     | Heu  |     | Stroh |   |   |   |   |
|                              | der Preußiſche Scheffel |     |     |      |        |     |      |     |        |      |     |     | der Preußiſche Scheffel |     |     |      |       |     |      |     |        |      |     |     | Schf.        |     | à Cent. |      | à Schock   |     |      |     |       |   |   |   |   |
|                              | tbl.                    | fg. | pf. | tbl. | fg.    | pf. | tbl. | fg. | pf.    | tbl. | fg. | pf. | tbl.                    | fg. | pf. | tbl. | fg.   | pf. | tbl. | fg. | pf.    | tbl. | fg. | pf. | tbl.         | fg. | pf.     | tbl. | fg.        | pf. | tbl. | fg. | pf.   |   |   |   |   |
| 1 Merſeburg                  | 1                       | 25  | 3   | 1    | 22     | 5   | —    | 29  | 6      | —    | 20  | 11  | —                       | —   | —   | 1    | 20    | —   | 1    | 20  | —      | 1    | —   | —   | 1            | —   | —       | 5    | —          | —   | —    | —   | —     |   |   |   |   |
| 2 Halle                      | 1                       | 19  | 4   | 1    | 18     | 2   | —    | 28  | 2      | —    | 22  | 6   | 4                       | 20  | —   | 1    | 25    | —   | 1    | 25  | —      | 20   | —   | 1   | 2            | —   | 8       | —    | —          | —   | —    | —   | —     |   |   |   |   |
| 3 Raumburg                   | 1                       | 21  | 10  | 1    | 23     | —   | —    | 28  | 9      | —    | 20  | —   | 4                       | 10  | —   | 2    | 15    | —   | 2    | 15  | —      | 2    | 10  | —   | 1            | —   | 5       | —    | —          | —   | —    | —   | —     |   |   |   |   |
| 4 Zergau                     | 1                       | 22  | 6   | 1    | 25     | —   | —    | 1   | 10     | —    | 23  | 9   | 5                       | 10  | —   | 1    | 20    | —   | 1    | 20  | —      | —    | —   | 15  | —            | 25  | —       | 6    | —          | —   | —    | —   | —     | — |   |   |   |
| 5 Wittenberg                 | 1                       | 21  | 11  | 1    | 21     | 5   | 1    | 4   | 5      | —    | 27  | 10  | 4                       | —   | —   | 1    | 25    | —   | 1    | 25  | —      | —    | —   | 15  | —            | —   | 7       | —    | —          | —   | —    | —   | —     | — |   |   |   |
| 6 Ciesleben                  | 1                       | 16  | —   | 1    | 15     | 8   | —    | 25  | 4      | —    | 21  | 2   | 2                       | 20  | —   | 1    | 24    | 8   | 1    | 24  | 8      | —    | 16  | 11  | —            | 25  | —       | 4    | 5          | —   | —    | —   | —     | — | — |   |   |
| 7 Zeitz                      | 1                       | 18  | 9   | 1    | 22     | 6   | —    | 27  | —      | —    | 18  | —   | 2                       | 20  | —   | 1    | 20    | —   | 1    | 20  | —      | —    | —   | 15  | —            | 1   | —       | 5    | 10         | —   | —    | —   | —     | — | — | — |   |
| 8 Querfurth                  | 1                       | 22  | 6   | 1    | 17     | 6   | —    | 27  | 6      | —    | 25  | 9   | 5                       | 15  | —   | 1    | 22    | 6   | 1    | 22  | 6      | —    | 20  | —   | 1            | 2   | —       | 5    | 20         | —   | —    | —   | —     | — | — | — | — |

Merseburg, den 5. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern:



# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

24. Stück.

---

Ausgegeben zu Merseburg den 21. Junius 1828.

---

### Allgemeine Gesefsammlung.

Das 11te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter  
Nr. 1148. Allerhöchste Cabinetsordre vom 10. Mai 1828, die Befeltigung  
der wucherischen Agiotage mit den Brabanter Kronenthalern in  
den weftlichen Provinzen betreffend.

### Verordnungen der Königl. Regierung.

In Folge der Verfügung des Herrn Finanzministers Excellenz, wird nach. **Nr. 76.**  
stehende Allerhöchste Cabinetsordre vom 3. v. M.:

Auf den Bericht des Staats-Ministeriums vom 22. v. M. be-  
stimme Ich hierdurch, daß der in dem Gesefe vom 30. Mai 1820  
§ 2. d. und durch meine Ordre vom 21. März 1822, den landweh-  
rsmännern ersten Aufgebots, welche in der untersten Klasse steuern, für die  
Dauer der jährlichen landwehrrübung bewilligte Erlaß der Klassensteuer  
von nun an auch für die zu dieser Übung einberufenen Officiere und  
landwehrrmänner, die in den höhern Klassen steuern, jederzeit auf die  
Dauer von einem Monat eintreten soll, und überlasse Ihnen hierdurch  
das Weitere zu verfügen.

Berlin, den 3. Mai 1828.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An  
den Staats- und Finanz-Minister von Mag.

Den Klassen-  
Steuer-Erlaß  
der dienst-  
thuenden  
Landwehr-  
Männer bett.

den Königl. Landräthen, Kreis-Kassen, Ortsbehörden, gutherrlichen und Communal-Steuer-Einnehmern, zur Kenntniß und Nachachtung hierdurch bekannt gemacht, mit der Bemerkung, daß die Königl. Landräthe wegen Aufnahme der zu diesem Erlasse berechtigten, sich meldenden Contribuenten in die Abganglisten, und die Königl. Kreis-Kassen wegen Berechnung dieser Erlasse mit weiterer besonderer Anweisung von uns versehen worden sind.

Merseburg, den 11. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung  
der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 77.  
Die Annahme  
des Zins-  
getreides in  
Berliner  
Maas betr.

Da der Berliner Scheffel, nach §. 11. des Gesetzes vom 16. Mai 1816, 3072 Preuß. Cubitzolle, und der sechszehnte Theil desselben, oder die Preuß. Mäße 192 Preuß. Cubitzolle enthält, und auf gesetzlich vorgeschriebenem Wege der Inhalt

des Dresdner Scheffels auf 5928 Preussische Cubitzolle, welche gleich sind = 30  $\frac{3}{4}$  Preussischen Mäßen,

des Eisleber Scheffels auf 3993 Preussische Cubitzolle, welche gleich sind = 20  $\frac{3}{4}$  Preussischen Mäßen, und

des Nordhäuser Scheffels auf 2550  $\frac{3}{4}$  Preussische Cubitzolle, welche gleich sind = 13  $\frac{3}{4}$   $\frac{3}{8}$  Preussischen Mäßen,

festgestellt worden ist, so weisen wir die Königlichen Rentämter und die mit der Einnahme von Domainenzinsgetreide beauftragten Herren Beamten hierdurch an, alles Zinsgetreide, welches bisher über den Dresdner, den Eisleber oder den Nordhäuser Scheffel geschüttet worden ist, von jetzt ab nur über den Berliner Scheffel nach dem hier angegebenen Verhältnisse erschütten zu lassen und in Einnahme zu berechnen.

Zur Erleichterung bei der Einnahme des Zinsgetreides und zur eventuellen Etatsberichtigung ist eine specielle Nachweisung derjenigen Censiten, welche bisher über die vorgedachten alten Landgemäße geschüttet haben, dorfsweise und im Ganzen geschlossen anzulegen, aus welcher in drei neben einander stehenden Columnen hervorgeht, was der einzelne Censite

- 1) nach Dresdner, Eisleber oder nach Nordhäuser Maas zu schütten verpflichtet ist;
- 2) mit wie viel Zinsgetreide derselbe, nach der frühern vorläufigen Reduction in Berliner Maas, zum Etat gebracht ist, und
- 3) wie viel Zinsgetreide derselbe endlich, nach der hier definitiv festgestellten Reduction in Berliner Maas, zu entrichten haben wird.

Diese Nachweisungen sind von den Rent- und Domainenämtern in längstens vier Wochen zur Prüfung und Etatsberichtigung einzureichen.

Merseburg, den 5. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Das Allgemeine Landrecht, Theil 2, Titel 20, §. 1548 und 1549, schreibt Nr. 78. vor: daß Niemand in Scheuern und Ställen, Böden und andern Behältnissen, wo Feuer fangende Sachen zu seyn pflegen, mit bloßem Feuer oder Lichte, brennenden Kienspanen oder Fackeln sich betreten lassen, vielmehr Jeder sich dazu der Oellampen in gehörig verwahrten blechernen Laternen bedienen solle.

Die Anwendung blecherner Laternen zur Verhütung von Feuersbrünsten betr.

Die polizeilichen Untersuchungen haben indessen ergeben, daß häufig in unserm Regierungsbezirke statt gehörig verwahrter blecherner Laternen in Scheuern Ställen u., hölzerne Laternen benützt werden, was selbst in einzelnen Fällen zur Entstehung von Feuersbrünsten die wahrscheinliche Veranlassung gegeben hat.

Es wird daher obgedachte gesetzliche Bestimmung hierdurch eingeschränkt. Zugleich werden sämtliche Polizeibehörden angewiesen, darauf zu sehen, und bei den von Zeit zu Zeit vorzunehmenden Visitationen sich zu überzeugen, daß dem überall nachgekommen werde.

In Contraventionsfällen haben die betreffenden Polizeibehörden die Contravenienten zur Untersuchung zu ziehen und, mit Vorbehalt des Regresses an uns, in eine Polizeistrafe von 1 bis 5 Thlr. zu nehmen.

Merseburg, den 14. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 26. Julius v. J., Nr. 79: im 30. Stücke des Amtsblattes von 1827, bringen wir zur Kenntniß des Publicums, daß am Ersten October dieses Jahres abermals ein neuer Lehrgang bei dem Königl. Gewerbe-Institute zu Berlin beginnt, an welchem aus dem diesseitigen Regierungs-Bezirk Ein Zögling auf Königl. Kosten Theil nehmen soll.

Das Gewerbe-Institut in Berlin betr.

In der Regel dürfen zum Genusse dieser Königl. Begünstigung nur junge Leute vorgeschlagen werden, welche bei einem Handwerke bereits den Gesellen-Grad erreicht haben, nicht unter achtzehn Jahre alt sind, und besondere Fähigkeiten besitzen, welche dem Zwecke der Aufopferung des Staates entsprechen.

Es haben daher die Ältern oder Vormünder solcher jungen Leute, bei den hierüber einzureichenden Besuchen,

ein Taufzeugniß;  
 ein Zeugniß der Schule, welche der junge Mann besucht hat, oder derjenigen Lehrer, bei welchen er Unterricht erhielt;  
 von ihm selbst gefertigte und eigenhändig niedergeschriebene Aufsätze;  
 Proben seines Kunstfleißes, als: Zeichnungen, Risse und dergleichen, nicht minder aber Auflösungen von, in sein Fach einschlagenden, arithmetischen Aufgaben;  
 ein Zeugniß des Lossprechens von demjenigen Handwerke, bei welchem er die Lehrlings-Jahre bestanden hat, und endlich  
 ein Zeugniß der Ortsbehörde über seine zeltzerliche Aufführung,  
 beizufügen, und diese Gesuche spätestens bis zum  
 Ersten Julius dieses Jahres  
 bei der Landrätthlichen Behörde ihres Kreises einzureichen.

Die Landrätthlichen Officien fordern wir zugleich auf, die hierüber eingehenden Gesuche anzunehmen und dieselben mittelst Berichts so an uns einzusenden, daß sie spätestens am 15. Julius d. J. hier eintreffen. Alle nach diesem Tage hier eingehende Anträge der vorbenannten Art können für das laufende Jahr nicht berücksichtigt werden.

Merseburg, den 16. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Ein Verein achtbarer Männer zu Fulda beabsichtigt, dem Apostel Deutschlands, Winfried Bonifacius, am Frauenberge bei Fulda ein öffentliches Denkmal zu errichten, und ladet für diesen Zweck zu milden Beiträgen ein. Indem wir das Publicum gegenwärtig hiervon in Kenntniß setzen, überlassen wir den Kreis- und Orts-Vorständen, sich der Einsammlung solcher milden Beiträge zu unterziehen, und benachrichtigen dieselben gleichzeitig, daß sie letztere an den Herrn Rath- und Stadt-Vorstand Kepler zu Fulda, als ersten Vorsteher jenes Vereins, unmittelbar einzusenden haben.

Merseburg, den 10. Junius 1828.

Königlich Preussische Regierung.

# Extra-Blatt

zum

Vier und Zwanzigsten Stück des Amtsblatts  
der  
Königlichen Regierung.

---

Ausgegeben zu Merseburg den 28. Junius 1828.

---

## R e g l e m e n t

über

die Bewilligung von Grundsteuer-Erlassen im Herzogthume  
Sachsen.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc.

Die wesentlichen Veränderungen, welche bei den Grundsteuern im Herzogthume Sachsen durch das Gesetz über die Einrichtung des Abgabewesens vom 30. Mai 1820 eingetreten sind, haben es erforderlich gemacht, die hiermit in genauer Verbindung stehenden Bestimmungen über die Steuer-Erlasse, Remissionen und Vergnabungen einer sorgfältigen Revision zu unterwerfen.

In Folge dieser sind nachstehend die Grundsätze zusammengestellt, nach denen, mit Aufhebung der ältern des Gegenstandes halber ergangenen Verordnungen, bei Bewilligung der Grund-Steuer-Erlasse, vom 1. Januar d. J. ab, in allen denjenigen Ortschaften des Herzogthums Sachsen zu verfahren ist, welche ehemals zu dem Meißner, leipziger, Thüringer, Neustädter und Churkreise, zu den Stiftern Merseburg, Raumburg und Zeitz, zu den Grafschaften Stolberg-Stolberg und Kösitz, den Ämtern Kelbra und Heringen, und zu den Theilen der Grafschaft Mansfeld gehörten; in welchen die Altsächsishe Steuer-Verfassung besteht. In den übrigen Theilen des Herzogthums, namentlich also in den beiden kursächsischen und dem Quersfurter Kreise, und in der Grafschaft Henneberg, verbleibt es dagegen zur Zeit bei den für solche einzelne Theile bestehenden besondern Vorschriften.

§. 1.

A. Grund-  
sätze.  
2) Fälle, in  
denen Steuer-  
er. Erlass ein-  
tritt.

Steuer-Erlasse aus dem Remissions-Fonds können in folgenden Fällen bewilligt werden:

- 1) beim Wiederaufbau wüst gewordener Stellen und bei neuen Anlagen von Wohnstellen auf früher noch nicht bebaut gewesenem Plätzen;
- 2) bei Brandschäden, durch welche Gebäude eingestürzt, oder wenn Gebäude zur Verhütung der weiteren Verbreitung des Feuers niedergerissen werden;
- 3) bei Ueberschwemmung, wenn Gebäude dadurch zerstört, oder zur Abwendung von größeren Wasserschäden weggebrochen werden;
- 4) beim Hagelschlag oder bei Ueberschwemmungen, wodurch Feld- oder Weinbergs-Grundstücke beschädigt werden, ingleichen bei Feldschäden, welche durch totale Auswinterung der Früchte und durch Mäusefraß erwachsen;
- 5) beim Verlust an Vieh durch Feuer und durch ansteckende Krankheiten.

§. 2.

2) Allgemei-  
ne Bestim-  
mungen über  
die Ermitt-  
lung des Er-  
lasses.

Die Steuer-Erlasse werden in der Regel nach dem Betrage der Grundsteuern aller Art berechnet, welche der Erlaß-Berechtigte entrichtet, und es wird den hierbei zu jenen Steuern gezahlt:

- a) die Schock- (Land- und Pfennig-) Steuern;
- b) die Quatember-Steuer;
- c) die Cavallerie-Verpflegungs-Steuer, Rations- und Portions-Gelder;
- d) die Serviststeuer der Städte, wobei jedoch Hinsicht dieser sowohl, als der vor- unter c. gedachten Abgabe der Erlaß für einzelne Vertheilte nur insoweit eintreten kann, als die Steuer wirklich auf die einzelnen Grundstücke unveränderlich radicirt, und in ein Cataster gebracht ist, nicht aber von den Gemeinden im Ganzen entrichtet wird, als in welchem letztern Falle ein Erlaß an dem Steuer-Contingente der ganzen Gemeinde nur dann statt finden kann, wenn der Schaden die sämmtlichen Steuerpflichtigen der Gemeinde oder der Mehrzahl in solchem Maße betroffen hat, daß die Gesamtheit nach den weiter unten aufzustellenden Grundsätzen einen Anspruch auf Erlaß nachweisen kann.

Unter gleicher Modalität werden ferner bei Bestimmung des Erlaß-Quantum berücksichtigt:

- e) alle auch unter andern älteren Benennungen aufkommende und auf contribuabale Grundstücke radicirte landesherrliche Grundsteuern, dagegen: die ritterschaftlichen Donativ- und Erbhöfungs-Gelder von der Erlaß-Berechtigung wie bisher ausgeschlossen bleiben.

§. 3.

Wenn eine Stelle, worauf früher ein Wohngebäude gestanden hat, welches seit fünf Jahren eingegangen ist, wieder bebauet wird, findet eine dreijährige Befreiung von den auf den Grundstücke bereits haftenden oder nach Befinden wegen des entstehenden neuen oder erweiterten Etablissements, anderweit zu regulirenden Steuern statt, und es wird dabei auf die Art, wie, und auf den Preis, für welchen die wieder bebaute Stelle von dem Neubauer erworben ist, keine Rücksicht genommen. Ist die Baustelle, welche wieder bebaut wird, aber seit Zwanzig Jahren oder längerer Zeit eingegangen gewesen, so wird die gedachte Steuer-Befreiung auf sechs Jahre ausgedehnt.

b) Besondere Bestimmungen über die einzelnen Re-missionsfälle:  
a) wegen wieder ange-bauter Häuser Stellen.

§. 4.

Werden Wohnhäuser erbaut, wo vorher noch niemals Gebäude gestanden haben, so daß also ein ganz neues Etablissement entsteht, so findet eine dreijährige Befreiung von der zu übernehmenden Steuer statt.

b) wegen Neubau auf noch niemals mit Wohnge-bäuden be-standenen Stellen.

§. 5.

Die Besitzer von Gebäuden, welche entweder unmittelbar durch Feuersbrunst oder durch die zur Verhinderung der weitern Verbreitung des Feuers getroffenen Maaßregeln beschädigt worden, können nur dann auf einen Steuer-Erlaß Anspruch machen, wenn das Gebäude seiner Dachung beraubt und das Innere desselben dergestalt ausgebrannt oder zerstört ist, daß es in diesem Zustande, mit Ausnahme der dabei befindlichen Keller und Gewölbe, weder im Ganzen noch in seinen einzelnen Theilen, nach Maaßgabe seiner früheren Bestimmung, zur Bewohnung oder zu anderem wirtschaftlichen Besuche bleibend benützt werden kann.

c) Wegen Brandschä-den.

§. 6.

Der für diese Art der Beschädigung zu bewilligende Steuer-Erlaß erstreckt sich nicht bloß auf die Steuer, welche auf dem beschädigten Gebäude selbst haftet, sondern auch auf diejenigen, demselben Eigenthümer zugehörigen Grundstücke, die mit dem abgebrannten Gebäude wenigstens zehn Jahre hindurch ununterbrochen verbunden gewesen und von dort aus bewirtschaftet sind, kann aber auf die dem Beschädigten sonst noch zustehenden und mit dem abgebrannten Gebäude nicht in der eben bezeichneten Verbindung stehenden Grundstücke keineswegs ausgedehnt werden.

§. 7.

Der Steuer-Erlaß wird in dem Falle, daß sämmtliche zu einem, ohne Unterschied: ob städtischen oder ländlichen, Hofe gehörenden Gebäude abgebrannt, oder in dem eben bezeichneten Maaße beschädigt sind, auf den zweijährigen Betrag der Grund-Steuern von den zum Hofe gehörenden Grundstücken bewilligt.

§. 8.

Sind aber nicht sämmtliche Gebäude eingeküchert, oder beschädigt, so tritt in der Regel

a) bei Einkücherung des Wohngebäudes ein einjähriger,

b) bei Einkücherung der Scheunen oder Stallungen ein halbjähriger Erlass ein, mit der Maafsgabe jedoch, daß auch in dem Falle zu b der Erlass bis zum ganzjährigen Betrage gesteigert werden kann, wenn erweislich bedeutende Quantitäten eingeküchelter Früchte mit verbrannt sind; Hintergebäude in den Städten werden nach Maafsgabe ihrer Benutzung den Scheunen oder Stallungen gleich gehalten.

§. 9.

Bei städtischen und ländlichen Gebäuden, zu denen entweder gar keine anderweit nutzbare Grundstücke an Wiesen, Gärten u. als Pertinenzien gehören, oder welche nur mit einem kleinen Hausgarten bis zur Größe von einem halben Morgen versehen sind, tritt im Falle der Einkücherung oder totalen Beschädigung der Gebäude jedesmal der volle Steuer-Erlaß (§. 7-) ein.

§. 10.

a) Wegen  
Wasserschä-  
den.

Wegen der durch Wasserfluthen oder Eisgänge zerstörten, oder gänzlich unbrauchbar gemachten, ingleichen der zur Abwendung größerer Gefahr in Folge polizeilicher Maafregeln abgebrochenen Gebäude treten die nämlichen Steuer-Erlaß-Sätze wie bei erlittenen Brandschäden ein, und finden die in den §§. 5 — 9. Hinsichts der letzteren enthaltenen Bestimmungen auch hier volle Anwendung.

§. 11.

a) Wegen  
Feldschäden  
durch Hagel-  
schlag. Ueber-  
schwemmun-  
gen u.

Wenn ganze Feldsturen oder größere Theile derselben durch Hagelschlag oder anhaltende heftige Regengüsse oder durch Uberschwemmungen so stark betroffen werden, daß dadurch mehr als die Hälfte der gesammten Erndte eines Mitteljahres an Sommer- und Wintergetreide, wozu auch die im Winter- und Sommerfelde erbauten Delsfrüchte gerechnet werden, verloren gehen, so wird ein Steuer-Erlaß zu zwei Dritteln des ganzjährigen Steuerquantils, und wenn der Verlust über zwei Drittel der mittlern Erndte beträgt, zum ganzjährigen Steuerquantil bewilligt. Hat der Schaden entweder nur das Winterfeld, oder nur das Sommerfeld, oder aber beide in verschiedenen Verhältnissen betroffen, so wird bei der Ermittlung des Erlasses von dem Grundsatz ausgegangen, daß der Ertrag des Winterfeldes zwei Drittel, der Ertrag des Sommerfeldes ein Drittel der gesammten Erndte ausmache.

Alle Dachbenutzung bleibt bei dieser Berechnung ausgeschlossen.



§. 12.

Bei Beschädigungen der Wiesen, welche durch die vorgebachten Ereignisse entstehen, wird in gleicher Art verfahren, und bei zweischürigen Wiesen die erste Mähe zu zwei Dritteln, die Grummet- oder Nachmähe zu einem Drittel des Gesamt-Ertrags angenommen, so fern nicht besondere örtliche Verhältnisse eine Ausnahme hierunter erforderlich machen.

§. 13.

Nach gleichen Grundsätzen wird ferner auch bei Weinbergen, wenn mindestens die Hälfte der sämmtlichen Weinbergs-Grundstücke in dem Maaße beschädigt worden, daß sie in dem Jahre, in welchem sich der Schaden ereignet, keinen Ertrag gewähren können, zwei Drittel der ganzjährigen Steuer, und wenn zwei Drittel oder darüber in gleichem Maaße beschädigt sind, die ganzjährige Steuer erlassen.

§. 14.

Für Beschädigungen an Gärten, Wiefweiden &c. findet eine Remissions-Bewilligung überall nicht statt.

§. 15.

Wenn sich bei den nach diesen Berechnungen zuzulegenden Verlust-Tabellen für die einzelnen Beschädigten ergibt, daß der Verlust Einzelner die Hälfte oder resp. zwei Drittel des mittleren Ertrages von den zu einem ganzen Gehöfte gehörenden Pertinenzial-Grundstücken nicht überschreitet, so bleiben diese in geringerem Maaße beschädigten Besitzer im ersten Falle von der Theilnahme ganz ausgeschlossen, und nehmen im andern Falle daran nur zu dem geringeren Verhältnisse von zwei Dritteln des Steuer-Betrages, welcher auf die beschädigten Grundstücke zu rechnen, Theil.

§. 16.

Werden dagegen einzelne, besonders catastrierte (sogenannte walgende) Grundstücke durch Hagelschlag oder Ueberschwemmung in dem vor. (§. 12.) bezeichneten Maaße betroffen, so hat der Besitzer zwar ebenfalls den Erlass, jedoch nur an derjenigen Steuer, mit welcher ein solches Grundstück für sich catastriert ist, zu genießen.

§. 17.

Auf Feldschäden und Erndte-Verluste, welche aus andern als den vorgebachten Ursachen erwachsen, wird in der Regel ein Steuer-Erlaß nicht bewilligt. Wenn jedoch einzelne Gemeinden durch gänzliche Auswinterung der Frucht oder durch Mäusefraß einen Verlust erleiden, welcher in Vergleich gegen eine zu erwartende Mittelerndte und unter Mitberücksichtigung der namentlich bei Aus-

winterungen eintretenden anderweiten Vernehmung des Feldes, bis auf die §. 11. bezeichnete Höhe ansteigt, so kann auch in diesen Fällen nach pflichtmäßigem Er-messen der Regierung, in so weit es der Zustand der zu diesem Zwecke etatsmä-ßig ausgelegten Fonds gestattet, ein Erlaß von der Hälfte bis zwei Dritteln der ganzjährigen Steuer eintreten.

Auf Mißröndten hingegen, welche in der Ausdehnung auf größere Land-striche durch allgemeine Naturereignisse, übermäßige Dürre, späte Fröste u. ent-stehen, ist durch Steuer-Erlasse niemals Rücksicht zu nehmen.

#### §. 18.

1) Wegen  
Verhewußt.

Ein Steuer-Erlaß wegen verlorenen Kindviehes findet blos dann statt, wenn von dem gesammten Kindviehstande einer städtischen oder ländlichen Guts- oder Ackerwirthschaft an Ochsen und Kühen wenigstens zwei Drittel an ansteckenden Seuchen, als: Ioserdürre, Lungenseuche, Milzbrand u. gestorben sind, oder, um der weiteren Verbreitung der Seuche ein Ziel zu setzen, haben getödtet werden müssen, oder bei entstandenen Feuersbrünsten mit verbrannt sind, keineswegs aber, wenn das Vieh durch andere Zufälle und Krankheiten verunglückt, oder durch Vernachlässigung umgekommen ist. Ausnahmungsweise aber tritt bei solchen Ein-fällen, welche gewöhnlich nur ein oder zwei Stück Kindvieh halten, ein Erlaß dann schon ein, wenn sie auch nur ein Stück ihres Viehstandes durch Seuche oder Feuer verloren haben.

#### §. 19.

Wegen anderer Haltung von Zuchtvieh, als: Pferde, Schaafse, Schweine, Ziegen u. s. w. findet, wenn sie auch an Seuchen gefallen sind, ein Steuer-Erlaß nicht statt. Nur wenn bei einer entstandenen Feuersbrunst wenigstens zwei Drittel der zu dem Viehstande des betroffenen Gutes gehörigen Pferde oder mindestens zwei Drittel eines dem Beschädigten zuständigen, aus dreißig und mehr Stücken bestehenden Schaafstammes mit verunglückt sind, wird in eben dem Maaße, wie wegen des durch Brandschaden eingebüßten Kindviehes, ein Erlaß bewilligt.

#### §. 20.

In den hiernach zu einem Erlaß geeigneten Fällen beträgt letzterer in der Regel drei Thaler für jedes verlornen Stück Kindvieh oder Pferd, oder für je zehn Schaafse, mit der Beschränkung jedoch, daß, wenn sich hiernach der einem Verlusttragenden zu bewilligende Steuer-Erlaß auf mehr als den zweijährigen Betrag der gesammten Grundsteuer, welche von den Pertinential-Grundstücken seines Gutes zu entrichten, belaufen würde, ein Mehreres als diese letzte Sum-me nicht zu erlassen ist. Steuer-Erlasse, welche dem Pflichtigen aus einem andern Titel, z. B. wegen erlittenen Brandschadens, zu Theil werden, kommen auf den oben bemerkten zweijährigen Steuer-Erlaß nicht in Abrechnung.

§. 21.

Damit den betreffenden Steuerpflichtigen die im Vorstehenden bezeichneten Erlasse und Unterstützungen zur gehörigen Zeit gewährt werden können, sind nach Verschiedenheit der Veranlassungen folgende Bestimmungen zu beachten.

B. Verschäden bei Ermittlung der Erlasse und Unterstützungen.

§. 22.

Wer eine wüste Stelle wieder zu bebauen oder ein neues steuerpflichtiges Etablissement anzulegen beabsichtigt, hat sich des Endes zunächst bei den Orts- oder Polizeibehörden zu melden, welche letztere ihm nach eingezogener Genehmigung der Regierung die Bedingungen, unter denen der Anbau zu gestatten, bekannt zu machen haben.

a) Wegen Anbaues von Wüstungen und Erbauung neuer Etablissements.

Die Frist, von welcher ab die vor (§. 3. und 4.) bestimmten Steuerfreiheiten zu berechnen, hebt vom ersten des auf jene Bekanntmachung folgenden Monats an, und nach Ablauf der Freijahre wird mit Einziehung der festgesetzten Steuer auch dann vorgeschritten, wenn der Ausbau bis dahin noch nicht ganz beendigt seyn sollte.

Wenn auf einer zum Anbau überlassenen wüsten Stelle ein Theil der darauf ursprünglich haftenden Steuern fortdauernd gangbar gewesen, und deren Erlaß auf die Dauer der Freijahre nachgelassen ist, so muß spätestens binnen Jahresfrist mit Bebauung der Stelle ein wesentlicher Anfang gemacht werden, widrigenfalls der Erwerber die bis dahin gangbaren Steuern auf jedes Jahr noch zu entrichten hat. Sofern aber auch nach Verlauf eines zweiten Jahres mit der Bebauung noch nicht vorgeschritten seyn sollte, so geht der Erwerber außerdem seines Rechts auf die Stelle verlustig. Der Erwerber einer wüsten Stelle, worauf noch gar keine gangbare Steuer bisher gehaftet hat, ist gleichmäßig, bei Verlust seines Rechts auf die Stelle, die Bebauung derselben innerhalb 2 Jahren zu bewerkstelligen verbunden, und sind diese Bestimmungen jedesmal in den zum Anbau zu ertheilenden Genehmigungen bestimmt auszudrücken.

§. 23.

Bei Brandschäden ist dem von der Behörde zu erstellenden Berichte über zu bewilligenden Steuer-Erlaß nicht nur eine tabellarische Uebersicht der Hauptpunkte, worauf es bei der Bewilligung ankommt, nach dem unter A. beiliegenden Muster, beizufügen, sondern es sind auch entweder die Acten wegen der aus der Brandversicherungs-Kasse zu gewährenden Vergütung, in welchen das Besichtigungs-Protocoll über den Brandschaden enthalten ist, oder letztgedachtes Protocoll in Abschrift oder im Auszuge mit einzusenden.

b) Wegen Brandschäden.

A.

§. 24.

Die Ortsvorsteher in den unmittelbaren Dorfschaften und die Ortsobrigkeiten in den Städten und mittelbaren Dorfschaften haben die wegen erstlittenen

Brandschadens zu bewilligenden Steuer-Erlasse spätestens innerhalb vierzehn Tagen nach dem Brande entweder schriftlich oder mündlich zu Protocoll bei dem Landrath anzumelden, welcher in Gemeinschaft mit dem Rentanten der Kreis-Kasse, letzterer unter Vorfügung einer Nachweisung, nach dem Muster unter B., binnen drei Monaten der Regierung Bericht zu erstatten hat. Hingegen eintretende Säumnisse der Orts-, Kreis- und Steuer-Behörden werden durch Ordnungsstrafen gerügt.

B.

§. 25.

c) Wegen Gebäudeschäden durch Ueberschwemmungen und Eisgang.

Wenn bei Ueberschwemmungen und Eisgängen Gebäude zerstört, unbrauchbar gemacht, oder auf polizeiliche Anordnung abgebrochen sind, haben die Ortsvorsteher in den unmittelbaren Dorfschaften und die Ortsobrigkeiten in den Städten und mittelbaren Dorfschaften unter Zuziehung sachverständiger Werkmeister, sobald es der Wasserstand gestattet, eine Besichtigung zu veranstalten und in dem darüber aufzunehmenden Protocolle den stattgefundenen Schaden genau zu specificiren.

Dieses Protocoll ist binnen vierzehn Tagen dem Kreis-Landrath einzureichen, wonächst in gleicher Art, wie §. 24., angeordnet worden, versahren wird.

§. 26.

d) Wegen Feldschäden durch Hagelschlag oder sonstige Naturereignisse.

Bei den durch Hagelschlag oder sonstige Naturereignisse verursachten Schäden an Feld-Grundstücken oder Weinbergen hat der Eigenthümer, wenn er sich deshalb zu einem Steuer-Erlaß berechtigt hält, dem Landrath binnen drei Tagen nach Eintritt des Schadens Anzeige zu erstatten, worauf alsdann Seitens des gedachten Beamten, unter Zuziehung der Ortsvorsteher und zweier aus benachbarten Gemeinden zu wählenden, der Flur kundigen Achteleute, eine Besichtigung der beschädigten Grundstücke zu veranstalten ist, welche bei Hagelschäden spätestens innerhalb vierzehn Tagen nach dem eingetretenen Schaden, und bei Ueberschwemmungen binnen vierzehn Tagen nach dem Zeitpunkte, wo der Stand des Wassers die Besichtigung erlaubt, vorgenommen werden muß. Die Auswahl der zur Würdigung des Schadens zuzuziehenden Achteleute steht lediglich dem Landrath zu, welcher hierbei insonderheit auf angesehene, zuverlässige und einer Parteilichkeit nicht verdächtige Männer seine Wahl zu richten hat. Die Taxatoren sind vor Anfang des Geschäfts nach Anleitung der §§. 202. bis 204. Th. I. Tit. X. der allgemeinen Gerichtsordnung zu erteilen, auch die Ortsvorsteher, Hinsichts der von ihnen ausgehenden Anweisung der beschädigten Grundstücke und sonstigen von ihnen zu liefernden Nachrichten, auf ihren Dienstseid zu verweisen.

§. 27.

Hat sich bei Feldgrundstücken der Schaden noch zeitig im Jahre ereignet, und zwar zu einer Zeit, wo die Saat noch keine Aehren hat, oder wo in diesen

noch keine Körner sind, so ist die Besichtigung, mit Zuziehung der Ortsvorsteher, gegen den Eintritt der Erndte zu wiederholen. Diese nochmalige Besichtigung ist auch in den Fällen erforderlich, wo wegen stattgehabter Auswinterung der Früchte, Steuer-Erlaß in Anspruch genommen wird, und bleibe alsdann die Untersuchung auch darauf mit zu richten, ob die Wiederbestellung der ausgewinterten Felder nur durch Säumniß oder sonstige Schuld der Eigenthümer unterblieben ist.

§. 28.

Bei dieser Besichtigung ist insbesondere darauf zu sehen, ob alle zu einem geschlossenen Gute nach der §. 6. gegebenen Bestimmung gehörige artbare Felder, mit Ausschluß des Brachschlages, oder die Weinberge in solchem Maasse beschädigt sind, daß danach ein Steuer-Erlaß nach Vorschrift der §§. 11 — 17. zulässig wird, und ist das diesfällige Gutachten der Taxatoren sowohl in Abseht des als Grundlage angenommenen mittleren Ertrages, als des dagegen eintretenden Ausfalls bestimmt zu protocolliren. Auf den Grund dieses von den Achtsleuten zu vollziehenden Protocolls ist eine Tabelle des verursachten Schadens nach dem unter C. beigefügten Muster aufzustellen.

§. 29.

Spätestens binnen vier Wochen nach der ersten, oder, wo dies nöthig, der zweiten Besichtigung ist wegen des zu bewilligenden Steuer-Erlasses unter Einreichung der Protocolle gemeinschaftlich von dem Landrathe und der Kreissteuer-Behörde an die Regierung Bericht zu erstatten, und der Erlaß mittelst Befügung einer besondern Tabelle nach dem Muster unter D. zu liquidiren.

§. 30.

Wer Steuer-Erlaß wegen eingebüßten Viehes in Anspruch nehmen will, muß, sobald ihm ein Stück Vieh gefallen ist, und bevor dasselbe fortgeschafft ist, sich bei den Ortsvorstehern melden. Diese besichtigen entweder selbst, oder durch einen Beauftragten das gefallene Stück, untersuchen die hierbei in Frage kommenden Umstände, und fertigen, sofern den Betheiligten danach wirklich ein Anspruch auf Steuer-Erlaß zusteht, die Tabelle nach dem unter E. anliegenden Muster aus. Wenn der Verlust durch eine Feuersbrunst veranlaßt ist, muß über die Zahl der verlorenen Stücke, und über die Zeit und Ursache des Verlustes in die von den Orts-Vorstehern ebenfalls aufzunehmende Verlust-Tabelle das Erforderliche bemerkt werden.

Mit dieser Tabelle muß sich der Betheiligte binnen vierzehn Tagen beim Kreis-Landrath melden, welcher den Tag der erfolgten Verfügung sofort darauf zu vermerken hat, und deshalb, wenn er es nöthig findet, die weiteren Erörterungen veranlaßt. Der Landrath fertigt dann gemeinschaftlich mit dem Kreis-Steuer-Einnehmer gegen den Jahresluß eine Haupt-liquidation nach dem

\*) Wegen Viehverlust.

F. Muster unter F. an, und reicht sie, mit den Special-Tabellen belegt, am ersten December der Regierung ein.

Die Einsassen, welche, obiger Vorschrift zuwider, es versäumen, den Verlust in Zeiten bei den Ortsvorstehern und dem Kreis-Landrath anzumelden, verlieren dadurch jeden Anspruch auf Steuer-Erlaß für ihren Verlust.

§. 31.

Außer den von den Beschädigten zu ersetzenden baaren Auslagen für die bei den Besichtigungen zuzuziehenden Achtsleute: sind in Steuer-Remissions-Angelegenheiten durchaus keine Kosten in Ansatz zu bringen, vielmehr sind alle Verhandlungen Stempel- und sportelfrei auszufertigen.

Berlin, den 6. Mai 1828.



(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gez.) Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

(gez.) v. Altenstein. v. Schuckmann. Graf  
v. Lottum. Graf v. Bernstorff. Graf v. Dan-  
telmann. v. Moß. v. Hake.

In Folge der hohen Verfügung des Königl. Finanz-Ministeriums vom 30. Mai d. J. wird vorstehendes in beglaubigter Abschrift uns zugefertigtes Allerhöchst vollzogenes Remissions-Reglement für die ehemals Sächsischen Landtheile den sämmtlichen Steuerpflichtigen, den Königl. Landräthen, den Königl. Kreisassen, Obrigkeiten und Orts-Steuer-Einnehmern des 1c. zur Nachricht und pünktlichen Nachachtung in vorkommenden Remissionsfällen hierdurch zugefertiget.

Merseburg, den 17. Junius 1828.

Königlich Preussische Regierung.



**B.**

M u s t e r   z u r

des, Einwohnern der Gemeinde . . . . . im Kreise . . . . .  
Steuer-Elasses.

| Tausende Nr. | Namen und Wohnort<br>der<br>Abgebrannten. | Benennung der<br>abgebrannten<br>Gebäude. | Der Abgebrannte hat<br>jährlich an<br>Grundsteuern<br>zu entrichten. | Der Steuerbetrag ist<br>reglementsmäßig zu<br>erlassen für | Laut der vorigen Nachweisung ist der Betrag<br>bereits vorausgabt |                           |   |
|--------------|---|---|--|--|---|---------------------------|---|
|              |   |   |  |  | für<br>Jahr.  | in der<br>Rechnung<br>pro | Nummer<br>des<br>Betlags.                             |
|              |   |   |  |  |   |                           | Diese Spalten werden bei der Reglementung ausgefüllt. |



# Nachweisung

wegen erlittenen Brandschadens zustehenden reglementsmäßigen  
18 . .

| Bis Ende des laufenden<br>Jahres sind zu voraus-<br>gaben. |       |         | Noch<br>ferner blei-<br>ben anzu-<br>weisen. | Namens-Beischrift<br>der<br>Erlaßgenießer<br>statt Quittung.  |
|--|-------|---------|--|---|
| für  |       |         |  |   |
| Jahr.  | Jahr. | Gr. Pf. |  |   |
|  |       |         |  | Diese Beischriften können, wie sich von<br>selbst versteht, erst nach erfolgter Anweis-<br>ung der Erlaßbeträge, bei welcher Gele-<br>genheit der betreffenden Special-Kasse die<br>Nachweisung wieder zugeht, hinzugefügt<br>werden. |



# Nachweisung

... verursachten Schaden an Feldfrüchten u.

... 18 ...

| Mittlerer Be-<br>trag des<br>Grundstücks. |                            | Angabe der Beschädig-<br>ung nach Scheffel Aus-<br>saat, bei Weinbergen nach<br>Aedern oder Pfahlhaufen. |                            |                 | Der Verlust ist demnach<br>auf die nachstehend ver-<br>zeichneten Theile anzunehmen. |                              |                            | Betrag<br>der auf<br>dem Gute<br>(Grund-<br>stück) haf-<br>tenden Grund-<br>Steuern. |  | Bemerkun-<br>gen.  |
|---|----------------------------|--|----------------------------|-----------------|--|------------------------------|----------------------------|--|--|--|
| Winter-<br>früchte.                       | Somm-<br>mers-<br>früchte. | Winter-<br>früchte.  | Somm-<br>mers-<br>früchte. | Wein-<br>berge. | Voll-<br>Winter-<br>Getreide   | Voll-<br>Sommer-<br>Getreide | Bei den<br>Weinber-<br>gen |  |  |  |
| Scheffel.                                 | Scheffel.                  | Scheffel.  | Scheffel.                  |                 | auf:   | auf:                         | auf:                       |  |  |  |
|   |                            |  |                            |                 |  |                              |                            |  |  | Beschädigun-<br>gen an Vie-<br>segrundstük-<br>ken können<br>unter verän-<br>derten Uebere-<br>schriften<br>„Heumahl,<br>Grummets-<br>mahl“ statt<br>Winterfrüch-<br>te, Sommers-<br>früchte, in die<br>für Acker-<br>grundstücke<br>bestimmten<br>Spalten ein-<br>getragen wer-<br>den. |





E.

M u s t e r z u r

des, Einwohnern der Gemeinde . . . . . im Kreise . . . . .

[illegible]



des, Einwohnern der Gemeinde . . . . . im Kreise . . . . .  
wegen erlittenen Viehverlustes, reglementsmäßig gebührenden Steuer-  
Erlasse 18 . . .

Digitized by Google



# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

25. Stück.

---

Ausgegeben zu Merseburg den 28. Junius 1828.

---

## B e k a n n t m a c h u n g.

Nachdem die Wahlen der Abgeordneten der Städte und der Landgemeinden zu den Kreis-Versammlungen eines jeden landrätlichen Kreises der Provinz Sachsen im Laufe des vergangenen Jahres, der Kreis-Ordnung vom 17. Mai v. J. gemäß, stattgefunden haben, bestimme ich nunmehr, daß die fernerhin wegen des Abgangs der gewählten Abgeordneten nothwendig werdenden Wahlverhandlungen von den Herren Landräthen nicht mehr an mich, sondern an die betreffende Königl. Regierung eingereicht werden sollen, welche dieselben näher prüfen und nach Befinden der Umstände das weiter Erforderliche veranlassen wird.

Da übrigens in mehreren Kreisen der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Schleßen es an Schulzen oder Dorfrichtern fehlt, welche das zur Qualifikation eines bäuerlichen Kreistags-Abgeordneten durch die Kreisordnung vorgeschriebene Grundeigenthum besitzen, so ist Allerhöchsten Orts das Königl. Ministerium des Innern autorisirt worden, von dieser Vorschrift bei der Wahl der Kreistags-Abgeordneten des Standes der Landgemeinden zu dispensiren, sobald in einem Kreise ein solcher Mangel an gesetzlich begüterten Schulzen und Dorfrichtern nachgewiesen wird, daß die Vertretung des Bauernstandes auf den Kreistagen dadurch wesentlich gehindert werden würde. In den vorkommenden Fällen haben daher die Herren Landräthe die erforderlichen Anträge bei der Königl. Regierung zu formiren.

Magdeburg, den 14. Junius 1828.

Der Geheime Staats-Minister von Klerwig.

---

## B e k a n n t m a c h u n g .

Im Verfolg des Publicandums vom 15. März d. J. wegen Ertheilung der Seitens des Staats erforderlichen Erlaubniß zur Vollziehung von Parochial-Handlungen durch einen evangelischen Geistlichen bei einem katholischen Eingepfarrten und umgekehrt, wird nachträglich hierdurch bekannt gemacht, daß diese Erlaubniß in Betreff der Weerdigungen, weil dabei keine Zeit zu verlieren, für die evangelischen Geistlichen bei dem Herrn Superintendenten der Diöces, für die katholischen Geistlichen aber bei dem Herrn Landrath des Kreises, welche zu der resp. im Auftrage des Königl. Consistorii und des Königl. Oberpräsidii den Pfarrern zu ertheilenden desfalligen Erlaubniß hierdurch autorisirt werden, nachzusehen ist. Von der hiernach ausgestellten Erlaubniß haben übrigens die Herren Superintendenten und Herren Landräthe jedesmal resp. dem Königl. Consistorio und dem Königl. Oberpräsidio Anzeige zu machen.

Magdeburg, den 11. Junius 1828.

Der Geheime Staats-Minister von Kiewig.

---

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 80. Aus den im Wege des Recurses zu unserer Kenntniß gekommenen Resolutionen der Polizeibehörden in unserm Regierungsbezirke haben wir ersehen, daß die Contraventionen wegen unterlassener polizeilicher Meldung der Fremden mit verschiedenen Geldstrafen belegt worden sind.

Damit nun ein gleichmäßiges Verfahren in dergleichen Fällen statt finde, so bestimmen wir hierdurch: daß die erste Contravention dieser Art

in den Städten mit 1 Thaler

und auf dem platten Lande mit 20 Silbergroschen

zu bestrafen ist, im ersten Wiederholungsfall aber verdoppelt, und bei ferneren Uebertretungen der gesetzlichen Vorschrift in den Städten bis zu Fünf Thalern und auf dem platten Lande bis zu Drei Thalern erhöht werden kann.

Die Polizeibehörden in unserm Regierungsbezirke haben sich darnach zu achten.

Merseburg, den 17. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

---

Befanrtlich enthalten die Mittheilungen zur Beförderung der Sicherheits-  
Pflge, herausgegeben von dem Herrn Polizeirathe Merker zu Berlin, die nö-  
thigen Aufschlüsse, welche den Polizeibehörden zur Ermittlung von Verbrechen  
erforderlich sind, und dienen diesen Behörden besonders dazu, auf verdächtige  
Personen aufmerksam zu werden, so wie sie bei Ertheilung von Pässen oder Visa's  
den Polizeibehörden einen Anhalt gewähren.

Nr. 81.  
Einsendung  
von Nachrichten  
über wichti-  
ge politische  
Ereignisse  
betr.

Um nun diese Mittheilungen so gemeinnützig als möglich für die Behörden  
zu machen, wünscht die Redaction derselben, von erlassenen Steckbriefen, Be-  
kanntmachungen über Verbrecher und Verbrechen, und ähnlichen wichtigen poli-  
zeiilichen Ereignissen, Nachricht direct zu erhalten, und in dieser Hinsicht veran-  
lassen wir daher die Polizeibehörden unsers Regierungsbezirks:

dergleichen Notizen aus ihrem Polizeibezirke der Redaction der Mitthei-  
lungen zur Beförderung der Sicherheitspflge zu Berlin, jedesmal schnell  
und direct unter der portofreien Rubrik „Herrschaftliche Polizei-  
Sachen“ zugehen zu lassen.

Merseburg, den 21. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Durch ein Rescript des Königl. Ministerii der Geistlichen, Unterrichts- und  
Medicinal-Angelegenheiten vom 31. v. M. ist nachstehende Verordnung erlassen:

Nr. 82.  
Preisverän-  
derung eines  
Arzneimittels  
betr.

„Da das schwefelsaure Chinin (Chinium sulphuricum) seit kurzer Zeit  
bedeutend wohlfeiler geworden ist, dieses wichtige Arzneimittel auch bei  
der gegenwärtig herrschenden Krankheits-Constitution häufig gebraucht  
wird, und selbst bei der ärmeren Klasse von Kranken nicht entbehrt wer-  
den kann, so wird hierdurch der Verkaufspreis dieses Heilmittels in den  
Apotheken auf einen Silbergroschen pro Gran und auf fünfzehn Sil-  
bergroschen pro Scrupel, als Nachtrag zu der unterm 16. December v.  
J. bekannt gemachten Veränderung der Arznei-Preise pro 1828, er-  
mäßigt.“

Wir setzen hiervon die Apotheker und Physici des Regierungs-Bezirks in  
Kenntniß, und haben sie sich genau nach dieser Verordnung bei dem Verkauf  
und Preisfestsetzung dieses Arzneimittels zu achten.

Merseburg, den 18. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## V e r k a n n t m a c h u n g .

Nr. 83.

Verkauf des  
älteren, mit  
dem schwar-  
zen Stempel  
oben in der  
Mitte des  
Bogens ver-  
sehenen  
Stempelpa-  
piers betr.,

Mit dem Ablaufe des Monats Junius d. J. hört der Verkauf des älteren, mit dem schwarzen Stempel oben in der Mitte des Bogens versehenen Stempelpapiers zu den Werthsätzen von 4, 8, 12, 16 und 20 Gr. Courant oder 5, 10, 15, 20 und 25 Sgr. bei den Stempel-Debitsstellen auf, und es soll vom 1. Julius d. J. an der Verbrauch solchen Stempelpapiers nicht weiter gestattet werden.

Wer noch dergleichen unbeschriebenes, blos mit dem schwarzen Stempel oben in der Mitte des Bogens gezeichnetes Stempelpapier besitzt, und solches nicht bis Ende d. M. verbraucht, kann dasselbe nach der Vorschrift des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 §. 41. vom 1. Julius c. an gegen anderes gültiges Stempelpapier im Laufe d. J. bei den Stempel-Debits-Behörden umtauschen. Mit dem Ablaufe d. J. findet ein Umtausch von dergleichen Stempelpapier nicht weiter statt und jeder darauf gerichtete Antrag wird vom 1. Januar k. J. an zurückgewiesen werden.

Magdeburg, den 15. Junius 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director.  
Für denselben der Regirungs-Rath Rackemann.

## V e r k a n n t m a c h u n g .

Die im 19. Stücke des Amtsblatts d. d. Naumburg den 12. April d. J. befindliche Bekanntmachung des unterzeichneten Gerichts, betreffend die Abgabe des Hypothekenbuchs über das Dorf Langenroda, wird dahin berichtigt, daß die Abgabe nicht an das Königl. Gerichts-Amt Heldrungen, sondern an das Königl. Gerichts-Amt Wiehe erfolgt ist.

Naumburg, den 30. Mai 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

## V e r k a n n t m a c h u n g .

Nachdem das Hypothekenbuch über das Dorf Hechendorf vollendet und an das Königliche Gerichts-Amt Heldrungen zur Fortführung abgegeben worden, wird solches von Seiten des unterzeichneten Landgerichts in Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 16. Junius 1820 hierdurch bekannt gemacht.

Naumburg, den 30. Mai 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

26. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 5. Julius 1828.

## Allgemeine Gesefsammlung.

Das 12te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 1149. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 16. Mai 1828, wornach der Erbschaftsstempel, welcher nach dem Tarif zum Stempel-Steuer-gesef vom 7. März 1822 von Strafen und Abfindungen aus Ehescheidungs-Erkenntnissen zu erheben ist, nicht weiter erhoben werden soll.
- Nr. 1150. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 7. Junius 1828, die veränderte Steuer-Einrichtung im Kreise Wehlar betreffend.
- Nr. 1151. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 18. Junius 1828, über die Befreiung derjenigen, welche das 16te Lebensjahr noch nicht vollendet haben, von der Klassensteuer.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Nachdem die Königl. Sächs. Regierung den diesseitigen Königl. Ministerien erklärt hat, daß, nach dortiger Verfassung, in keinem Falle eine Erstattung der für Verpflegung armer Sächsischer Unterthanen aufgewendeten Kosten an das Ausland erfolgen könne, so werden die Herren Landräthe und Polizeibehörden unsers Regierungsbezirks in Gemäßheit eines deshalb an uns erlassenen Rescripts des Königl. Ministerii des Innern und im Verfolge unserer Bekanntmachung vom 28. Mai v. J. (Amtsbl. Jahrg. 1827, Stück 21, Seite 159) hiermit noch besonders angewiesen, alle dergleichen bei denselben vorkommende Kosten bei uns, gehörig belegt, zur Erstattung zu liquidiren, dagegen aber auch alle Erstattungs-Anträge, welche von Königl. Sächsischen Behörden oder Com-

Nr. 84.  
Die wegfal-  
tende gegen-  
seitige Erstat-  
tung der für  
Preuß. und  
Sächs. arme  
Unterthanen  
aufgewende-  
ten Verpfle-  
gungskosten  
betr.

munen für Kosten der Verpflegung armer Preussischer Unterthanen etwa for-  
mirt werden möchten, gegenseitig gänzlich abzulehnen.

Merseburg, den 23. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

---

Nr. 85. Nach einem unterm 29. Mai d. J. an uns erlassenen Rescripte der Kö-  
nigl. Hohen Ministerien des Innern und der Finanzen, ist auf die Höhern Orts  
zur Sprache gekommene Frage:

ob Beamte, die in ihrer bisherigen Stellung kein Gehalt aus Staats-  
fassen bezogen, oder in einem solchen Amte angestellt waren, aus wel-  
chem ihnen kein Pensions-Anspruch zustand, bei eintretender Versetzung  
in den Staatsdienst oder in ein solches Amt, welches ihnen Pensions-  
Ansprüche gewährt, den im §. 25. des Pensions-Regulativs bestimmten  
Zwölftheil Abzug von dem ganzen ihnen in dem neuen Dienste ge-  
währten Diensteinkommen, oder nur von dem Mehrbetrage des neuen  
gegen das Einkommen der bisherigen Stelle zu entrichten schuldig seyen?

durch einen Beschluß des Königl. Hohen Befehlmen Staats-Ministerii festge-  
setzt worden:

daß dieser Abzug jedesmal von dem ganzen Dienst Einkommen derjenigen  
Stelle gewährt werden müsse, welche den Einrückenden zuerst zum Pen-  
sions-Anspruch aus Königl. Kassen berechtige.

Wir bringen solches hierdurch zur allgemeinen Kenntniß.

Merseburg, den 25. Junius 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kassenwesen.

---

Nr. 86. Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß einzelne Polizei-Behörden in  
den vormals Sächsischen Kreisen unsers Regierungs-Bezirks das Tabakrauchen  
an feuergefährlichen Orten nach dem Sächsischen Mandate vom 18. Februar  
1775 und dem Generale vom 21. Julius 1804 bestrafen.  
Da indessen diese Gesetze keine Provinzial-, sondern allgemeine Landesge-  
setze sind, so ist bereits Seiten des Königl. Ministerii des Innern und der Po-  
lizei dahin entschieden worden, daß selbige für das Herzogthum Sachsen als  
nicht mehr anwendbar zu betrachten wären, und die Allerhöchste Cabinetsordre  
vom 31. August 1815 (Gesetzsamml. Jahrg. 1816, Seite 1), da sie nur eine

Das Taback-  
rauchen an  
feuergefährli-  
chen Orten  
betr.

Declaration des Allgem. landrechts Th. 2, Tit. 20, §. 1550 und §. 1555 ist, bei den desfalligen Strafbestimmungen dagegen in Kraft treten solle.

Die Polizeibehörden in den vormalig Sächsischen Kreisen unsers Regierungs-Bezirks haben sich darnach in vorkommenden Fällen genau zu achten.

Merseburg, den 23. Junius 1828.

### Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Es sind neuerlich zwei Frauen wegen unbefugten Betriebes der Hebammen-Kunst und des dadurch, so wie durch völlig kunstwidrige Behandlung bewirkten Todes einer Schwangern und ihres Kindes, vom Königl. Oberlandes-Gericht zu Naumburg zu zweijähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. Es mag dies den Frauen, die sich bisher erdreistet haben, unbefugter Weise sich mit Ausübung der Hebammen-Kunst zu befassen, zur Warnung dienen, und den Gemeinen die Ueberzeugung gewähren, wie sorgfältig sie bei Auswahl der Hebammenschülerinnen zu verfahren haben, damit der diesen letzteren erteilte Unterricht von Nutzen sey, und wie gefährlich es werde, ununterrichteten Frauen ein Geschäft anzuvertrauen, welches mit reinem Pflichtgefühl und mit Sachkenntniß geübt seyn will, um bei nicht schwierigen Vorfällen sichern Beistand leisten zu können, und den Zeitpunkt nicht zu übersehen, wo die Zuziehung eines bestätigten geschickten Hebärztes unvermeidlich ist.

Merseburg, den 29. Junius 1828.

### Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Die Königl. Kreis-Physici und Kreis-Chirurgen haben bei ihrer Anstellung einen Abdruck der unterm 27. Februar 1811 an das Königl. Polizei-Präsidium zu Berlin und sämtliche Königl. Regierungen erlassenen Verfügung, die Einsendung von wichtigen normwidrigen Naturmerkwürdigkeiten und pathologischen Desorganisationen aus den Provinzen an das Königl. anatomische Museum zu Berlin betreffend, erhalten. Nach einem Rescripte des Königl. Ministerii der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 19ten v. M. sollen wir die darin enthaltenen Vorschriften erneuern. Wir weisen daher die Kreis-Medicinal-Beamten an; die Hebammen in dieser Hinsicht auf die ihnen in dieser Verfügung auferlegte Verbindlichkeit, wonach sie von wichtigen normwidrigen Zuständen der Neugeborenen den Kreis-Physicis Anzeige erstatten, und die Leichen solcher Neugeborenen ungesäumt denselben übersenden sollen, aufmerksam zu machen, mit der Erinnerung, daß diejenigen, welche denselben nicht genügen, in eine angemessene Geld- oder Gefängnißstrafe verfallen

Nr. 87.

Warnung vor Pflüchern in der Hebammenkunst betr.

Nr. 88.

Die Einsendung von Naturmerkwürdigkeiten an das Königl. anatom. Museum in Berlin betr.

werden. Da Landwirthe, Jäger, Fischer und Hirten Gelegenheit haben, auch an Thieren Abweichungen zu beobachten, deren genauere Kenntniß Naturforschern und Aerzten gleich wichtig ist, so werden sie es in vorkommenden Fällen an Ermunterung zur Einsendung solcher merkwürdiger Naturgegenstände nicht fehlen lassen und die Einsendung nöthigen Falls selbst übernehmen, indem sie nach Maaßgabe der Verfügung vom Jahre 1811 am besten beurtheilen können, welche sich dazu besonders eignen. Naturgegenstände gedachter Art werden für das Berliner anatomische Museum an den Königl. Geheimen Rath D. Rudolphi wohlverwahrt nebst der Liquidation der etwa dabei gehaltenen Unkosten und Auslagen eingesandt. Sind sie von bedeutendem Umfange, und können sie ihrer Beschaffenheit oder der weiten Entfernung und der Jahreszeit wegen nicht sicher und schnell nach Berlin gesandt werden, so sind sie in taugliche hölzerne Gefäße unter Brantwein oder reines Wasser, worin etwas Alaun aufgelöst worden, zu setzen und so zu übersenden. Besonders werden noch die Aerzte und Chirurgen aufgefordert, ebenfalls die bei Leichen-Oeffnungen, Operationen u. s. f. gefundenen merkwürdigen pathologischen Mißbildungen auf eben gedachte Weise an das Königl. anatomische Museum zu Berlin einzuschicken und die Vergütung ihrer liquidirten Auslagen und Unkosten zu gewärtigen. Auch wird die Einsendung der in der Gegend von Berlin seltener vorkommenden Thiere zum Zergliedern erwünscht seyn, und es soll in den über das Museum von Zeit zu Zeit herauszugebenden Schriften rühmliche Erwähnung aller derer geschehen, welche sich um die Bereicherung desselben auf die eine oder andere Art verdient gemacht haben. Uebrigens werden, wie am Schluß des angezogenen Rescripts vom v. M. noch bemerkt ist, die dem Königl. anatomischen Museum zu Berlin entbehrliehen Stücke nach Verinden vorzugsweise den Universitäten derjenigen Provinzen zugesandt werden, aus welchen sie eingegangen sind.

Merseburg, den 26. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Das Hypothekenbuch des Dorfes Kleinwilsdorf ist vollendet und hinsichtlich dessen der Erwerb neuer Hypothekenrechte in Gemäßheit des §. 14. des Hypothekenpatents vom 16. Junius 1820 nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu bestimmen. Das unterzeichnete Landgericht bringt dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß das Hypothekenbuch oben gedachten Orts an das Königl. Gerichts-Amt Freiburg zur Fortführung abgegeben ist.

Raumburg, den 14. Junius 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.



## B e k a n n t m a c h u n g e n .

### 1.

Die Hypotheken-Tabellen, welche alle drei Rubriken in sich fassen, sind von den sämmtlichen Grund-Besitzungen des Dorfes

#### S c h ö n a

fertig geworden, und können während des Zeitraums vom 1. Julius bis letzten August dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Justitiarii zu Eilenburg von den Interessenten eingesehen werden. Wir fordern dieselben mit dem Bedeuten dazu auf, daß nach Ablauf des gedachten Zeitraums keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Schöna, den 20. Junius 1828.

Das Herlich Neumannsche Patrimonial-Gericht.

H. Kranold, Justitiar.

---

### 2.

Von sämmtlichen Grundbesitzungen des Dorfes

#### M e n n s d o r f

und dessen Flur sind die alle drei Rubriken in sich fassenden Hypotheken-Tabellen fertig, und liegen selbige in dem Zeitraume vom 1. Julius bis letzten August dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Justitiarii zu Eilenburg zur Einsicht, Behufs etwa dagegen vorzubringender Erinnerungen, bereit.

Vorschriftsmäßig wird dies hierdurch mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß nach Ablauf jener Frist keine Erinnerungen mehr beachtet werden können.

Mennsdorf, den 20. Junius 1828.

Das Adeltich Wietersheimsche Patrimonial-Gericht.

H. Kranold, Justitiar.

---

### 3.

Von sämmtlichen Grundbesitzungen der Dörfer

#### Grufna, Laufzig und Mörtzig

und deren Flur sind die alle drei Rubriken in sich fassenden Hypotheken-Tabellen fertig, und liegen selbige in dem Zeitraume vom 1. Julius bis letzten Au-

gust dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Justitiarii zu Eilenburg zur Einsicht, Behufs etwa dagegen vorzubringender Erinnerungen, bereit.

Vorschriftsmäßig wird dies hierdurch mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß nach Ablauf jener Frist keine Erinnerungen mehr beachtet werden können.

Grufna, den 20. Junius 1828.

Das Gräfl. Hohenthalsche Patrimonial-Gericht.

F. Kranold, Justitiar.

---

4.

Die Hypotheken-Tabellen, welche alle drei Rubriken in sich fassen, sind von den sämmtlichen geschlossenen Grundbesitzungen der Dörfer

Hohenprießnitz und Oberglauchau

und deren Flur fertig geworden, und können während des Zeitraums vom 1sten Julius bis letzten August dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Justitiarii zu Eilenburg von den Interessenten eingesehen werden.

Wir fordern dieselben mit dem Bedeuten dazu auf, daß nach Ablauf des gedachten Zeitraums keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Hohenprießnitz, den 20. Junius 1828.

Das Gräfl. Hohenthalsche Patrimonial-Gericht.

F. Kranold, Justitiar.

---

5.

Die Hypotheken-Tabellen, welche alle drei Rubriken in sich fassen, sind von sämmtlichen geschlossenen Grundbesitzungen der Dörfer

Gallen und Pressen

fertig geworden, und können während des Zeitraums vom 1. Julius bis letzten August dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Justitiarii zu Eilenburg von den Interessenten eingesehen werden.

Wir fordern dieselben mit dem Bedeuten dazu auf, daß nach Ablauf des gedachten Zeitraums keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Gallen mit Pressen, den 20. Junius 1828.

Das Gräfl. Hohenthalsche Patrimonial-Gericht.

F. Kranold, Justitiar.

---

6.

Die Hypotheken-Tabellen, welche alle drei Rubriken in sich fassen, sind von den sämmtlichen Grundbesitzungen des Dorfes

**Niederglauch a**

und dessen Flur fertig geworden, und können während des Zeitraums vom 1sten Julius bis letzten August dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Justitiaril zu Eilenburg von den Interessenten eingesehen werden.

Wir fordern dieselben mit dem Bedeuten dazu auf, daß nach Ablauf des gedachten Zeitraums keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Niederglauch a, den 20. Junius 1828.

Das Gräfllich Hohenthalsche Patrimonial-Gericht.

F. Kranold, Justitiar.

**P e r s o n a l - C h r o n i k .**

**B e f ö r d e r u n g e n .**

Die Landraths-Stelle des Merseburger Kreises ist dem bisherigen Kreis-Secretair, Starcke, Allerhöchsten Orts verliehen worden.

Merseburg, den 21. Junius 1828.

Die Verwaltung des landrätthlichen Amtes im Torgauer Kreise ist interimistisch dem hiesigen Reglerungs-Referendarius, Rittmeister von Wose, übertragen worden.

Merseburg, den 24. Junius 1828.

Der bisherige Pastor und Superintendent in Zahna, M. Johann Friedrich Stern, ist als Propst und Superintendent nach Elbden; der bisherige Pfarrer zu Collenbei, Ephorie Merseburg, Johann Ehrenfried Irmisch, als Pfarrer nach Rade, Ephorie Elbden, und der bisherige Hülfsprediger zu Elbden, Carl Friedrich Wilhelm Wilke, als Pfarrer nach Jüdenberg, Ephorie Gräfenhaynchen, versetzt.

Der bisherige Candidat des Predigtamts und Rector an der Stadtschule in Artern, Christian Wilhelm Dreihaupt, ist als Pfarrer in Puntzschau, Ephorie Zeiß; der bisherige Candidat des Predigtamts, Adolph Heinrich Gräser, als Pfarrer in Spielberg, Ephorie Zeiß; der bisherige Candidat des Predigtamts,

Gustav Adolph Grulich, als dritter Diaconus an der Stadtkirche in Torgau; der bisherige Candidat des Predigamts, Carl Christian Friedrich Zest, als Pfarrer zu Burgwenden, Ephorie Heldrungen, und der bisherige Pfarrer zu Geußnitz, Ephorie Zeiß, Friedrich Ernst Reil, als wirklicher Pfarrer daselbst angestellt.

Merseburg, den 27. Junius 1828.

Der Candidat der Theologie, Cuz, ist als Ster lehrer am Schullehrer-Seminar in Weissenfels mittelst Rescripts des Königl. Ministerii der Geistlichen u. Angelegenheiten vom 21. April c. bestätigt worden.

Magdeburg, den 10. Junius 1828.

- a) Der hiesige Oberlandesgerichts-Auscultator, Georg August Rudolph von Wertbern I., ist den 21. April, der hiesige Oberlandesgerichts-Auscultator, Johann Joseph Bremm, den 5. Mai c. zum Oberlandesgerichts-Referendar hieselbst ernannt;
- b) der Referendar, Friedrich Karl Kothe, ist den 4. April c. von dem Kammergerichte in Berlin, und der Referendar, Friedrich Wilhelm von Weisler, den 24. April von dem Oberlandesgerichte in Magdeburg zum hiesigen Oberlandesgerichte versetzt;
- c) der Oberlandesgerichts-Referendar, Emil Albert Heine, ist den 5. April c. zum Gerichtsamtman in Schilbau, an des verstorbenen Richter Stelle;
- d) der Gerichtsamts-Actuar, Karl Ernst Adler, ist zum Landgerichts-Secretair in Wittenberg, an des verstorbenen Schnert Stelle, den 21. April c.;
- e) der Oberlandesgerichts-Assessor, Erdmann Wilhelm August Heinius hieselbst, ist den 2. April. c. zum Landgerichts-Rath bei dem hiesigen Landgerichte ernannt;
- f) der invalide Unterofficier, Michael Ritterbusch, ist an des entlassenen Roggenbuch Stelle, zum interimistischen Oberlandesgerichtsboten und Executor für den Landgerichtsbezirk Torgau, den 2. Mai c. bestellt.

Naumburg, den 31. Mai 1828.

Der Regierungs-Referendarlus von Michailowesky zu Stendal ist von der Königl. General-Commission der Provinz Sachsen zum Deconomie-Commissarius ernannt worden.

Stendal, den 4. Junius 1828.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

27. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 12. Julius 1828.

## B e k a n n t m a c h u n g .

Da Ich aus Ihrem anderweitigen Berichte vom 10. v. M. ersehen habe, wie es mit dem Wappen-Unterschiede auf den Uniform-Knöpfen der Rittergutsbesitzer in der Provinz Sachsen früher gehalten worden, so bestimme Ich, daß, mit möglichster Beibehaltung der ältern Einrichtung, die Rittergutsbesitzer im Herzogthume Magdeburg, im Saalkreise und in der Grafschaft Mansfeld das Magdeburgsche, im Fürstenthume Halberstadt das Halberstädtische, im Eichsfelde das Mainzische und in der Grafschaft Hohenstein das Hohensteinsche Wappen, wie solches in diesen Ländertheilen vor dem Jahre 1807 bereits statt gefunden hat, auf den Uniform-Knöpfen führen sollen. Die Ritterschaft des ehemals Sächsischen Antheils an der Grafschaft Mansfeld soll, wie der Altpreußische Antheil, das Magdeburgsche Wappen führen. Die Rittergutsbesitzer in den ehemals Sächsischen Landestheilen, das Fürstenthum Querfurt eingeschlossen, sollen, ohne weiten Unterschied für die Eister Naumburg und Merseburg, den Sächsischen Kautenkranz, so wie er im Preußischen Wappenschild aufgenommen worden ist, auf den Knöpfen führen. Hiernach überlasse Ich Ihnen, das Weitere zu verfügen.

Berlin, den 4. Junius 1828.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An den Staatsminister von Schudmann.

Die vorstehende Allerhöchste Cabinets-Ordre wird zur Brachtung der darin enthaltenen Bestimmungen Seitens der betreffenden Herren Ritterguts-Besitzer hierdurch bekannt gemacht.

Magdeburg, den 25. Junius 1828.

Der Geheime Staats-Minister von Klemm.

## B e k a n n t m a c h u n g.

In dem Gesetze wegen Anordnung der Provinzialstände in der Provinz Sachsen vom 27. März 1824, §. 21, ist den, bei den Wahlen der Dorfgemeinden nicht concurrirenden Besitzern der einzeln gelegenen und zu einer Dorfgemeinde nicht gehörenden Güter des Standes der Landgemeinden, welche das Maaß der Wahlsfähigkeit haben, ein Antheil an der Wahl der Bezirkswähler angewiesen worden. Damit nun aber auch den wegen ihres zu geringen Umfanges zur Wahl der Bezirkswähler nicht befugten Gütern dieser Gattung eine Theilnahme bei den Wahlen für den Provinzial-Landtag gewährt werde, ist Höheren Orts festgesetzt worden, daß dergleichen Güter, in sofern sie den Umfang derjenigen in den Dorfgemeinden gelegenen Grundbesitzungen haben, welche dieselben dem Herkommen gemäß zur Theilnahme an der Ortswahl berechtigen, zum alleinigen Behuf dieser Wahlen, den zunächst gelegenen Dorf-Communen zugeschlagen, und ihnen die Concurrenz bei den dortigen Ortswahlen gestattet werden soll; und wird diese Bestimmung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 18. Junius 1828.

Der Geheime Staats-Minister  
von Klemig.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

**Nr. 89.** Von der Pächterin des Weissenfeller Brückgeldes ist darüber Beschwerde geführt worden, daß Schiffer und Besitzer von Wassersfahrzeugen fremde Personen in der Nähe der Brücke übersehen.

Indem wir die Schiffer und Besitzer von Wassersfahrzeugen vor einer solchen Beeinträchtigung der Brückelpächterin warnen, machen wir in Gemäßheit eines Ministerial-Rescripts vom 21. Mai d. J. hierdurch bekannt, daß das Übersehen fremder Personen in einer Entfernung von dreihundert Schritten auf beiden Seiten der Brücke nicht ferner statt finden darf.

Merseburg, den 27. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

**Nr. 90.** Im Einverständniß mit dem Königl. Consistorio und Provinzial-Schul-Collegio zu Magdeburg ist die im 6. Stück des diesjährigen Amtsblattes, Nr. 17, Wahlsfähig- keits- und

vorläufig angekündigte zweite diesjährige Prüfung, sowohl für die nicht im Seminare zu Weiffensfels vorbereiteten Schulamtsbewerber, als auch für provisorisch angestellte Schullehrer, und für dazu sich meldende Literaten, auf den 8. September (Montag nach dem 14. Sonntage p. Trinit.) und folgende Tage anberaumt worden. Dem zufolge haben

andere Prüfungen in Weiffensfels betr.

- 1) die außer dem Seminare zu Weiffensfels vorbereiteten Schulamtsbewerber, welche sich dieser Wahlfähigkeitsprüfung zu unterwerfen gedenken, sich spätestens bis zum 15. August bei der unterzeichneten Regierung zu melden, und ihrem Besuche (wie im Stück 45 des Amtsblattes v. J. 1826, Nr. 140, bemerkt worden) beizufügen: a) ihr Taufzeugniß; b) ein ärztliches Zeugniß, daß sie die Blatternkrankheit überstanden haben, auch sonst gesund und nicht mit chronischen Uebeln behaftet seyen; c) Zeugnisse über den genossenen Schulunterricht und über die nach Beendigung desselben erhaltene Vorbereitung zum Schulstande; d) Zeugnisse der Ortsbehörde und des Pfarrers über bisherigen unbescholtenen Lebenswandel in sittlicher und religiöser Hinsicht; e) einen von ihnen selbst verfaßten Lebenslauf. Hiernächst haben die so Gemeldeten sich, ohne eine weitere Verfügung abzuwarten (welche nur im Falle eines entstandenen Bedenkens erfolgen wird), auf den 7. September Mittags in Weiffensfels einzufinden und bei dem Seminardirector D. Harnisch zu melden.
- 2) Die provisorisch angestellten Schullehrer, deren abermalige Prüfung, Behufs der ihnen zu ertheilenden Confirmation, mit der Wahlfähigkeitsprüfung ad 1 zugleich abgehalten wird, werden mittelst besonderer Verfügungen angewiesen werden, sich auf den 7. September in Weiffensfels einzufinden, und ein Zeugniß ihres localinspectors, von dem Superintendenten der Diöces bestätigt, über ihre zeitliche Amtsführung und ihr sonstiges Verhalten mitzubringen.
- 3) Literati, welche sich um ein Schulamt, der im Stück 25 des Amtsblattes 1827, Nr. 78, bezeichneten Art, bewerben wollen, melden sich schriftlich bei der unterzeichneten Regierungs-Abtheilung bis zum 15. August, fügen ihre Schul- und academischen Zeugnisse und, sofern sie Candidaten des Predigtamtes sind, das Zeugniß über ihr Examen pro Candidatura bei, und werden hierauf eventualiter beschieden werden, sich den 9. September in Weiffensfels einzufinden. Ihre Prüfung wird am 10ten September, Mittwochs, statt haben.

Indem wir dies hierdurch zur Nachachtung bekannt machen, bemerken wir noch nachrichtlich für diejenigen, welche an diesen zweiten diesjährigen Prüfungen nicht Theil nehmen können oder wollen, daß im künftigen Jahre 1829 die Wahlfähigkeits- und andere Prüfungen nicht, wie bisher, gegen Oftern, sondern

erst um dieselbe Zeit, wie die diesmaligen zweiten, mithin im Laufe des Jahres nur einmal, abgehalten werden sollen.

Merseburg, den 28. Junius 1828.

**Königl. Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.**

**Nr. 97.**  
Das Reisen  
ausländischer  
Handwerks-  
gesellen in den  
Preuss. Staaten  
betr.

Das Königl. Ministerium des Innern und der Polizei hat durch ein Rescript vom 2. d. M. anzuordnen geruhet, daß fremde Handwerksburschen, welche in den hiesigen Staaten Arbeit suchen, oder durch dieselben reisen wollen, um in hinter liegenden Staaten Arbeit zu suchen, nicht in die Königl. Staaten gelassen werden sollen, wenn mit Grunde zu befürchten ist, daß sie durch Betteln dem Lande beschwerlich fallen, und hat zugleich bestimmt, daß alle diejenigen fremden Handwerksburschen für solche, welche in dieser Lage sich befinden, erachtet werden sollen, welche

- a) entweder gar keine unverdächtige schriftliche Beweismittel darüber, daß ihnen von einem inländischen Meister Arbeit angeboten worden, oder daß ihre Subsistenz im Lande z. B. durch Verwandtschafts-Verhältnisse oder sonst wahrscheinlich gesichert sey, oder welche
- b) nicht wenigstens ein für einige Wochen hinreichendes Reisegeld bei sich führen, dessen Betrag auf fünf Thaler festgesetzt wird, wonach also die- sen der Eintritt in die Königl. Staaten verweigert werden soll.

Sämmtliche Polizeibehörden, besonders aber die Grenz-Polizeibehörden un- fers Regierungsbezirks werden daher hierdurch angewiesen, sich rücksichtlich der fremden Handwerksburschen darnach genau zu achten, und diejenigen, welche ent- weder das eine oder das andere nachzuweisen außer Stande sind, an der Grenze zurückzuweisen, und ihnen den Eintritt in die Königl. Staaten nicht zu gestat- ten, auch in dergleichen Fällen in dem Passe oder Wanderbuche des betreffenden fremden Handwerksburschen zu bemerken, weßhalb die Zurückweisung erfolgt ist.

Eben so wenn fremde Handwerksburschen einen der obigen beiden Nachweise führen, ist dieses von der Polizeibehörde, vor welcher der Nachweis geschehen, in dem Passe derselben gehörig zu vermerken.

Was die inländischen Handwerksburschen betrifft, so werden die Polizeibe- hörden unfers Regierungsbezirks wiederholentlich angewiesen, auf diese ebenfalls ihr besonderes Augenmerk zu richten und dahin zu sehen, daß dergleichen nicht arbeitslos sich herumtreiben und dem Lande durch Betteln zur Last fallen, wes- halb die von uns erlassenen Verordnungen

vom 28. Julius 1817, Amtsbl. Jahrg. 1817, St. 31, S. 574,



vom 9. Julius 1818, Amtsbl. Jahrg. 1818, St. 29, S. 258, und

vom 16. August 1818, Amtsbl. Jahrg. 1818, St. 56, S. 298,

hierdurch in Erinnerung gebracht und aufs Neue eingeschärft werden; auch sind auf fremde Handwerksburschen, welchen der Eintritt in die Königl. Lande gestattet worden, wenn sich in der Folge ergibt, daß sie sich arbeitslos herumtreiben, oder gar betteln, obengedachte polizeiliche Bestimmungen anzuwenden, und dergleichen Individuen über die Grenze zurückzuweisen.

Magdeburg, den 28. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Da der Andrang junger Leute ohne Mittel und Beruf zum Studiren und zum Staats-Dienste Nachregeln erheischt, so hat das Königl. Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten mittelst Verfügung vom 10. v. M. bestimmt, daß solche Schüler der vier untern Klassen eines Gymnasii, welche nach dem reiflichen und gewissenhaften einstimmigen Urtheile aller Lehrer, aller Bemühungen ungeachtet, sich zu den Gymnasial-Studien nicht eignen und wegen Mangel an Fähigkeit und Fleiß, nachdem sie zwei Jahre in einer Klasse geessen haben, doch zur Versetzung in die nächstfolgende höhere Klasse nicht für reif erklärt werden können, aus der Anstalt entfernt werden sollen, nachdem den Eltern, Vormündern oder sonstigen Angehörigen derselben mindestens Ein Vierteljahr vorher davon Nachricht gegeben ist.

Wir haben demgemäß die Directoren und Rectoren der gelehrten Schulklassen in der Provinz Sachsen angewiesen, diese Bestimmung genau zu befolgen, und machen dies zur Belehrung der Eltern und Vormünder hierdurch öffentlich bekannt.

Magdeburg, den 5. Junius 1828.

Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Der von der ehemaligen Churfürstlich Sächsischen Rentkammer zu Dresden unter dem 6. September 1783 sub Nr. 568. für den verstorbenen Postmeister John zu Stolberg ausgestellte Cautionschein über 200 Thlr. Conventionsgeld, zu 5 Procent zinsbar, ist in der Geheimen Registratur des General-Postamts hieselbst verloren gegangen, und da bei der Auseinandersetzung mit dem König-

reiche Sachsen, in Gemäßheit der Convention vom 28. August 1819, die Rückzahlung der von Beamten aus dem Herzogthume Sachsen zu Königlich Sächsischen Kassen bezahlten Cautionen von dem Königreiche Preußen übernommen worden ist, so werden auf den Antrag des Königl. General-Postamts zu Berlin alle diejenigen, welche an den so eben genannten Cautionschein als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefs-Inhaber, oder deren Erben, Ansprüche zu haben vermeinen, hierdurch öffentlich vorgeladen, in dem voram deputat, Kammergerichts-Referendar von Ciesielsky, auf

den 21. November 1828,

Vormittags um 10 Uhr, hier auf dem Kammergerichte anberaumten Termine sich zu stellen, und ihre Ansprüche zu bescheinigen, widrigenfalls ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt, sie mit ihren Ansprüchen daran präcludirt, und gedachter Cautionschein für amortisirt erklärt werden soll. Den Abwesenden werden die Justiz-Commissarien Buddée, Zimmermann und Sembeck zu Mandatarien in Vorschlag gebracht.

Berlin, den 22. October 1827.

Königlich Preussisches Kammergericht.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Das Hypothekenbuch der Dörfer Kistriz, Ober- und Unterlaka, in soweit die Immobilien dieser Ortschaften Königl. Gerichtsbarkeit unterworfen sind, ist vollendet, und hinsichtlich dessen der Erwerb neuer Hypothekenrechte, in Gemäßheit des §. 14. des Hypothekenpatents vom 16. Junius 1820, nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenordnung zu bestimmen.

Das unterzeichnete Landgericht bringt dieses mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß das Hypothekenbuch obengedachter Orte an das Königl. Gerichtsamt Osterfeld zur Fortführung abgegeben ist.

Naumburg a. d. S., den 10. Junius 1828.

Königlich Preussisches Land-Gericht daselbst.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Zu Deckung des in dem Zeitraume vom 1. October v. bis ult. März d. J. erforderlichen Bedarfs der Feuer Societät für das Herzogthum Sachsen sind für den diesjährigen Ostertermin von den Societätsgenossen:

|                                     |       |    |      |   |
|-------------------------------------|-------|----|------|---|
| 89,869 Thlr. 3 Sgr. 3 Pf. und zwar: |       |    |      |   |
| 68,342                              | Thlr. | 29 | Sgr. | 2 Pf. zur Vergütung der vorgefallenen Brandschäden,   |
| 2,057                               | •     | 4  | •    | 1 • zur Vergütung der Feuergerätheschäden,  |
| 675                                 | •     | —  | •    | — • zu den Administrationskosten,   |
| 72                                  | •     | 7  | •    | 6 • zu den Insinuationskosten des Ausschreibens,  |
| 751                                 | •     | 19 | •    | 11 • zu Erstattung des Vorschusses im vorigen Termine, und  |
| 17,970                              | •     | 2  | •    | 7 • zu vollständiger Restitution des in den beiden zusammen ausgeschriebenen Terminen Michael 1817 und Ostern 1818. gemachten und im Termine Ostern 1827 mit 7029 Thlr. 27 Sgr. 5 Pf. nur theilweise eingebrachten Vorschusses von 25,000 Thlr. |

ult.

aufzubringen, und dazu von den erbländischen Kreisen, und von den Stiftern des Herzogthums Sachsen, so wie von der Niederlausitz und dem Königlich Preussischen Antheile der Oberlausitz von einem Subscriptionsquants an 61,610,731  $\frac{1}{2}$  Thlr.

Vier Silbergroschen Vier Pfennige vom Hundert, vom Cottbuser Kreise, und von der Grafschaft Henneberg aber, welche an dem vorerwähnten Vorschusse der 25,000 Thlr. keinen Antheil genommen, nach einem Subscriptionsquants von 1,704,737  $\frac{1}{2}$  Thlr.

Drei Silbergroschen Acht Pfennige vom Hundert beizutragen.

Den sämtlichen Societätsgegnossen wird solches zu ihrer Nachricht und Nachachtung hiermit bekannt gemacht und dabei bemerkt, daß sich in dem Zeitraume vom 1. October v. bis ult. März d. J. überhaupt

Neunzig Brände

ereignet haben, wovon

- |   |                  |
|---|------------------|
| 4 durch Blitz,                          |                  |
| 7 durch Verwahrlosung,                  |                  |
| 15 durch mutmaßliche                    | } Brandstiftung, |
| 3 durch ermittelte vorsätzliche         |                  |
| 1 durch fehlerhafte Bauart und          |                  |
| 60 durch bis jetzt unermittelte Zufälle |                  |

ult.

entstanden, und dadurch

**Zwei Hundert und Vierzehn associirten Grundbesitzern**

|                             |                         |                |                        |
|-----------------------------|-------------------------|----------------|------------------------|
| 105 Wohnhäuser . . . . .    | } total in Aiche gelegt | 39 dergleichen | } partiell beschädiget |
| 165 Seitengebäude . . . . . |                         | 25 .           |                        |
| 85 Scheunen . . . . .       |                         | 8 .            |                        |
| 7 Schuppen . . . . .        |                         | — .            |                        |
| 1 Backhaus . . . . .        |                         | — .            |                        |
| 2 Brauhäuser . . . . .      |                         | — .            |                        |
| 7 Mahlmühlen . . . . .      |                         | 1 .            |                        |
| 1 Oelmühle . . . . .        |                         | — .            |                        |
| 3 Windmühlen . . . . .      |                         | — .            |                        |

worden sind.

Merseburg, den 4. Junius 1828.

**Königlich Preussische Feuer-Societäts-Directorial-  
Deputation.**

**B e k a n n t m a c h u n g .**

In der Nacht vom 25. zum 26. Junius d. J. verstarb im Bader'schen Saal nach einer mehrwöchentlichen Krankheit der Königl. Oberlandesgerichtsrath, Herr Erdmann Gottlieb Fischer, aus Dels in Schlesien gebürtig, im 41. Jahre seines Lebens. Er hat Sr. Majestät dem Könige und dem Staate sowohl im Frieden als im letzten Befreiungskriege treu gedient, und durch den Reichthum seiner Kenntnisse, durch die Schärfe seines Urtheils, durch unermüdete Thätigkeit und große Redlichkeit sich immer ausgezeichnet. Mit diesen Eigenschaften verband der Verstorbene große Bescheidenheit und einen lebenswürdigen Character. Schmerzlich ergriffen von dem Verluste eines so werthen Amtsgenossen und theuern Freundes, zeigen wir diesen Todesfall den auswärtigen Verwandten und Freunden des Verewigten hierdurch ergebenst an.

Naumburg, den 2. Julius 1828.

**Die Mitglieder des Königl. Oberlandesgerichts  
von Sachsen.**

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

28. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 19. Julius 1828.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Bei dem in neuerer Zeit sehr verringerten Abgang an Officieren und der beträchtlichen Anzahl überetatmäßiger Officiere in der Armee, welche in der Folge nicht mehr Statt finden können, ist es erforderlich, den sich unverhältnißmäßig mehrenden Zugang an jungen Leuten, die auf Beförderung dienen, zu vermindern. Ich bestimme deshalb, daß, so lange die Zahl der etatsmäßigen Portepeefähnliche, mit Einschluß der darauf anzurechnenden, überzähligen Seconde-Lieutenants, bei einem Truppenthelle erfüllt ist, die Annahme junger Leute zum Dienst auf Beförderung nicht statt finden und solche nur nach Maaßgabe des Abganges bei den Portepeefähnlichen zulässig seyn soll. — Nur für die jetzt schon vorhandenen Portepeefähnliche will Ich unter besondern Umständen, und wenn sie sich durch Fleiß und Dienstkenntniß auszeichnen, den Antrag auf Ernennung zum überzähligen Officier noch ausnahmsweise gestatten.

№. 99.  
Die Annahme junger Leute zum Militairdienst auf Beförderung betr.

Das Kriegs-Ministerium hat diese Verfügung der Armee bekannt zu machen.  
Berlin, den 12. Junius 1828.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An das Kriegs-Ministerium.

Vorstehende Allerhöchste Cabinetsordre wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 12. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 93.  
Das von den  
Handwerkern  
gebrauchte  
gelbe Salz  
betr.

Zur Vermeidung von Contradictionen, wird das gelbe Salz auf den Salinen des hiesigen Regierungs-Bezirktes seit einiger Zeit mit einem unbedeutenden Zusatze von Braunkohlenstaube vermischt. Hierüber sind von mehreren Handwerkern Klagen bei uns eingegangen, in denen behauptet wird, daß dieses so gemischte gelbe Salz zu ihrem Gebrauche nicht mehr anwendbar sey.

Dies ist aber ungegründet, denn wenn das mit Braunkohle vermengte Salz in 5 bis 4 Theilen Wasser aufgelöst wird, so setzt sich der Braunkohlenstaub unauflöslich ab, und die zurück bleibende Salz-Lösung ist klar und farblos, und giebt in diesem Zustande abgedunstet, ein zur chemischen Anwendung vollkommen brauchbares Salz.

Merseburg, den 4. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 94.  
Den Handel  
nach Brasilien  
betr.

Auf Befehl des Königl. Ministeriums des Innern, wird hierdurch dem handelstreibenden Publico Folgendes bekannt gemacht:

In dem, mit dem Kaiserlich Brasilianischen Hofe zu Rio-Janeiro abgeschlossenen Handels-Vertrage, durch welchen den Preussischen Unterthanen alle Rechte der, in den Brasilianischen Häfen am meisten begünstigten Nationen zugeteilt worden, ist unter andern bestimmt, daß diejenigen Producte und Fabricate, für welche Ansprüche auf die Erleichterung der Abgaben bei ihrem Eingange in Brasilien gemacht werden, mit Ursprungs-Zeugnissen versehen seyn müssen. Wenn daher Fabricanten und Kaufleute im diesseitigen Regierungs-Bezirkte Waaren-Versendungen nach Brasilianischen Häfen unternehmen und dabei die Begünstigung der geringeren Abgaben genießen wollen, so können dieselben die hierzu nöthigen Formulare durch die Königl. Landraths-Ämter erhalten, die sich deshalb an uns zu wenden haben. Die Ausfüllung der Certificate wird von den Waaren-Versendern bewirkt, dann von den Landraths-Ämtern beglaubigt und von uns weiter legalisirt.

Merseburg, den 8. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 95.  
Den vortheil-  
haftesten Absatz  
der Weine  
kleiner Wein-  
bauern betr.

Um den kleinen Weinbauern einen möglichst vortheilhaften Absatz ihres Weingewinnes zu erleichtern, haben die Königl. Ministerien des Innern und der Finanzen bestimmt, daß der Verkehr solcher Weinproducenten, die ihren eigenen Gewinn an Most oder Wein, im Pollzeibezirke ihres Weinguts, zum Genuß auf der Stelle, während eines höchstens auf die Dauer zweier Herbstmonate be-

schränkten Zeitraums verkaufen, als Schenkgewerbe nicht angesehen und weder der Gewerbesteuer noch den polizeilichen Beschränkungen des Schenkgewerbes unterliegen soll.

Es wird dies hierdurch den Localbehörden und Weinproducenten bekannt gemacht, mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß diejenigen, welche den Verkauf zum Genuß auf der Stelle entweder nicht aus ihrem eigenen Gewinn an Most oder Wein, oder nicht auf die Dauer zweier Herbstmonate, oder endlich nicht auf den Polizeibezirk ihres Wohnortes beschränken, nicht nur den bestehenden polizeilichen Vorschriften über den Betrieb des Schenkgewerbes unterworfen, sondern auch zu Anmeldeung ihres Gewerbes bei der Gewerbesteuer-Aufnahme- Behörde, bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen, verbunden bleiben.

Merseburg, den 9. Julius 1828.

### Königlich Preussische Regierung.

Da seit Kurzem mehrere Fälle vorgekommen sind, daß die Herren Pfarrer die schon in dem Amtsblatt 1816, St. 11, S. 90 bekannt gemachte Vorschrift, wegen Eintragung der Väter unehelicher Kinder in das Kirchenbuch, nicht überall befolgen, so wird hierdurch mit Zurückweisung auf jene Verfügung nochmals erinnert, daß

Mr. 96.  
Die Eintragung des Vaters unehelicher Kinder in das Kirchenbuch liegt.

- 1) nur in dem Falle der Vater eines unehelichen Kindes in das Kirchenbuch eingetragen werden darf, wenn derselbe sich freiwillig als Vater angiebt und als solcher genannt zu werden verlangt;
- 2) wenn der Vater dies verlangt, von dem Pfarrer ein Protocoll darüber aufzunehmen und mit Beziehung auf dasselbe das Nöthige in dem Kirchenbuche zu bemerken ist;
- 3) aber auch dann das uneheliche Kind nur nach dem Namen der Mutter, nicht nach dem des Vaters genannt werden darf, und
- 4) daß, wenn der Vater eines unehelichen Kindes in der Folge die Mutter desselben heirathet, das Taufzeugniß nach den in dem Amtsblatt 1819, St. 38, S. 410 erteilten Vorschriften ausgestellt werden muß.

Die Herren Superintendenten werden angewiesen, bei Revision der Kirchenbücher darauf zu achten, daß die ad 1 und 2 gegebenen Vorschriften befolgt werden.

Merseburg, den 28. Junius 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 97. Wegen der Hoheit über die Niebermark schwebt zwischen dem Königreiche Preußen und dem Herzogthume Anhalt-Deßau eine Differenz, deren Erledigung von den deshalb zwischen beiden Regierungen eingeleiteten Verhandlungen abhängt.

Die Landes-  
hoheit über  
die Nieber-  
mark betr.

Zur Vermeidung einer jeden unrichtigen Folgerung, welche aus dem, bei dem Königl. Ober-Landes-Gerichte in Naumburg in der Untersuchungssache wider den Dienstknecht, Samuel Körbis aus Niebermark, ergangenen Erkenntnisse gezogen werden könnte, machen wir, mit Beziehung auf die desfallige Bekanntmachung des Königl. Inquisitorats zu Eilenburg vom 17. Januar d. J. im 10. Stücke des diesjährigen öffentlichen Anzeigers zum Regierungs-Amtsblatte, Nr. 98., als die diesseitige Hoheit respecirende Behörde, dieses Sachverhältniß hierdurch öffentlich bekannt.

Merseburg, den 9. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 98. Im Jahre 1826 brannten die evangelischen Kirchen-, Pfarr- und Schul-Gebäude in dem Städtchen Freiban, Regierungsbezirk Breslau, ab, und durch einen neuerlichen Brand wurden die bei dem frühern Feuer verschont gebliebenen Bürgerhäuser sammt Wirtschaftsgebäuden und allem Vieh ein Raub der Flammen.

Die Kirchen-  
u. Haus-Col-  
lecte für das  
Kreistablis-  
sement der  
geistl. Gebä-  
de des Städt-  
chens Frei-  
ban betr.

Da die Bewohner des Städtchens dadurch ganz zu Grunde gerichtet sind, so ist von den Hohen Ministerien der Geistlichen u. Angelegenheiten und des Innern, die früher nur bis auf die Landesdistricte am rechten Elbufer der Provinz Sachsen bewilligte evangelische Kirchen- und Haus-Collecte zur Unterstützung derselben, auch auf die Provinzen links der Elbe nachträglich ausgedehnt worden.

Dem gemäß veranlassen wir die Herren Prediger in den auf dem linken Elbufer gelegenen Dörfern des hiesigen Regierungsbezirks, an einem passenden Sonntage die Kirchen-Collecte in der gewöhnlichen Art anzustellen, das Eingegangene an ihre vorgesetzten Herren Superintendenten einzusenden, und haben letztere, unter Angabe des Zweckes der Collecte, die gesammelten Gelder mittelst specieller Bezeichnungen und doppelter Lieferscheine, wovon der eine an uns, der andere an die Haupt-Instituten-Casse hieselbst einzusenden ist, an diese Casse einzuschicken.

Die Haus-Collecte ist in den Städten von einer Rathesdeputation und einigen angesehenen Bürgern, in den Dörfern aber von dem Richter oder Schulzen und Schöppen zu veranstalten, und sind die gesammelten Gelder von den Behörden der Städte an die hiesige Haupt-Instituten-Casse mittelst Lieferscheins



einzuſenden, die auf den Dörfern ſammelten Beiträge aber von den Ortsvorſtehern an die vorgeſetzten Obrigkeiten abzugeben und von dieſen an die Herren Landräthe des Kreiſes abzuliefern, welche ſie ſobald aus dem ganzen Kreiſe an die gedachte Caſſe mittelſt ſpecieller Nachweiſung und Lieſerscheine einzuſenden und ein Duplicat des letztern, gleich den Stadträthen, an uns einzureichen haben.

Wo in Folge unſerer Circular-Verfügung vom 26. April d. J. auf dem rechten Elbufer eine evangeliſche Kirchen- und Haus-Collecte bereits ſtatt gehabt hat, dabel behält es ſein Verwenden, und ſoll durch dieſe öffentliche Bekanntmachung die Wiederholung einer Kirchen- und Haus-Collecte für das Städtchen Freihan nicht bezweckt werden, ſondern dieſe öffentliche Aufforderung nur ſämmtlichen Ortſchaften des hieſigen Bezirks auf dem linken Elbufer gelten.

Wo keine Beiträge eingegangen ſind, da iſt ein Vacatschein auszuſtellen, und von den Ortsvorſtehern an die vorgeſetzten Behörden und von dieſen an die Herren Landräthe, endlich von dieſen und den Stadträthen an die Haupt-Inſtituten-Caſſe und an uns das Duplicat einzuſenden.

Mit dem 1. October d. J. wird dieſe evangeliſche Kirchen- und Haus-Collecte für geſchloſſen erachtet.

Merſeburg, den 3. Julius 1828.

### Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulweſen.

Im Jahre 1825 iſt der v. Rochow'sche Kinderfreund durch den Regie- rungs- und Schulrath, Herrn v. Zürk, neu bearbeitet worden, und es iſt davon ſchon im Jahre 1827 die zweite Auflage erſchienen. Der Verleger, Wieſe in Brandenburg, hat ſich bereit erklärt, Einhundert Exemplare dieſes Buches, welches einzeln 5 Sgr. koſtet, für zwölf Thaler abzulaſſen, und zwar ſo, daß nur zehn Thaler davon baar und poſtfrei eingekauft, die andern zwei Thaler aber dem Schulfonds der Provinz, aus welcher die Beſtellung eingeht, überwiesen werden ſollen, um bei demſelben, dem Wunſche des Herausgebers gemäß, zu einem Fonds für Verbeſſerung der Lage alter emeritirter Schullehrer angelegt und benutzt zu werden.

Die unterzeichnete Regierung iſt gern bereit, die Erfüllung dieſes Wunſches zu fördern. Es werden daher alle Schulverſeher und Schulvorſteher auf obiges Erbieten des Verlegers hiermit aufmerkſam gemacht. Wenn in Land- oder Stadtschulen die Einführung eines neuen Leſebuches beabſichtigt wird, und man dazu die bekannten Kinder- und Schulfreunde von Zerrener, Hempel, Schleg, u. a. nicht dem örtlichen Bedürfniffe entſprechender findet, ſo wird man wohlthun, von jenem neu bearbeiteten Rochow'schen Kinderfreunde die erforder-

Nr. 29.  
Die Empfeh-  
lung des  
Rochow'schen  
Kinderfreund-  
es, herausg.  
von v. Zürk.  
betri.

liche Zahl Exemplare anzukaufen. Die zu dem genannten wohlthätigen Zwecke bestimmten zwei Thaler sind dann an die unterzeichnete Abtheilung der Königl. Regierung einzusenden, und werden von derselben gehörigen Orts capitalisirt und der Absicht gemäß berechnet werden.

Merseburg, den 10. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-  
und Schulwesen.

## Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Der Bürger und Kaufmann, Herr Johann Gottlieb Eberus zu Cönnern im Saalkreise, hat im vorigen Monate sein Andenken in seiner Vaterstadt, durch Schenkung von vier Morgen Landes an die Armen der Stadt Cönnern, verewigt, wovon nach seinem vereinstigten Ableben der Ertrag bis zu zehn Thalern jährlich, entweder am Montage nach dem Erntefeste mit den üblichen Ernte-Collecten-Geldern an die Armen vertheilt, oder, wie derselbe wünscht, mit diesen Collecten-Geldern und andern Beiträgen eine ordentliche Armenpflege für die Stadt Cönnern begründet, der übrige Theil des Ertrages aber capitalisirt, und der Capital-Zins auf gleiche Weise verwendet werden soll.

Merseburg, den 27. Junius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Von den vollständig aufgestellten und nach allen drei Rubriken des Hypothekenbuchs abgeschlossenen Hypothekentabellen sind nun folgende wiederum speziell revidirt:

- I. die von der Stadt Delitzsch, mit Ausnahme der ehemaligen Amtsvorstadt, die Grünstraße genannt;  
in dem Gerichtsamts-Bezirke Landsberg;
- II. von Wiedemar, mit Ausnahme der Schulgeschen und Senkeschen Besitzung; III. von Dönnau; IV. von Werlitzsch; V. von Schadendorf; VI. von Gödenitz; VII. von Bageritz.

Wir machen solches mit dem Beifügen bekannt, daß die Tabellen, in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5. April 1824, Gesammmlung 1824, pag. 78, in dem Zeitraume vom 1. August bis zum 1. October d. J.

in unserer Hypotheken-Registratur eingelesen und gegründete Einwendungen dagegen vorgebracht werden können, später aber dergleichen nicht mehr statt finden.

Damit verbinden wir zugleich die Anzeige, daß

- a) von sämmtlichen geschlossenen Gütern des Dorfs Treuma, mit Ausnahme des Rühl'schen Guts Nr. 20, im Gerichtsamts-Bezirk Delitzsch;
- b) von sämmtlichen geschlossenen Gütern des Dorfs Gerbisdorf, desselben Gerichtsamts-Bezirks;
- c) von sämmtlichen geschlossenen Gütern des Dorfs Bollmütz, desselben Gerichtsamts-Bezirks;
- d) von sämmtlichen geschlossenen Gütern des Dorfs Lössen, mit Ausnahme des Krebs'schen Gutes Nr. 8, desselben Gerichtsamts-Bezirks;
- e) von sämmtlichen geschlossenen Gütern des Dorfs Ischornewitz, im Gerichtsamts-Bezirk Gräfenhainchen;
- f) von sämmtlichen geschlossenen Gütern des Dorfs Jüdenberg, desselben Gerichtsamts-Bezirks;
- g) von sämmtlichen geschlossenen Gütern des Dorfs Hainchen, im Gerichtsamts-Bezirk Eilenburg,

das Hypothekenbuch vollendet und daher nach §. 14 des Hypothekenpatents vom 16. Junius 1820 hinsichtlich ihrer der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach Vorschrift des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Wittenberg, den 5. Julius 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

---

## Personal-Chronik.

### Todesfälle.

Der bisherige Pfarrer zu Wottendorf, Ephorie Artern, Karl Schultes, ist am 25. Mai d. J. in seinem siebenzigsten Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 6. Junius 1828.

---

Am 17. Junius d. J. ist der bisherige Pfarrer zu Ristritz, Ephorie Welfsenfels, M. Christian Friedrich Adler, in seinem sieben und funfzigsten Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 28. Junius 1828.

---

# R a t h w e i s u n g

d e r

im Monate Juni 1828

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-  
nisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

| Namen<br>der<br>Marktplätze. | G e t r e i d e .        |     |        |      |        |     |       |     | H ü l s e n f r ü c h t e . |      |        |     |        |     | R a u c h f u t t e r . |         |          |     |   |   |   |    |   |
|------------------------------|--------------------------|-----|--------|------|--------|-----|-------|-----|-----------------------------|------|--------|-----|--------|-----|-------------------------|---------|----------|-----|---|---|---|----|---|
|                              | Weizen                   |     | Koggen |      | Gerste |     | Hafer |     | Hirse                       |      | Erbfen |     | Linsen |     | Kartoffeln              | Heu     | Stroh    |     |   |   |   |    |   |
|                              | der Preussische Scheffel |     |        |      |        |     |       |     | der Preussische Scheffel    |      |        |     |        |     | Sack.                   | à Cent. | à Schock |     |   |   |   |    |   |
|                              | tbl.                     | sa. | pf.    | tbl. | sa.    | pf. | tbl.  | sa. | pf.                         | tbl. | sa.    | pf. | tbl.   | sa. | pf.                     | tbl.    | sa.      | pf. |   |   |   |    |   |
| 1                            | Merseburg                | 1   | 25     | 8    | 1      | 25  | 6     | 1   | 2                           | 6    | —      | 22  | 9      | —   | —                       | 1       | 15       | —   | 5 |   |   |    |   |
| 2                            | Halle                    | 1   | 24     | 4    | 1      | 22  | —     | 1   | 1                           | 5    | —      | 24  | 4      | 4   | 15                      | —       | 1        | 15  | — | 9 |   |    |   |
| 3                            | Naumburg                 | 1   | 26     | 6    | 1      | 25  | 7     | 1   | —                           | 10   | —      | 21  | 9      | 4   | 15                      | —       | 2        | 15  | — | 6 |   |    |   |
| 4                            | Torgau                   | 1   | 25     | 9    | 1      | 26  | 5     | 1   | 12                          | 6    | —      | 25  | —      | 5   | 15                      | —       | 2        | 10  | — | 6 |   |    |   |
| 5                            | Wittenberg               | 1   | 26     | 5    | 1      | 25  | 2     | 1   | 7                           | 2    | —      | 1   | 4      | 4   | —                       | 1       | 26       | 11  | — | — |   |    |   |
| 6                            | Eisleben                 | 1   | 25     | —    | 1      | 19  | 7     | —   | 29                          | 7    | —      | 25  | 10     | 2   | 25                      | 4       | 1        | 24  | 8 | — | 4 | 5  |   |
| 7                            | Zeitz                    | 1   | 25     | —    | 1      | 27  | 6     | 1   | 5                           | —    | —      | 21  | —      | 2   | 20                      | —       | 1        | 20  | — | — | 5 | 10 |   |
| 8                            | Querfurt                 | 1   | 22     | 6    | 1      | 20  | —     | 1   | —                           | —    | —      | 23  | 9      | 5   | 15                      | —       | 1        | 22  | 6 | — | 5 | 20 |   |
| 9                            | Wittenfeld               | 1   | 24     | 5    | 1      | 25  | 6     | 1   | 4                           | 5    | —      | 26  | 5      | —   | —                       | —       | —        | 23  | 9 | — | 5 | 7  | 6 |

Merseburg, den 4. Julius 1828.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

29. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 26. Julius 1828.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Da die Buchhändler und Verleger in der hiesigen Provinz, nach einer eingegangenen Anzeige, die durch die Bekanntmachung vom 9. Januar 1825 zur allgemeinen Kenntniß gebrachte, in der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 23ten December 1824 enthaltene Bestimmung wegen unentgeltlicher Ablieferung eines Exemplars von jedem ihrer Verlags-Artikel an die Königl. Bibliothek zu Berlin und resp. an die Bibliothek der Universität zu Halle, noch immer nicht gehörig befolgen; so werden sie auf ihre desfallige Obliegenheit hierdurch wiederholt aufmerksam gemacht und angewiesen, von den seit dem Anfange des Jahres 1825 von ihnen verlegten Druckschriften, in soweit solches noch nicht geschehen ist, die vorgeschriebenen Exemplare an die Königl. Bibliothek zu Berlin und die Universitäts-Bibliothek zu Halle schleunigst einzusenden, auch künftig von jeder Druckschrift ihres Verlages, sobald sie erscheint und von ihnen angekündigt wird, ein Exemplar ohne Verzug an die gedachten Bibliotheken abzuliefern.

Mr. 100.  
Die Einsen-  
dung eines  
Exemplars v.  
jedem Ver-  
lagsartikel an  
die Königl.  
Bibliothek in  
Berlin u. bet.

Magdeburg, den 10. Julius 1828.

Der Geheime Staats-Minister  
gez. von Klemig.

In dessen Abwesenheit und Auftrag: der Geheime Ober-Reg. Rath  
v. Seydewitz.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 101.  
Die Belohnung von 100 Thlr. für Entdeckung eines Baums frevels betr.

Des Königs Majestät haben von einer öffentlichen Anzeige des Gerichtschöppen Runze zu Egleben im Echartbergauer Kreise, durch welche derselbe eine Belohnung von 25 Thlr. für denjenigen aussetzt, der ihm den Frevel entdeckt, welcher in der Nacht vom 17. zum 18. v. M. 91 veredelte Obstbäume und früher schon 139 Pflaumenbäume abgehauen und theils liegen gelassen, theils in die Unstrut geworfen hat, Kenntniß zu nehmen geruhet, und mittelst Allerhöchster Cabinetsordre vom 26. v. M. zu befehlen geruhet, daß außerdem eine Belohnung von

### Ein Hundert Thaler

für die Entdeckung dieses Frevels von Staats wegen erfolgen soll.

In Gemäßheit eines Rescripts des Königl. Ministeriums des Innern vom 1. d. M. bringen wir solches zur Kenntniß des Publicums.

Merseburg, den 17. Julius 1828.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 102.  
Die Vocationen u. Confirmationen der zuerst angestellten Schulamts-Candidaten betr.

Von dem Königl. Ministerio der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten ist mittelst Rescripts vom 1. Junius 1826 angeordnet worden, daß die erste Anstellung der in dem gewöhnlichen Wege für wahlfähig erklärten Schulamts-Candidaten nur provisorisch erfolgen, und ihnen die Bestätigung in ihrem Amte erst nach Verlauf von einem bis drei Jahren, auf günstige Zeugnisse der betreffenden Superintendenden und local-Schulinspectoren, in der Regel auch auf eine alsdann mit ihnen zu veranstaltende abermalige Prüfung, ertheilt werden soll. Die Bekanntmachung hierüber befindet sich im Amtsblatte 1826, St. 45, Nr. 140.

Für erste Anstellung ist in dem hiesigen Regierungsbezirke nicht blos die Berufung zu irgend einer confirmirten Schulstelle, sondern auch die Uebertragung einer unconfirmirten Kinderlehrer- oder Hülfslehrer-Stelle zu rechnen, sofern dieselbe mit Genehmigung der unterzeichneten Regierung verlihen wird. Die mit einem Wahlsfähigkeitszeugnisse versehenen Schulamts-Candidaten sind gehalten, dergleichen Stellen auf Verlangen der Königl. Regierung anzunehmen. Jeder derselben, welchem eine solche Stelle vom Jahre 1826 ab übertragen worden ist, hat sich im dritten Jahre seiner Amtsführung bei der unterzeichneten Regierung, Behufs der abermaligen Prüfung, zu melden, das Zeugniß seines localinspectors und Superintendenden über seine Amtsführung und seinen

Lebenswandel beizufügen, und dann die Bescheidung wegen der Zeit der abermaligen Prüfung und seiner Theilnahme daran zu erwarten. In Folge derselben erhält er ein Attest, daß er qualificirt sey, definitiv angestellt zu werden, und es steht dann, wenn sich Gelegenheit hierzu für ihn findet, seiner definitiven Berufung und Bestätigung für irgend eine confirmirte Schulstelle nichts weiter entgegen.

Die wohlthätige Absicht dieser Einrichtung ist, bei Conferirung der Schulstellen an Communalsschulen mit sicherer Hoffnung des guten Erfolges verfahren zu können. Der neu angestellte Schullehrer hat während der Jahre seiner provisorischen Amtsführung Zeit und Gelegenheit, das vorher während seines Aufenthalts im Seminare, oder wo er sonst vorbereitet worden, Erlernte sich fester anzueignen, es practisch auszubilden und anzuwenden, und sich als tüchtigen Lehrer und Erzieher zu bewähren. Wo aber diese von einem Jeden gegebene Erwartung täuschen sollte, da findet die Behörde keine Schwierigkeit, sich eines für untauglich erkannten Subjectes zu entledigen. Wenn dies nach erteilter förmlicher Bestallung, welche einen Rechtsanspruch auf den Besitz der Stelle begründet, ohne weilsäufige Untersuchung und ohne, oft beträchtliche, Kosten für die Commune, bei welcher er angestellt worden, niemals geschehen kann, so bedarf es dagegen zur Entfernung eines provisorisch Angestellten von seinem Amte blos der durch das Urtheil der Schulaufsäher und das Zeugniß der Gemeinde oder des Schulvorstandes motivirten Entscheidung der Königl. Regierung, und ein so Entlassener hat auf Pension oder andre Entschädigung keinen Anspruch.

Bei confirmirten Schulstellen tritt die Wichtigkeit dieses Verhältnisses am deutlichsten hervor. Dem gemäß hat daher die unterzeichnete Regierung, bei Besetzung confirmirter Schulstellen landesherrlichen Patronates, den Grundsatz angenommen und bereits zur Ausführung gebracht, den Schulamts-Candidaten, oder den vor bestandener abermaliger Prüfung zu einer confirmirten Schulstelle beförderten Kinderlehrern, die gewöhnliche Vocation so wenig als die Confirmation zu erteilen, sondern sie blos mit einem, ihre provisorische Anstellung beurlundenden, Scheine zu versehen, welcher ihnen den Genuß der Amtseinkünfte zusichert, und unentgeltlich ausgefertigt wird. Weibes, Vocation und Confirmation, erhalten sie nach wohlbestandener abermaliger Prüfung. Den Gemeinden werden hierdurch nicht mehr Kosten verursacht, als sie bisher schon zu tragen hatten; im Gegentheil werden diese Kosten dadurch, daß die Confirmation der Schullehrer, nach der abermaligen Prüfung, füglich den Herren Superintendents übertragen werden, mithin der Aufwand für die Reise zur Confirmation wegsallen kann, oft beträchtlich vermindert werden.

Die Privatpatrone confirmirter Schulstellen machen wir hierdurch auf dieses, in den Anordnungen der oben erwähnten Rescripte vom 1. Junius 1826 begründete, Verfahren aufmerksam, und veranlassen dieselben, in allen vorkom-

menden Fällen ein gleiches zu beobachten. Ein von ihnen dem erwähnten Schullehrer, sofern er nicht schon anderwärts definitiv angestellt war, nach der gewöhnlichen Localprobe zugesehener Schein genügt für dessen provisorische Anstellung, und um die förmliche Vocation oder Bestallung von dem Patron zu erhalten, wird der Angestellte sich, nach der abermaligen Prüfung, unter Einreichung des darüber empfangenen Attestes, bei demselben zu melden haben.

Sollte von jetzt an dieses Verfahren von Seiten der Privatpatrone von Communal-Schulstellen nicht beobachtet werden, so werden wir zwar, um Weitläufigkeiten zu vermeiden, die uns präsentirten Vocationen für provisorisch anzustellende Schullehrer als Documente für die von dem Patron getroffene Wahl annehmen, jedoch unter der, sowie hier im Allgemeinen gegebenen, so in jedem besondern Falle ausdrücklich zu wiederholenden Erklärung, daß solche Vocationen von uns nur als provisorische Anstellungsscheine betrachtet werden können, und daß die so Angestellten, falls sie von uns, vor oder zufolge der abermaligen Prüfung, wieder entlassen werden müßten, ihre auf die erhaltene Vocation oder Bestallung etwa zu gründenden Ansprüche gegen den Patron allein im Wege Rechts auszuführen haben.

Mersburg, den 18. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-  
und Schulwesen.

Mr. 105.  
Die evangelische Kirchen-  
Collecte für  
Häusdorf.

Von dem Hohen Ministerio der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten ist zum Wiederaufbau des zu Häusdorf im Eckartsbergaer Kreise abgebrannten Schulhauses, Behufs Unterstützung der sehr armen Gemeinde, in welcher gleichzeitig von 25 Häusern 14 Wohnhäuser und 22 Scheunen und Ställe abbrannten, eine evangelische Kirchen-Collecte in der Provinz Sachsen bewilligt worden.

Die evangelischen Herren Prediger unsers Bezirks haben an einem passenden Sonntage in hergebrachter Art die Kirchen-Collecte zu obigem Zwecke zu veranstalten und die Beiträge an die Herren Superintendenten mittelst Verzeichnisses einzufenden; letztere aber unter Angabe des Zwecks, mittelst Special-Nachweisung, das Eingegangene an die Haupt-Institutenkasse hieselbst abzuführen, das Duplicat des Lieferscheins anher einzureichen und im Falle nichts an Beiträgen eingegangen, einen Vacatschein sowohl an uns, als die genannte Kasse einzufenden.



Mit dem 1. November dieses Jahres wird die Collecte als geschlossen betrachtet.

Merseburg, den 17. Julius 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nach einem an uns erlassenen Rescripte des Königl. Ministerii des Innern Nr. 104. vom 9. Junius c. haben des Königs Majestät auf den Vortrag des Königl. Staats-Ministerii die Zweifel, welche bei Ermägung der Vorschriften des Allgemeinen Landrechts Th. 2, Tit. 17, §. 114, 115 und 119, und Th. 2, Tit. 19, §. 28, so wie der Criminal-Ordnung §. 570. Nr. 1. darüber entstanden sind,

wenn solche Polizeistrafen, die das Strafgesetz nicht als fiscalisch bezeichnet oder ausdrücklich zu einem bestimmten Fonds angewiesen hat, gebühren?

dahin zu entscheiden geruhet:

- 1) daß dergleichen Polizeistrafen lediglich denen, welchen die Last der Polizei-Gerechtbarkeit obliege, zu verabsolgen sind, also auf dem Lande dem Domino, wenn es mit der Polizei-Gerechtbarkeit beliehen ist, und in den Städten, deren Kassen, wenn die Städte zur Criminal- und Polizei-Gerechtbarkeit Beiträge zu leisten haben, wofür ihnen der Fortgenuß der Nutzungen der Gerechtbarkeit zugesichert ist;
- 2) daß es hierbei keinen Unterschied machen solle, ob gegen ein Landes-Polizei-Gesetz oder gegen ein local-Polizei-Gesetz contravenirt worden, und daß es eben so wenig eine Aenderung bewirken könne, wenn auch das Straf-Resolut von dem Landrathe oder einem Gerichte oder der Regierung festgesetzt, oder in der Recurs-Instanz von der obern Behörde einer Leibesstrafe, Geldstrafe substituiert worden ist.

Wir bringen diese Allerhöchste Bestimmung zur Kenntniß der Polizeibehörden unsers Regierungsbereichs, um sich darnach in vorkommenden Fällen zu achten.

Merseburg, den 17. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 105.  
Das Brennen  
der diesjähri-  
gen Fohlen  
von Landbes-  
chälern betr.

Den Besitzern von Fohlen, welche in Folge vorjähriger Bedeckung der Stu-  
ten durch Königl. Landbeschäler des Sächsischen Landgestüts in diesem Jahre ge-  
boren worden sind, wird hierdurch bekannt gemacht, daß diejenigen, welche diese  
Fohlen mit dem Landgestüts-Brande versehen lassen wollen, sie auf dem Sta-  
tions-Orte, wo die Mutter-Stute gedeckt worden ist, folgendermaassen zu ge-  
stellen haben, nämlich:

| die der Station | Gradiß        | den 14. August, Vorm. 9 Uhr, in | Gradiß;        |
|-----------------|---------------|---------------------------------|----------------|
| " " "           | Döhlen        | " 15. " " " "                   | Döhlen;        |
| " " "           | Kepiß         | " 16. " " " "                   | Kepiß;         |
| " " "           | Seyda         | " 18. " " " "                   | Seyda;         |
| " " "           | Elöden        | " 19. " " " "                   | Elöden;        |
| " " "           | Preßsch       | " 20. " " " "                   | Preßsch;       |
| " " "           | Schwemfal     | " 21. " " " "                   | Schwemfal;     |
| " " "           | Kackitz       | " 22. " " " "                   | Kackitz;       |
| " " "           | Bleesern      | " 23. " " " "                   | Bleesern;      |
| " " "           | Helldrunen    | " 1. Septbr., " " " "           | Helldrunen;    |
| " " "           | Oberroßlingen | " 2. " " " "                    | Oberroßlingen; |
| " " "           | Merseburg     | " 3. " " " "                    | Merseburg;     |
| " " "           | Staritz       | " 10. " " " "                   | Staritz;       |
| " " "           | Cosßdorf      | " 11. " " " "                   | Cosßdorf, und  |
| " " "           | Naundorf      | " 8. October, " " " "           | Naundorf;      |

wo dann das vorschriftsmäßige Einbrennen durch die an diesen Stationsorten  
an dem vorbemerkten Tage und Stunde sich einfindenden Landgestüts-Officianten  
erfolgen wird.

Merseburg, den 6. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

### Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Die notwendigen baulichen Herstellungen an der Schleuse zu Alstedden  
werden am 15. August d. J. beginnen, und es wird deshalb dieselbe von die-  
sem Tage ab bis zum letzten September d. J. gesperrt werden; welches wir

hiermit zur öffentlichen Kenntniß des Schifffahrt treibenden Publicums bringen.  
Merseburg, den 15. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Da uns angezeigt worden, daß in Folge unserer Bekanntmachung vom Nr. 106. 23. Junius 1825 (Merseburger Amtsblatt de anno 1825, St. 25, S. 304) Die Aufbewahrung der Duplicate der Kirchenbücher ein verschiedenes Verfahren beobachtet worden, es aber zweckmäßig und der Absicht des Gesetzes angemessen erscheint, daß die fraglichen Duplicate bei den Gerichtsämtern affigirt werden, so weisen wir sämmtliche Untergerichte unseres Departements an, hiernach für die Zukunft zu verfahren.

Die Auf-  
wahrung der  
Duplicate der  
Kirchenbücher  
betr.

Raumburg, den 8. Julius 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

## Personal-Chronik.

Im Laufe des zweiten Quartals d. J. sind aus dem Regierungs-Departement Merseburg nachbenannte Candidaten des Predigtamts, nach vorher bestandener Prüfung pro ministerio, mit Wahlsfähigkeits-Attesten versehen worden:

- 1) Johann Heinrich Schöne aus Weinböhla; 2) Friedrich Hermann Schreklenberger aus Wulß; 3) Gustav Heinrich Ferdinand Schreiner aus Dieskau; 4) Johann Christoph Karl Wagner aus Halle; 5) Christian Adolph Theodor Schmuß aus Bethau; 6) Karl Rudolph Gräfe aus Paupitzsch; 7) Gustav Heidenreich aus Merseburg; 8) Eduard Kloss aus Muschau.

Bemerkung. Der in der Bekanntmachung vom 31. März d. J. genannte Valentin August Kloss aus Carsdorf hat die Wahlsfähigkeit noch nicht erlangt, und ist dort nur irrthümlich aufgeführt.

Magdeburg, den 1. Julius 1828.

### B e f ö r d e r u n g e n .

- 1) Der bisherige Kammergerichts-Referendar, Karl Saccelot, ist den 12ten Mai c. zum Justiz-Commissar bei dem Landgerichte Erfurt;
  - 2) der bei dem Landgerichte zu Halle bisher beschäftigte Oberlandesgerichts-Assessor, Philipp von Sieghardt, ist den 31. Mai c. zum Landgerichtsrath in Wittenberg an des weiter beförderten Landgerichtsraths Martens Stelle ernannt worden;
  - 3) zu Oberlandesgerichts-Referendarien hieselbst sind befördert die hiesigen Oberlandesgerichts-Auscultatoren, Friedrich Wilhelm Ranke und Richard Karl Friedrich von Zerbst, den 30. Mai, und Christian Maus, den 31. Mai c.;
  - 4) zum Auscultator hieselbst ist angenommen der Candidat der Rechte, Eduard Edmund Stußl, den 17. Junius c.;
  - 5) der Oberlandesgerichts-Auscultator, Johann Eduard Niedermann, ist den 6. Junius c. zum Ingrossator und Hypotheken-Registrator bei dem Landgerichte zu Eisleben;
  - 6) Der Oberlandesgerichts-Referendar, Friedrich Adelbert Würzner, ist zum Actuar bei dem Gerichts-Amte des Stadtbezirks Wittenberg den 27ten Junius c. ernannt.
- Naumburg, den 5. Julius 1828.

---

### T o d e s f ä l l e .

Der bisherige Pfarrer zu Steinbrücken, Ephorie Kelbra, Andreas Samuel Steuber, ist in seinem 65. Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 15. Julius 1828.

---

# A m t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

30. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 2. August 1828.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Es ist zwar früher (conf. Amtsblatt v. J. 1821, S. 26.) bestimmt gewesen, daß die Aerzte und Wundärzte für ihre Mühwaltung zur Wiederbelebung Scheintodter oder Verunglückter eine Remuneration von Zehn Thalern, im Falle das Leben derselben gerettet wird, und von Fünf Thalern, im Falle des Mißlingens der Rettungsversuche, zu erwarten hätten. Da jedoch die Gebühren, welche mittelst der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 2. November 1820 (conf. Amtsblatt v. J. 1821, S. 4.) für die ärztlichen Bemühungen bei dergleichen Gelegenheiten bewilliget sind, für die Fälle der letztgedachten Art ganz genügend sind, so sollen die vorgedachten Prämien künftig nur in den Fällen wirklicher Lebensrettung gewährt werden; welches hierdurch öffentlich bekannt gemacht wird.

Nr. 107.  
Die Prämien  
für Lebens-  
rettung betr.

Merseburg, den 18. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Es sind Fälle vorgekommen, daß nur mit Personal-Concessionen versehene Apotheker ihre Apotheken, die als bloß persönlich concessionierte (mit einem Realprivilegium nicht versehene) weder vererblich noch sonst veräußerlich sind, an approbirte Apotheker zu hohen Preisen verkauft haben, durch welchen Kauf die Erwerber in großen Nachtheil versetzt werden können, da sie durch ein solches Kaufgeschäfte die Erlaubniß zur Fortsetzung des Gewerbes in einer dergleichen Apotheke noch keinesweges an sich gebracht haben.

Nr. 108.  
Verkauf von  
Apotheken  
betr.

Diese Erlaubniß kann nur von den betreffenden Behörden erteilt werden. Sie ist daher mit dem Ankaufe einer dergleichen concessionirten Apotheke keinesweges verbunden, oder eine notwendige Folge derselben.

Vorstehendes wird hiermit zur Vermeidung Schadens und Nachtheils bekannt gemacht, und es werden Apotheker gewarnt, sich nicht in den Kauf von

Apotheken einzulassen, ohne zuvor sich über die Verkaufsbefugnisse ihrer Verkäufer vollständig Ueberzeugung verschafft zu haben.

Die Königl. landrätthl. Ämter der Kreise, in denen Kreisblätter erscheinen, fordern wir auf, diese Bekanntmachung darin aufnehmen zu lassen, damit sie um so mehr verbreitet werde, und Niemand die Unkunde derselben vorschützen könne.

Merseburg, den 23. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Obwohl durch die Circular-Verfügung vom 13. Mai 1825 der studirenden Jugend ein nicht genugsam vorbereiteter Besuch der Universität um ein Bedeutendes erschwert worden, so hat dennoch die bisher in sämmtlichen Provinzen der Königl. Staaten gemachte Erfahrung gelehrt, daß noch eine anderweitige Maaßregel nöthig ist, um die Zahl der unrett auf die Universität eilenden Jünglinge zu vermindern und den großen Uebelständen zu begegnen, die aus dem Andränge solcher Schüler, welche die Gymnasien verlassen, ohne sich der vor-schriftsmäßigen Entlassungs-Prüfung zu unterwerfen, sowohl für die Immatri-culations-Prüfungen bei den Königl. wissenschaftlichen Prüfungs-Commissionen, als auch insbesondere für die Gymnasien erwachsen.

Nr. 109.

Die Entlassungsprüfung beim Abgange von Gymnasien betr.

Das Ministerium sieht sich daher dringend veranlaßt, hierdurch die Bestimmung zu treffen, daß von jetzt an diejenigen Schüler, welche von einem Gymnasio abgegangen sind, ohne sich der vorgeschriebenen Entlassungs-Prüfung unterzogen zu haben, erst nach Verlauf eines Jahres, von ihrem Abgange an gerechnet, bei den Königl. wissenschaftlichen Prüfungs-Commissionen zum Tentamen und Examen angenommen, vor Ablauf dieser Frist aber ohne Weiteres abgewiesen werden sollen.

Das Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium wird beauftragt, diese Bestimmung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und danach das weitere Erforderliche zu verfügen. Sämmtlichen Königl. wissenschaftlichen Prüfungs-Commissionen ist gegenwärtige Verfügung zur Kenntnißnahme und Nachachtung bekannt gemacht worden.

Berlin, den 7. Junius 1828.

Königl. Ministerium der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

(gez.) Freiherr v. Altenstein.

An  
das Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium  
zu Magdeburg.

Die vorstehende Bestimmung bringen wir hiedurch zur öffentlichen Kenntniß.

Magdeburg, den 12. Julius 1828.

Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium.

---

## Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Die Jurisdiction über das Dorf Schmalzerode, welche bisher dem Gerichts-  
amte zu Sangerhausen zugestanden hat, ist nunmehr dem Gerichtsamte zu Eis-  
leben übertragen worden; welches hiedurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht  
wird.

Nr. 110.  
Die Jurisdic-  
tion über das  
Dorf Schmal-  
zerode betr.

Naumburg, den 11. Julius 1828.

Königlich Preussisches Ober-Landes-Gericht.

---

### B e k a n n t m a c h u n g,

die Einrichtung des Hypothekenwesens in dem Königl. Preuss.  
Herzogthume Sachsen betreffend.

Von den im nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten exemten Gütern in  
dem Königl. Preuss. Herzogthume Sachsen sind die Hypotheken-Tabellen, wel-  
che sämmtliche drei Rubriken in sich fassen, fertig geworden, und können wäh-  
rend des Zeitraums vom 1. August bis 30. Septemb'r d. J. in unserm  
Hypotheken-Archive von den Interessenten eingesehen werden.

Wir fordern dieselben mit dem Bedeuten dazu auf, daß nach Ablauf des  
gedachten Zeitraums keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Naumburg, den 15. Julius 1828.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

---

### V e r z e i c h n i s s.

Delitzscher Kreis:

das Rittergut Kelsitz; das Schmalzerische Gut, Berg vor Eilenburg;  
die Lehn-Peritinenten zu Lützen; die Lehn-Peritinenten zu Thallwitz.

**Elkartbergær Kreis:**

das Klostergut Donndorf; das Rittergut Bachra.

**Langensalzaer Kreis:**

das vormal's Müllersche Gut zu Großengottern; das vormal's Helbig'sche Gut zu Großengottern; das Rittergut Weberstedt, 3. Theils; das Rittergut Flarchheim, 1. Theils.

**Merseburger Kreis:**

das vormal's Hanfstengelsche Gut zu Raschwitz.

**Lebenwerdaer Kreis:**

das Dorf Fichtenberg; Strehla, Trebnitzer Theils; die zu dem Rittergute Walda gehörigen Grundstücke zu Gröden; das Rittergut Groß-Knehlen, alten Theils.

**Biegenröder Kreis:**

das Rittergut Reidenberga; die Lehngüter des Stadtraths zu Gessell.

**Weissenfeer Kreis:**

der freie Siedelhof zu Gebesee.

**Sangerhäuser Kreis:**

das Amt Voigtstedt.

**Witterfelder Kreis:**

das Rittergut Groß- und Klein-Queß.

**Wittenberger Kreis:**

die Mühle der Walker-Corporation zu Wittenberg, bei Reinsdorf.

---

**B e k a n n t m a c h u n g.**

Das Königl. Oberlandesgericht von Sachsen bringt hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß hinsichtlich der, in dem nachstehenden Verzeichnisse benannten, exenten Güter das Hypothekenbuch vollendet und der Erwerb neuer Hypothekenrechte, in Gemäßheit des §. 14. des Hypothekenpatents vom 16. Junius 1820, nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenordnung zu bestimmen ist.

Raumburg, den 15. Julius 1828.

Königl. Preuß. Oberlandes-Gericht.

---



## V e r z e i c h n i s s.

### Schweinfurter Kreis:

das Rittergut Grauminkel mit Schönewalde; das Rittergut Kanisdorf mit Buckau.

### Liebenwerdaer Kreis:

das Rittergut Neulöbnewitz mit Zinsdorf; die Lehnstücke des Stadtraths zu Liebenwerda; die Domaine Elsterwerda; das Dorf Prösen; das Dorf Wainsdorf; das Rittergut Rötten; das Uschnersche Erb-Mühlengut bei Ortrand, die Lehnsmühle genannt; die bei Lettau im Spremberger Kreise belegenen, zu dem, im Königreiche Sachsen befindlichen Alodial-Rittergute Delsniz gehörigen 2 Wiesen, nebst dem ebenfalls dazu gehörigen, im Liebenwerdaer Kreise gelegenen Antheile des Dorfes Großziemitz.

### Torgauer Kreis:

das Rittergut Löbnitz mit Pausnitz; das Rittergut Wesenitz.

### Delitzscher Kreis:

das Rittergut Zschepplin; das Rittergut Gruna; das Rittergut Burgwahl zu Liebeburg; das Rittergut Storkwitz; die Rittergüter Slezsch, Gärdenitz, Groß- und Klein-Rühne, auch Wenddorf, Slezscher Antheils; das Rittergut Löbnitz, Hoftheils, auch Untertheils genannt; die Rittergüter Zschepin und Selben; das Rittergut Schnabitz; das Rittergut Pristabitz; die dem Pflugischen Geschlechte als Asterlehn verlehnenen 2 1/2 Hufen Mannlehnfeld bei Delitzsch.

### Wittenfelder Kreis:

das Rittergut Niemed; das Rittergut Neuben; das Rittergut Zöberitz; die Domaine Görschitz; die Domaine Strohwalde; das Rittergut Roßsch, Neupopperschen Antheils; der Zwickmantel und Poschdorfer Leich; das Rittergut Roßsch, Bölgischen Antheils; das Rittergut Roßsch, Schiefischen Antheils; das Rittergut Zöberitz, vormals Wiffingschen Antheils; das Rittergut Ostrau; das Rittergut Prusendorf; das Rittergut Altpouch.

### Wittenberger Kreis:

das Rittergut Jachmo; das Rittergut Trebitz; das Rittergut Wachsdorf; das Rittergut Kropfstedt; das Rittergut Rudersdorf; die Woltersheimischen Pächte; die Leonhardschen Pächte im Amte Wittenberg; die Zinsen des Gotteskasten zu Wittenberg.

### Zeitzer Kreis:

das Rittergut Heudewalde; das Rittergut Wittgendorf; das Rittergut Silbitz; das Rittergut Ostrau; das Rittergut Werbenhain.

**Merseburger Kreis:**

das Rittergut Pobles; das Rittergut Ermlich; das Rittergut Oberfrankleben; die Naundorffschen Zinsen.

**Weißenfelder Kreis:**

das Rittergut Stedelberg; das Rittergut Groß-Oßkewitz; das Rittergut Meinewitz; das Rittergut Röblich; das Rittergut Meyhen; das Rittergut Großkayna; das Rittergut Röbelitz, Hoffmannschen Antheils; das Rittergut Unterneßa; die vormalige Domaine Langendorf; die Wehrfeltschen Getreidezinsen; das Rittergut Tackau; das Rittergut Dronitz; das Rittergut Storkau; das Rittergut Muzschau; das Dorf Mödenitz.

**Querfurter Kreis:**

das Rittergut Erumpa; das Rittergut Zöbiger; das vormalige Struvsche Rittergut Gatterstädt; das vormalige Heynesche Rittergut Gatterstädt; der Ködtschawsche Zehnd zu Schortau, Helmschen Antheils; der Ködtschawsche Zehnd zu Schortau, v. Heildorffschen Antheils; die Marschall- und Schuttackschen Rittergüter zu Ibersleben; das v. Bünausche Gut Weiskelldöblich; das vormalige Hahnsche Rittergut im Weidenthale zu Querfurt; das Bachhaus zu Roszbach; das Rittergut Reinsdorf; das Rittergut Etlau; die Rittergüter Nebra und Birflitz; das Rittergut Obhausen St. Petri; das Rittergut Obhausen-Nicolai, der Schieferhof genannt; das Rittergut Niederschmon; das Rittergut Dechlich; das vormalige Wadersche Gut zu Querfurt; das vormalige Stöckersche Rittergut Weiskelldöblich.

**Edartsbergaer Kreis:**

das Rittergut Bucha; das Rittergut Brettleben mit Oberhelbrungen; das Rittergut Oberhelbrungen; das vormalige Amelungsche Rittergut Cannawurf; das Rittergut Büchel; das Rittergut Harras; das Rittergut Burghesler; das Humannsche Rittergut Gorsleben; das Rittergut Herrngörsstedt; der Zanschhof zu Cannawurf; das Rittergut Allersstedt mit Rothenberg; das Rittergut Issa; die Herrschaft Wiehe.

**Langensalzaer Kreis:**

Das Rittergut Ushoven; die Wüstungen Bütt- und Lünchhausen; das Rittergut Allersstedt, 3. Antheils; das Thamsbrücker Vorwerk zu Großengottern; das v. Berlepschsche Gütlein zu Großengottern; das Rittergut Klettstedt; die vormalige zu dem Müllerschen Gute zu Großengottern gehörig gewesenene 2 Mannlehnhusen und Wiesen; das Rittergut Urleben; der Wahlhof zu Großengottern; das Rittergut Altengottern, Marschallschen Antheils; das Rittergut Weberstedt mit Allersstedt, 1. Antheils; das Rittergut Weberstedt mit Allersstedt, 2. Antheils; das Rittergut Oppershausen; das Gemeindegut Neunheiligen; das Schloßgut

Neunheiligen; das Rittergut Mülverstädt, 1. Theils; das Rittergut Mülverstädt, 2. Theils; das Rittergut Mülverstädt, 3. Theils; das Rittergut Mülverstädt, 4. Theils; das vormals Rosische Gut zu Flarchheim; das Schloßchen zu Großengottern; 2  $\frac{1}{2}$  Hufen Landes in Langensalzaer und Uffovener Flur; das Rittergut Hornsömmern.

**Sangerhäuser Kreis:**

das v. Bielasche Gut zu Sundhausen; der Sattelhof zu Vornstädt; die Kasseburgsche Hufe; das Rittergut Agnesdorf; das große Stiftsgut zu Sundhausen; das Rittergut Belernaumburg, obern Theils; das vormals Stiegleder-Wegeische Gut zu Sangerhausen; das vormals Kreßische Gut Voigtstädt; das vormals Gehofensche oder Burggut Voigtstädt; das vormals Grünthal'sche Gut Voigtstädt; das Rittergut Weiernaumburg, untern Theils.

**Bliegenröder Kreis:**

das Rittergut Blankenberg; das Rittergut Cröspe; das Rittergut Brandenstein; das Rittergut Burgranis.

**Weißenseer Kreis:**

das v. Hausensche Gut zu Lützenömmern; das vormals Sunderstädtische Gut zu Wunderleben, D. Kumpelschen Theils; das Rittergut Straußfurt; die bei dem Rittergute Straußfurt befindlichen Lüberbornschen Jura; die in Straußfurter Flur belegenen 2 Guldnhufen; das von Lüberhause'sche Rittergut zu Gebesee; das Rittergut Wenigen-Edmmerda; das vormals Sunderstädtische Gut zu Wunderleben, Eitelneckschen Theils; das Rittergut Wehra mit Henschleben.

## B e k a n n t m a c h u n g .

Das Hypothekenbuch vom Dorfe Nömmig ist nunmehr vollendet und zur Fortführung dem Königl. Gerichtsamte Freiburg übergeben; welches mit dem Bemerken, daß der Erwerb neuer Hypotheken-Rechte, in Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung wegen Einrichtung des Hypotheken-Wesens in hiesiger Provinz vom 16. Junius 1820 §. 14, nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist, hiermit öffentlich bekannt gemacht wird.

Naumburg, den 4. Julius 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Die Hypotheken-Tabelle über das vormal's Graßenburg'sche, jetzt Krause'sche Rittergut, der rothe Ziegelhof genannt, zu Altheimlingen, im Eckartsbergaer Kreise, sämmtliche drei Rubriken in sich fassend, ist fertig, und kann während des Zeitraums vom 1. August bis 1. October dieses Jahres bei Gericht hier von den Interessenten eingesehen werden. Wir fordern dieselben dazu auf, mit dem Bedeuten, daß nach Ablauf des gedachten Zeitraums keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Schloß-Weichlingen, den 21. Julius 1828.

Freiherrlich Werthern'sche Gerichte der Grafschaft Weichlingen.  
Hertel.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Die Hypotheken-Tabelle über das Leukroth'sche Rittergut zu Batgendorf, im Eckartsbergaer Kreise, sämmtliche drei Rubriken in sich fassend, ist fertig, und kann während des Zeitraums vom 1. August bis 1. October dieses Jahres bei Gericht hier von den Interessenten eingesehen werden. Wir fordern dieselben dazu auf, mit dem Bedeuten, daß nach Ablauf des gedachten Zeitraums keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Schloß-Weichlingen, den 22. Julius 1828.

Freiherrlich Werthern'sche Gerichte der Grafschaft Weichlingen.  
Hertel.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Das Hypothekenbuch des Dorfes Benndorf, in soweit die Immobilien dieser Ortschaft der Gerichtsbarkeit des unterzeichneten Gerichts unterworfen sind, ist vollendet, und hinsichtlich dessen der Erwerb neuer Hypothekenrechte, in Gemäßheit des §. 14. des Hypothekenpatents vom 16. Junius 1820, nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu bestimmen; was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Benndorf, den 23. Julius 1828.

Das Herrlich Hilligsche Patrimonialgericht allda.  
Parreidt, CV.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

31. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 9. August 1828.

## B e k a n n t m a c h u n g .

Es hat sich in neuerer Zeit sehr häufig ereignet, daß von Privatpersonen, Nr. 111.  
und selbst auch von Behörden, Gesuche und Anträge um Verwendungen bei aus- Die an Kö-  
wärtigen Regierungen unmittelbar an die daselbst befindlichen Königl. Preuß. nigl. Gesandt-  
Gesandtschaften gerichtet worden sind. schaften un-

Das unterzeichnete Ministerium sieht sich hierdurch veranlaßt, bekannt zu mittelbar ge-  
machen, daß, nach der bestehenden Geschäftseinrichtung, gesandtschaftliche Ver- richteten Ge-  
wendungen, sie mögen öffentliche oder Privat-Angelegenheiten zum Gegenstande suche betr.  
haben, nur dann eintreten können, wenn der betheiligten Königl. Gesandtschaft  
dazu von dem unterzeichneten Ministerio Auftrag erteilt wird, und daß somit  
alle dahin zweckende Anträge bei demselben angebracht werden müssen, wogegen  
solche, welche unmittelbar an die Königl. Gesandtschaften im Auslande gerichtet  
werden, von diesen nicht nur unberücksichtigt bleiben, sondern auch die hierdurch  
verursachten Kosten den Absendern solcher Gesuche zur Last fallen werden.

Berlin, den 9. Julius 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

gez. v. Schönberg.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntniß  
des Publicums.

Merseburg, den 1. August 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

**Nr. 112.** Die Vorschrift des Allgemeinen Landrechts Theil II, Tit. 11, §. 501 — 503, Duplicate der Kirchenbücher bei den Gerichten des Orts verwahrlicht niedergelegt werden sollen, ist in dem ehemals Sächsischen Theile unsers Bezirkes noch nicht vollständig zur Ausführung gebracht worden.

Damit dieses von jetzt an geschehe, werden, mit Beziehung auf die Verordnungen des Königl. Oberlandes-Gerichts zu Naumburg vom 23. Junius 1825 und 8. d. M. (Amtsblatt vom Jahre 1825, Stück 27, Seite 303, und von diesem Jahre, Stück 29, Seite 227),

- 1) die Herren Prediger angewiesen, künftig die Duplicate nicht mehr, wie bisher, an die Herren Superintendenden, sondern an die Gerichte des Orts, welche entweder die Königl. Gerichtsämter oder die Patrimonial-Gerichte sind, am Schlusse des Jahres abzugeben.
- 2) Die Herren Superintendenden aber haben die Duplicate, welche von ihrem Beginne im Jahre 1800 an nach den frühern Vorschriften in den Ephoral-Archiven aufbewahrt worden sind, an die betreffenden Gerichte gegen Bescheinigung abzuliefern.
- 3) Da die Duplicate nicht mehr bei Anfertigung der jährlichen Populationslisten den Herren Superintendenden zur Hand sind, so werden die Herren Prediger, um jede unnötige Nachfrage zu vermeiden, darauf bedacht seyn, die Populationslisten von ihren Pfarochien mit der größten Genauigkeit anzufertigen.

Merseburg, den 30. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen-  
und Schulwesen.

**Nr. 113.** In Gemäßheit der gesetzlichen allgemeinen Bestimmung §. 693, Tit. 20, Th. II. des Allgemeinen Landrechts, ist bereits durch ein Ministerial-Rescript vom 28. November 1822 festgesetzt, daß diejenigen Personen, welche Bruchbänder und Bandagen nicht bloß auf Bestellung nach besonderer Anweisung, sondern zum Freilieten anzufertigen beabsichtigen, sich zuvor in einer mit Zuziehung des Kreis-Physicus und eines gerichtlichen Wundarztes anzustellenden Prüfung über ihre Kenntnisse von der zweckmäßigen Einrichtung solcher chirurgischen Geräthe auszuweisen gehalten sind. Geverbtreibende, welche sich mit Anfertigung solcher Hülfsmittel zu befassen pflegen, haben sich künftig hiernach zu achten. Das zweckmäßige Verfahren dabei ist um so wichtiger, als sie, in der

Regel vorrätzig gehalten, oft ohne Zuziehung eines Sachverständigen gekauft und benutzt werden, und daher, wenn sie fehlerhaft und zweckwidrig gearbeitet sind, für die, welche sich ihrer bedienen, von den nachtheiligsten Folgen seyn können.

Merseburg, den 28. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Die Gemeinde Rothstein, im Liebenwerdaer landrätthlichen Kreise, hat in diesem Jahre, unter Anleitung des Amtlandschöppen Funke, den Communicationsweg von Rothstein nach Domsdorf nicht allein gerade gelegt, und durch Auffahren von Lehm wesentlich verbessert, sondern auch an demselben eine schöne Doppelreihe von einigen Hundert Pflaumenbäumen angelegt.

Indem wir dieses lobenswerthe Bestreben der genannten Gemeinde, die dortige Straße zu bessern und zu verschönern, zur Nachahmung aller übrigen Gemeinden im Regierungs-Bezirk hierdurch öffentlich bekannt machen, geben wir zugleich der Gemeinde Rothstein und dem Amtlandschöppen Funke unsere ganz besondere Zufriedenheit hiermit gern zu erkennen.

Merseburg, den 3. Julius 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Bekanntmachung.

Der Herr General-Director der Steuern hat, im Einverständnisse mit dem Königl. Ministerium des Innern, die Classification derjenigen landrätthlichen Kreise im Regierungsbezirk Merseburg, in welchen bisher der Tabacksbau betrieben ist, Befußs der Tabackssteuer nach dem Gesetze vom 29. März d. J., für die Jahre 1828 bis einschließl. 1830, dahin genehmigt, daß:

Mr. 114.  
Die Classification der Kreise  
Befußs der Tabackssteuer  
betr.

- a) der Saalkreis, die Kreise Wittenberg, Bitterfeld und Sangerhausen in die dritte Klasse;
- b) der Mansfelder See- und Gebirgs-Kreis, die Kreise Schweinitz, Delitzsch, Merseburg, Eckartsberga, Liebenwerda und Torgau in die vierte Klasse fallen;

was hierdurch zur Kenntniß der Tabackspflanzer in den genannten Kreisen und der betreffenden Kreis- und Steuerbehörden gebracht wird.

Magdeburg, den 1. August 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director.

Für denselben:

der Regierungsrath Rackemann.

---

### B e k a n n t m a c h u n g .

Auf Anordnung Eines Königl. Hochlöblichen Ober-Landes-Gerichts von Sachsen zu Naumburg wird von unterzeichnetem Königl. Landgerichte hiermit bekannt gemacht, daß die bisher wegen der frühern Verhältnisse des ehemaligen Justiz-Amtes Naumburg und des Patrimonial-Gerichts zu Großjena unbestimmte gewesene Regulirung des Hypothekenwesens über die Grundstücke in der Flur Großjena, dem dasigen Patrimonial-Gerichte, so weit demselben die Realgerichtsbarkeit über die gedachte Flur zusteht, überlassen worden, und daher die Interessenten nicht mehr an das Gerichtsamt Landbezirks Naumburg, sondern an das erwähnte Patrimonial-Gericht sich zu wenden haben.

Naumburg, den 25. Julius 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

---

### B e k a n n t m a c h u n g .

Bei hiesigem Patrimonialgerichte sind die Hypotheken-Tabellen, welche alle drei Rubriken in sich fassen, fertig, und liegen in dem Zeitraume vom 15. August bis 16. October dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Patrimonial-Richters zu Lügen zur Einsicht und etwaigen Erinnerungen der Interessenten bereit; welches hierdurch, mit dem Bemerken, daß nach Ablauf dieser Frist weiter keine Erinnerungen beachtet werden können, bekannt gemacht wird.

Wernsdorf im Weissenfeller Kreis-Bezirk, den 30. Julius 1828.

Herlich Maulsche Patrimonial-Gerichte hier.

Niemann, Justitiar.

---



# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

32. Stück.

---

Ausgegeben zu Merseburg den 16. August 1828.

---

## Allgemeine Gesessammlung.

Das 32te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter

- Nr. 1152. Freundschafts-, Schiffsfahrts- und Handels-Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Majestät dem Kaiser von Brasilien. Vom 9. Julius 1827.
- Nr. 1153. Allerhöchste Cabinetsordre vom 4. Junius 1828, die Empfangs-Bescheinigung bei Insinuation diesseitiger gerichtlicher Verfügungen im Auslande betreffend.
- Nr. 1154. Allerhöchste Cabinetsordre vom 30. Junius d. J., über das Verfahren bei Kompetenz-Conflicten zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden.
- Nr. 1155. Allerhöchste Cabinetsordre vom 14. Julius 1828, betreffend die Aufhebung aller weiteren Nachforschungen hinsichtlich der nicht mit dem Vermögenssteuerungs-Steempel bedruckten öffentlichen Papiere aller Art.
- Nr. 1156. Declaration vom 10. Junius 1828, die Verlängerung der mit dem Königlich Niederländischen Gouvernement unterm 11. Junius 1818 abgeschlossenen Cartel-Convention betreffend.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Um das Privat-Eigenthum gegen Wildschäden zu sichern und den darüber von Zeit zu Zeit eingegangenen gerechten Beschwerden zu bezeugen, haben des Königs Majestät in einer an die Königl. Ministerien des Innern und der Finanzen unterm 16. Februar dieses Jahres erlassenen Allerhöchsten Kabinetts-Ordre festzusetzen geruhet, daß den Communal- und Privat-Jagdberechtigten der hohen und mittlern Jagd gestattet seyn soll, ohne Rücksicht auf die in den Forst-Ordnungen gebotene Schonzeit, das Schwarzwild wegschießen zu lassen.

Diese Allerhöchste Bestimmung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 29. Julius 1828.

Der Geheime Staats-Minister von Klenig.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Von dem Königl. Ober-Censur-Collegio ist für die in den Staaten außerhalb des deutschen Bundes in deutscher Sprache erschienenen Schriften, als:

- 1) Malten, Bibliothek der neuesten Weltkunde, 2ter Theil, Karau, bei Sauerländer, 1828;
- 2) D. Engelhard, der Croup in dreifacher Form, Zürich, bei Drell, Füßli et Comp., 1828;
- 3) Auch Etwas über die Kirchengüter. Zürich, Oefnersche Buchhandlung, 1828,

seit dem 7. April d. J. die Erlaubniß zum Debit in den diesseitigen Staaten erteilt worden; welches hierdurch bekannt gemacht wird.

Magdeburg, den 31. Julius 1828.

Der Geheime Staats-Minister von Klenig.

## Verordnung der Königl. Regierung.

Nr. 115.

Die Vereinigung der  
Rentämter

Da die von uns in dem vorjährigen Amtsblatte Nr. 47, S. 287 bereits angekündigte Vereinigung des Rentamts zu Lauchstädt mit dem hiesigen nunmehr erfolgt ist, so wird solches sämmtlichen Behörden, so wie den Eingefess-

nen mit der Aufforderung bekannt gemacht, alle Schreiben und Eingaben, die auf das Rentamt lauchstädt Bezug haben, an das hiesige Rentamt zu richten. Lauchstädt u.  
Merseburg  
betr.  
Merseburg, den 2. August 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung  
der directen Steuern, Domänen und Forsten.

---

### Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Sämmtliche Städte und viele Rittergüter und Dorfschaften im Schweiniger Kreise haben sich neuerlich durch Anpflanzungen von Obstbäumen und Pappeln, besonders auch an den Landstraßen und Communalwegen, vortheilhast ausgezeichnet, und dadurch nicht nur im Allgemeinen die Obstcultur im dortigen Kreise mit rühmlichem Fleiße befördert, sondern auch zur Verschönerung der Straßen und Wege wesentlich beigetragen, und namentlich haben die Domänen Grochwitz, Hartmannsdorf, Collochau, Polzen, Weissenburg und Stedau hierunter, vor Andern, ein lobenswürdiges Beispiel gegeben. Indem wir nun dieses ehrenwerthe Bestreben, zum allgemeinen Besten beizutragen, hierdurch gern belobend anerkennen, wollen wir zugleich die Ortschaften andrer Kreise, welche hierunter etwa noch nachstehen möchten, zu einem gleichen Eifer für Beförderung der so nützlichen Obstbaumzucht und besonders auch für Verpflanzung der öffentlichen und Privatwege mit Obst- und andern nützlichen Bäumen, recht gelegentlich auffordern.

Merseburg, den 4. August 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

---

Die Gemeinden zu Schöna und Cospien im Schweiniger Kreise, Ephorie Schlieben, haben auf eigene Kosten, mit einem Aufwande von ungefähr 1500 Thlr., ein neues geräumiges Schulhaus auf einem Gemeinde-Grundstücke erbaut und eingerichtet, auch dazu einige Morgen Gartenland gefügt, wohl eingezäunt und bereits urbar gemacht.

Wir bringen dies, zur Ehre der genannten Gemeinden und mit verdienter Anerkennung ihres Sinnes und Eifers für die gute Sache, hierdurch zur allgemeinen Kenntniß.

Merseburg, den 15. Julius 1828.

Königl. Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

---

## Bekanntmachung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Es ist der ehemals Sächsische, jetzt Preussische, verlosbar gewesene, jedoch bereits Michael 1811 ausgelosete, im leipziger Neujahrsmarkte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. D. Nr. 3483 bezeichnete, auf die Summe von 100 Thlr. Conv. Geld, und auf jeden Inhaber lautende, der Kirche zu Ristritz zugehörige Steuer-Credit-Kassen-Schein, nebst dem dazu gehörigen, auf den Termin Michael 1805 lautenden Salvo, im Monat October 1806 durch Plünderung fremder Truppen angeblich verloren gegangen; dieser Verlust auch unter dem 4. November 1824 im 47. Stücke des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Merseburg und in Nr. 90. des hiesigen Intelligenz-Blattes öffentlich bekannt gemacht, die gedachte Obligation aber bis Michaelis 1827 nicht zum Vorschein gekommen.

Es hat daher die gedachte Kirche zu Ristritz auf Amortisation dieser Obligation angetragen, und die etwaigen unbekannten Inhaber derselben werden demnach hierdurch aufgefordert, sich bis in dem 8. Zinszahlungstermine, spätestens aber jedenfalls in dem zu diesem Behuf auf

den 1. Junius 1829, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Ober-Landes-Gerichts-Referendar, Herrn Freiherrn von Werthern I., in unserm Geschäftslocale ansehkten Termine entweder persönlich oder durch einen gehörig legitimirten und instruirten Bevollmächtigten aus der Zahl der hiesigen Ober-Landes-Gerichts-Justiz-Commissarien, von denen für den Fall der Unbekannthschaft damit die Herren 1c. Reinslein und Schulze in Vorschlag gebracht werden, sich zu melden und ihre Ansprüche an die fragliche Obligation nachzuweisen, wenn sie nicht gewärtigen wollen, daß sonst ein ewiges Stillschweigen deshalb ihnen auferlegt, und mit gänzlicher Amortisation der Obligation verfahren werden wird.

Naumburg, den 18. Julius 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

### V e r z e i c h n i s s

der

im Jahre 1827 approbirten Medicinal-Personen.

#### A. P r a c t i s c h e A r z t e.

- 1) D. Rudolph Kayser zu Naumburg, im Naumburger Stadtkreise, approbirt als practischer Arzt und Wundarzt den 23. April 1827.

### B. Practische Wundärzte.

- 1) Johann Benjamin Geißler in Schönwalde, im Schweinitzer Kreise, approbirt als Wundarzt 2. Klasse den 24. Januar 1827.
- 2) Johann Adam Wallender in Brehna, im Bitterfelder Kreise, approbirt als Wundarzt 1. Klasse den 6. Junius 1827.
- 3) Karl August Lindt in Wehra, im Querfurter Kreise, approbirt als Wundarzt 2. Klasse den 4. Mai 1827.

### C. Geburtshelfer.

- 1) Der practische Art und Wundarzt, D. Rudolph Kayser zu Naumburg, im Naumburger Kreise, approbirt den 6. Junius 1827.
- 2) Der practische Arzt und Wundarzt, D. Johann Wilhelm Heyne zu Kösen, im Naumburger Kreise, approbirt den 20. Januar 1827.

### D. Apotheker.

- 1) Elias Christian Friedrich Löplein zu Mühlberg, im Liebenwerdaer Kreise, approbirt als Apotheker 1. Klasse den 20. Junius 1827.
- 2) Karl Wilhelm Theodor Weber zu Aisleben, im Mannsfelder Seekreise, approbirt als Apotheker 1. Klasse den 20. Julius 1827.
- 3) Georg Ludwig Hornemann, Administrator der Waisenhause-Apotheke zu Halle, approbirt als Apotheker 1. Klasse den 30. Junius 1827.

### E. Hebammen.

- 1) Johanne Catharine Blume für Zscheische und Zobersdorf, im Liebenwerdaer Kreise, approbirt den 15. August 1827.
- 2) Johanne Christiane Heide für Coslitzien mit Eröbels und Möglenz, im Liebenwerdaer Kreise, approbirt den 15. August 1827.
- 3) Johanne Friederike Große für Schmerlendorf mit Falkenberg, Cölse, Alt- und Neulönnnewitz, Rötten und Marzdorf, im Liebenwerdaer Kreise, approbirt den 15. August 1827.
- 4) Johanne Rosine Wäsch für Prunsendorf, Tremsitz, Waltersdorf und Holzdorf, im Schweinitzer Kreise, approbirt den 15. August 1827.
- 5) Marie Elisabeth Selle für Spergau, Fährendorf und Krellwitz, im Merseburger Kreise, approbirt den 15. August 1827.
- 6) Johanne Christiane Landmann für Muschwitz, Söbsten und Tornau, im Merseburger Kreise, approbirt den 15. August 1827.
- 7) Christiane Friederike Sparfeldt für Düben und Schwemsa, mit dem

Königl. Aunwerke, im Bitterfelder Kreise, approbirt den 17. Junius 1827.

- 8) Marie Catharine Weßel für Ballhausen, im Sangerhäuser Kreise, approbirt den 15. August 1827.
- 9) Christiane Dorothee Ellinger für Brücken, im Sangerhäuser Kreise, approbirt den 15. August 1827.
- 10) Johanne Marie Besser für Allerstädt, im Eckartsbergaer Kreise, approbirt den 9. März 1827.
- 11) Dorothee Müller für Burgholzhausen, im Eckartsbergaer Kreise, approbirt den 9. November 1827.
- 12) Johanne Marie Elisabeth Müller für Freiburg mit Tiefmisch, im Querfurter Kreise, approbirt den 3. Mai 1827.
- 13) Catharine Elisabeth Hartung für Schönewerda und Schmainsdorf, im Querfurter Kreise, approbirt den 20. August 1827.
- 14) Wilhelmine Friederike Meisner für Siebigerode, Blumerode und Mölendorf, im Mannsfelder Gebirgskreise, approbirt den 15. August 1827.
- 15) Wilhelmine Christiane Moritz für die Stadt Halle, approbirt den 5ten Mai 1827.
- 16) Christiane Louise Sager für die Stadt Halle, approbirt den 3. Mai 1827.
- 17) Marie Elisabeth Meisner für Domnisch, Dornisch und Dalma, im Saalkreise, approbirt den 10. September 1827.
- 18) Sophie Wilhelmine Hennecke für Lettin, im Saalkreise, approbirt den 10. September 1827.

#### F. T h i e r ä r z t e.

- 1) Friedrich Ferdinand Schirlich in Zeitz, im Zeitzer Kreise, approbirt als Thierarzt 2. Klasse den 15. April 1827.
- 2) August Friedrich Dominik zu Cölleba, im Eckartsbergaer Kreise, approbirt als Kurschmied den 23. Januar 1827.

Merseburg, den 22. Julius 1828.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Personal-Chronik.

### Beförderungen.

Dem Justiz-Commissar, Christian Gottfried Schlegel in Lauchstädt, ist die nachgesuchte Entlassung den 3. April c. bewilligt;

die Kammergerichts-Assessoren, Müller und Fröhlich, sind den 31. Mai c. zu Verwaltung der etatsmäßigen Assessoren-Stellen beim Landgericht Halle ernannt;

dem hiesigen Ober-Landes-Gerichts-Referendar, Gustav Ferdinand Oheim, ist die Behufs Uebernahme von Patrimonialgerichts-Verwaltungen nachgesuchte Entlassung, unter Genehmigung der Belbehaltung des Titels eines Referendars, den 2. Julius c. erteilt;

der Stadtgerichts-Auscultator, Gustav Adolph Krug zu Berlin, ist den 10. Julius c. zum Referendar ernannt und an das Königl. Ober-Landes-Gericht hieselbst versetzt;

der Referendar Broicher ist den 11. Julius c. von dem Oberlandes-Gerichte in Magdeburg zu dem hiesigen versetzt.

Naumburg, den 1. August 1828.

Königlich Preussisches Ober-Landes-Gericht.

---

# Nachweisung

der

im Monate Julius 1828

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bekann-  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
ingeleichen der Rauch-Forage.

| Namen<br>der<br>Marktplätze. | Getreide.               |     |        |     |        |     |       |     | Hülsefrüchte.           |      |        |      |        |      | Rauchfutter. |         |          |     |     |    |      |       |
|------------------------------|-------------------------|-----|--------|-----|--------|-----|-------|-----|-------------------------|------|--------|------|--------|------|--------------|---------|----------|-----|-----|----|------|-------|
|                              | Weizen                  |     | Koggen |     | Gerste |     | Hafer |     | Hirse                   |      | Erbſen |      | Linſen |      | Kartoffeln   | Heu     | Stroh    |     |     |    |      |       |
|                              | der Preußiſche Scheffel |     |        |     |        |     |       |     | der Preußiſche Scheffel |      |        |      |        |      | Schfl.       | à Cent. | à Schock |     |     |    |      |       |
|                              | tbl                     | ſa. | pf.    | tbl | ſa.    | pf. | tbl   | ſa. | pf.                     | tbl  | ſa.    | pf.  | tbl    | ſa.  | pf.          | tbl     | ſa.      | pf. |     |    |      |       |
| 1 Merſeburg                  | 1 22                    | 6   | 1 20   | 1   | 1      | —   | 1     | —   | 21                      | 6    | —      | —    | 1 20   | —    | 2            | —       | 1        | —   | 22  | 6  | 5    | —     |
| 2 Halle                      | 1 22                    | 6   | 1 18   | 9   | 1      | 2   | —     | 25  | —                       | 5    | —      | 1 25 | —      | 2 15 | —            | 15      | —        | 20  | —   | 10 | —    | —     |
| 3 Naumburg                   | 1 26                    | 2   | 1 20   | 11  | 1      | 2   | 4     | —   | 21                      | 8    | 3 28   | —    | 2      | —    | 2 15         | —       | 15       | —   | 1 5 | —  | 5 20 | —     |
| 4 Torgau                     | 1 27                    | 6   | 1 22   | 6   | 1 12   | 6   | —     | 25  | 9                       | 3 15 | —      | 2 10 | —      | 4    | —            | 15      | —        | 25  | —   | 6  | —    | —     |
| 5 Wittenberg                 | 1 28                    | 2   | 1 19   | 9   | 1 7    | —   | 1     | —   | 9                       | 4    | —      | 1 27 | 6      | —    | 18           | 9       | —        | —   | —   | —  | —    | —     |
| 6 Eisleben                   | 1 22                    | 10  | 1 20   | —   | 1      | —   | 3     | —   | 26                      | 3    | 2 26   | 8    | 1 24   | 8    | 2 14         | 8       | —        | 26  | 3   | —  | 24   | 7 4 5 |
| 7 Zeitz                      | 1 25                    | —   | 1 24   | —   | 1 5    | —   | —     | 20  | —                       | 2 20 | —      | 1 20 | —      | 2    | —            | 15      | —        | 25  | —   | 6  | —    | —     |
| 8 Quersurth                  | 1 22                    | 6   | 1 20   | —   | 1      | —   | —     | 25  | —                       | 3 15 | —      | 1 22 | 6      | 1 22 | 6            | —       | 20       | —   | 1 2 | —  | 3 20 | —     |
| 9 Bitterfeld                 | 1 23                    | 7   | 1 21   | 3   | 1 5    | 3   | —     | 25  | —                       | —    | —      | —    | —      | —    | —            | —       | 26       | 3   | 4   | 5  | —    | —     |

Merseburg, den 4. August 1828.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern,



# Anstalt zu Zeitz für das Jahr 1827.

250

1827 unterhaltenen Personen.

| Schnittszahl der alt<br>gewesenen<br>sonen |                         |           |                     |   | Von den abgegangenen Personen der drei An-<br>stalten sind |             |                 |                  |             |                 |                  |             |                 |                  |             |  |                  |             |   |                  |             |             |                  |
|--|-------------------------|-----------|---------------------|---|--|-------------|-----------------|------------------|-------------|-----------------|------------------|-------------|-----------------|------------------|-------------|--|------------------|-------------|---|------------------|-------------|-------------|------------------|
| Nr.  | Ge-<br>müths-<br>Kranke |           | Summa aller Classen | a.<br>in ihre Hei-<br>math entlas-<br>sen und resp.<br>in Dienste<br>gebracht wor-<br>den |  |             | b.<br>gestorben |                  |             | c.<br>entwichen |                  |             | d.<br>beurlaubt |                  |             | e.<br>an andere<br>Anstalten<br>abgelie-<br>fert |                  |             | f.<br>Kinder, so<br>außerhalb<br>in Pflege<br>gegeben<br>worden |                  |             |             |                  |
|  | zusammen                | männliche |                     | weibliche   | zusammen   | Corrigenden | Land - Arme     | Gemüths - Kranke | Corrigenden | Land - Arme     | Gemüths - Kranke | Corrigenden | Land - Arme     | Gemüths - Kranke | Corrigenden | Land - Arme                                      | Gemüths - Kranke | Corrigenden | Land - Arme   | Gemüths - Kranke | Corrigenden | Land - Arme | Gemüths - Kranke |
| 62   | 50                      | 46        | 96                  | 249   | 82   | 3           | 2               | 7                | 5           | 15              | 3                | —           | —               | 4                | 6           | —  | 3                | 1           | —   | 1                | —           | —           | 130              |

Mädchen von 10 bis 15 Jahren, befindlich, welche in der im Jahre  
aats zu bilden gesucht werden. Die bisher gemachten Erfahrungen

*Karl Aug. Haus*

# Armen- und Gemüths-Kranken.

| Nr. | es bleiben also noch<br>arbeitsfähige Perso-<br>nen |                            |                               | Diese haben verdient |     |     |  |     |     |          |     |     | Der Gesamts-<br>Verdienst beträgt<br>also für 61 volle<br>Arbeiter pro<br>Kopf jährlich |     |     |
|-----|---|----------------------------|-------------------------------|----------------------|-----|-----|--|-----|-----|----------|-----|-----|---|-----|-----|
|     |   |                            |                               |                      |     |     |  |     |     |          |     |     |   |     |     |
|     | zum<br>vollen<br>Tage wert                          | zum<br>halben<br>Tage wert | oder zum vollen Tage-<br>wert | b a a r              |     |     | durch Arbeiten<br>für die Anstalt ins-<br>klusive der für die<br>Economie und<br>auf Planirung<br>des Gartens ver-<br>wendeten Arbeits-<br>ten |     |     | in Summa |     |     |   |     |     |
|     |   |                            |                               | Thlr.                | sq. | pf. | Thlr.  | sq. | pf. | Thlr.    | sq. | pf. | Thlr.   | sq. | pf. |
| 7   | 5   | 58                         | 34                            | 379                  | 26  | 3   | 939  | 14  | 2   | 1319     | 10  | 5   | 21  | 18  | 10  |

1, Farbeholz-Kaspen und Federreihen; außerdem ist im Laufe dieses

rdentlichen Leinwand, so wie die nöthigen Strümpfe und Schuhe, durch  
derselben zur Reinigung der Wäsche, zu den Arbeiten in der Haus-  
id deren Urbarmachung zu Gartenland, so wie zu Bearbeitung des Gar-  
leistung in der Expedition angezogen. Bei den Pfleglingen der Land-  
ster werden, daß diese zum Theil durch Alter und Gebrechen, so wie  
rhielten.

| B. Bekleidungskosten.       |     |                           |      |              |                                    |     |                           |     |           | C. Administrationskosten.   |     |                           |     |           |   |     |                           |     |           |     |    |    |   |    |   |
|-----------------------------|-----|---------------------------|------|--------------|------------------------------------|-----|---------------------------|-----|-----------|---|-----|---------------------------|-----|-----------|---|-----|---------------------------|-----|-----------|-----|----|----|---|----|---|
| Corrigenden.                |     |                           |      |              | b) für Landarme und Gemüthskranke. |     |                           |     |           | als: Gehalte und Emolumente der Officianten, Speisungskosten der Dienstleute, desgleichen Heizung, Erläuterungs-, Reinigungs-Material, für Lager-, Arbeits-, Wirtschaft-, Armen-<br>lien, Medicinkosten, ferner: an Transportkosten, Abgaben, Bau- und Reparaturkosten, Bureau-Aufwand und extraordinären Ausgaben. |     |                           |     |           | Gesamter Betrag der Kosten A. B. und C. |     |                           |     |           |     |    |    |   |    |   |
| Der Aufwand das für beträgt |     |                           |      |              | In Kreisung wurde den unterhalten  |     |                           |     |           | Der Aufwand das für beträgt   |     |                           |     |           |   |     |                           |     |           |     |    |    |   |    |   |
| überhaupt.                  |     | mithin pro Kopf jährlich. |      | in dem Jahre | überhaupt.                         |     | mithin pro Kopf jährlich. |     | Personen. | überhaupt.  |     | mithin pro Kopf jährlich. |     | Personen. | überhaupt.                              |     | mithin pro Kopf jährlich. |     | Personen. |     |    |    |   |    |   |
| fl.                         | sg. | pf.                       | Thl. | sa.          | pf.                                | fl. | sg.                       | pf. | Thl.      | sa.   | pf. | fl.                       | sg. | pf.       | Thl.                                    | sa. | pf.                       | fl. | sg.       | pf. |    |    |   |    |   |
| 1                           | 7   | 20                        | 5    | 6            | —                                  | 6½  | 18                        | 27  | 158       | 77  | 1   | 9                         | 5   | 4         | 26                                      | 5   | 79                        | 46  | —         | 9   | 14 | 75 | 9 | 27 | 4 |

nene Küchenmagd bei der Verpflegung der Dienstleute mit in Ansaß



# A m t s , B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

33. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 6. September 1828.

## Allgemeine Gesessammlung.

Das 14te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter

- Nr. 1157. Ministerial-Erklärung vom 13. Julius 1828, über die mit dem Senate der freien Stadt Hamburg getroffene Vereinbarung, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten wider den Dächer-Nachdruck betreffend.
- Nr. 1158. Gesetz, zur Erleichterung der Todeserklärungen der aus den Kriegen von 1806 bis 1815 nicht zurückgekehrten Personen. Vom 2. August 1828.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Bei Gelegenheit, daß von einer Polizeibehörde unsers Regierungsbezirks Nr. 116. ein Individuum auf den Transport gesetzt ist, ohne daß zuvor mit der angebli- chen Behörde des Bestimmungsortes communicirt worden, und sich demnachst er- geben, daß der Transportat dem Orte, wohin er transportirt wurde, nicht an- gehörte, hat das Königl. Ministerium des Innern und der Polizei uns aufge- geben, die Polizeibehörden unsers Regierungsbezirks ernstlich anzuweisen, kein Individuum eher auf den Transport zu setzen, als bis vorher mit der Behörde des angeblichen Bestimmungsortes communicirt worden sey. Den Bestim- mungsort des Transporta- ten betr.

Die Herren Landräthe und Polizeibehörden unsers Regierungsbezirks wer- den dem gemäß hierdurch und im Verfolge unserer Verordnung vom 2. August 1827 (Amtsblatt Jahrgang 1827, St. 51, S. 203) angewiesen, kein Indivi- duum eher abzuführen, als bis von ihnen zuvor mit der Behörde des Bestim- mungsortes communicirt worden, und letzterer sich zur Annahme für verbunden

erklärt hat. Sollten Differenzen wegen der Annahme sich ergeben, so haben die betreffenden Polizeibehörden unsers Regierungsbezirks, unter Einreichung der Verhandlungen, an uns Bericht zu erstatten und den Bescheid zu erwarten.

Mersburg, den 1. September 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 117.

Die evangelische Kirchen- und Hauscollekte für die geistlichen Gebäude in Mersburg betr.

Von Seiten des Hohen Ministerii der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und des Hohen Ministerii des Innern und der Polizei, ist zum Wiederaufbau der im vorigen Jahre abgebrannten evangelischen Kirche und der Pfarr- und Schulgebäude zu Mersburg, in Rücksicht auf das große Brandunglück, wovon die Stadt selbst wiederholt betroffen, und die große Armuth der Gemeinde, eine evangelische Kirchen- und Hauscollekte in den sämtlichen Provinzen der Monarchie bewilligt worden.

Wir fordern daher die Herren Prediger im hiesigen Regierungs-Bezirk auf, an einem geeigneten Sonntage die Kirchen-Collekte anzustellen, desgleichen die Magistrate und Stadträte, so wie die Richter und resp. Schulzen und Schöppen, eine Haus-Collekte zu veranstalten, und wird wegen des Verfahrens dabei, so wie wegen der Einsendung des Eingefammelten, auf unsere Bekanntmachung vom 3. Julius d. J., Stück 28, S. 216 und 217 des Amtsblattes, zur Vermeidung von Wiederholungen Bezug genommen.

Mit dem 15. December d. J. wird diese Kirchen- und Haus-Collekte für geschlossen erachtet.

Mersburg, den 1. September 1828.

Königl. Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

### B e k a n n t m a c h u n g,

die gerichtliche Niederlegung der von der Königlichen Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden im Jahre 1827 für den Amortisations-Fonds eingelöseten Staats-Schuld-Verschreibungen betreffend.

Von der Königl. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden sind im Laufe des Jahres 1827, nach einer uns mitgetheilten Bekanntmachung derselben vom 15. Julius 1828, folgende Staats-Schuld-Verschreibungen für den Amortisations-Fonds eingelöst, und bei dem Depositorio des Königl. Kammer-Gerichts verwahrtlich niedergelegt worden, nämlich:

- 1) 39 Stück Obligationen, jede zu 1,000 Flor. Holländisch, der bei dem Handlungshause Witwe Ueberfeld und Serrurier in Amsterdam im Jahre 1809 negociirten Anleihe, zusammen zu dem Betrage von 39,000 Gulden Holländisch;
- 2) 505 Stück Englische Obligationen aus der Anleihe bei dem Handlungshause M. M. v. Rothschild, vom 31. März 1818, im Gesamtbetrage von 93,350 Pfund Sterling;
- 3) 679 Stück Obligationen aus der Anleihe bei dem Handlungshause M. M. Rothschild und Söhne in Frankfurt a. M., aus dem Jahre 1817, zum Gesamtbetrage von 487,500 Gulden Rheinisch;
- 4) 55 Stück Kurmärkische alte landschaftliche Obligationen, zusammen über 41,450 Thlr. incl. 30,491 Thlr. 22 1/2 Egr. Gold;
- 5) 73 Stück Domainen-Pfandbriefe, im Betrage von zusammen 73,000 Thlr.;
- 6) 8146 Stück Staats-Schuld-Scheine, im Gesamtbetrage von 2,074,575 Thlr.;
- 7) 242 Stück Kurmärkische ständische Obligationen, zusammen über 138,430 Thlr. incl. 5,900 Thlr. Gold;
- 8) 35 Stück Neumärkische Interims-Scheine, im Betrage von 53,100 Thlr.;
- 9) 1308 Stück Provinzial-Staats-Schuld-Documente, im Gesamtbetrage von 439,961 Thlr. 24 Egr. 4 Pf. incl. 25,664 Thlr. Gold.

Alle diese Staats-Schuld-Documente betragen hiernach im Nominalwerthe:  
2,802,516 Thlr. 24 Egr. 4 Pf. Preuß. Courant incl. 62,058 Thlr.  
22 Egr. 6 Pf. Gold;  
39,000 Gulden Holländisch;  
487,500 Gulden Rheinisch;  
93,350 Pfund Sterling.

Wir bringen solches hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß Exemplare der Eingangs gedachten Bekanntmachung der Königl. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden, mit den speciellen Verzeichnissen der deponirten Documente versehen, sowohl in der Registratur der unterzeichneten Regierungs-Abtheilung, als auch in dem Bureau des Bürgermeister-Amtes zu Halle und im landrätthlichen Bureau zu Naumburg vorhanden sind, und von Jedermann, der ein Interesse dabei hat, eingesehen werden können.

Merseburg, den 1. September 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kassenwesen.

---

## B e k a n n t m a c h u n g.

Es ist seither öfter der Fall vorgekommen, daß Candidaten des Predigtamts, welche zu einem Amte präsentirt zu werden Hoffnung, aber das canonische Alter noch nicht erreicht haben, die desfallige Dispensation bei dem Königl. Ministerio der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten unmittelbar nachgesucht haben. Dies ist dem Geschäftsgange unangemessen und verzögert die in der Regel schleunig begehrte Entscheidung, indem wir mit unserm Gutachten zuvor gehört werden, weshalb das obengedachte Königl. Ministerium angeordnet hat, daß in Zukunft dergleichen Gesuche bei uns angebracht und dieselben durch uns gleich mit unserm Gutachten begleitet, eingereicht werden sollen.

Dem gemäß bringen wir diese Bestimmung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, mit der Bemerkung, daß von jetzt ab alle Gesuche um Dispensation ab aetate canonica, sowie um Erlaß des Zwischenjahres zwischen der ersten und zweiten theologischen Prüfung, lediglich an uns zu richten sind, dieselben mögen von den Patronen vacanter Pfarrstellen in der Provinz Sachsen für erwähnte Candidaten dieser Provinz, oder von den Candidaten des Predigtamts selbst vorgebracht werden.

Magdeburg, den 8. August 1828.

Königl. Consistorium und Provinzial-Schul-Collegium.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Die Hypothekentabellen, welche alle 3 Rubriken in sich fassen:

- a) von der Stadtlauchstädt;
- b) von dem Dorfe Rodendorf;
- c) von der Stadt Schaafstädt;
- d) von dem Dorfe Papitz;
- e) von den in Günthersdorfer Flur belegenen Pertinenzstücken der in Günthersdorf belegenen Häuser,

sind vollendet, und können vom 1. September ab, bis ult. October c. in unserm Hypotheken-Archive eingesehen werden.

Nach Ablauf dieser Zeit können Erinnerungen gegen die Tabellen von den Interessenten nicht mehr angebracht werden.

Halle, den 15. August 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.



# A m t s = B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

34. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 13. September 1828.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Nachdem Ich bereits durch Meine Ordre vom 29. Mai v. J. bestimmt habe, daß bei den Divisionschulen künftig nur Eine Klasse seyn soll, setze Ich in Verfolg dessen zur weiteren Ausführung dieser Anordnung hierdurch noch fest:

- 1) vom 1. October d. J. an hört in allen Divisionschulen die zweite Klasse auf;
- 2) zur Aufnahme in die Divisionschulen ist die Ableistung des Portepée-Fähnrich-Examens mit dem Zeugnisse der Reise erforderlich;
- 3) der Cursus in den Divisionschulen wird auf zwei Jahre beschränkt, und da es nicht möglich ist, daß die gesammten Militair-Wissenschaften für das Bedürfniß des Officiers in einem 9monatlichen Cursus mit der gehörigen Gründlichkeit gelehrt werden können, so soll der Cursus in 2 Coetus zerfallen, wodurch denn auch Gelegenheit gegeben wird, daß diejenigen jungen Leute, deren früherer Unterricht unvollständig war, oder deren Naturanlagen sich später entwickeln, nachgeholfen werden können;
- 4) die Studien-Direction jeder Divisionschule soll nach vorangegangenen Tentamen über die Aufnahme der jungen Leute in dem einen oder andern Coetus entscheiden. — Ich trage Ihnen auf, diese Bestimmungen der Armee bekannt zu machen, und das weiter Nöthige zu veranlassen.

Potsdam, den 29. Junius 1828.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An  
den Kriegs-Minister, General der Infanterie,  
von Hafe.

Die vorstehende Allerhöchste Cabinets-Ordre wird hiedurch mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß zur Erlangung des zur Aufnahmeme in die Divisionschulen unerläßlich erforderlichen unbedingten Zeugnisses der Reife zum Portepée-Jährlich folgende Kenntnisse erforderlich sind:

- 1) erträgliches Schreiben in Hinsicht der Calligraphie und Orthographie;
- 2) Arithmetik, incl. Proportionen und Brüche;
- 3) ebene Geometrie, die ersten Anfangsgründe;
- 4) Elementar-Geographie;
- 5) allgemeine Weltgeschichte, vaterländische Geschichte;
- 6) Französische Sprache in dem Maasse, um einen leichten Französischen Schriftsteller ohne Hülfe des Wörterbuchs verstehen, und einzelne Stellen daraus grammatisch analysiren, und schriftlich ins Deutsche übersetzen zu können.

Berlin, den 20. August 1828.

Königl. Preuß. Kriegs-Ministerium.

Für den Herrn Kriegs-Minister, in dessen Abwesenheit,  
von Schöler.

## Verordnung der Königl. Regierung.

Nr. 118.

Die Voraus-  
bezahlung der  
Beamtens-Be-  
soldungen  
betr.

Nach einer durch das Rescript der beiden Hohen Ministerien des Innern und der Finanzen vom 27. Junius d. J. uns bekannt gemachten Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 10. Mai d. J. ist festgesetzt:

- 1) daß die Besoldungen der Beamten, welche, es sey als Mitglieder oder als Subalternen, zu einem Collegium gehören, oder bei demselben arbeiten, vierteljährlich, derjenigen aber, welche nicht in collegialischen Verhältnissen stehen, monatlich voraus zu bezahlen sind;
- 2) daß den Verwaltungs-Chefs freistehende, auch da, wo eine vierteljährliche Vorausbezahlung zulässig ist, für einzelne Beamte oder Klassen derselben, unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse, eine monatliche Vorausbezahlung festzusetzen, und
- 3) daß die einzeln stehenden Beamten, welche nach der Verfassung ihrer Verwaltung bisher die Besoldung vierteljährlich im Voraus zu erheben berechtigt gewesen sind, hierbei ferner zu lassen, und in solchen Fällen die gegenwärtigen Bestimmungen nur auf diejenigen Beamten dieser

Klasse anzuwenden, welche nach der Bekanntmachung dieses Allerhöchsten Befehls erst neu angestellt werden.

Indem wir Vorstehendes im Verfolg der frühern Verordnung vom 27. Julius 1821 (Amtsblatt pro 1821, Seite 281, Nr. 104.) zur Kenntniß sämtlicher von uns ressortirender Beamten und Kassen bringen, weisen wir letztere hiermit an, hiernach bei Besoldungs-Zahlungen zu verfahren, und insbesondere die Bestimmung zu 3. bei neuen Anstellungen zu berücksichtigen, wenn der frühere Inhaber der Stelle seine Besoldung vierteljährlich bezog.

Merseburg, den 3. September 1828.

Königlich Preussische Regierung.

## Bekanntmachung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Es ist der ehemals Sächsische, jetzt Preussische, verloosbar gewesene, jedoch bereits Michael 1811 ausgelosete, im leipziger Neujahrsmarkte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. D. Nr. 3483 bezeichnete, auf die Summe von 100 Thlr. Conv. Geld, und auf jeden Inhaber lautende, der Kirche zu Kistritz zugehörige Steuer-Credit-Kassen-Schein, nebst dem dazu gehörigen, auf den Termin Michael 1805 lautenden Talon, im Monat October 1806 durch Plünderung fremder Truppen angeblich verloren gegangen; dieser Verlust auch unter dem 4. November 1824 im 47. Stücke des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Merseburg und in Nr. 90. des hiesigen Intelligenz-Blattes öffentlich bekannt gemacht, die gedachte Obligation aber bis Michaelis 1827 nicht zum Vorschein gekommen.

Es hat daher die gedachte Kirche zu Kistritz auf Amortisation dieser Obligation angetragen, und die etwaigen unbekannten Inhaber derselben werden demnach hierdurch aufgefordert, sich bis in dem 8. Zinszahlungstermine, spätestens aber jedenfalls in dem zu diesem Behuf auf

den 1. Junius 1829, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Ober-Landes-Gerichts-Referendar, Herrn Freiherrn von Werthern I., in unserm Geschäftslocale angetretenen Termine entweder persönlich oder durch einen gehörig legitimirten und instruirten Bevollmächtigten aus der Zahl der hiesigen Ober-Landes-Gerichts-Justiz-Commissarien, von denen für den Fall der Unbekannthschaft damit die Herren v. Reinslein und Schulze in Vorschlag gebracht werden, sich zu melden und ihre Ansprüche an die fragliche Obligation nachzuweisen, wenn sie nicht gewärtigen wollen, daß sonst ein ewiges Stillschwei-

gen deshalb ihnen auferlegt, und mit gänzlicher Amortisation der Obligation verfahren werden wird.

Urkundlich unter des Königl. Ober-landes-Gerichts größtem Siegel und gewöhnlicher Unterschrift.

Raumburg, den 18. Julius 1828.

Königl. Preuß. Ober-landes-Gericht von Sachsen.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Von den in dem nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten Häusern der Stadt Osterfeld sind die Hypothekentabellen, welche in unserer Bekanntmachung vom 12. September 1827 im 41. Stücke des Merseburger Regierungs-Amtsblattes als noch nicht fertig bezeichnet waren, nunmehr vollständig aufgestellt worden.

Wir machen dies in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5. April 1824 (Gesetzsammlung d. a. 1824, pag. 78.) den Interessenten bekannt, und fordern sie auf, diese Tabellen vom 1. October d. J. ab bis ult. November d. J., binnen welcher Zeit dieselben in unserer Registratur bereit liegen, einzusehen, und ihre etwaigen Erinnerungen dagegen anzubringen, unter der Verwarnung, daß nach Ablauf dieses Termins keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Raumburg, den 30. August 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

### V e r z e i c h n i s s .

- 1) Das Haus des Johann Christian Iohse, Nr. 6; — 2) das des Gottfried Wilhelm Dertel, Nr. 12; — 3) das des Johann Friedrich Colditz, Nr. 14; — 4) das des Johann Karl Hanf, Nr. 36; — 5) das des Friedrich Gottlob Schol, Nr. 63; — 6) das des Christian Herrling, Nr. 95; — 7) das des Peter Fuchs, Nr. 115, und 8) das der Christiane Kühn, Nr. 117.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Es sind neuerdings wieder an freiwilligen Beiträgen zur Verschönerung der betreffenden Königl. Landwehr-Bataillone eingegangen:

|  |    |       |    |      |   |     |
|--|----|-------|----|------|---|-----|
| Seitens des Wohlblöblichen Landraths-Amtes des<br>Mannsfelder See-Kreises . . . . .  | 62 | Thlr. | —  | Egr. | 9 | Nf. |
| Seitens des Wohlblöblichen Landraths-Amtes des<br>Mannsfelder Gebirgs-Kreises . . . . .  | 40 |       | 15 |      | — |     |
| Seitens des Herrn Hauptmanns v. Seydewitz,<br>als ein Geschenk der verehrlichen Kreisstän-<br>de des Bitterfelder Kreises, zur Anschaffung<br>von Seitengewehren . . . . . | 29 |       | 15 |      | — |     |

Summa 152 Thlr. — Egr. 9 Nf.

Ich unterlasse nicht, für diesen erfreulichen Beweis der fortwährenden re-  
gen Theilnahme an dem Landwehr-Institute den verbindlichsten Dank hierdurch  
öffentlich und unter der Versicherung abzustatten, daß die erwähnten Beträge,  
ganz dem ausgesprochenen Zwecke gemäß, werden verwendet werden.

Merseburg, am 4. September 1828.

Der Königl. General-Major und Commandeur  
der 8ten Landwehr-Brigade,  
von Ramecke.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Nachdem nunmehr von folgenden Städten und Dörfern unsers Bezirks die  
hier neuangelegten Hypothekenbücher nebst Grundacten zur weitem Fortführung  
an die betreffenden Hypothekenbehörden abgegeben werden find, nämlich:

- 1) das Hypothekenbuch von der Stadt Dreshna, an das Königl. Gerichts-Amt  
dasselbst; 2) das Hypothekenbuch von der Stadt Gräfenhainichen; 3) von  
dem Dorfe Goltewitz; 4) von den in der Umgegend von Gräfenhainichen  
gelegenen 11 Wassermühlen:
- a) der Buchholz-Mühle, b) der Birnbaum-Mühle, c) der Vogelgesangs-  
Mühle, d) der Hain- oder Burgstädter Mühle, e) der Fahrings-  
Mühle, f) der Breitewitzer Mühle, g) der Niebicker Mühle, h) der  
Leichdamm-Mühle, i) der Fluth-Mühle, k) der Steingruben-Mühle,  
l) der Mächauer Mühle, an das Königl. Gerichts-Amt zu Gräfenhain-  
ichen;
- 5) das Hypothekenbuch von der Stadt Preßsch; 6) dem Dorfe Kleinerbis, an  
das Königl. Gerichts-Amt zu Preßsch, ingleichen von den Dörfern 7)  
Weuden; 8) Hochossig; 9) Kömmlich; 10) Rackwitz; 11) Narestedt; 12)

Eauselb; 13) Schladig bei Kömmlich; 14) Spröbba; 15) Gollmenz; 16) Gerbisdorf, an das Königl. Gerichts-Amt zu Delitzsch; 17) von Beyersdorf; 18) von Glebisch; 19) von Greppin; 20) von Holzweißig; 21) von Niemetz; 22) von Roitzsch; 23) von Sandersdorf; 24) von Zöckrig; 25) von Zscherndorf, an das Königl. Gerichts-Amt zu Bitterfeld, und 26) von Marzahn, an das Königl. Gerichts-Amt zu Bahna;

als wird solches mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß alle Eintragungs-, Lösungs- und sonstige, das Hypothekenwesen gedachter Städte und Dörfer betreffende allgemeine und besondere Anträge nicht mehr bei uns, sondern bei der nunmehrigen betreffenden Hypothekenbehörde anzubringen, resp. einzureichen sind.

Wittenberg, den 5. September 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

## Personal-Chronik.

### Beförderungen.

Der Kammergerichts-Referendarius, Bussó von Wedell, ist unterm 22. August c. zum Referendarius bei der Königl. Regierung hieselbst, ernannt worden.  
Merseburg, den 22. August 1828.

Die Kreis-Secretaire-Stelle im hiesigen Landrathl. Amte ist dem bisherigen Calculatur-Assistenten Ehardt verliehen.

Merseburg, den 5. September 1828.

Befördert sind nachstehende Candidaten des Predigtamts:

- 1) Karl Ferdinand Fiedler, als Pfarrersubstitut zu Gräfenhainichen;
- 2) Wilhelm Ferdinand Kästner, als Pfarrer zu Pölleben, Ephorie Mannsfeld;
- 3) Friedrich Adolph Bahn, als Pfarrer zu Burgscheidungen, Ephorie Freiburg;
- 4) Ernst August Samuel Dreyßer, als Pfarrer zu Oberdröblingen, Ephorie Sangerhausen.

Versetzt sind:

- 1) der Diaconus zu Wallhausen, Ephorie Sangerhausen, Johann Jacob Ferdinand Licht, als Pfarrer nach Collnden, Ephorie Merseburg;
- 2) der Pfarrer zu Reußen, Ephorie Torgau, Christian Hasemann, als Pfarrer nach Zinna, in derselben Ephorie;
- 3) der ordinierte Hospitalprediger und Rector zu Königsbrück in der Oberlausitz, Heinrich Sigismund Eger, als Pfarrer nach Döbernitz, Ephorie Delitzsch.

Merseburg, den 23. August 1828.

Der seitherige Lehrer der Mathematik und Physik am Pädagogio zu Halle, D. Müller, ist in gleicher Eigenschaft nach dem Ministerial-Rescripte vom 27. v. M. an das Gymnasium in Torgau versetzt worden.

Magdeburg, den 15. August 1828.

- 1) Der Candidat der Rechte, Ernst Heinrich Kummel, ist den 1. August c. zum Auscultator angenommen;
- 2) dem Auscultator Friedrich Wilhelm Bennicke bei dem Landgericht zu Erfurt ist die nachgesuchte Entlassung daselbst den 13. August c. erteilt;
- 3) die hiesigen Oberlandes-Gerichts-Auscultatoren, Ludwig Ernst August Bölle, Johann Lorenz Dürschardt und Friedrich Karl Ludwig Leyser, sind den 15. August c. zu Referendarien befördert;
- 4) die Wahl und Bestallung des Patrimonial-Richters Triebel zum Justitiar und Untersuchungs-Richter bei dem Hauptzoll-Amte zu Mühlberg, ist durch das Justiz-Ministerial-Rescript vom 21. Julius c. genehmigt;
- 5) der invalide Trompeter, Karl Abisch, ist den 12. August c. zum Boten und Executor bei dem Gerichs-Amte Eisleben, an des verstorbenen Börel Stelle,
- 6) der invalide Unterofficier, Johann Gottfried Satzbrun, ist zum Boten und Executor bei dem Gerichs-Amte Weissenfee, an des abgesetzten Jacobi Stelle, den 15. August c.,
- 7) der invalide Unterofficier und interimistische Oberlandes-Gerichts-Bote und Executor zu Wittenberg, Johann Christoph Nieblich, ist den 27. August c. zum 3ten Boten und Executor bei dem Landgerichte Naumburg, an des verstorbenen Graf Stelle, angenommen.

Naumburg, den 30. August 1828.

# N a c h w e i s ü n g

der

im Monate August 1828

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-  
nisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

| Namen<br>der<br>Marktplätze. | G e t r e i d e.        |         |        |         |        |         |       |         | H ü l s e n f r ü c h t e. |         |        |         |        |         | R a u c h f u t t e r. |         |     |         |     |         |
|------------------------------|-------------------------|---------|--------|---------|--------|---------|-------|---------|----------------------------|---------|--------|---------|--------|---------|------------------------|---------|-----|---------|-----|---------|
|                              | Weizen                  |         | Koggen |         | Gerste |         | Hafer |         | Hirse                      |         | Erbſen |         | Linſen |         | Kartof-<br>feln        | Heu     |     | Stroh   |     |         |
|                              | der Preußiſche Scheffel |         |        |         |        |         |       |         | der Preußiſche Scheffel    |         |        |         |        |         | Scheff.                | à Cent. |     | à Scho. |     |         |
|                              | tbl                     | fa. pf. | tbl    | fa. pf. | tbl    | fa. pf. | tbl   | fa. pf. | tbl                        | fa. pf. | tbl    | fa. pf. | tbl    | fa. pf. | tbl                    | fa. pf. | tbl | fa. pf. | tbl | fa. pf. |
| 1 Merſeburg                  | 1 25                    | 5       | 1 20   | 5       | 1 —    | 9       | 21 5  | —       | —                          | 1 22    | 6      | 2 —     | —      | 25 —    | 25 —                   | 5 —     | —   | —       | —   | —       |
| 2 Halle                      | 1 27                    | 6       | 1 20   | —       | 1 2    | —       | 25 9  | 4 25    | —                          | 1 20    | —      | 2 15    | —      | 20 —    | 25 —                   | 8 —     | —   | —       | —   | —       |
| 3 Naumburg                   | 1 26                    | 10      | 1 19   | 7       | 1 3    | 5       | 20 3  | 3 28    | —                          | 2 —     | —      | 2 15    | —      | 15 —    | 1 5                    | 5 20    | —   | —       | —   | —       |
| 4 Torgau                     | 1 25                    | —       | 1 25   | —       | 1 8    | 9       | 25 9  | 3 15    | —                          | 2 10    | —      | 4 —     | —      | 15 —    | 22 6                   | 5 —     | —   | —       | —   | —       |
| 5 Wittenberg                 | 1 28                    | 9       | 1 17   | 10      | 1 5    | 11      | 25 4  | 4 —     | —                          | —       | —      | —       | —      | 15 11   | —                      | 5 11    | 9 — | —       | —   | —       |
| 6 Eiſleben                   | 1 22                    | 8       | 1 16   | 11      | 1 —    | —       | 25 7  | 5 5 4   | 1 24                       | 8       | 2 10   | 8       | —      | 22 6    | 25 9                   | 4 5     | —   | —       | —   | —       |
| 7 Zeitz                      | 1 26                    | —       | 1 24   | —       | 1 5    | —       | 21 —  | 2 20    | —                          | 1 20    | —      | 2 —     | —      | 15 —    | 25 —                   | 6 —     | —   | —       | —   | —       |
| 8 Querfurth                  | 1 22                    | 6       | 1 17   | 6       | 1 —    | —       | 25 9  | 3 15    | —                          | 1 22    | 6      | 1 22    | 6      | 26 8    | 1 2                    | 5 20    | —   | —       | —   | —       |
| 9 Bitterfeld                 | 1 28                    | 7       | 1 22   | 11      | 1 5    | 8       | 24 7  | —       | —                          | —       | —      | —       | —      | —       | 27 6                   | 4 15    | —   | —       | —   | —       |

Merseburg, den 4. September 1828.

Königlich Preussische Regierung.



# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

35. Stüd.

Ausgegeben zu Merseburg den 20. September 1828.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Durch ein Rescript der Hohen Ministerien des Innern und der Finanzen vom 14. Julius d. J. ist uns bemerkt gemacht worden, daß es nicht in der Absicht liege, einigen Klassen von Unterbedienten, bei deren Anstellung zeitlicher bedingte Kündigung, also nur für den Fall, wenn sie sich Ordnungswidrigkeiten, Ungehorsam u. zu Schulden kommen lassen würden, vorbehalten worden, allgemein, auch für die Folge, die Berechtigung zur regulativmäßigen Civil-Pension einzuräumen.

Mr. 119.  
Die Pens-  
sionsberechti-  
gung u. Pens-  
sionsbeis-  
tragspflicht,  
tigkeit der auf  
Kündigung  
angestellten  
Beamten die.

Vielmehr soll es nach dem erwähnten Rescripte bei der im Paragraph 12, unter Nr. 2. der Regierungs-Instruction vom 23. October 1817 (Gesessammlung pro 1817, Nr. 440, S. 256.) erteilten und durch die neue Geschäfts-Anweisung vom 31. December 1825 nicht aufgehobenen Bestimmung:

wornach diejenigen Unterbedienten, deren Dienst keine Ausbildung erfordert, sondern größtentheils nur mechanisch ist, so viel als möglich auf (unbedingte) Kündigung anzustellen sind,

überall bewenden; so daß die Entlassung solcher Unterbedienten auch in den Fällen begründet ist, wo wegen anderweiter, ohne deren Verschulden eintretender Ursachen von deren Diensten kein weiterer Gebrauch gemacht werden kann oder will.

Zur Vermeidung jedes nachherigen Zweifels ist angemessen befunden worden, in den für solche Unterbedienten auszufertigenden Annahmefriefen über die Pensionsberechtigung und die derselben gegenüber stehende Verpflichtung zur Leistung des Pensionsbeitrags allemal das Erforderliche ausdrücklich zu bestimmen.

Bei den Etats-Aufstellungen soll nach Anleitung des Circular-Rescripts der Eingangs gedachten beiden Hohen Ministerien vom 14. November 1826 und

der von uns auf den Grund desselben unterm 7. Februar 1827 erlassenen Bekanntmachung §. 2. (Amtsblatt pro 1827, Stück 6, Nr. 20, S. 46.) in der Art verfahren werden, daß auch bei solchen Stellen, deren der malige Inhaber nur auf bedingte Kündigung angestellt sind, der Pensionsbeitrag gleich jetzt im Etat weggelassen, aber extraordinair eingezogen und berechnet wird, so daß also im Wesentlichen die Rechte und Pflichten der gegenwärtigen Stellen-Inhaber nicht alterirt werden.

Indem wir vorsehende Bestimmungen zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir die von uns ressortirenden Beamten und Rassen auf, sich hiernach bei Anstellungen-Vorschlägen und Etats-Auffstellungen zu achten.

Merseburg, den 3. September 1828.

### Königlich Preussische Regierung.

**Nr. 120.** Seine Majestät der König haben mittelst Cabinets-Ordre vom 2. v. M. Die Ablösung zu verfahren geruht:  
von Domaniel-Kenten betr.

daß in der Provinz Sachsen alle kleine Domaniel-Kenten bis zum Jahresbetrage von Einem Thaler einschließlich, von jetzt an bis zum Schlusse des Jahres 1830, in Gelde zu 6 Procent oder zum 16 $\frac{2}{3}$ fachen Betrage abgelöst werden dürfen.

Indem wir diese Allerhöchste Bestimmung hierdurch zur allgemeinen Kenntniß bringen, fordern wir sämtliche Grundbesitzer unsers Departements, welche dergleichen kleine Domaniel-Gefälle zu entrichten haben, und ihre Besitzungen von denselben auf die vorgedachte vortheilhafte Weise befreien wollen, hierdurch auf, sich deswegen bei denjenigen Beamten, welche die Erhebung der Gefälle bewirken, in Zeiten zu melden, wobei wir noch bemerken, daß dergleichen Ablösungen von uns ganz kostenfrei regulirt werden.

Merseburg, den 9. September 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

**Nr. 121.** In Gemäßheit eines an uns ergangenen Rescripts des Königl. Ministerii des Innern und der Posten, werden die Polizeibehörden unsers Regierungsbezirks darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem Stempel-Edicte vom 7. März 1822 und dem damit in Verbindung stehenden Stempeltarif, nur zu Pässen für Handwerksbursche, Dienstkoten, Tagelöhner und andere Personen ähnlichen geringen Standes, Formulare, mit einem 5 Sgr. Stempel versehen, ge-

Den Stempel zu Reisepässen betr.

braucht werden dürfen; dagegen es dabei, wie das Gesetz anordnet, verbleibt, daß in der Regel zu den Reisepässen ein Formular, mit 15 Sgr. Stempel versehen, zu nehmen ist, und daher Handeltreibende, Handwerksmeister und andere zu der zuerst gedachten Begünstigung nicht geeignete Personen die Reisepässe auf Formularen mit 15 Sgr. lösen müssen.

Merseburg, den 13. September 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Des Königs Majestät haben auf den Anruf der evangelischen Einwohner der Hauptstadt Brasiliens, Rio de Janeiro, Allerhöchst selbst zu bestimmen ge-  
 ruht: daß für das sehr dringende kirchliche Bedürfniß der evangelischen Gemeinde  
 daselbst, in den evangelischen Kirchen der Preussischen Monarchie eine allgemeine  
 Collecte veranstaltet werde.

Nr. 122.  
 Kirchencollecte betr.

Wir bringen solches zur öffentlichen Kenntniß, und haben die Herren Prediger an einem geeigneten Sonntage diese Collecte zu veranstalten und die eingehenden Gelder an die Herren Superintendenten, und diese wiederum solche an die Haupt-Instituten-Kasse hieselbst, in der öfter vorgeschriebenen Art gelangen zu lassen, auch von den Liefer- oder Vacatscheinen das Duplicat bei uns einzureichen.

Mit Schluß d. J. ist auch diese Collecte als geschlossen zu betrachten.

Merseburg, den 15. September 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Da die Behörden unsers Departements, welche Untersuchungen in finanziellen Straffällen führen, bisher bei Publication der von uns sowohl, als von dem Herrn General-Director der Steuern erlassenen Resolute, kein gleichförmiges Verfahren beobachtet haben, so weisen wir dieselben hierdurch an, in allen Fällen die Original-Ausfertigungen der Resolute den Denuncianten zuzustellen, nach dem zuvörderst einfache, jedoch vollständige Abschriften derselben zu den betreffenden Untersuchungsacten gebracht worden.

Nr. 123.  
 Das Verfahren bei Untersuchungen in finanziellen Straffällen betr.

Merseburg, den 11. September 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Nr. 124.

Die Cogni-  
tion über die  
Verfälschung  
der Legitima-  
tions-Docu-  
mente betr.

Das Königl. Ministerium des Innern und der Polizei hat, im Einver-  
ständnisse mit des Herrn Justizministers Excellenz, mittelst Rescripts vom 2. v.  
M. bestimmt, daß die Cognition über die Verfälschung der legitimations-Doc-  
umente, wohin auch die Reisepässe, Wanderbücher und Dienstentlassungsscheine  
gehören, den Gerichtsbehörden überlassen bleiben soll.

Wir machen solches den Herren Landräthen und Polizeibehörden unsers Re-  
gierungsbezirks hiermit zur Nachricht und Nachachtung bekannt.

Merseburg, den 12. September 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Das unterzeichnete Königl. Landgericht bringt hierdurch zur öffentlichen  
Kenntniß, daß das Hypothekenbuch über das Dorf Mollschütz vollendet und der  
Erwerb neuer Hypothekenrechte, in Gemäßheit des §. 14. des Hypothekenpatents  
vom 16. Junius 1820, nunmehr lediglich nach den Vorschriften des allgemeinen  
Landrechts, der allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenordnung zu be-  
stimmen ist.

Naumburg, den 2. September 1828.

Königl. Preussisches Land-Gericht.

### P e r s o n a l - C h r o n i k .

#### B e f ö r d e r u n g e n .

Der Schulamts-Candidat Buttman ist, in Gemäßheit des ministeriellen  
Rescripts vom 22. d. M., als 4ter Adjunct an der Königl. Landesschule Pforta  
angestellt worden.

Magdeburg, den 26. August 1828.

#### T o d e s f ä l l e .

Der bisherige Pastor senior und Superintendent in Gräfenhainichen, M.  
Ernst Christian Hofmann, ist am 10. d. M. in seinem 76sten Lebensjahre ge-  
storben.

Merseburg, den 16. August 1828.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

36. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 27. September 1828.

## Allgemeine Gesefsammlung.

Das 15te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

- Nr. 1159. Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Ihren Hochfürstlichen Durchlauchten den Herzogen von Anhalt-Köthen und Anhalt-Deffau, wegen Befreiung der beiderseitigen Unterthanen vom Elbzolle. Vom 17. Julius 1828.
- Nr. 1160. Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen einerseits, und Ihren Hochfürstlichen Durchlauchten dem Herzoge von Anhalt-Köthen und dem Herzoge von Anhalt-Deffau andererseits, die Zoll- und Verkehrs-Verhältnisse zwischen den beiderseitigen Landen betreffend. Vom 17. Julius 1828.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Alle Gemeinden des hiesigen Regierungsbezirks, welche hinsichtlich des Salz- Nr. 125.  
verbrauchs der Controlle unterworfen und mit Abhebung des ihnen zugeschriebenen Salzbedarfs noch, mehr oder weniger, im Rückstande sind, werden hierdurch Den Salzbe-  
ausdrücklich erinnert, die ihnen obliegende Salz-Abhebung im Laufe des Jah- res pro 1828  
res gebührend zu bewirken, widrigenfalls sie es sich lediglich selbst zuzuschreiben bete.  
haben, wenn sie am Jahreschlusse für jedes nicht abgehobene Pfund Salz die  
gesetzliche Ablösumme von Zehn Silberrpfennigen erlegen müssen.

Merseburg, den 19. September 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung  
der directen Steuern, Domänen und Forsten.

Nr. 126.  
Die Verlan-  
gerung der  
Sperte der  
Schleufe bei  
Wendelstein  
betr.

Da der Umbau der Unstrut-Schleufe bei Wendelstein nicht bis zum 1. October d. J. vollendet werden kann, so wird die unterm 27. Mai d. J. angeordnete Sperrung dieser Schleufe bis zum 1. November d. J. ausgedehnt, wovon wir das Schiffahrt treibende Publicum hierdurch in Kenntniß setzen.

Merseburg, den 25. September 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Die Gemeinde zu Verga hat eine Wege-Strecke von einer halben Meile, auf der Chaussee von Halle nach Nordhausen, mit vorzüglich schönen Obstkämen bepflanzt, und für das Fortkommen derselben mit der größten Aufmerksamkeit gesorgt.

Indem wir dieses hierdurch öffentlich bekannt machen, geben wir der Gemeinde Verga unsere Zufriedenheit über diese mit mancherlei Aufopferung bewirkte Verschönerung der vortigen Kunststraße zu erkennen. Wir wünschen, daß andere Gemeinden diesem lobenswerthen Beispiele folgen mögen.

Merseburg, am 9. September 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## B e k a n n t m a c h u n g .

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß über nachverzeichnete, unter das Gemeinshafte-Vericht der Aemter Kelbra und Heringen gehörende exemte Güter, als: 1) das Heidenreichsche zu Kelbra, welches aus den vormalig von Wendelebenschen und Reifenskeinschen Gütern und der Solzischen Hufe besteht; 2) das vormalig Alt-Arnswaldsche, jetzt Heidenreichsche, der kleine Hof genannt, daselbst; 3) das Seepfandsche Freihaus daselbst; 4) das vormalig von Arnswaldsche, nachmals von Vielasche, jetzt Heidenreichsche zu Verga; 5) die Hälfte des vormaligen von Weidenbachschen Guts zu Verga, jetzt das Heidenreichsche; 6) das Orlopsche zu Thürungen; 7) das von Kürlebensche zu Auleben, die Abgunst genannt; 8) die eine Hälfte des von Kürlebenschen Guts daselbst, das Forstmeistersche genannt; 9) die andere Hälfte daselbst; 10) das von Kürlebensche Gut, der neue Hof genannt, daselbst; 11) das vormalig Stockhausische, jetzt Schneidewinische Gut daselbst; 12) das von Kürlebensche Gut zu Bielen, und 13) das von Schlotzheimische Gut zu Uthleben, das Hypothekendruck vollendet und nunmehr der Erwerb neuer Hypothekenrechte, dem §. 14. des

Hypothekenpatents vom 16. Junius 1820 gemäß, lediglich nach den Vorschriften des allgemeinen Landrechts, der allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenordnung zu bestimmen ist.

Datum den 15. September 1828.

Königlich Preussische und Gräfllich Stolberg'sche, zum Gemein-  
schafts-Gericht der Ämter Kelbra und Heringen Verordnete.

---

### B e k a n n t m a c h u n g.

Von den nachstehend aufgeführten Häusern, als:

- 1) dem Eichardtschen Hause zu Onieboldorf, Nr. 3; 2) dem Schwenker'schen Hause zu Borau, Nr. 2; 3) dem Günther'schen Hause daselbst, Nr. 16; 4) dem Fleischer'schen Hause zu Zorbau, Nr. 14, und 5) dem Günther'schen Hause daselbst, Nr. 28,

von welchen bei unserer Bekanntmachung vom 12. September a. pr.

(Merseburger Regierungs-Amtsblatt, Stück 41, Seite 275)

die Hypotheken-Tabellen noch nicht vollständig aufgestellt waren, sind dieselben nunmehr ebenfalls in allen drei Rubriken vollendet worden.

Es wird dies in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5ten April 1824

(Gesetzsammlung de no. 1824, pag. 78)

den Interessenten mit der Aufforderung bekannt gemacht, diese Tabellen vom ersten October bis mit letzten November dieses Jahres, in welcher Frist sie in unserer Hypotheken-Registratur bereit liegen, einzusehen, und ihre etwaigen Erinnerungen dagegen vorzubringen, unter der Warnung, daß nach Ablauf der bestimmten Frist verglichen nicht mehr gemacht werden können.

Raumburg, den 10. September 1828.

Königlich Preussisches Land-Gericht.

---

### B e k a n n t m a c h u n g.

Die, alle drei Rubriken in sich fassenden Hypotheken-Tabellen, sowohl über die geschlossenen als über die walgenden Grundstücke hiesigen Patrimonial-Gerichts, incl des dazu gehörigen Antheils vom Dorfe Wedelnitz, sind vollendet und liegen in dem Zeitraume vom 1. October bis letzten November dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Justiciarii zu Eilenburg, wegen etwa

dagegen vorzubringender Erinnerungen der Interessenten, zur Einsicht bereit; welches mit dem Bemerken hierdurch bekannt gemacht wird, daß nach Ablauf dieser Frist keine weiteren Erinnerungen mehr beachtet werden können.

Berg vor Eilenburg, den 19. September 1828.

Das Erblebensche Patrimonial-Gericht.  
Schnabel, Justitiar.

---

### B e k a n n t m a c h u n g .

Die Hypotheken-Tabellen hiesigen Patrimonial-Gerichts, sowohl über die geschlossenen als über die walzenden Grundstücke, welche alle drei Rubriken enthalten, sind fertig und können in dem Zeitraume vom 1. October bis letzten November dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Justitiarii zu Eilenburg, Behufs der etwa dawiher vorzubringenden Erinnerungen der Interessenten, eingesehen werden; welches hierdurch mit dem Bedeuten bekannt gemacht wird, daß nach Ablauf dieser Frist keine weiteren Erinnerungen mehr berücksichtigt werden können.

Eilenfeld, den 19. September 1828.

Das Enkesche Patrimonial-Gericht.  
Schnabel, Justitiar.

---

### B e k a n n t m a c h u n g .

Die, alle drei Rubriken in sich fassenden Hypotheken-Tabellen hiesigen Patrimonial-Gerichts, sowohl über die geschlossenen als über die walzenden Grundstücke, sind vollendet und liegen in dem Zeitraume vom 1. October bis letzten November dieses Jahres in der Expedition des unterzeichneten Justitiarii zu Eilenburg, wegen der dagegen etwa vorzubringenden Erinnerungen der Interessenten, zur Einsicht vor; welches mit dem Bemerken andurch bekannt gemacht wird, daß nach Ablauf dieser Frist keine dergleichen Erinnerungen mehr beachtet werden können.

Gotha mit Coßen, den 19. September 1828.

Das Schoßsche Patrimonial-Gericht.  
Schnabel, Justitiar.

---



# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

37. Stück.

---

Ausgegeben zu Merseburg den 4. October 1828.

---

## B e k a n n t m a c h u n g .

Bei der am heutigen Tage hier zu Merseburg Statt gehaltenen 21sten Verloosung der ehemals Sächsischen Central-Steuer-Obligationen, sind die in der Anlage sub B verzeichneten Nummern gezogen worden. Die Zahlung der Capitalien wird Ostern k. J. vom Handlungs-Hause Frege und Comp. in Leipzig geschehen und haben sich daher die Inhaber der ausgelosten Obligationen, nach Eintritt des gedachten Zahlungstermins, bei genanntem Handlungs-Hause zu melden und die Zahlung, gegen Rückgabe der Obligationen nebst den dazu gehörigen Talons und Coupons, in Empfang zu nehmen.

Merseburg, den 25. September 1828.

Im Auftrage der Königlichen Haupt-Verwaltung der  
Staats-Schulden.

Der Regierungs-Präsident Frhr. v. Drenn.



## N a c h w e i s u n g

der, bei der 21sten Verloosung der ehemals Sächsischen Central-Steuer-Obligationen gezogenen Nummern.

Litt. A. à 3000 Tplr.

Nr. 9, 11, 14, 47, 111, und 145,

Litt. B. à 2000 Zflr.

Nr. 30. 40. 69. 81. 119. 128 und 138.

Litt. C. à 1000 Zflr.

Nr. 21. 24. 34. 60. 117. 126. 132. 135. 140. 156. 251. 260. 310. und 420.

Litt. D. à 500 Zflr.

Nr. 8. 30. 137. 144. 152. 160. 212. 231. 246. 247. 254. 297. 346. 397. 400. 417. 446. 456. 534. 561. 579. 628. 633. 654. 689. 694. 727. 848. 861. 882. 883. 885. 900. und 906.

Litt. E. à 200 Zflr.

Nr. 16. 18. 34. 37. 48. 58. 106. 265. 304. 309. 317. 330. 412. 425. 487. 524. 526. 576. 619. 629. 650. 679. 693. 697. 753. 769. 779. 782. 793. 869. 882. 899. 970. 974. 990. 994. 1067. 1072. 1091. 1115. 1115. 1137. 1147. 1172. 1186. 1206. 1223. 1226. 1250. 1274. 1327. 1353. 1372. 1424. 1455. 1455. 1475. 1528. 1659. 1671. 1687. 1763. 1791. 1807. 1815. 1854. 1856. 1857. 1898. 1984. 1993. 2061. 2070. 2097. 2178. 2193. 2223. 2259. 2283. 2302. 2347. 2379. 2488. 2529. 2534. 2649. 2667. 2711. 2818. 2860. 2868. 2873. 2876. 2909. 2911. 2927. 2928. 2942. 2968. 2978. 2995. 3016. 3025. 3052. 3086. 3091. 3106. 3179. 3200. 3220. 3258. 3270. 3296. 3301. 3330. 3343. 3370. 3413. 3451. 3476. 3531. 3568. 3613. 3618. 3610. 3679. 3680. und 3691.

Litt. F. à 100 Zflr.

Nr. 15. 40. 43. 76. 79. 101. 102. 105. 135. 160. 186. 271. 275. 279. 297. 363. 388. 474. 483. 493. 515. 579. 590. 600. 622. 627. 749. 772. 795. 797. 817. 873. 894. 947. 1032. 1090. 1127. 1149. 1183. 1236. 1251. 1298. 1313. 1359. 1408. 1456. 1482. 1483. 1492. 1512. 1527. 1544. 1556. 1571. 1582. 1592. 1631. 1750. 1773. 1796. 1797. 1840. 1900. 1982. 1997. 2001. 2019. 2029. 2055. 2089. 2162. 2178. 2185. 2215. 2242. 2255. 2276. 2382. 2388. 2409. 2457. 2462. 2518. 2542. 2546. 2554. 2593. 2596. 2606. 2613. 2624. 2635. 2716. 2741. 2755. 2767. 2771. 2815. 2845. 2891. 2961. 2976. 3011. 3030. 3036. 3080. 3088. 3107. 3115. 3143. 3157. 3161. 3165. 3271. 3321. 3356. 3372. 3399. 3401. 3410. 3415. 3431. 3433. 3471. 3510. 3563. 3578. 3579. 3622. 3702. 3850. 3860. 3877 und 3878.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Bei der am heutigen Tage hier zu Merseburg Statt gehaltenen 14ten Verloosung der auf die Krone Preußen übergegangenen Königlich Sächsischen Kammer-Credit-Kassenscheine, sind folgende Nummern gezogen worden, als:

von Litt. E. à 500 Thlr. Nr. 182. und 666.

„ „ D. à 50 „ „ 243. 262. 332. 344. 386. 403. 415. 545  
und 565.

„ „ Aa. à 1000 „ „ 192. 272. 296. 354. 395. 738. 998. 1611.  
1665. 1790. 1794. 2099. und 5207.

Die Einlösung dieser Scheine wird Oftern k. J. bei der hiesigen Haupt-Instituten- und Communal-Kasse erfolgen.

Außerdem sollen im gedachten Oftertermine von den unzinzbaren Kammer-Credit-Kassenscheinen Litt. E. à 25 Thlr. die Scheine von Nr. 8435 bis mit Nr. 8855 bei der genannten Kasse zur Zahlung kommen.

Die Inhaber der obigen verlooseten und resp. zur Zahlung ausgesetzten Scheine haben sich daher mit Eintritt des gedachten Zahlungstermins bei der hiesigen Haupt-Instituten-Kasse zu melden und die Capitalien, gegen Rückgabe der betreffenden Scheine nebst dazu gehörigen Talons und Coupons, in Empfang zu nehmen.

Merseburg, den 26. September 1828.

Im Auftrage der Königlich Preussischen Haupt-Verwaltung  
der Staats-Schulden.

Der Regierungs-Präsident Freiherr von Brenn.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Wenn gleich wir bei der in Gemäßheit des Beschlusses des Königl. Geheimen Staats-Ministerii vom 27. December 1826 dießseits verfügten Fortgewährung des Militair-Obadengehaltes oder Wartegeldes an Invaliden, welche in Unterbedienungen versorgt werden, jedesmal bemerken, daß wir sogleich in Kenntniß zu setzen sind, Falls der im Fortgenusse des Wartegeldes theilweise oder ganz belassene Invalide sich in seinem Antseinkommen verbessern, oder in ein anderweites Dienstverhältniß gesetzt werden möchte; so ist es doch für die Königl. Ober-Rechnungs-Kammer zur Justification der Rechnung noch erforderlich, daß den Belägen der Jahres-Rechnungen ein Attest der Behörde beigebracht werde, aus welchem hervorgeht:

daß eine Veränderung der Dienststellung nach der die Fortbeziehung des Wartegeldes ic. dießseits genehmigten Verfügung nicht eingetreten ist, und wie hoch der Betrag des Dienst-Einkommens incl. der Emolumente sich im laufenden Jahre belief?

Eine Königl. Regierung ersuchen wir daher, der dortigen Hauptkasse aufzugeben, bei allen neben einer Dienst-Einnahme im Fortgenusse eines Gnadengehalt oder Wartegeldes belassenen Invaliden, dergleichen Bescheinigungen den Belägen der Jahres-Rechnung alljährlich beizufügen.

Berlin, den 4. September 1828.

Kriegs-Ministerium, Militair-Deconomie-Departement.

An  
die Königliche Regierung  
zu Merseburg.

Indem wir vorstehende Anordnung des Königl. Hohen Kriegs-Ministeriums zur öffentlichen Kenntniß bringen und in Gemäßheit derselben sämtliche Specialklassen unsers Verwaltungs-Bereichs anweisen, mit den Belägen über die letzte Zahlung in jedem Rechnungsjahre das oben vorgeschriebene Attest in Beziehung auf diejenigen Invaliden, welche in Civil-Posten angestellt und dabei im Fortgenusse ihres Gnadengehalts oder Wartegeldes ganz oder theilweise belassen worden sind, unerinnert an die hiesige Regierungs-Haupt-Kasse einzureichen; fordern wir zugleich wiederholt und dringend alle von uns ressortirenden Behörden zur ungesäumten Anzeige an uns auf, sobald ein solcher Invalide in seinem Amtseinkommen verbessert oder in ein anderes Dienstverhältniß versetzt wird, widrigenfalls ihnen nach erneuerten Allerhöchsten Bestimmungen die Vertretung dessen, was der betreffende Invalide unterdessen an Gnadengehalt oder Wartegeld überhoben haben möchte, lediglich zur Last fällt; — eine Vertretung, die selbstredend auch dann statt findet, wenn die erste Anstellung eines Invaliden unangezeigt bleibt.

Merseburg, den 22. September 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 127.  
Normalge-  
nungen für  
Schulbau-  
betw.

Wir haben uns häufig genöthigt gesehen, Bauprojecte zu neuen Schulhäusern wegen Unzweckmäßigkeit der Anlagen, und insbesondere wegen zu großer Beschränktheit des Raums in den Lehrzimmern zurückzuweisen, wodurch Aufenthalt in der Sache und unnötige Schreiberel herbeigeführt ist.

Bereits unter dem 8. Junius 1821 fertigten wir den Bauinspectionen, und unter dem 31. August desselben Jahres den landrätthlichen Aemtern und Epko-

rieten, Normal-Zeichnungen zu Schulhäusern zu, und haben gleichwohl die Erfahrung machen müssen, daß neu zu erbauende Schulhäuser nur selten nach diesen Zeichnungen projectirt sind, abgesehen dieselben die Vortheile der Solidität und der Bequemlichkeit, mit dem der möglichsten Raum- und Kostenersparniß, in sich vereinigen.

Indem wir diese Normal-Zeichnungen hierdurch wieder in Erinnerung bringen, erwarten wir, daß dieselben bei Anlegung neuer Schulhäuser künftighin, soweit es die Umstände gestatten, benützt werden, und machen es insbesondere den Herren Bauinspectoren zur Pflicht, bei der ihnen vorschriftsmäßig obliegenden Veranschlagung von dergleichen Gebäuden, zu denen Kostenbeiträge, sey es aus Rechtsgründen oder als Gnadengeschenk, aus Königl. Kassen bezahlt werden, entweder diese Normal-Zeichnungen zu benützen, oder in den Erläuterungs-Verhandlungen ausdrücklich zu bemerken, warum dies der Localität nach nicht möglich gewesen.

Die Anlage der Schulstuben und die Gewinnung hinreichenden Raums für die Schulkinder muß der erste und hauptsächlichste Gegenstand der Berücksichtigung bei dem Neubau einer Schule seyn.

In der ersten Beziehung bemerken wir, daß die Lage der Schulstuben gegen Abend oder Mitternacht, auf die Gesundheit der Kinder und auf die Gebäude selbst gleich nachtheilig einwirkt, da die Sonnenstrahlen die Feuchtigkeit und die Ausdünstungen der Kinder nicht aufzuzehren vermögen. Es ist daher bei der Anlage neuer Schulhäuser darauf zu sehen, daß die Schulstuben nach Morgen oder Mittag gelegt werden.

Rücksichtlich des Raumbedürfnisses für die Schulkinder, muß dafür gesorgt werden, daß das Lehrzimmer für den Zeitpunkt der Erbauung nicht zu groß angelegt und dadurch ungeheizbar wird, und demnachgeachtet bei der jährlich zunehmenden Zahl schulfähiger Kinder auch künftighin noch vollkommen hinreichenden Raum gewährt. Dieser doppelte Zweck kann ohne bedeutenden Kostenaufwand dadurch erreicht werden, daß auf eine mögliche Erweiterung des Schullocals, durch Einziehung anstoßender Kammern, oder durch Anbau an der Giebelseite, bei der Entwerfung des Bauprojects Bedacht genommen wird. Einen oder den andern Ausweg bietet jede der Normal-Zeichnungen dar, sobald nur bei Ausmittelung der Baustelle dafür gesorgt wird; daß das neu zu erbauende Schulhaus, mit der Giebelseite, wo sich das Schulzimmer befindet, von andern Gebäuden hinreichend entfernt bleibt. Der für die Schulstube erforderliche Raum ist mit Einschluß der Gänge, der Subsellien, Tafeln u. s. w., Höhern Bestimmungen zu Folge, zu 6 □ Fuß für jedes Kind festgesetzt worden, welche Durchschnittszahl als angemessen erscheint, wenn man voraussetzt, daß den gemachten Erfahrungen zu Folge der Unterricht im Lesen und Schreiben fast gleichzeitig angefangen werden muß; und daß folglich allermindestens die Hälfte der Schulkinder Unterricht im Schreiben erhält.

Die Herren Bauinspektoren haben in den Erläuterungsprotocollen ohne Ausnahme das Kaumbedürfniß, nach den ihnen diesfalls mitzutheilenden genauen Notizen, vorstehenden Vorschriften gemäß gehörig zu motiviren.

Merseburg, den 15. September 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

### B e k a n n t m a c h u n g,

betreffend die Stempelbogen von mehr als 100 Thlr. Werth.

Nach §. 38. des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 dürfen Stempelbogen im Betrage von mehr als 100 Thlr. nur von den Regierungen, oder in den Provinzen, wo die Verwaltung der indirecten Steuern besonders Provinzial-Steuer-Directoren übertragen ist, von diesen, und in Berlin von dem Haupt-Stempel-Magazin ausgegeben werden. Diese Vorschrift ist öfters dadurch umgangen worden, daß die Stempelschuldigen, um den erforderlichen Stempel von mehr als 100 Thlr. beizubringen, mehrere kleinere Stempelbogen von den Debitsstellen entnommen haben. Dies Verfahren ist durchaus unzulässig und kann nicht gestattet werden. Ich fordere daher sowohl die Behörden als das Publicum auf, sich genau nach der Eingangs erwähnten Vorschrift des Stempelgesetzes zu achten und dem gemäß beim Bedarf eines Stempelbogens von mehr als 100 Thlr. sich nur an das zunächst gelegene Haupt-Zoll- oder Haupt-Steuer-Amt zu wenden, welches die Ausfertigung eines solchen Stempelbogens bei mir nachsuchen und denselben gegen Einrichtung des Betrages dem Ertrahenten übergeben wird. In Fällen, wo diese Vorschrift nicht beachtet worden, hat Jeder es sich selbst zuzuschreiben, wenn die zur Verichtigung eines Stempels von mehr als 100 Thlr. gelöseten einzelnen Stempelbogen als nicht gelöset betrachtet werden, deren Annahme versagt und die Lösung des vorschriftsmäßig ausgefertigten Stempelbogens verlangt wird.

Magdeburg, den 17. September 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director S a d.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Dem Publicum wird hierdurch bekannt gemacht, daß das kleine Hältershor zu Merseburg vom 1. December d. J. an für den Eingang und Ausgang.

mahl. und schachtsteuerpflichtiger Gegenstände geschlossen wird, und daher bei Strafe der Defraudation mit solchen dann nicht mehr passirt werden darf.

Magdeburg, den 23. September 1828.

Königlicher Provincial-Steuer-Director Sack.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Das unterzeichnete Landgericht bringt, in Folge des §. 10. der Verordnung vom 16. Junius 1820, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß das Hypothekenbuch über die geschlossenen Grundstücke des Dorfes Eichen vollendet ist und daß hinsichtlich dessen der Erwerb neuer Hypothekenrechte, in Gemäßheit des §. 14. des Hypothekenpatents vom 16. Junius 1820, nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu bestimmen ist, und verbindet zugleich hiermit die Anzeige, daß dieses Hypothekenbuch an das Königl. Gerichtsamt für den Landbezirk Weißenfels zur weitem Fortführung abgegeben worden ist.

Naumburg, den 20. September 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Von den in dem nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten Immobilien-Besitzungen unseres Bezirks sind die Hypotheken-Tabellen, welche sämmtliche drei Rubriken in sich fassen, fertig geworden.

Dies machen wir, in Gemäßheit der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5. April 1821 (Gesetzsammlung de 1821 pag. 78.), den Interessenten bekannt und fordern sie auf, diese Tabellen vom ersten November bis letzten December dieses Jahres, binnen welcher Zeit dieselben in unserer Registratur bereit liegen, einzusehen und ihre etwaigen Erinnerungen dagegen anzubringen, unter der Warnung, daß nach Ablauf dieses Termins keine Erinnerungen mehr angebracht werden können.

Naumburg, den 25. September 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

# V e r z e i c h n i s s.

A. Sämmtliche Häuser und innerhalb der Dorfszäune belegenen Gärten des Dorfes Kleinosterhausen.

B. Sämmtliche Häuser und innerhalb der Dorfszäune belegenen Gärten des Dorfes Großosterhausen, mit Ausnahme des dem Samuel Gräbe zugehörigen Hauses sub Nr. 42.

Im Bezirke des Gerichtsamts Quedfurth und im Quedfurth'schen Polizei-Kreise.

C. Sämmtliche Häuser und innerhalb der Dorfszäune belegenen Gärten des Dorfes Carsdorf, mit Ausnahme des Schiffelschen Hauses sub Nr. 97. und des Nimschostyschen Hauses Nr. 111.

D. Sämmtliche Häuser und innerhalb der Dorfszäune belegenen Gärten des Dorfes Almsdorf.

E. Die drei unter Königlich-Preussischer Gerichtsbarkeit befindlichen Häuser des Dorfes Albersrode.

F. Von den in unsern frühern Bekanntmachungen vom 30. August 1826 im 36. Stücke des Amtsblattes, und 12. September 1827 im 41. Stücke des Amtsblattes, als noch nicht fertig bezeichneten Hypotheken-Tabellen über folgende Grundbesitzungen:

- a) aus Quedfurth, das Kauchfußsche Haus sub Nr. 15. und das Scheibsche Haus sub Nr. 253.;
- b) aus Jrelburg, das Eberhardtsche Haus sub Nr. 287.;
- c) aus Eckartsberga, das Prangesche Haus sub Nr. 46<sup>b</sup> und das Stodtsche Haus sub Nr. 190.;
- d) aus Laucha, das Rathensche Haus sub Nr. 79., das Heinedtsche Haus sub Nr. 147., das Huthsche Haus sub Nr. 217. und der Rathensche Keller sub Nr. 283.;
- e) aus Helldringen, das Schaumburgsche Haus sub Nr. 91. und das Rehbaum'sche Haus sub Nr. 177.



# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

38. Stück.

---

Ausgegeben zu Merseburg den 11. October 1828.

---

## B e k a n n t m a c h u n g.

Bei der am heutigen Tage, unter Concurrenz der, zur diesseitigen Steuer-Credit-Kasse verordneten ständischen Herren Deputirten, hier in Merseburg Statt gehaltenen 14ten Verloosung der vormals Sächsischen, auf die Krone Preußen übergegangenen Steuer-Credit-Kassen-Scheine, sind folgende Nummern gezogen worden, als:

1) von Litt. A. à 1000 Thlr.

Nr. 576. 811. 1221. 1394. 1508. 2804. 3436. 3456. 4180. 4358. 7226.  
7560. 9514. 10,443. 10,554. 11,333. 11,588. 11,398. und 14,160.

2) von Litt. B. à 500 Thlr.

Nr. 856. 1160. 1860. 2026. 2924. 3227. 4162. 4525. 5383. und 7002.

3) von Litt. D. à 100 Thlr.

Nr. 145. 662. 1452. 4386. 4773. 5190. 5834. und 5905.

Die Einlösung dieser Scheine wird zu Ostern k. J. bei der hiesigen Haupt-Instituten- und Communal-Kasse, gegen Rückgabe der Scheine nebst den dazu gehörigen Talons und Coupons, erfolgen.

Merseburg, den 7. October 1828.

Im Auftrage der Königlich Preussischen Haupt-Verwaltung  
der Staats-Schulden.

Der Regierungs-Präsident Hr. v. Brenn.

---

## Verordnung der Königl. Regierung.

Nr. 128.

Bezeichnung  
gegerichteter El-  
ten, Maaße  
betr.

Es sind Fälle vorgekommen, in welchen unsere Verfügung vom 6. April d. J. (Amtsblatt Jahr 1828, S. 122, Nr. 52.) die Anmerkung ungesetzlicher Maaße und Gewichte auf gerichteten betreuend, dadurch umgangen worden ist, daß auf der Rückseite der gerichteten Ellen u. s. w., andere Maaße mit Buchstaben, Strichen oder sonst Bezeichnungen angemerkt worden sind. Dies veranlaßt uns, zu erklären, daß alle Fälle dieser Art nur nach der, Eingangs angezogenen Verordnung beurtheilt werden sollen, indem es einerlei ist, auf welche noch so künstliche Art die ungesetzhchen Maaße und Gewichte auf den bereits gerichteten bemerkt werden, und es keinen Unterschied macht, ob dazu irgend ein beliebiges Zeichen oder Zahlen, oder endlich Buchstaben angewendet werden, gleichviel ob deren Zusammensetzung irgend eine beliebige Jahreszahl oder Namen bildet oder nicht.

Merseburg, am 12. September 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

### V e r z e i c h n i s

der Vorlesungen, welche im Winter 1828 bis 1829 auf der Königl. Thierärztschule zu Berlin gehalten werden.

1) Herr Ober-Staabs-Roth-Arzt und Professor Naumann wird täglich Nachmittags von 2 — 3 Uhr über specielle Pathologie und Therapie, und Mittwochs von 11 — 12 Uhr über Hufbeschlag, Vorlesungen halten. Derselbe leitet täglich von 9 — 10 Uhr Vormittags und von 4 — 5 Uhr Nachmittags die practischen Uebungen im Krankenstalle.

2) Herr Professor und Privatdocent an der Universität, D. med. Rectleben, wird Mittwoch und Sonnabend von 2 — 3 Uhr über die Knochenlehre der Hausthiere und von 11 — 12 Uhr an demselben Tage über gerichtliche Thierheilkunde und Veterinair-Polizei, ferner Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 11 — 12 Uhr über specielle Pathologie und Therapie der Krankheiten des Rindviehes und der übrigen Hausthiere, mit Ausnahme des Pferdes, Vorlesungen halten. Derselbe übernimmt auch, gemeinschaftlich mit dem Thierarzt und Schmiedevorsteher Herren Müller, den Unterricht solcher Beschlagschmiede, welche zugleich Thierärzte der vierten Klasse werden wollen, wenn sie sich dazu in hinlänglicher Anzahl melden sollten.

3) Herr Professor, D. med. Gurlt, wird über die Anatomie der Hausthiere täglich, nämlich Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 11 — 12 Uhr und Mittwoch und Sonnabend von 1 — 2 Uhr; über pathologische Anatomie,

Montag, Dienstag und Donnerstag von 12 — 1 Uhr, Vorlesungen halten. Derselbe wird die practischen Uebungen in der Zootomie täglich Vormittags und mit Ausnahme des Mittwochs und Sonnabends auch Nachmittags leiten. Unter seiner Leitung geschehen auch die Sectionen gefallener Thiere, bei welchen derjenige Lehrer gegenwärtig seyn wird, in dessen Krankenstalle das Thier gefallen ist.

4) Herr Ober-Thier-Arzt und Repetitor, D. med. Hertwig, wird die practischen Uebungen im Krankenstalle täglich von 8 — 9 Uhr Vormittags und von 5 — 6 Uhr Nachmittags leiten; ferner täglich von 7 — 8 Uhr, Morgens, Vorlesungen und Repetitionen über specielle Chirurgie und Operationslehre halten. Derselbe wird auch die im Krankenstalle des Herrn Professors Naumann vorkommenden chirurgischen Operationen verrichten, oder unter seiner Aufsicht verrichten lassen; auch ist demselben vorläufig die Behandlung der kranken Hunde und der übrigen kleinern kranken Hausthiere übertragen.

5) Herr Apotheker und Lehrer Erdmann, wird Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 4 — 6 Uhr über Chemie und Pharmacie Vorträge und Repetitionen halten; auch ertheilt derselbe täglich in der Apotheke practischen Unterricht.

6) Der Thierarzt und Vorsteher der Schmieden, Herr Müller, wird die Uebungen in der Instruktionschmiede täglich von 2 — 4 Uhr leiten. Montags von 1 — 2 Uhr wird er über die dem Hufschmied nöthigen Kenntnisse Vorträge halten und die Lehre vom Hufbeschlag repetiren.

7) Herr Professor und D. philos. Stöhrig wird über Exterieur, Züchtung und Pflege der Hausthiere, mit Ausnahme des Pferdes und Schaafes, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 1 — 2 Uhr Vorlesungen halten.

Herr Registrator Tönnies wird Dienstag und Donnerstag von 4 — 5 Uhr, und Sonntags von 8 — 10 Uhr zu schriftlichen Stylübungen Anleitung geben.

Die Vorlesungen fangen am 27. October an, und werden den 11. April f. J. geschlossen.

Berlin, den 4. September 1828.

Vorstehendes Verzeichniß von veterinärärztlichen Vorlesungen wird hiermit, zu Folge Befehls des Königl. Ministerii der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 8. v. M., bekannt gemacht.

Merseburg, den 3. October 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

---

Die Gemeinde Böttendorf hat innerhalb der Jahre 1817 — 1825 auf dem Bau eines neuen Schulhauses nebst Stallgebäuden, auf Umgießung einer Blocke,

und auf Reparaturen des Kirchturms, der Orgel und der Pfarrwohnung, die Summe von 1898 Thlr. 10 Sgr. 1 Pf. verwendet.

Dieses Beispiel von Bereitwilligkeit, den äußern Bedürfnissen des Unterrichts und der kirchlichen Erbauung abzuhefeln, verdient rühmliche Anerkennung um so mehr, da das Kirchenräar in Dotten Dorf unvermögend und der größere Theil der Ortsbewohner selbst unbemittelt ist.

Merseburg, den 12. September 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Der erste Band vom Hypothekenbuche der Stadt Naumburg, die von Nr. 1. bis mit Nr. 42. des Brandcatasters aufgeführten Besigungen enthaltend, ist vollendet, und wird solches hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß hinsichtlich dieser bezeichneten Grundstücke der Erwerb neuer Hypothekenrechte, in Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung wegen Einrichtung des Hypothekenwesens in hiesiger Provinz, vom 16. Junius 1820, §. 14., nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenordnung zu beurtheilen ist.

Naumburg, den 16. September 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

### P e r s o n a l - C h r o n i k.

#### B e f ö r d e r u n g e n.

Im Laufe des 3ten Quartals d. J. sind aus dem Regierungsbezirke Merseburg nachbenannte Candidaten des Predigtamts, nach vorher bestandener Prüfung pro ministerio, mit Wahlsähigkeits-Attesten versehen worden:

- 1) Carl Friedrich Grees aus Ralsa;
- 2) Carl Gottlob Träber aus Kühndorff;
- 3) Johann August Kühnast aus Jesnitz;
- 4) Johann Friedrich August Freyberg aus Zörbig;
- 5) Julius Otto Fricke aus Zeitz;
- 6) Carl Eduard Pabst aus Kößitz;
- 7) August Wilhelm Schlag aus Zeitz;
- 8) Friedrich Wilhelm Ernst Herrmann aus Blebra.

Magdeburg, den 26. September 1828.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

39. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 18. October 1828.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Die Herren Superintendenten und Militärprediger werden hierdurch auf. Nr. 129.  
gefordert, die zur Aufnahme der Bevölkerungslisten nöthigen Formulare schleu- Die Einzei-  
nigt bei uns in Empfang zu nehmen und die aufzustellenden listen unfehlbar hung der Be-  
bis zum 15. Januar k. J. einzureichen. völkerungsli-  
sten pro 1828

Mit dem Bevölkerungslisten sind auch zugleich die Nachweisungen über die bek.  
vorgefallenen Mehreburten, nach dem durch die Verfügung vom 27. October  
1826 zugestimmten Schema aufgestellt, vorzulegen.

Merseburg, den 9. October 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Zur Wiederherstellung der evangelischen. St. Andreaskirche zu Erfurt ist Nr. 130.  
von des Herrn Geheimen Staatsministers v. Klemm Excellenz, in Betracht, daß Hauscollekte  
die größtentheils armen Parochianen die Kosten dazu nicht aufzubringen vermö- zur Wieder-  
gen, und durch die im vorigen Jahre bewilligte evangelische Kirchencollecte kaum herstellung d.  
der dritte Theil der Kosten aufgefunden ist, eine Hauscollekte in der Provinz St. Andreas-  
Sachsen bewilligt worden. Kirche zu Er-  
furt betr.

Wir bringen solches zur öffentlichen Kenntniß und weisen die Herren Land-  
räthe, Magistrate und Stadträthe, desgleichen die Richter oder Schulzen und  
Schöppen auf den Dörfern in dem hiesigen Regierungsbezirke an, eine Haus-  
collekte zu veranstalten und wegen der Einsendung des also Eingefammelten sich  
unserer Verfügung vom 3. Julius d. J. (Amtsblatt S. 216. und 217.) zur

Nichtsnur dienen zu lassen. Zu Ende Decembers d. J. ist die Hauscollecte als geschlossen zu betrachten.

Merseburg, den 6. October 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kirchen- und Schulwesen.

**Nr. 131.** Da, ungeachtet der bisher ergangenen bestimmten Vorschriften über Zulassung schulpflichtiger Kinder zur Confirmation, noch immer viele Eltern die den Katechumenen Unterricht ertheilenden Prediger mit Bitten um Aufnahme der Kinder in die Zahl der Confirmanden vor erlangter Volljährigkeit und Tüchtigkeit derselben bestürmen; so finden wir uns veranlaßt, hierdurch nochmals auf die Verordnung in unserm Amtsbl. 1826, St. 1, Nr. 1, so wie auf die frühere Verordnung vom 24. Februar 1818, im Amtsbl. 1818, St. 10, Nr. 59, zu verweisen. Es verbleibt hiernach dabei, daß in der Regel erst das vollendete vierzehnte Lebensjahr als der Zeitpunkt zu betrachten ist, mit welchem die schulpflichtigen Kinder den zu ihrer Entlassung aus der Schule und zur Erlangung der Confirmation erforderlichen Grad der Reife in den Religions- und andern Kenntnissen erreicht haben können. Das Verfahren der Herren Prediger und Superintendenden dabei ist theils durch die oben genannten Verordnungen, und die im Amtsblatte 1823, St. 20, Nr. 104, befindlichen, theils durch die in gleicher Beziehung ergangenen Circular-Verfügungen, namentlich vom 18. December 1822, vom 25. Mai 1823 und vom 20. December 1825, hinlänglich bestimmt worden, und wir erwarten sonach, diesen Bestimmungen gemäß, die Einreichung der gehörig begründeten Gesuche um veniam aetatis durch die Herren Superintendenden, spätestens zwei Monate vor Ostern.

- Merseburg, den 10. October 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kirchen- und Schulwesen.

**Nr. 132.** Die Abhängigkeit der bei Steuer-Contraventionen in Beschlag genommenen Waaren von der Untersuchung von Steuer-Contraventionen beauftragten Behörden eröffnen wir hierdurch, daß, wenn Waaren in Beschlag genommen werden, und gegen Erlegung des Werths zurückgegeben werden sollen, der letztere in der Regel durch Sachverständige abzuschätzen, und das darüber aufzunehmende Protocoll den Belägen der Strafrechnung beizufügen ist, und es nur bei marktgängigen Gegenständen und Kleinigkeiten, deren Werth als bekannt vorausge-

setzt werden kann, genügt, wenn derselbe in dem Protocolle über die Rückgabe amtlich angegeben wird.

Merseburg, den 10. October 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für die Verwaltung  
der directen Steuern, Domänen und Forsten.

## Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

### A f f e r v a t e n . I n s t r u c t i o n für

die Königl. Gerichts-Ämter im Departement des Königl. Ober-  
landes-Gerichts von Sachsen.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist das Affervaten-Wesen bei den Königl. Gerichts-Ämtern nicht gleichmäßig, auch nicht überall mit der Aufmerksamkeit und Ordnung behandelt worden, welche die Bearbeitung desselben erheischt, wenn Irrungen und leicht daraus entstehende Unannehmlichkeiten verhütet werden sollen. Dabei ist zugleich zu bemerken gewesen, daß, obwohl nach allgemeinen Vorschriften bei den Gerichten Affervate auf alle Weise vermieden werden sollen, man dennoch Gelder in nicht unbedeutenden Summen angenommen, und, zum Theil der Interessenten, bald auf kürzere bald auf längere Zeit bei sich verwahrt hat, ohne dazu befugt oder verbunden gewesen zu seyn. Damit nun künftig in diesem Zweige der Geschäfts-Verwaltung nicht willkürlich, sondern nach bestimmten Regeln verfahren werde, so werden ihnen zur Nachachtung und Befolgung hiermit folgende Anweisungen ertheilt:

#### §. 1.

Die Gerichts-Ämter, denen, die ihnen verstattete Aufbewahrung von Testamenten ausgenommen, eine Deposital-Verwaltung überhaupt nicht zusteht, haben sich in der Regel mit der Annahme von Affervaten nicht zu befassen, sondern sich derselben bei Vermeidung von Ordnungsstrafen gänzlich zu enthalten.

#### §. 2.

Werden ihnen daher Gelder oder andere Gegenstände zur gerichtlichen Affervation offerirt, so haben sie die Interessenten damit ab- und wenn von diesen die Absendung derselben in das gerichtliche Depositarium beabsichtigt wird, jederzeit an die Deposital-Behörde zu verweisen. Was von den Deposital-Interes-

senteu dabei zu beobachten ist, schreibt die Depositat-Ordnung Th. 2. §. 20. seq. und §. 102. seq. vor, worauf sie aufmerksam zu machen sind.

§. 3.

Es können jedoch Umstände eintreten, wo diejenigen Gerichts-Ämter, welche sich nicht an Orten befinden, wo ein Landgericht seinen Sitz hat, und welche sich daher nicht sofort des Asservaten-Werkes des betreffenden Landgerichts bedienen können, genöthigt sind, sich der Asservation einzelner Gegenstände eine Zeitlang selbst zu unterziehen.

Diesen Gerichts-Ämtern soll es nachgelassen werden, Gelber, geldwerthe Papiere oder andere Documente, ingleichen Pretiosen in folgenden Fällen zur einstweiligen gerichtlichen Verwahrung an- und zu übernehmen:

- a) in den zu ihrer Competenz gehörigen Vormundschasts- und Verlassenschafts- auch andern Sachen;
- b) bei Versiegelungen überhaupt nach §. 432. des Anhanges zur allgemeinen Gerichts-Ordnung;
- c) bei Inventuren, Auctionen und Executionen, welche ihnen entweder aufgetragen werden, oder die sie auf Requisition zu verrichten haben, und
- d) wenn ihnen dergleichen zur Auszahlung oder Aushändigung an die Empfänger durch die Post übersendet werden.

§. 4.

Aber auch in diesen Fällen haben die Gerichts-Ämter dafür Sorge zu tragen, daß die Asservate schleunig entweder durch Absendung mit der nächsten Post, oder durch Auszahlung oder Aushändigung an die Eigenthümer fortgeschafft und sobald als möglich erledigt werden.

§. 5.

Was die Annahme und Aufbewahrung dieser Asservate betrifft, so findet dabei folgendes Verfahren statt:

§. 6.

Es wird, nach dem beigefügten Schema, ein Asservatenbuch gehalten, in welches alle vorkommende Asservate unter fortlaufenden Nummern mit specieller Angabe der Zeit des Eingangs, Benennung des Deponenten und Bezeichnung der Sache eingetragen werden.

§. 7.

Diese Eintragung bewirkt der Actuarius sofort bei der Präsentation des Exhibitums, womit das Asservat eingeht, oder bei der Eintragung desselben in das Vortrags-Journal unter Aufsicht und Mitunterschrift des Gerichts-Amtmanns, und bemerkt zugleich auf dem Exhibitum selbst, daß die Eintragung im Asservatenbuche geschehen, und unter welcher Nummer solche erfolgt ist.

*Schema.*



Bei denjenigen Gerichts-Ämtern, welche mit einem Actuarius nicht versehen sind, bewirkt diese Eintragung und diesen Vermerk der Gerichts-Amtmann selbst, unter Concurrenz und Mitunterschrift desjenigen Beamten, welchem der zweite Schlüssel zum Testamenten-Depositen-Kasten anvertraut worden ist.

§. 8.

Die Asservate werden, wenn solche von den im vorigen §. genannten beiden Beamten zuvor genau untersucht, und nach deren Befund eingepackt, und mit der Nummer des Asservatenbuchs überschrieben worden sind, in dem unter ihrem Verschluss sich befindenden Depositat-Testamenten-Kasten niedergelegt und darinne sorgfältig so lange verwahrt, bis solche aus der Asservat, Behufs der Absendung oder Auszahlung, entnommen werden. Wenn die Asservate ausgegeben worden und wer solche empfangen, ist in der letzten Colonne des Asservatenbuchs, mit Allegirung des Datums der Quittung oder des Posscheins, genau anzuzeigen, auch dieser Vermerk ebenfalls mit dem eigenhändigen Namens-Zeichen beider Beamten zu versehen.

Zugleich ist aber auch so viel als möglich darauf zu halten, daß die Empfänger vorher in dem Asservatenbuche über die ihnen ausgehändigten Asservate selbst quittiren.

§. 9.

Von diesem Asservatenbuche, was in den im vorigen §. beschriebenen Kasten nach jedesmaligem Gebrauche eingeschlossen wird, sendet das Gerichts-Amt vierteljährlich am Schlusse eines jeden Quartals eine beglaubte Abschrift, welche von beiden Beamten zu vollziehen und dabei zugleich pflichtmäßig zu versichern ist, daß weitere Asservate nicht vorhanden sind, dem betreffenden Land-Gerichte ein, und bemerkt zugleich in einer dieser Abschrift noch hinzuzufügenden Colonne, aus welchen Gründen die Absendung oder Ausschüttung noch nicht hat bewirkt werden können. Es versteht sich dabei von selbst, daß in dieser Abschrift alle unerledigt gebliebene, oder im Laufe des Quartals erst zur Erledigung gekommene ältere Asservaten wieder mit aufgeführt werden müssen.

Wo keine Asservaten vorhanden sind, ist ein Vacatschein einzureichen.

§. 10.

Nach dieser Instruction, für deren Ausführung und Befolgung der Gerichts-Amtmann und Actuar verantwortlich sind, haben die Königlich Gerichts-Ämter künftig zu verfahren, und hiernach das Asservatenwesen einzurichten.

Naumburg, den 23. September 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

# Asservaten-Buch des Königl.ichen

| Fortlau-<br>fende<br>Nummer. | Tag<br>der<br>Abliefe-<br>rung. | Gegenstand des Asservats. |     |     |  |     |     |
|------------------------------|---------------------------------|---------------------------|-----|-----|--|-----|-----|
|                              |                                 | a) Geld                   |     |     | b) Papiere   |     |     |
|                              |                                 |                           |     |     |  |     |     |
|                              |                                 | Thlr.                     | fg. | pf. | Thlr.  | fg. | pf. |
| 1.                           | 29/5 28                         | 20                        | —   | —   | —  | —   | —   |
|                              |                                 | N. N. G. Amtmann.         |     |     | N. N. Actuar.  |     |     |
| 2.                           | 29/5 28                         | —                         | —   | —   | 25   | —   | —   |
|                              |                                 | N. N. G. Amtmann.         |     |     | Staatschuldschein Litt. No. mit (ohne) Coupons von bis |     |     |
|                              |                                 |                           |     |     | N. N. Actuar.  |     |     |

Berichts-Amtes zu . . . . .

| Name<br>des<br>Deponenten. | In<br>welcher<br>Sache.                  | a) Wenn das Affidavit ausgegeben wor-<br>den, und<br>b) wer solches empfangen?<br>mit Angabe des Datums der Quittung<br>oder des Postscheins.  |
|----------------------------|--|--|
| N. N.                      | In der Vor-<br>mundschafts-<br>Sache ic. | Ist am 30. Mai 1828 an das landge-<br>richts-Depositorium abgesendet, laut<br>Postscheins vom 31/5 28.<br>N. N. O. Amtmann.      N. N. Actuar. |
| Königl. land-<br>gericht.  | In der Vor-<br>mundschafts-<br>Sache ic. | Ausgehändigt den 30. Mai 1828 an den<br>N. N. laut Quittung vom<br>N. N. O. Amtmann.      N. N. Actuar.  |

# N a c h r i c h t e n

der

im Monate September 1828

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestanden  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse,  
ingeleichen der Rauch-Jourage.

| Namen<br>der<br>Marktplätze. | G e t r e i d e.         |     |        |     |        |     |       |     | H ü l s e n f r ü c h t e. |     |        |     |        |     | R a u c h f u t t e r. |         |     |          |     |     |     |    |    |    |    |    |    |    |   |   |
|------------------------------|--------------------------|-----|--------|-----|--------|-----|-------|-----|----------------------------|-----|--------|-----|--------|-----|------------------------|---------|-----|----------|-----|-----|-----|----|----|----|----|----|----|----|---|---|
|                              | Weizen                   |     | Koggen |     | Gerste |     | Hafer |     | Hirse                      |     | Erbfen |     | Linsen |     | Kartoffeln             | Heu     |     | Stroh    |     |     |     |    |    |    |    |    |    |    |   |   |
|                              | der Preussische Scheffel |     |        |     |        |     |       |     | der Preussische Scheffel   |     |        |     |        |     | Schf.                  | à Cent. |     | à Schock |     |     |     |    |    |    |    |    |    |    |   |   |
|                              | tbl                      | fg. | pf.    | tbl | fg.    | pf. | tbl   | fg. | pf.                        | tbl | fg.    | pf. | tbl    | fg. | pf.                    | tbl     | fg. | pf.      | tbl | fg. | pf. |    |    |    |    |    |    |    |   |   |
| 1                            | Merseburg                | 2   | 2      | 5   | 1      | 25  | 7     | 1   | 5                          | 6   | —      | 20  | 1      | —   | —                      | 1       | 20  | —        | 2   | 15  | —   | 20 | —  | 22 | —  | 6  | —  |    |   |   |
| 2                            | Halle                    | 2   | 4      | 4   | 1      | 22  | 6     | 1   | 5                          | 9   | 2      | 4   | 4      | 25  | —                      | 1       | 25  | —        | 2   | 15  | —   | 18 | —  | 25 | —  | 8  | —  |    |   |   |
| 3                            | Naumburg                 | 2   | 4      | —   | 1      | 27  | 2     | 1   | 5                          | 1   | —      | 20  | —      | 5   | 28                     | —       | 2   | 4        | —   | 2   | 15  | —  | 15 | —  | 1  | 5  | 5  | 20 |   |   |
| 4                            | Torgau                   | 2   | 13     | 9   | 2      | 2   | 6     | 1   | 10                         | —   | 23     | 9   | 5      | 15  | —                      | 2       | 10  | —        | 4   | —   | —   | 15 | —  | 22 | 6  | 5  | —  |    |   |   |
| 5                            | Wittenberg               | 2   | 9      | —   | 1      | 22  | —     | 1   | 8                          | 5   | —      | 24  | 6      | 4   | —                      | 2       | 2   | 6        | 2   | 5   | —   | 13 | 3  | —  | —  | 5  | 14 | r  |   |   |
| 6                            | Eisleben                 | 2   | —      | —   | 1      | 17  | 10    | —   | 29                         | 7   | —      | 21  | 3      | 5   | 3                      | 4       | 1   | 24       | 8   | 2   | 14  | 8  | —  | 20 | —  | 25 | 9  | 4  | 2 | 6 |
| 7                            | Zeitz                    | 1   | 23     | —   | 1      | 27  | —     | 1   | 7                          | —   | —      | 21  | —      | 2   | 20                     | —       | 1   | 20       | —   | 2   | —   | —  | 15 | —  | 22 | —  | 6  | —  |   |   |
| 8                            | Quersurth                | 2   | —      | —   | 1      | 21  | 5     | 1   | 2                          | 6   | —      | 22  | 6      | 5   | 15                     | —       | 2   | —        | —   | 2   | —   | —  | 25 | 8  | 1  | —  | 5  | 20 |   |   |
| 9                            | Witterfeld               | 2   | 7      | 9   | 1      | 24  | 2     | 1   | 2                          | 11  | —      | 25  | 9      | —   | —                      | —       | —   | —        | —   | —   | —   | —  | —  | —  | 27 | 6  | 4  | 25 |   |   |

Merseburg, den 5. October 1828.

K ö n i g l i c h P r e u ß i s c h e R e g i e r u n g.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

40. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 25. October 1828.

## B e k a n n t m a c h u n g.

In der unterm 25. September d. J. erlassenen Bekanntmachung der, im abgelaufenen Michaelstermine bei der 21sten Verloosung gezogenen, Ostern künftigen Jahres zur Einlösung gelangenden Königlich Preussischen Central-Steuer-Obligationen, ist durch einen Schreibfehler irrigerweise die bereits Michael 1820 verlooste Central-Steuer-Obligation Litt. F. Nr. 76. als gezogen angezeigt worden, statt daß die wirklich gezogene Nummer 176. von Litt. F. hätte angezeigt werden sollen. Indem nun diese Irrung hiedurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, wird zugleich der Inhaber der Central-Steuer-Obligation Litt. F. Nr. 176. aufgefordert, Ostern künftigen Jahres diese Obligation bei dem Handlungshause Herrn Frege und Comp. zu Leipzig, zur Realisirung zu präsentiren, indem deren Verzinsung vom gedachten Ostertermine ab, nicht weiter erfolgen wird.

Merseburg, den 18. October 1828.

Der Regierungs-Präsident Hr. v. Brenn.

## Bekanntmachung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Es ist der ehemals Sächsische, jetzt Preussische, verloosbar gewesene, jedoch bereits Michael 1811 ausgelosete, im leipziger Neujahrsmarkte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. D. Nr. 3483 bezeichnete, auf die Summe von 100 Tple. Conv. Geld, und auf jeden Inhaber lautende, der Kirche zu Kistritz zugehörit.

ge Steuer-Credit-Kassen-Schein, nebst dem dazu gehörigen, auf den Termin Michael 1805 lautenden Talon, im Monat October 1806 durch Plünderung fremder Truppen angeblich verloren gegangen; dieser Verlust auch unter dem 4. November 1824 im 47. Stücke des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Merseburg und in Nr. 90. des hiesigen Intelligenz-Blattes öffentlich bekannt gemacht, die gedachte Obligation aber bis Michaelis 1827 nicht zum Vorschein gekommen.

Es hat daher die gedachte Kirche zu Ristritz auf Amortisation dieser Obligation angetragen, und die etwanigen unbekannten Inhaber derselben werden demnach hierdurch aufgefordert, sich bis in dem 8. Zinszahlungstermine, spätestens aber jedenfalls in dem zu diesem Behuf auf

den 1. Junius 1829, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Ober-Landes-Gerichts-Referendar, Herrn Freiherrn von Werthern I., in unserm Geschäftslocale ansehnlichen Termine entweder persönlich oder durch einen gehörig legitimirten und instruirten Bevollmächtigten aus der Zahl der hiesigen Ober-Landes-Gerichts-Justiz-Commissarien, von denen für den Fall der Unbekannthschaft damit die Herren v. Reinstein und Schulze in Vorschlag gebracht werden, sich zu melden und ihre Ansprüche an die fragliche Obligation nachzuweisen, wenn sie nicht gewärtigen wollen, daß sonst ein ewiges Stillschweigen deshalb ihnen auferlegt, und mit gänzlicher Amortisation der Obligation verfahren werden wird.

Urkundlich unter des Königl. Ober-Landes-Gerichts größerm Siegel und gewöhnlicher Unterschrift.

Naumburg, den 18. Julius 1828.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

### B e k a n n t m a c h u n g,

betreffend die Stempelbogen von mehr als 100 Thlr. Werth.

Nach §. 38. des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 dürfen Stempelbogen im Betrage von mehr als 100 Thlr. nur von den Regierungen, oder in den Provinzen, wo die Verwaltung der indirecten Steuern besondern Provinzial-Steuer-Directoren übertragen ist, von diesen, und in Berlin von dem Haupt-Stempel-Magazin ausgegeben werden. Diese Vorschrift ist öfters dadurch umgangen worden, daß die Stempelsteuerschuldigen, um den erforderlichen Stempel von mehr als 100 Thlr. beizubringen, mehrere kleinere Stempelbogen von den

Debitsstellen entnommen haben. Dies Verfahren ist durchaus unzulässig und kann nicht gestattet werden. Ich fordere daher sowohl die Behörden als das Publicum auf, sich genau nach der Eingangs erwähnten Vorschrift des Stempelgesetzes zu richten und dem gemäß beim Bedarf eines Stempelbogens von mehr als 100 Thlr., sich nur an das zunächst gelegene Haupt-Zoll- oder Haupt-Steuer-Amt zu wenden, welches die Ausfertigung eines solchen Stempelbogens bei mir nachsuchen und denselben gegen Entrichtung des Betrages dem Ertrahenten übergeben wird. In Fällen, wo diese Vorschrift nicht beachtet worden, hat Jeder es sich selbst zuzuschreiben, wenn die zur Verichtigung eines Stempels von mehr als 100 Thlr. gelöseten einzelnen Stempelbogen als nicht gelöset betrachtet werden, deren Annahme versagt und die Lösung, des vorschriftsmäßig aus-fertigten Stempelbogens verlangt wird.

Magdeburg, den 17. September 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director S a d.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Durch den im 15. Stück d. Gesessamml. enthaltenen, zwischen der Krone Preußen und den Herzogl. Häusern Anhalt-Deßau und Cöthen abgeschlossenen Vertrag vom 17. Julius c., ist die Freiheit des Verkehrs zwischen beiden Herzogthümern und den diesseitigen Landen, mit Ausnahme von Salz und Spielkarten — hinsichtlich welcher es bei den bisherigen Bestimmungen überall verbleibt — und mit Ausnahme des aus Anhalt-Deßau und Cöthen in das Preussische Gebiet übergehenden inländischen Tabacks, Branntweins, Vieres und Essigs, hergestellt worden. Der bisher gegen beide Herzogthümer bestandene diesseitige Grenzbezirk hat also aufgehört, und es werden blos in Beziehung auf die Abfertigung und Controlle der vom freien Verkehr ausgeschlossenen, oben bereits genannten Gegenstände, so wie in Beziehung auf den Verkehr mit unversicherten Waaren auf der Elbe nach und von Anhalt-Deßau und Cöthen, einige diesseitige Steuerstellen an der Grenze beider Herzogthümer belbehalten.

Von dem aus Anhalt-Deßau und Cöthen eingehenden inländischen Taback (er-sey in ganz rohem Zustande, oder gedrehet, in Rollen, oder zerschnitten), und vom Branntwein, Bier und Essig, sind beim Uebergange in das diesseitige Gebiet folgende Ausgleichungssteuern zu erlegen:

- a) vom Taback 1 Thlr. pro Centner;
- b) vom Branntwein 1 Sgr. 6 Pf. für das Preuss. Quart;
- c) von Bier und Essig 20 Sgr. von der Tonne à 100 Preuss. Quart.

Der Eingang dieser Gegenstände in das Preuß. Gebiet aus den geschlossenen Herzoglich Dessauischen und Cöthenschen Landen ist nur gestattet:

- a) Elbwärts, über Barby und Wittenberg, wo die Anmeldung geschehen und Nachsteuer erlegt werden muß;
- b) Landwärts, über die diesseitigen Steuer-Ämter zu Lohburg, Gommern und Calbe, und über die Controll-Ämter zu Wieskau, Dammhaus, Wollfen und Goltewitz, bis zu welchen die gerade Straße einzuhalten, und wo die Anmeldung und Versteuerung zu bewirken ist.

Wer also aus Anhalt-Dessau und Cöthen obgedachte vier Gegenstände auf andern als den zu jenen Steuerstellen führenden geraden Wegen einbringt, oder wer dergleichen zwar auf diesen Wegen einbringt, aber der betreffenden Steuerstelle nicht sofort zur Ermittlung und Erhebung der Steuer vorführt, macht sich einer Abgabeverkürzung schuldig, und wird nach vorgängiger Untersuchung in die gesetzliche Strafe verurtheilt werden.

Gehen dergleichen Gegenstände aus den enclavirten Herzoglich Dessauischen Ämtern Groß-Altleben und Sandersleben, oder aus der enclavirten Herzoglich Cöthenschen Hohen Grafschaft Warmisdorf ein, so unterliegen sie der nehmlichen Besteuerung, und es sind damit die bisher schon vorgeschriebenen Straßen und Eingangspuncte einzuhalten.

Im übrigen ist der Verkehr zwischen diesen Enclaven und den diesseitigen Landen (Salz und Spielkarten noch ausgenommen) ebenfalls frei.

Magdeburg, den 15. October 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director Sack.

## V e r z e i c h n i ß

der

Vorlesungen bei der medicinisch-chirurgischen Lehr-Anstalt zu  
Magdeburg für das Winter-Semester 1828 — 1829.

Herr Medicinalrath D. Andreae wird Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, von 4—5 Uhr, die allgemeine und den ersten Theil der speciellen Therapie vortragen, und Montag, Mittwoch und Sonnabend, von 3—4 Uhr, die Augenheilkunde theoretisch und practisch lehren.

Herr D. Brüggemann wird täglich, mit Ausfluß des Sonntags, von 2—5 Uhr, die gesammte Anatomie, Montag und Donnerstag, von 1—2 Uhr, die



Knochen- und Bänderlehre besonders, Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend, von 3—4 Uhr, die Physiologie vortragen, und täglich, mit Ausnahme des Sonntags, von 9—12 Uhr, die Uebungen in der practischen Anatomie leiten.

Herr Medicinal-Assessor D. Döhlhoff wird Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, von 5—6 Uhr, die allgemeine und den ersten Theil der speciellen Chirurgie vortragen, und täglich, mit Ausnahme des Sonntags, von 12—1 Uhr, chirurgisch-clinischen Unterricht im allgemeinen Stadt-Krankenhaus erteilen.

Herr Medicinal-Assessor Michailis wird Dienstag, Donnerstag und Freitag, von 8—9 Uhr, die Encyclopädie der Naturwissenschaften lehren.

Herr Regiments-Arzt D. Scheibler wird Mittwoch und Sonnabend, von 4—6 Uhr, über die Operationslehre Vorlesungen halten.

Herr Regierungs- und Medicinalrath D. Trüstedt wird täglich, mit Ausnahme des Sonntags, von 10—11 Uhr, im allgemeinen Stadt-Krankenhaus klinischen Unterricht in der Behandlung der inneren Krankheiten erteilen.

Herr D. Koch wird Montag, Mittwoch und Freitag, Morgens von 7—8 Uhr, die Uebungen in der lateinischen Sprache und in der Anfertigung deutscher Aufsätze leiten, und Montag und Mittwoch, von 8—9 Uhr, über die Physiologie, Dienstag und Freitag, von 8—9 Uhr, über die Therapie, und Sonnabend, von 7—9 Uhr Morgens, über die Augenheilkunde Repetitionen halten.

Herr Stadt-Wundarzt Varges wird Sonnabend, Morgens von 7—9 Uhr, die Knochen- und Bänderlehre, Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend, von 1—2 Uhr, die gesammte Anatomie, Dienstag, Mittwoch und Sonnabend, von 2 bis 3 Uhr, die Chirurgie, und Dienstag und Donnerstag, Morgens von 7—8 Uhr, die Operationslehre repetiren.

Der Compagnie-Chirurgus, Herr D. Schneider, wird, dessen Anerkennung zufolge, Montag und Donnerstag, von 3—4 Uhr, die Vorlesungen über die Encyclopädie der Naturwissenschaften repetiren.

Die schulwissenschaftlichen Prüfungen, Behufs der Aufnahme der Zöglinge, sind auf den 30. October d. J. festgesetzt, und haben sich alle diejenigen, welche den Eintritt in die Anstalt wünschen, bereits Tags zuvor, mit den erforderlichen Zeugnissen versehen, bei dem Director der Anstalt, Regierungs- und Medicinalrath D. Trüstedt, zu melden. Später erfolgende Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Die Vorlesungen nehmen mit dem 3. November d. J. ihren Anfang.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Das unterzeichnete Landgericht bringt in Folge des §. 10. der Verordnung vom 16. Junius 1828 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Hypothekenbücher über die geschlossenen Grundstücke folgender Ortschaften:

1) im Gerichtsamts-Bezirk liebenwerda:

der Stadt Uebigau; — der Weinberge bei liebenwerda; — des Dorfs Böniß; — des Dorfs Langennaundorf; — des Dorfs Dobra; — des Dorfs Zobersdorf; — des Dorfs Reichenhain; — des Dorfs Oschägen; — des Dorfs Eröbeln; — des Dorfs Cosilenzien; — des Dorfs Lausiß; — des Dorfs Möglenz und des Dorfs Cölsa, und der einzelnen Güter und Häuser des liebenwerdaer Polizei-Kreises, welche in einem besondern Brand-Versicherungs-Cataster geführt werden;

2) im Gerichtsamts-Bezirk Ortrand:

der Stadt Ortrand;

vollendet sind, und daß hinsichtlich ihrer der Erwerb neuer Hypothekenrechte in Gemäßheit des §. 14. des Hypothekenpatents vom 16. Junius 1820 nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu bestimmen ist.

Hiermit verbinden wir die Anzeige, daß in Gemäßheit der Verordnung vom 10. Julius 1827,

Amtsblatt pag. 181,

die Hypothekenbücher vorgedachter Ortschaften an die betreffenden Königl. Gerichtsämter zur weiteren Bearbeitung der Hypothekengeschäfte für diese Orte abgegeben worden sind. Es sind nunmehr die Hypothekenbücher sämmtlicher geschlossenen Grundstücke der gedachten beiden Gerichtsamts-Bezirke liebenwerda und Ortrand vollendet und abgegeben.

Torgau, den 5. September 1828.

Königlich Preussisches Land-Gericht.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Bei der am 14ten dieses geschehenen weitem Verloosung der Teuditz-Röthschauer gewerkschaftlichen Obligationen zur Abzahlung derselben, sind folgende Nummern gezogen worden:

Litt. A. Nr. 56, 60, 117, 143, 406, 412, 435, 535, 612. und 694.

Litt. B. Nr. 100. 183. 302. 322. 350. 584. 599. 503 517. 592. 597 677.  
725. 784. 794. 1117. 1503. 1530. 1391. und 1441.

Die Inhaber haben sich deshalb zur Empfangnahme der Zahlung auf den  
2. Januar 1829 bei den Herren Frege und Comp. zu Leipzig zu melden. Die  
früher ausgelosten und abgezahlten Obligationen sind vernichtet worden.

Halle und Leipzig, den 16. October 1828.

Die Schuldentilgungs-Commission.

---

### Personal-Chronik.

Der bisherige Regierungs-Referendar zu Magdeburg, Georg Gustav Doug-  
las, ist auf sein Ansuchen in gleicher Eigenschaft bei hiesiger Königl. Regie-  
rung angestellt worden.

Merseburg, den 10. October 1828.

---

### Todesfall.

Der bisherige Pfarrer in Donndorf, Ephorie Sangerhausen, Sieglismund  
Friedrich Meister, ist in seinem 71. Lebensjahre gestorben.

Merseburg, den 4. October 1828.

---

### Beförderungen.

Befördert sind nachstehend benannte Candidaten des Predigtamts:

- 1) Christian Friedrich Hertel, als Pfarrer in Collochau, Ephorie Schlieben;
- 2) Gustav Heydenreich, als Divisionsprediger in Torgau;
- 3) Gustav Adolph Schwald, als Pfarrer in Mertendorf, Ephorie Weiskensels.

Versezt sind:

- 1) der Pfarrer zu Liederstädt, Ephorie Freiburg, M. Ernst Heinrich Epre-  
goit Hoppe, als Pfarrer nach Barnstädt, Ephorie Quersfurth;
- 2) der Pfarrer zu Rütten, zweite Ephorie Halle, Karl Friedrich Weber,  
als Pfarrer nach Brachstädt, in derselben Ephorie;
- 3) der Pfarrer zu Delitz an der Saale, Ephorie Merseburg, M. Andreas  
Ernst Friedrich Bäumlcr, als Pastor und Superintendent nach Weis-  
sensels;

- 4) der ordinirte Katechet zu Zeitz, Friedrich Adolph Huth, als Pfarrer nach Delitz an der Saale;
  - 5) der Hülfsprediger zu Wittenberg, Franz Heinrich Albert Duffe, als Pfarrer nach Neussen, Ephorie Torgau.
- Merseburg, den 18. October 1828.

- 
- 1) Der Aufcultator, Julius Gottlob Hänel, ist von dem Landgerichte in Wittenberg zu dem Land- und Stadtgerichte zu Frankfurt a. O., den 25. August c.;
  - 2) der Aufcultator, Julius Albert Franz, ist den 11. September c. von hier zum Stadtgerichte in Berlin;
  - 3) der Aufcultator, Adolph Scheller, ist den 22. September c. an das Oberlandesgericht in Magdeburg versetzt;
  - 4) der Aufcultator, Johann Eduard Muffbach, ist den 26. September c. von dem Landgerichte in Halle zum Stadtgerichte in Berlin entlassen;
  - 5) zu Aufcultatoren des hiesigen Oberlandesgerichts sind angenommen: die bisherigen Candidaten der Rechte, Albert Eugen Franz und Friedrich Karl Philipp August John, den 26. September c.;
  - 6) der Actuarus bei dem Gerichtsamte für den Bezirk Glaucha zu Halle, Andreas Ernst Karl Penseler, ist den 18. August c. zum Oberlandesgerichts-Referendar ernannt;
  - 7) der Criminal-Actuarus Nehmiz zu Eilenburg, ist an des pensionirten Meckel Stelle zum 1sten Criminal-Actuarus bei dem Inquisitoriate zu Halle, und der Hauptmann a. D., Adolph Caspari, nach Aufrückung des 2ten Criminal-Actuarus Pabst, zum 1sten Criminal-Actuarus bei dem Inquisitoriate Eilenburg, in dessen Stelle zum 2ten Criminal-Actuarus, und zwar bei der Inquisitorials-Abtheilung zu Wittenberg, sämmtlich den 23. September c.;
  - 8) der Oberlandesgerichts-Referendar und Gerichtsamts-Actuar, Karl Fürchtegott Haasenritter, ist an des verstorbenen Rüdiger Stelle zum Gerichts-Amtmann in Schmiedeberg, den 12. August c., und der Oberlandesgerichts-Aufcultator, Friedrich Gottlieb Valthasar, an des Haasenritter Stelle zum Actuarus bei dem Gerichtsamte des Landbezirks Naumburg, den 6. September c. ernannt.

Naumburg, den 30. September 1828.

# A m t s - B l a t t

der

## Königlichen Regierung zu Merseburg.

41. Stück.

---

Ausgegeben zu Merseburg, den 1. November 1828.

---

### B e k a n n t m a c h u n g.

Das Königl. Ober-Censur-Collegium hat für die, in dem nachstehend abgedruckten Verzeichnisse aufgeführten, in den Staaten außerhalb des deutschen Bundes, in deutscher Sprache erschienenen Schriften die Erlaubniß zum Debit in den biesseitigen Staaten erteilt; welches hierdurch bekannt gemacht wird.

Magdeburg, den 13. October 1828.

Der Geheimne Staats-Minister von Kewitz.

In dessen Abwesenheit und Auftrag:

Der Geheimne Ober-Regierungsrath v. Seydewitz.

### V e r z e i c h n i s s

der außerhalb der Staaten des deutschen Bundes in deutscher Sprache erschienenen Werke, für welche das Ober-Censur-Collegium vom 22. Julius bis 3. October 1828 die Erlaubniß zum Debit erteilt hat.

- 1) Gaubin, Flora Helvetica 1c. Zürich, bei Orell, Bächtli und Comp. 1828.
- 2) Usterl Rede, am Schlußfeste in Bern gehalten. Ebendasselbst, 1828.
- 3) Abälino, Schauspiel in 5 Aufzügen. Aarau, bei Sauerländer.
- 4) F. J. Heß, die Schriften des neuen Testaments. 8 Bände. Zürich, 1828.
- 5) M. Kirchhofer, Bertold Halter oder die Reformation von Bern. Zürich, 1828.
- 6) Die schweizerische Amazone 1c. St. Gallen, 2 Theile.

- 7) Meyer, schwärmerische Gräuelfcenen, oder Kreuzigung einer religiösen Schwärmerin. Zürich, 1824.
- 8) Blug-Blossheim, Handbuch für Reisende in der Schweiz. Zürich, 1823.
- 9) J. G. Jacobi, sämmtliche Werke. 4 Theile. Zürich.
- 10) Wegner, neuestes großes Zauber-Cabinet und Kunstmagazin. 2 Theile. Pesth, 1826.
- 11) Meisl, theatralisches Quodlibet. 5ter und 6ter Band. Pesth, 1820.
- 12) Sammlung religiöser Gesänge. St. Gallen, 1826.

### Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 155.  
Schul- und  
Religionsun-  
terrichts Betr.

Nachstehendes Rescript des Königl. Ministerii der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten:

„Es ereignet sich immer noch zuweilen, daß Kinder ohne allen Schul- und Religionsunterricht aufwachsen, und dann, ohne eingeseget und förmlich in die kirchliche Gemeinschaft aufgenommen zu seyn, zu dem bürgerlichen Leben übergehen. Gemeinlich kommt dieses dann zur Sprache, wenn solche Individuen Verbrechen begangen haben, und die Frage über ihre Zurechnungsfähigkeit entsteht. Veranlaßt durch ein sehr auffallendes Beispiel dieser Art, haben Se. Majestät der König mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 18. Junius d. J. befohlen, daß die Provinzialbehörden angewiesen werden sollen, die Ortsgeistlichen zu gehöriger Aufmerksamkeit auf diesen wichtigen Gegenstand anzuhalten, damit solche Fälle gänzlicher Vernachlässigung des Schul- und Religions-Unterrichts nicht wieder vorkommen. Das Ministerium beauftragt daher die Königliche Regierung in Gemeinschaft mit dem Königl. Provinzial-Consistorio diese Allerhöchste Bestimmung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, den Predigern aber und Schulaufssehern ganz besonders einzuschärfen, daß sie hierunter ihrer Pflicht pünktlich nachkommen.“

Berlin, den 23. August 1828.

Königl. Ministerium der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

An die Königl. Regierung zu Merseburg.“

wird hierdurch bekannt gemacht, unter Hinweisung auf die Bekanntmachungen im Amtsblatte 1818, St. 10, Nr. 59; 1820, St. 29, Nr. 201, und 1827, St. 22, Nr. 70, welche das hierher gehörige Verfahren bei Confirmation

der Schulkinder betreffen; ferner auf das unterm 26. Januar 1827 gedruckte ausgegebene Circulare über das Verfahren in Betreff verwaarloster Kinder. Die allgemeinen Befehle, betreffend den regelmäßigen Anfang und die regelmäßige Fortsetzung des Schulunterrichtes, sind theils bekannt genug, theils in den vorbenannten Verordnungen, namentlich in dem Circulare vom 26. Januar 1827, ausdrücklich in Erinnerung gebracht worden. Wir dürfen uns daher zu den Predigern, Schulaufssehern und Schullehrern des hiesigen Regierungsbezirks mit Zuversicht versehen, daß keiner derselben in Beobachtung der, in vorstehendem Rescripte ihnen wiederholt eingeschärften Pflichten zurückbleiben werde.

Merseburg, den 3. October 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kirchen- und Schulwesen.

Da mehrere Zweifel darüber entstanden sind, bei welcher Gerichtsbehörde die Nr. 154. Duplicate der Kirchenbücher in dem Falle niedergelegt werden sollen, wenn eine Die Niederlegung der Duplicate d. Kirchenbücher bei den Gerichtsbehörden betr.  
Parochie unter mehreren Gerichten steht; so haben wir mit dem Königl. Oberlandes-Gerichte zu Naumburg über die nähern Bestimmungen dieserhalb communicirt, und hält dasselbe mit uns für angemessen, daß in den Fällen, wenn mehrere zu einer Kirche gehörende Häuser oder Orte unter verschiedenen Gerichtsämtern oder unter verschiedenen Patrimonialgerichten stehen, dasjenige Gerichtsamt oder Patrimonialgericht, unter welchem der Pfarrer wohnt, und in dem Falle, wenn ein Ort theils unter einem Gerichtsamte, theils unter einem oder mehreren Patrimonialgerichten steht, das Gerichtsamt die vom Pfarrer einzureichenden Duplicate des Kirchenbuchs aufbewahrt.

Diese Bestimmungen machen wir mit Bezugung auf die frühern Verfügungen in unserm Amtsblatt vom Jahre 1825, St. 27, S. 304, und von diesem Jahre St. 29, S. 227, — St. 31, S. 258, den Herren Superintenden-ten und Pfarrern zur Nachachtung bekannt.

Merseburg, den 23. October 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kirchen- und Schulwesen.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Der bisherige Pfarrer zu Untergraislau und Vorsteher des Königl. Wai-senhanfes in Langendorf, M. Johann Carl Hiersche, ist von dem Kirchenpatron

zu Ristritz, Herrn Dompropst von Uffel zu Naumburg, zum Pfarrer in Ristritz  
präsentirt.

Merseburg, den 28. October 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kirchen- und Schulwesen.

---

### B e k a n n t m a c h u n g

wegen der diesjährigen Wintermesse zu Naumburg.

Das Auspacken der Waaren auf der bevorstehenden Wintermesse zu Naumburg beginnt am 28. November, und mit dem 1. December nehmen Groß- und Kleinhandel ihren Anfang.

Das über das Haupt-Zoll-Amt lügen eingehende Meßfuhrwerk wird in den Fällen, wo der Waarensührer die dortige specielle Revision der Ladung nicht begehrt, am 23., 25., 27. und 29. November, so wie auch noch am 1. December unter Begleitung nach Naumburg expedirt; es müssen aber die Güter am Tage vorher bis Abends sechs Uhr beim Haupt-Zoll-Amt zu lügen eintreffen, und in der Eingangs-Declaration vollständig nach Zahl, Gewicht und Inhalte der Kolli angemeldet werden.

Magdeburg, den 20. October 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director Sack.

---

### B e k a n n t m a c h u n g,

die Anmeldung des Weinmost-Gewinnes pro 1828 betreffend.

Diejenigen, welche in diesem Jahre Weinmost gewonnen haben, werden in Gemäßheit des §. 5. des Gesetzes vom 25. September 1820, wegen Veränderung der Weinsteuer, aufgefördert: ihren Weinmost-Gewinn bei dem Steuer-Amt ihres Bezirks nach Eimerzahl, ohnfehlbar bis zum 26. November d. J. schriftlich anzumelden und damit zugleich die bestimmte Angabe zu verbinden, wo sie solchen aufbewahren.

Magdeburg, den 27. October 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director Sack.



# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

42. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 8. November 1828.

## Allgemeine Gesefssammlung.

Das 16te Stück der allgemeinen Gesefssammlung enthält unter

- Nr. 1161. Allerhöchste Cabinetsordre vom 24. Julius 1828 nebst dem Tarif vom 18. Junius ejusd. a., nach welchem die Schiffsahrts-Abgabe auf den Wasserstraßen von der Ober zur Elbe und umgekehrt (mit Ausschluß des Plauer Kanals) erhoben werden soll.
- Nr. 1162. Kartel-Convention zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Majestät dem Könige von Frankreich und Navarra. Vom 25. Julius 1828.

Das 17te Stück der allgemeinen Gesefssammlung enthält unter

- Nr. 1163. Allerhöchste Cabinetsordre vom 30. September 1828, über das Verfahren bei baulichen Anlagen oder sonstigen Veränderungen der Erdoberfläche innerhalb der nächsten Umgebungen der Festungen.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Die im 27. Stücke des diesjährigen Amtsblattes angekündigten Wahlfähigkeits-Prüfungen sind zu der bestimmten Zeit gehalten worden. Von 24, theils Schulamtsbewerbern, theils schon früher Geprüften, welche ein Zeugniß höheren Grades zu erlangen wünschten, sind Nachfolgende mit dem Wahlfähigkeitszeugnisse versehen worden:

Nr. 135.  
Die Wahlfähigkeitsprüfungen in Weissenfels beend.

1) mit dem Zeugnisse Nr. II, gut befanden, folgende drei:

Franz Christian Enobloch, aus Leipzig;

Ernst Ludwig Finsch, aus Artern;

Christian Friedrich Unbekannt, aus Raumburg;

2) mit dem Zeugnisse Nr. III, genüßlich bestanden, folgende vier:

Gottfried Christoph Drosihn, aus Aschersleben;

Wilhelm Eduard Dittlie, aus Liedersdorf;

Johann Heinrich Köhling, Kinderlehrer in Werbertshau;

Johann Conrad Schneider, aus Halle.

Die übrigen haben theils auf ihr früher erhaltenes Zeugniß verwiesen werden müssen, theils gar nicht für wahlfähig erklärt werden können.

Sowohl für diejenigen, welche in diesem Jahre geprüft worden sind, als auch um derer willen, welche sich in künftigen Jahren zu den Wahlfähigkeitsprüfungen melden werden, finden wir für nöthig, Nachstehendes in Erinnerung zu bringen.

Von jedem Bewerber um ein Schulamt an gewöhnlichen städtischen Communal-Schulen sowohl als auf dem Lande wird verlangt, daß er 1) richtig, sinn- gemäß und mit Ausdruck lese; 2) eine deutliche, ungetünfelte, gefällige Handschrift schreibe; 3) mit den Religionslehren und deren biblischen Beweiskellen genau bekannt, auch mit der Bibel selbst, sowie mit der biblischen und spätern Religionsgeschichte hinlänglich vertraut sey; 4) daß er im Kopfrechnen Fertigkeit überhaupt und methodische Gewandtheit insbesondere besitze, im Tafelrechnen mit den gewöhnlichen Rechnungsarten bekannt und in der Ausübung sicher sey; 5) daß er die Regeln der Orthographie und Interpunction theoretisch und practisch inne habe, auch mit dem Baue der Sprache bekannt sey, gegebene Sätze zu analysiren und zu construiren wisse, und seine Gedanken zusammenhängend schriftlich vortragen könne; 6) daß er in der Theorie, der Musik, im Orgelspieler, Violinspiele und dem Gesange so viel leiste, als zu den mit den Schulämtern meistens verbundenen kirchlichen Aemtern, und zur methodischen Unterweisung der Jugend im Singen erforderlich ist; 7) daß ihm die allgemeine Raumlehre, die allgemeine und vaterländische Geschichte, die Erdbeschreibung und Naturkunde in so weit bekannt sey, als das Ziel der Volksschule in unsern Tagen es fordert; endlich 8) daß er über den Beruf des Erziehers und Lehrers überhaupt nachgedacht habe, auch in der Methodik des Unterrichts kein Fremdling, und in der Kunst des Vortrags (im Katechisiren) nicht ohne Talent und einige Uebung sey. Wer in diesen Fächern billigen Forderungen nicht Genüge leistet, kann auf ein Wahlfähigkeitszeugniß für ein Schulamt keinen Anspruch machen; die Zeugnisse selbst aber werden mit Nr. I., II., III., nach Maassgabe des Grades erteilt, in welchem der Geprüfte sich in den Hauptfächern des allgemeinen Schulunterrichts tüchtig erwies oder nicht.

Es ist seit Einführung der allgemeinen Wahlfähigkeitsprüfungen im Jahre 1825 mehrmals, und namentlich in dem unterm 1. November 1825 gedruckt versendeten Circulare an die Inspectoren der Communal-schulen, aufmerksam darauf gemacht worden, daß wenn in den Schulen je mehr und mehr geleistet werden soll, was man wünschen muß, die Forderungen an diejenigen, welche sich zu dem Schulstande außer einem Seminare vorbereiten, wesentlich nicht geringer seyn dürfen, als an jene, welche auf einem Seminare gebildet worden sind. Dies scheint von manchen Seiten noch nicht genug beherzigt worden zu seyn. Wer sich daher dem Schullehrer-Berufe zu widmen gedenkt, prüfe zuerst sein Talent und folge dem Rathe eines einsichtsvollen Mannes. Dann wende er die Jahre vom Austritt aus der Schule ab, unter Anleitung eines Predigers oder eines selbst auf einem Seminare gebildeten Schullehrers, auf die Erlernung dessen, was dereinst von ihm gefordert werden wird, und meine nicht, daß es hinreichend sey, den Unterricht in der Ortschule nur zuzuhören oder dabei Hülfe zu leisten. Er lasse sich selbst gründlichen Unterricht in den oben genannten Schulkenntnissen erteilen, und mache sich besonders mit den Grundsätzen der Unterrichtskunst (Didaktik und Methodik) bekannt; denn die bloße Praxis kann die Bildung zum Lehrer nicht gewähren.

Ähnliches ist in Ansehung der durch das Rescript des Königl. Ministerii der Geistlichen u. Angelegenheiten, vom 29. März 1827 (siehe Amtsbl. 1827, St. 25, Nr. 78.) angeordneten Prüfungen städtischer Lehrer zu bemerken. Da von denjenigen, welche sich durch Universitätsstudien zu dem Amte eines Rectors oder Oberlehrers an einer Communal- oder Bürgerschule haben vorbereiten wollen, vorauszusetzen ist, daß sie die Wissenschaften kennen, aus deren Inhalte die Jugend in dem für sie Nöthigen unterwiesen werden soll; so sollen die Prüfungen derselben sich in der Regel auf das Materielle jenes Wissens nicht erstrecken, dagegen aber vorzugsweise auf die formale und practische Fähigkeit des Candidaten zum Lehrstande gerichtet werden, also darauf, ob der Candidat über Zweck, Einrichtung und Ziel der Schulen und ihrer Arten und Stufen, über die Behandlung der verschiedenen Lehrgegenstände im Allgemeinen und Besondern, über deren innern organischen Zusammenhang, über die literarischen und technischen Hilfsmittel bei den einzelnen Lehrobjecten, über das Wesen der Erziehung überhaupt und über ihr Verhältniß zum Unterrichte insbesondere, über die Grundsätze der Schuldisciplin und deren Anwendung, also ganz vorzüglich über die Verbindung der religiösen und sittlichen Bildung mit der intellectuellen, endlich aber über den Beruf, die Pflichten und das Verhalten eines Lehrers, richtige, klare und gründliche Begriffe, und zugleich das nöthige practische Geschick und die erforderliche Lehrfertigkeit besitze. Es leuchtet von selbst ein, daß von diesen Forderungen an Oberlehrer und Rectoren der städtischen Communal-schulen nicht nachgelassen werden kann, wenn diese Schulen den ihnen gebührenden Standpunct einnehmen sollen, wenn das collegialische Verhältniß der Lehrer rich-

tig geordnet, und bei dem Streben der Einzelnen die Einheit des Zweckes und der Mittel im Ganzen nicht vermisst werden soll.

Die nächsten Prüfungen für das Schulumt werden im Jahre 1829, wie schon zu Ende der Bekanntmachung in St. 27. des diesjährigen Amtsblatts bemerkt worden, nicht um Ostern, sondern erst im Spätsommer veranstaltet werden.

Merseburg, den 22. September 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

Nr. 136.

Acte des Congresses d. vereinigten Staaten von Nordamerika betr.

Nachstehende theilweise Uebersetzung einer Acte des Congresses der vereinigten Staaten von Nordamerika vom 24. Mai v. J., die nunmehr selbst im Bereiche des indirecten Verkehrs hinsichtlich der Abgaben in den Nordamerikanischen Häfen erfolgte völlige Gleichstellung der Preuß. Schiffe und deren Ladungen mit den nationalen Schiffen und den Ladungen derselben betreffend, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht und der Handelsstand besonders auf das ihm zustehende Recht der Rückforderung des Zuvielerlegten von der betreffenden Amerikanischen Zollbehörde aufmerksam gemacht, damit selbiger sich zu dem Ende an die Königl. Consuls in den Nordamerikanischen Häfen wenden könne:

- „2) Wird verordnet, daß kein anderer oder höherer Satz von Abgaben auf Preussische Schiffe oder Schiffe aus Preussischen Besitzungen, von wo sie auch immer kommen mögen, noch auf ihre Ladungen, wie sie auch immer zusammengesetzt seyn mögen, gelegt und von ihnen eingefordert werden soll, als von Schiffen der vereinigten Staaten und ihren Ladungen zu zahlen sind oder seyn werden.

Und es wird ferner verordnet, daß der Secretair des Schatzes autorisirt werde, wie er es denn hiedurch ist, alle Abgaben zurückzugeben, welche seit dem 15. April 1826 auf Preussische Schiffe und ihre Ladungen über den Betrag gelegt worden sind, welcher von Schiffen der vereinigten Staaten und deren Ladungen zu zahlen gewesen wäre, und das dieselben Zugeständnisse an Rückzoll auf Waaren, die in Preussischen Schiffen ausgeführt worden sind, gemacht werden sollen, welche bei ähnlichen Exportationen in Schiffen der vereinigten Staaten gemacht seyn würden.“

Merseburg, am 28. October 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Der jetzherige Pfarrer zu Delitz an der Saale, M. Andreas Ernst Friedrich Bäumlcr, ist am 19. Sonntage nach Trinitatis (12. d. M.) als Pfarrer in Weiskensels und Superintendent der dasigen Diöces, welche jetzt aus den unten verzeichneten 21 Parochien besteht, eingewiesen. Zugleich ist demselben bis zur Anstellung der Superintendenten in dem übrig bleibenden Theile der bisherigen Diöces Weiskensels die Versorgung der Ephoral-Geschäfte übertragen worden.

Die Parochie Cröllwitz mit Filial Daespig ist von der Ephorie Weiskensels getrennt und der Ephorie Merseburg zugelegt worden.

Merseburg, den 23. October 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kirchen- und Schulwesen.

### V e r z e i c h n i s s

der

zu der Diöces Weiskensels gehörigen Parochien.

- 1) Weiskensels mit Filial Selau; — 2) Burgwerben mit Filial Kriechau; — 3) Cöhlitz; — 4) Cröfeln; — 5) Gerstewitz mit Filial Kellenschütz; — 6) Gröbzig; — 7) Großcorbetta; — 8) Kleinkayna mit Filial Großkayna; — 9) Leisling; — 10) Markwerben mit Filial Obeschütz; — 11) Oberneffa; — 12) Plennschütz; — 13) Pörsten; — 14) Poserna; — 15) Preitzig; — 16) Reichardswerben mit Filial Tagewerben; — 17) Skortleben; — 18) Teuchern; — 19) Uechteritz mit Filial Storkau; — 20) Untergreisau mit Filial Obergreisau und Langendorf; — 21) Unterneffa.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Die gesetzlichen Vorschriften, wegen der Zwangs-Declaration bei Versendung von Geldern und geldwerthen Papieren mit der Post, werden, um das correspondirende Publicum vor Nachtheil zu bewahren, hierdurch wiederholt zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

- 1) Alles baare Gold- und Silbergeld, alle Werthstücke, wovon das Pfund, die Thara abgerechnet, 10 Thlr. und darüber werth ist, ingleichen alles in- und ausländische Papirgeld, so wie alle Cours habende Papiere, müssen vom Absender auf dem Couverte declarirt werden.

- 2) Inländisches Papiergeld ist, bei 10 Procent Strafe, nach dem Nennwerthe, ausländisches Papiergeld und alle Cours habende Papiere sind, bei Strafe des vierfachen Portobetrages, nach dem jedesmaligen Course in Preuß. Courant zu declariren.
- 3) Bei Geldsendungen in fremden Münzsorten aus dem Inlande muß der Werth der Summe in Preuß. Courant jedesmal vom Absender selbst auf der Adresse vermerkt werden. Bei dergleichen Sendungen aus dem Auslande findet die Reduction Seitens der Grenz-Postämter statt.
- 4) Cours habende inländische und ausländische Papiere, auch ausländisches Papiergeld, können auch in recommandirten Briefen, ohne daß in der Regel Declaration dabei statt zu finden braucht, mit der *Reitpost* befördert werden. Die Post leistet aber keine Garantie für dergleichen Sendungen. Inländisches Papiergeld darf jedoch nicht auf diese Weise, sondern nur unter Declaration mit der *Fahrapost*, resp. *Schnellpost*, versandt werden.
- 5) Als inländisches Papiergeld sind anzusehen:  
Preuß. Kassen-Anweisungen; — Bancoheine der Pommerischen<sup>en</sup> Ritterschaftsbank; — Berliner Bancoheine; — Kassen-Verein-Scheine; — Seehandlungs-Scheine, und fällige, ganz zahlbare Zins-Coupons.
- 6) Unter Cours habenden Papieren werden verstanden alle inländische und ausländische geldwerthe Papiere, deren Werth einem Course unterworfen ist.
- 7) Documente, die nicht zu den Cours habenden Papieren gehören, sind:  
Gerichtliche Documente; — Gerichtliche Obligationen; — Hypothekenscheine; — Schuldverschreibungen; — Interimsscheine der Provinzial-Banco-Comtoirs.

#### Außer Cours gesetzte:

- a) Pfandbriefe; — b) Staatspapiere; — c) Banco-Obligationen u.  
Wechsel; — Zins-Couponsbogen zu Pfandbriefen; — Zins-Coupons, deren Betrag noch nicht zahlbar ist, d. h. die auch zum nächsten Termine noch nicht fällig sind. (NB. Zins-Coupons, die zum Theil zahlbar, d. h. zum bevorstehenden Zinstermine fällig sind, gehören zu den Cours habenden Papieren.)

Die bloße Bezeichnung „Documente“ bei einer Sendung Werth habender Papiere, ist nicht genügend. Der Inhalt muß auf der Adresse so speciell be-

zeichnet werden, daß deutlich zu entnehmen ist, ob sich keine Cours habenden Papiere bei der Sendung befinden.

Berlin, den 24. October 1828.

Der General-Postmeister v. Nagler.

## Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Wir finden uns schon jetzt veranlaßt, sämtliche Untergerichte unseres Departements auf unsere Verordnung vom 5. October vorigen Jahres, Hinsichts der Einreichung der General-Civil-Proceß-Tabellen für dieses Jahr, aufmerksam zu machen, damit solche zeitig den 2. December d. J. eingehehen. Besonders werden die Gerichte aufmerksam gemacht:

Nr. 137.  
Die Einreichung der General-Civil-Proceß-Tabellen.

- a) die Colonne vollständig regulirter,
- b) noch zu regulirender Hypothekenbücher und
- c) Zahl der actus voluntariae jurisdictionis

vollständig und gewissenhaft auszufüllen, indem in den Colonnen a und b nicht die Bände der Hypothekenbücher, sondern die folia derselben verstanden werden; auch werden die Gerichte angewiesen, die Colonnen a, b und c in der General-Tabelle nicht zu versehen, sondern solche, wie unsere Verordnung vom 5. October v. J. besagt, ohne Zusatz stehen zu lassen.

Raumburg, den 24. October 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

## Bekanntmachung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Es ist der ehemals Sächsische, jetzt Preussische, verloosbar gewesene, jedoch bereits Michael 1821 ausgelosete, im Leipziger Neujahrsmarkte des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. D. Nr. 3483 bezeichnete, auf die Summe von 100 Thlr. Conv. Geld, und auf jeden Inhaber lautende, der Kirche zu Ristritz zugehörige Steuer-Credit-Kassen-Schein, nebst dem dazu gehörigen, auf den Termin Michael 1805 lautenden Talon, im Monat October 1806 durch Plünderung fremder Truppen angeblich verloren gegangen; dieser Verlust auch unter dem 4. November 1824 im 47. Stücke des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Mer-

seburg und in Nr. 90. des hiesigen Intelligenz-Blattes öffentlich bekannt gemacht, die gedachte Obligation aber bis Michaelis 1827 nicht zum Vorschein gekommen.

Es hat daher die gedachte Kirche zu Ristritz auf Amortisation dieser Obligation angetragen, und die etwaigen unbekannten Inhaber derselben werden demnach hierdurch aufgefordert, sich bis in dem 8. Zinszahlungstermine, spätestens aber jedenfalls in dem zu diesem Behuf auf

den 1. Junius 1829, Vormittags 11 Uhr, vor dem Ober-landes-Gerichts-Referendar, Herrn Freiherrn von Werthern 1. in unserm Geschäftslocale angesetzten Termine entweder persönlich oder durch einen gehörig legitimirten und instruirten Bevollmächtigten aus der Zahl der hiesigen Ober-landes-Gerichts-Justiz-Commissarien, von denen für den Fall der Unbekannthschaft damit die Herren 1c. Reinstein und Schulze in Vorschlag gebracht werden, sich zu melden und ihre Ansprüche an die fragliche Obligation nachzuweisen, wenn sie nicht gewärtigen wollen, daß sonst ein ewiges Stillschweigen deshalb ihnen auferlegt, und mit gänzlicher Amortisation der Obligation verfahren werden wird.

Urkundlich unter des Königl. Ober-landes-Gerichts größerm Siegel und gewöhnlicher Unterschrift.

Raumburg, den 18. Julius 1828.

Königl. Preuss. Ober-landes-Gericht von Sachsen.

---

### B e k a n n t m a c h u n g .

Cantonpflichtige sowohl, als jüngere Leute, welche ihre Dienstpflicht bei dem diesseitigen Bataillon abzuleisten wünschen, werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens bis zum 10. d. M. bei dem unterzeichneten Commando zu melden; indem auf sich später Meldende keine Rücksicht genommen werden kann.

Merseburg, den 2. November 1828.

Das Commando des Königl. Füsilier-Bataillons  
32sten Infanterie-Regiments.

---



# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

43. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 22. November 1828.

## Allgemeine Gesessammlung.

- Das 18te Stück der oßgemeinen Gesessammlung enthält unter
- Nr. 1164. Verordnung über die einstweilige Fortdauer des Capitallen-In-  
dults für die Credit-Systeme von Ost- und Westpreußen. Vom  
4. November 1828.
- Nr. 1165. Erklärung wegen der zwischen der Königlich Preußischen und der  
Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Regierung verabre-  
deten Maasregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenz-  
waldungen. Vom 5. November 1828.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Es sind seit kurzem einige Fälle zu unserer Kenntniß gekommen, wo Poli-  
zeibehörden unsers Regierungsbezirks in Polizei-Contraventionsfachen, wenn von  
den Contravenienten gegen ein von uns in zweiter Instanz abgefaßtes Resolut,  
der Recurs an das Königl. Ministerium des Innern und der Polizei angemel-  
det worden, das Recursgesuch mit den Untersuchungsacten unmittelbar an ge-  
dachtes Königl. Ministerium eingesandt haben.

Nr. 158.  
Die Recurs-  
Gesuche in  
Polizei-Con-  
traventions-  
Sachen betr.

Da aber nach der Verfassung in dergleichen Fällen das Recursgesuch mit  
den Untersuchungsacten an uns zur Beförderung an das Königl. Ministerium  
einzureichen ist, so werden die Polizeibehörden unsers Regierungsbezirks hierauf  
aufmerksam gemacht, und angewiesen, sich in vorkommenden Fällen genau hier-  
nach zu achten.

Merseburg, den 10. November 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Nr. 139.  
Die Justifi-  
cation der  
Fuhrkosten  
bei commissar-  
ischen Ge-  
schäften in  
Königlichen  
Dienstangele-  
genheiten etc.

Im Verfolg unserer Bekanntmachung vom 3. März d. J., Amtsblatt pro 1828, Stück 10, Nr. 36, S. 73 1c., die bei Aufstellung der Diäten und Fuhrkosten-Liquidationen zu beobachtenden Formen und Grundsätze betreffend, bringen wir hierdurch zur Kenntniß, daß die Königliche Ober-Rechnungskammer mittelst Verfügung vom 13. v. M. sich mit der Ansicht einverstanden erklärt hat, wonach in allen Fällen, wo ein nur zur ordinairten oder Personen-Post berechtigter Beamter

- a) mit Extrapost oder
- b) mit einer Lohnfuhr

gereiset ist, und darüber die vorgeschriebene Bescheinigung der vorgesehnen Be-  
hörde und die Quittungen resp. der Post-Ämter oder Fuhrleute beigebracht hat,  
demselben

ad a. die Stations- und Trinkgelder und die Wagen-Miethe, insofern für den Wagen in den Postamts-Quittungen nichts angesetzt ist, nach dem in der Verordnung vom 28. Juni 1825, wegen Vergütung der Diäten und Reisekosten für commissarische Geschäfte in Königl. Dienstangelegenheiten §. 21. (Gesetzsammlung pro 1825, Seite 165, Nr. 954.) bestimmten Sätzen, und

ad b. die baaren Auslagen an Chaussee-, Brücken-, Fähr- und dergl. Gel-  
dern auf dessen pflichtmäßige Angabe,

gegen seine Quittung und ohne daß er Quittungen der Empfänger beizubringen  
hat, vergütet werden können.

Auch hat die gedachte Ober-Revisions-Behörde zugleich ausdrücklich bestä-  
tigt, daß alle zur Extrapost nicht berechnigte Beamte, wenn sie sich auf Dienst-  
reisen ihres eignen Gespanns bedient haben und die vorgeschriebenen Justificato-  
rien über die eigentlichen Fuhrkosten nicht beizubringen vermögen, die Reisekosten  
nur nach den ihnen reglementsmäßig zustehenden ordinairten oder Schnellpost-  
Sätzen berechnen dürfen.

Merseburg, den 12. November 1828.

Königlich Preussische Regierung.

## Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nr. 140.  
Revision der  
Eckstempel-  
Tabelle betr.

Den Untergerichteten unseres Departements wird hierdurch zur Nachachtung  
eröffnet, daß nach dem, bei Revision der Erbschaftsstempel-Tabellen aufgestellten  
und von des Herrn Justizministers Excellenz durch das Rescript vom 7. Septem-  
ber c., specieil bestimmten Grundsätzen der §. 9, litt. b. des Stempelgesetzes vom  
7. März 1822 so zu verstehen ist:

daß auch bei dem Besiß von Immobilien-Vermögen im Auslande Erbens eines dießseitigen Erblassers das übrige, nicht unbewegliche Vermögen desselben Auslandes, dennoch dem Preussischen Erbschaftsstempel unterliegt, wenn nicht die Leistung der auswärtigen Erbschaftsabgabe nachgewiesen werden kann, mithin die gedachte Stelle nicht bloß auf ausländisches, nicht unbewegliches Vermögen eines, im Auslande gar nicht, oder in einem von dem, unter dem das nicht unbewegliche Vermögen sich befindet, verschiedenen Auslande angefallenen dießseitigen Erblassers, Anwendung findet.

Naumburg, den 5. November 1828.

Königl. Preuss. Ober-landes-Gericht.

Durch die Königl. Allerhöchste Ordre vom 5. Februar 1824 zur Erweiterung der Competenz der Untergerichte in Untersuchungsfällen autorisirt, hat des Herrn Justiz-Ministers Excellenz mittelst Rescripts vom 30. v. M. Folgendes festgesetzt:

Nr. 141.

Erweiterung der Competenz der Untergerichte in Untersuchungsfällen betr.

- 1) Dem Landgerichte zu Erfurt wird die Abfassung der Erkenntnisse erster Instanz in allen gegen Nichteximirte, bei dem Inquisitoriate daselbst, der Landgerichts-Deputation zu Schleusingen und dem Gerichtsamte Ziegenrück geführten fiscalischen und Criminal-Untersuchungen, mit Ausnahme der Erkenntnisse in den, wegen Hochverraths, Landesverratherei, beleidigter Majestät, Münzverbrechen, Brandstiftung, Raub, Todtschlag und Mord, verheimlichter Schwangerschaft und Niederkunft, und wegen Vergehen gegen Abgabengesetze geführten Untersuchungen, übertragen. In den ausgenommenen Fällen wird das Erkenntniß erster Instanz, wie bisher, von dem Criminal-Senate des Königl. Ober-landes-Gerichts abgefaßt.
- 2) In gleicher Art wird den Landgerichten zu Halle, Eisleben, Vorgau und Wittenberg die Abfassung der Erkenntnisse in den resp. bei den Inquisitoriaten zu Halle, Sangerhausen, Liebenwerda, Wittenberg und Eilenburg geführten Untersuchungen übertragen.
- 3) Der Schriftwechsel zwischen den Landgerichten und Inquisitoriaten geschieht im Requisitions-Styl, in der Regel sind aber die Acten brevi manu gegenseitig mitzutheilen. Die Landgerichte können die Straf-Anstalten unvorläufige Annahme der Verurtheilten ersuchen, die Verfügungen wegen definitiver Annahme sind aber von dem Criminal-Senate und resp. dem II. Senate des Königl. Ober-landes-Gerichts zu erlassen.
- 4) Vorstehende Einrichtung gelangt mit dem 1. December dieses Jahres zur Ausführung. Die bis dahin von den Inquisitoriaten noch eingehenden

und die bei dem Criminal-Senate noch vorliegenden Spruchsachen sind noch von demselben zu bearbeiten.

- 5) Damit die Landgerichte von den über die Auslegung und Anwendung des Strafgesetze bei dem II. Senate des Königl. Ober-Landes-Gerichts bestehenden Grundsätzen Kenntniß erhalten, werden die Inquisitoriate — wie hiermit geschieht — angewiesen, ihnen die abändernden Erkenntnisse zweiter Instanz nach Publication derselben, brevi manu urschriftlich zur Nachricht mitzutheilen.
- 6) Da das Landgericht zu Naumburg sich mit dem Ober-Landes-Gerichte an demselben Orte befindet, so wird dasselbe für jetzt von der vorstehenden Einrichtung ausgenommen; das Inquisitoriat zu Zeitz und die Inquisitoriat-Deputation zu Quersfurth senden daher die fiscalischen und Criminal-Untersuchungs-Acten, wie bisher, an das Königl. Ober-Landes-Gericht und resp. dessen Criminal-Senat.
- 7) Rücksichtlich der Grafschaften Stolberg-Stolberg und Stolberg-Rosla bleibt es bei der bisherigen Verfassung.

Vorstehende neue Einrichtung wird hierdurch zur Kenntniß der Behörden und der Gerichts-Eingesessenen gebracht.

Naumburg, den 14. November 1828.

Königlich Preussisches Ober-Landes-Gericht.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Die Hypothekentabellen über die in dem Dorfe Gorsleben, Amtesbezirk Helldringen, unter den Meyerschen Patrimonialgerichten gelegenen Häuser und Grundstücke, welche alle drei Rubriken enthalten, sind fertig und liegen in dem Zeitraume vom 24. November 1828 bis 26. Januar 1829 in der Expedition des unterzeichneten Gerichts-Verwalters zu Weißensee zur Einsicht und etwaigen Erinnerungen der Interessenten bereit. Es wird solches hierdurch mit dem Bemerken bekannt gemacht: daß nach Ablauf dieser Frist Erinnerungen dagegen nicht mehr beachtet werden können.

Gorsleben, den 5. November 1828.

Das Herrlich Meyersche Patrimonial-Gericht.

D a u m, Justitiar.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

44. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 29. November 1828.

## B e k a n n t m a c h u n g.

In der zu Dresden am 27. September 1825 zwischen der Königlich Preussischen und Königlich Sächsischen Regierung geschlossenen Convention wegen der Familien-Stiftungen, haben sich die beiderseitigen Regierungen verbindlich gemacht, die Genußrechte der Familien und ihrer Glieder oder der ihnen substituirten Personen jederzeit aufrecht zu erhalten, und weder den genußberechtigten Familien-Gliedern, noch den in deren Ermangelung substituirten Personen den Genuß der Stiftungen auf irgend eine Weise zu verweigern oder zu erschweren.

Mit Beziehung auf diese unterm 30. Julius v. J. in den Amtsblättern der Königlichen Regierungen zu Magdeburg, Potsdam, Frankfurt a. d. O., Kegnitz, Merseburg und Erfurt bekannt gemachte Convention, und namentlich auf die im Artikel IV. derselben enthaltenen Bestimmungen, wird daher den Behörden, welche dergleichen Familienstiftungen zu verwalten und zu beaufsichtigen haben, die genaue Beobachtung jener Bestimmungen, so wie des Inhaltes der Convention überhaupt hiermit zur Obliegenheit gemacht, und ihnen dabei noch aufgegeben, bei jeder Erledigung eines Familien-Stipendii, wenn sich binnen vier Wochen nach Ablauf des letzten Genußtermins kein qualificirter Geschlechts-Verwandter angemeldet hat, eine Bekanntmachung in der Staats-Zeitung und in den Amtsblättern der Regierungen zu Magdeburg, Potsdam, Frankfurt a. d. O., Kegnitz, Merseburg und Erfurt zu erlassen, und einen Termin zur Anmeldung der Betheiligten zu bestimmen.

Diese Bekanntmachungen sollen, insofern die Kosten derselben nicht aus den Ueberschüssen der Stiftung bestritten werden können, jederzeit kostenfrei expedirt,

und blos die baaren Auslagen dem in Folge des öffentlichen Aukrufs zunächst zur Perception Gelangenden angerechnet werden.

Berlin, den 20. October 1828.

### Die Ministerien

der geistlichen Angelegenheiten,  
(gez.) v. Altenstein.  
der auswärtigen Angelegenheiten,  
(gez.) v. Schönberg.

des Innern,  
(gez.) v. Schuckmann.  
der Justiz,  
(gez.) Graf v. Dandellmann.

---

### Bekanntmachung.

Die durch das Ableben des Herrn Canzlers D. Niemeyer erledigte Stelle eines Censors der in Halle erscheinenden theologischen Schriften, ist dem zeitweiligen Stellvertreter desselben bei der Censur dieser Schriften, Herrn Professor D. Weber zu Halle, übertragen, und zu dessen Stellvertreter hinwiederum der Herr Professor D. Frißke daselbst ernannt worden.

Magdeburg, den 8. November 1828.

Der Geheime Staats-Minister von Kewitz.

---

### Bekanntmachung.

Die beiden ehemals Sächsischen, jetzt Preussischen Centralsteuer-Obligationen Litt. F. Nr. 1609. und 1611., von welchen jede unterm 22. September 1814 ausgestellt ist, und auf die Summe von Einhundert Thalern Conventionsgeld, so wie auf jeden Inhaber lautet, sollen im Monat October 1825 der Inhaberin derselben, Frau Maria Dorothea verwitwete Parthey zu Günthershagen im Dellßscher Kreise des Regierungsbezirks Merseburg, jedoch ohne Talons und Coupons, durch Diebstahl verloren gegangen seyn, und nunmehr auf Antrag der genannten Inhaberin, Behufs der Amortisation, öffentlich ausgedoten werden.

Es wird daher nach Vorschrift der Gesetze gedachter Verlust hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, indem zugleich diejenigen, welche auf vorbeschriebene beide verlorne Central-Steuer-Obligationen aus irgend einem rechtlichen Grunde einen Anspruch zu haben vermehren, aufgefordert werden, sich mit die-

sen Ansprüchen in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1831 bei dem unterzeichneten Commissarius zu Merseburg zu melden.

Merseburg, den 18. November 1828.

Im Auftrage der Königlich Preussischen Haupt-Verwaltung  
der Staats-Schulden.

Der Regierungs-Präsident Hr. v. Brenn.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Die ehemals Sächsishe, jetzt Preussische, unterm 22. September 1814 ausgestellte, mit Litt. E. und Nr. 1631. bezeichnete, auf die Summe von Zweihundert Thalern Conventionsgeld und auf jeden Inhaber lautende, dem Gräfl. Schönburgschen Amtes-Actuarius Herrn Schwarzenberg zu Wechselburg gehörende Central-Steuer-Obligation, soll, nebst dem dazu gehörigen Talon, durch Diebstahl verloren gegangen seyn, und nunmehr auf Antrag des genannten Inhabers, Befuß der Amortisation, öffentlich aufgegeben werden.

Gedachter Verlust wird daher nach Vorschrift der Gesetze hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, indem zugleich diejenigen, welche auf vorbeschriebene verlorne Central-Steuer-Obligation, und den dazu gehörigen Talon aus irgend einem rechtlichen Grunde Anspruch zu haben vermeinen, aufgefordert werden, sich mit diesen Ansprüchen in dem Zeitraume von jetzt bis mit Michael 1831 bei dem unterzeichneten Commissarius zu Merseburg zu melden.

Merseburg, den 18. November 1828.

Im Auftrage der Königlich Preussischen Haupt-Verwaltung  
der Staats-Schulden.

Der Regierungs-Präsident Hr. v. Brenn.

## Verordnung der Königl. Regierung.

Unter Nr. 8. der Strafbestimmungen zum Chausseegeldtarif vom 28. April 1828 (Amtsblatt vom Jahre 1828, S. 158) ist festgesetzt:

daß Holz, Pflüge, Eggen und ähnliche Gegenstände auf Chausseen nicht geschleppt werden dürfen.

Nach einer von der Höhern Behörde gegebenen Erklärung ist dieses nur dahin zu verstehen, daß ein solches Schleppen nicht ohne Unterlage geschehen

Nr. 142.  
Die Strafbestimmung Nr. 8. zum Chausseegeld-Tarif vom 28. April 1828 betr.

darf; daß aber Pflugschleifen für die Pflüge und Schlitten für die Eggen als hinreichend zu erachten sind, und mithin nicht verlangt werden darf, daß Pflüge und Eggen beim Transport über die Chaussee jedesmal auf Wagen geladen und gefahren werden.

Wir machen dies hiermit zur Nachricht und Achtung öffentlich bekannt.

Merseburg, den 18. November 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nr. 143. Da jetzt häufig Gemeinheitstheilungs- Ausgleichungs- und Ablösungsfachen bei Lehnsgütern zu unserm Kenntniß kommen, so veranlaßt uns dieses, zu Vermeidung leicht möglicher Irrthümer und daraus entstehender Nachtheile, die gesetzlichen Bestimmungen, welche bei Lehnern, sie mögen nun wirkliche Mannlehen, oder auch sogenannte Erblehen seyn, zu beachten sind, hierdurch besonders den sämmtlichen Untergerichten unseres Bezirks in Erinnerung zu bringen, hauptsächlich was die §. 40. der Dienstablösungs-Ordnung, den 7. Junius 1821 (Gesetzsammlung pag. 83), vergleiche mit §§. 12. und 153. der Gemeinheitstheilungs-Ordnung d. eod. (Gesetzsammlung pag. 54 und 71), vorschreibt, nach welchen der Lehnsherr die Sicherstellung der an die berechtigten Lehnsgüter zu zahlenden Entschädigungssummen durch Wiederanlegung zu Lehn oder durch Befriedigung des ersten hypothekenschen Gläubigers verlangen kann, der ablösende Wirth aber nach §. 155. l. c. für diese Sicherstellung haften muß, wovon er sich jedoch durch gerichtliche Niederlegung des Geldes frei machen kann, welches Alles auch jedes Mal bei Errichtung der Reccesse dem Interessenten bekannt gemacht, und von uns, als Lehnshof nur unter diesen Bedingungen der uns vorgelegte Recces genehmigt wird.

Wir erinnern daher die hypothekenbuchführenden Untergerichte hierdurch, von den Grundstücken, auf welchen abgelöste Dienste oder sonstige Verbindlichkeiten bisher hafteten, selbige nicht eher zu löschen und abzuschreiben, als bis ihnen die Erfüllung obiger Verbindlichkeiten und Vorbehalte in Ansehung des Lehnsherrn, von welchem das bisher berechnete Gut zu Lehn geht, glaubhaft nachgewiesen ist, indem eine frühere Löschung ihnen Vertretungen zuziehen würde. Jener Nachweis kann bei solchen Gütern, welche bei uns zu Lehn gehen, nur dann für vollständig geführt angesehen werden, wenn beigebracht wird, daß im Hypothekenbuche des berechtigten Guts die Ablösung der bisherigen Berechnung zu den abgelösten Prästationen wirklich bemerkt ist.



Uebrigens sind diejenigen, welche die Entschädigungssumme gütlich niederlegen wollen, damit von den Untergerichten an uns zu verweisen.

Naumburg, den 14. November 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht und Lehnscurie.

---

**B e k a n n t m a c h u n g ,**  
**die Brückgeld-Erhebung an der Saalbrücke zu Weißenfels**  
**betreffend.**

Nach einer Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 30. September o. soll statt der bisherigen Erhebung des Brückgeldes nach einem besondern Tarif für die Benützung der Saalbrücke bei Weißenfels, die Erhebung dieses Brückgeldes nach dem Chausseegeld-Tarif vom 28. April 1828 als für eine Meile, erhoben werden.

Diese Erhebung nimmt mit dem 1. December dieses Jahres ihren Anfang; wie dem Publico hierdurch zur Nachricht und Befolgung bekannt gemacht wird.

Magdeburg, den 18. November 1828.

Königlicher Provincial-Steuer-Director Sac.

---

**P e r s o n a l - C h r o n i k .**

**B e f ö r d e r u n g e n .**

Der Seminarist, Gustav August Voigt, ist nach dem Ministerial-Rescripte vom 13. d. M., als 4ter Lehrer am Schullehrer-Seminar in Weißenfels provisorisch angestellt worden.

Magdeburg, den 30. October 1828.

---

Die Landrathsstelle des Weißenfeler Kreises ist dem jetzigen Landrath von Stückerdt zu Beckum, im Regierungsbezirke Münster, Allerhöchsten Orts verliehen worden.

Merseburg, den 14. November 1828.

---

Der Candidat der Mathematik, Philipp August Trophe aus Halle, ist zum Regierungs-Conducteur ernannt, und als solcher am 14. dieses Monats verpflichtet worden.

Merseburg, den 18. November 1828.

1) Der bisherige Stadtgerichts-Auscultator zu Berlin, Carl Hans Werner von Westphalen, ist den 21. Julius c. zum Referendar ernannt und zum Oberlandes-Gericht hierher versetzt;

2) der Kammergerichts-Referendar, Martins, ist den 24. September an das Oberlandes-Gericht hierher versetzt;

3) der Auscultator, Carl Gustav Wille, ist von dem Landgerichte zu Halle, zu dem Land- und Stadtgerichte in Brandenburg, den 17. October c. entlassen;

4) zu Referendarien sind befördert: der Auscultator und Gerichtsamtsactuar Friedrich Gotthilf Balthasar, den 9. October; die Auscultatoren, Carl Edmund Iepsius und Herrmann Freiherr von Ziegeler, den 11. October; der Auscultator Adolph Julius Ferdinand von Oriesheim, den 14. October c.;

5) zu Auscultatoren sind angenommen: die Candidaten der Rechte, Wilhelm Ferdinand Schellwisch und Herrmann Wilhelm Spangenberg, den 24. October c.;

6) der hiesige Oberlandes-Gerichts-Auscultator, Carl Christian Ruck, ist den 30. September c. zum Actuar bei dem Gerichtsamte Freiburg, an des pensionirten Kuhlmann Stelle;

7) der interimistisch in der Calculatur des Landgerichts zu Erfurt beschäftigte Ludwig Koss ist den 30. September c. zum Landgerichts-Calculator dasselbst ernannt;

8) der invalide Feldwebel, Friedrich Hennemann, ist zum Boten und Executor bei dem Gerichtsamte Lützen, an des verstorbenen Zahn Stelle, angenommen.

Naumburg, am 1. November 1828.

Der bisherige Oberlandesgerichts-Referendarius, Karl Heinrich Klinkhardt, ist zum Justizcommissarius bei dem Landgerichte in Torgau bestellt worden.

Naumburg, am 4. November 1828.

Der Kammergerichts-Referendar, Friedrich Schwarz, ist zum Justizcommissair im Bezirke der Gerichtsämter zulauchstädt und Schaffstädt und bei den

benachbarten, nicht über 2 Meilen entfernten Patrimonial-Gerichten; unter Anweisung des Wohnsitzes in Lauchstädt, den 7. August c., und der bisherige Justizcommissair Wilke in Halle, ist zugleich zum Notarius in unserm Departement den 25. August c. bestellt worden.

Dies wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Naumburg, den 7. November 1828.

---

### T o d e s f ä l l e.

Der bisherige Pfarrer zu Wiedemar, Ephorie Delitzsch, Johann Carl Ullsch, ist am 14. d. M. in seinem sieben und zwanzigsten Lebensjahre gestorben.  
Merseburg, den 29. October 1828.

---

Der Pfarrer zu Eylitz, in der zweiten Ephorie Halle, Johann Joachim Dander, ist am 27. v. M. in seinem 79. Lebensjahre gestorben.  
Merseburg, den 5. November 1828.

---

Der Pfarrer senior Lederer zu Pratau, Ephorie Wittenberg, ist am 18. October c. im 83. Jahre, und der Pfarrer zu Arlen, Dietrich, Ephorie Jessen, im 58. Jahre, am 28. October c. gestorben.  
Merseburg, den 16. November 1828.

---

# Nachweisung

der

im Monate October 1828

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-  
nisse, ingleichen der Rauch-Fourage.

| Namen<br>der<br>Marktplätze. | G e t r e i d e .        |     |        |     |        |     |       |     | H ü l s e n f r ü c h t e . |     |        |     |        |     |            |     |       |         | R a u c h f u t t e r . |     |     |   |    |    |    |   |    |    |   |   |   |
|------------------------------|--------------------------|-----|--------|-----|--------|-----|-------|-----|-----------------------------|-----|--------|-----|--------|-----|------------|-----|-------|---------|-------------------------|-----|-----|---|----|----|----|---|----|----|---|---|---|
|                              | Weizen                   |     | Roggen |     | Gerste |     | Hafer |     | Hirse                       |     | Erbsen |     | Linsen |     | Kartoffeln | Heu | Stroh |         |                         |     |     |   |    |    |    |   |    |    |   |   |   |
|                              | der Preussische Scheffel |     |        |     |        |     |       |     | der Preussische Scheffel    |     |        |     |        |     |            |     | Sch.  | à Cent. | à Schock                |     |     |   |    |    |    |   |    |    |   |   |   |
|                              | tbl                      | fg. | pf.    | tbl | fg.    | pf. | tbl   | fg. | pf.                         | tbl | fg.    | pf. | tbl    | fg. | pf.        | tbl | fg.   | pf.     | tbl                     | fg. | pf. |   |    |    |    |   |    |    |   |   |   |
| 1                            | Merseburg                | 2   | 8      | 9   | 1      | 27  | 4     | 1   | 2                           | 3   | —      | 21  | 7      | —   | —          | 1   | 20    | —       | 2                       | 12  | 6   | — | 20 | —  | 22 | — | 6  | —  |   |   |   |
| 2                            | Halle                    | 2   | 12     | 6   | 1      | 26  | 10    | 1   | 8                           | 2   | —      | 25  | —      | 4   | 10         | —   | 2     | 5       | —                       | 17  | 6   | — | 26 | —  | 8  | — | —  | —  |   |   |   |
| 3                            | Naumburg                 | 2   | 7      | 11  | 1      | 29  | 5     | 1   | 5                           | 5   | —      | 20  | 3      | 4   | 11         | —   | 2     | 10      | —                       | 2   | 15  | — | 10 | —  | 1  | 5 | —  | 6  | — |   |   |
| 4                            | Torgau                   | 2   | 11     | 3   | 2      | —   | —     | 1   | 11                          | 5   | —      | 25  | —      | 3   | 15         | —   | 2     | 10      | —                       | 4   | —   | — | 9  | —  | 22 | 6 | 5  | —  | — |   |   |
| 5                            | Wittenberg               | 2   | 10     | 8   | 1      | 22  | 2     | 1   | 10                          | 11  | —      | 27  | 2      | 4   | —          | —   | —     | —       | 9                       | 5   | —   | — | —  | —  | —  | — | —  | —  | — |   |   |
| 6                            | Elsteden                 | 2   | 10     | 4   | 1      | 10  | 4     | 1   | 5                           | 10  | —      | 25  | 11     | 5   | 4          | 8   | 1     | 24      | 8                       | 2   | 14  | 8 | —  | 12 | 5  | — | 25 | 8  | 4 | 8 | 2 |
| 7                            | Zeitz                    | 1   | 28     | —   | 1      | 27  | —     | 1   | 7                           | —   | —      | 21  | —      | 2   | 20         | —   | 1     | 20      | —                       | 2   | —   | — | 15 | —  | 22 | — | 6  | —  | — | — |   |
| 8                            | Querfurth                | 2   | 10     | —   | 1      | 26  | 3     | 1   | 5                           | —   | —      | 21  | 5      | 3   | 15         | —   | 1     | 26      | 3                       | 2   | —   | — | 16 | 3  | 1  | — | 5  | 20 | — | — |   |
| 9                            | Bitterfeld               | 2   | 15     | 3   | 1      | 29  | 5     | 1   | 7                           | 6   | —      | 27  | 9      | —   | —          | —   | —     | —       | —                       | —   | —   | — | —  | —  | —  | — | —  | —  | — | — |   |

Merseburg, den 5. November 1828.

Königlich Preussische Regierung.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

45. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 6. December 1828.

## Allgemeine Gesefsammlung.

Das 19te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

Nr. 1166. Handels- und Schiffahrts-Vertrag zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und den freien und Hanseestädten Lübeck, Bremen und Hamburg. Vom 4. October 1828.

## Verordnungen der Königlichen Regierung.

Um zu verhüten, daß weber Spielzeug für Kinder, noch Eßwaaren mit Farben, deren Genuß der Gesundheit schädlich ist, bemalt und angestrichen werden möchten, werden die dazu zu verwendenden unschädlichen und nicht zu verwendenden schädlichen Farben hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Nr. 144.  
Die Farben  
des Spiel-  
zeugs betr.

### I. Zur Verfertigung von Spielzeug.

#### Schädliche Farben:

Weiß: Bleiweiß, Kremsferweiß, Schleferweiß, Schwerspat und Zinkoryd. — Gelb: Operment oder Rauschgelb (Aurum pigmentum), Königsgelb, Kaßler Gelb, Neapel-Gelb, Bleigelb oder Massicot, Englisch Gelb, Mineralgelb, Chromgelb oder chromsaures Blei, Neugelb, Gummi guttae, gelbe Bronze und Pariser Gelb. — Grün: Grünspan, Braunschweiger Grün, Verggrün, Bremer Grün, Schwedisch Grün, Scheelsches Grün, Wiener Grün, Schweinsfurter Grün, Kirberger Grün, Pariser Grün, Berliner Grün, Neu-Grün, Del-Grün, grüne Bronze, Kaisergrün, Mittisgrün, Englisch Grün, Kaßler Grün, Moosgrün und Papagopengrün. — Blau: Berg-Blau, Mineral-Blau, Bremer Blau, Königs-Blau, wie auch Schmalte und Zink oder kupferhaltiges Berliner Blau,

blauer Erz- und Streuglanz, blauer Karmin und Eschel, Ultramarin-Blau, Silberblau, Louisenblau, Wiener Blau und Leutner-Blau. — Roth: Maler-Zinnober, Grauschang, Mennige (Minium), Kupferroth, Kupfer-Bronze, Chromroth, Englisch Schönroth, Mineralroth und rother Streuglanz. — Braun: Alle nachstehend nicht ausdrücklich als unschädlich namhaft gemachte Farben.

#### Unschädliche Farben:

Weiß: Präparirte, gut ausgewaschene Kreide oder mit Wasser angeriebener, wieder getrockneter und gepulverter Gyps, Federweiß, weiß gebranntes Hirschhorn, Eisenbein, präparirter Talk und weißer Thon. — Gelb: Kurkumewurzel, Schüttgelb, Safran, Kreuzbeeren, Franzbeeren, gelber Krapp-lack, Quercitron, Orleans, Ocker gelb, gelber lack, Saftgelb, und eine Abkochung von Gelbholz, mit dem 4ten Theile Alaun und Gummi versetzt. — Grün: Saftgrün und alles Grün, was man sich selbst aus der mannichfaltigen Mischung von unschädlichen gelben und blauen Farben machen kann, wie z. B. eine Zusammensetzung aus reinem Berliner Blau und der gelben Farbe aus Gelbholz und Kurkumewurzel, so wie die mit 4 Theilen concentrirter Schwefelsäure bereitete und durch Natrum oder Kreide abgestumpfte Auflösung des Indigo, in der Vermischung mit einer Abkochung von Kurkumewurzel und etwas Alaun. — Blau: Reines Berliner Blau, Diesbacher und Pariser Blau, Neublau, Sächsisches Blau, Indigo, Lackmus und Safftblau. — Roth: Karmin, Karminlack, karminirte Rose, Berliner Roth, Kugellack, Florentiner lack, Krapplack, Rosenlack, Rosenroth, Sophienroth, Rosenlilla, Wiener lack, Karmosinlack, Drachenblut, Kirchrothen lack, Tassenroth, Armenischer Velus, rothes, jedoch nur aus Apotheken zu kaufendes Eisenoxyd oder Caput mortuum, und Fernambuck- oder Brasilienholz. — Abkochung mit Alaun und Gummi versetzt. — Braun: Wister, Eölnische Erde, Mumie Sepia, Terra Siena und Umbra.

#### II. Für die Conditoren, Kuchenbäcker und Pfefferkuchler.

##### Schädliche Farben:

Roth: Maler-Zinnober, Mennige. — Gelb: Aurum pigmentum oder Opermert, so wie alle übrigen, oben bereits angegebenen schädlichen Substanzen. — Blau: Bergblau, so wie alle übrigen, oben bereits angegebenen schädlichen Substanzen. — Grün: Grünspan, Grünspanblumen, so wie alle übrigen, oben bereits angegebenen schädlichen Substanzen. — Orangegelb: Gemenge der oben aufgeführten schädlichen rothen und gelben Farben. — Violet: Gemenge der oben aufgeführten schädlichen rothen und blauen Farben. — Gold und silberfarbig: Unächtes oder Schaumgold, unächtes oder Schaumsilver.

##### Unschädliche Farben:

Roth: Eine Abkochung von Fernambuckholz mit Alaun, Saffroth, die Säfte rother Beeren, z. B. Verberiben, desgl. eine Abkochung von Cochenille

mit etwas Weinstein, und eine Infusio von rothen Klatschrosenblättern, mit Wasser bereitet. — Gelb: Safran, Saftgelb, Cassor, Korkumwurzel, und eine mit Wasser bereitete Infusion der Blätter der gelben Ringelblumen (*Calendula officinalis*). — Blau: Keines Berliner Blau, Lachmus, Blautinctur, Indigo, und besonders die oben angegebene abgestumpfte Auflösung des Indigo. — Grün: Mehrere Abänderungen von Saffgrün, als: pistachgrün, apfelgrün, dunkelgrün u. s. w., und eine Zusammensetzung von unschätzblichem Blau und Gelb, z. B. eine Verbindung der abgestumpften Indigo-Auflösung mit der gelben Farbe aus Ringelblumen oder Korkumwurzel. — Orangebl: Saffranquin, oder ein Orlean-Decoct, mit einem geringen Zusatz von Soda bereitet. — Violet: Saffviolett, oder eine Cochenille-Infusion, mit etwas Kaltwasser, Sodaaflösung oder Salmiak-Spiritus, und einer beliebigen Menge der abgestumpften Indigo-Auflösung vermischt. — Gold- und Silberfarbig: Aechtes Blattgold, ächtes Blattsilber.

Ein Jeder, welcher, dieser Bekanntmachung zuwider, schädliche Farben zu einem der Eingangs bemerkten Zwecke erweislich gebraucht, hat unsehlbar die gesetzliche Bestrafung zu erwarten.

Merseburg, den 2. December 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Zum Retablissement der in dem Dorfe Deutsch-Sorno bei Finsterwalde Nr. 145. (Regierungs-Bezirk Frankfurt a. d. Oder) im vorigen Jahre abgebrannten evangelischen Kirche, der Pfarr- und Schulgebäude haben die hohen Ministerien der Kirchen- und Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und des Innern, Ver-  
Evangelische Kirchen- und Haus-Collecte zur Unterstützung der Gemeinde Deutsch-Sorno betr.  
 hufs Unterstützung der verarmten Gemeinde, die bei diesem Brande sehr gelitten hat, außer einer evangelischen Kirchen- und Haus-Collecte in der Provinz Neu-  
 mark, auch in den Herzoglich Sächsischen landestheilen des Ober-Präsidial-Be-  
 zirks der Provinz Sachsen eine dergl. Collecte zu bewilligen geruhet.

Wir bringen dieses zur öffentlichen Kenntniß und fordern in den zum hie-  
 figen Regierungs-Bezirk gehörigen landestheilen des Herzogthums Sachsen we-  
 gen der evangelischen Kirchen-Collecte zu diesem Zweck, die Herren Prediger  
 auf, an einem geeigneten Sonntage solche zu veranstalten; die Herren Landräthe,  
 Stadträthe, beegl. die Richter oder Schulzen und Schöppen auf den Dörfern  
 in den bezeichneten landestheilen aber, wollen zu gleichem Zweck eine evangelische  
 Haus-Collecte veranstalten, und wird wegen des Versagens dabei, so wie we-  
 gen der Einsendung der sowohl durch die Kirchen- als Haus-Collecte eingesam-  
 melten Beiträge, zur Vermeidung einer Wiederholung, auf unsere Verfügung  
 vom 3. Juli d. J., S. 216 und 217 des Amtsblatts, verwiesen.

Ende Aprils 1829 wird die Kirchen- und Haus-Collecte zu diesem Zweck als geschlossen betrachtet.

Merseburg, den 1. December 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

## Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nr. 146.  
Die zu großen  
Bestände in  
den Depositor-  
rien mancher  
Gerichte betr.

Sehr viele, aus verschiedenen Provinzen der Monarchie, bei dem Herrn Justiz-Minister eingegangene Visitations-Verhandlungen haben Demselben zu dem nachstehenden Circular-Rescript vom 3. d. M. an sämmtliche Landes-Justiz-Collegia die Veranlassung gegeben, welches wir sämmtlichen, uns subordinirten Königl. und Patrimonial-Gerichten, namentlich auch den Gräflichen Kanzleien zu Stollberg und Rosla, den combinirten Gräflichen Justiz-Ämtern zu Stollberg und Rosla, so wie dem Stadtrath zu Stollberg zur Nachricht und pünctlichsten Befolgung hierdurch bekannt machen.

Naumburg, den 18. November 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

Sehr viele, beim Justiz-Minister eingegangene Visitations-Verhandlungen zeigen, daß die meisten Gerichte bei ihren Depositorien größere Bestände haben, als zum Betrieb der Geschäfte nöthig ist, und sich noch außerdem nicht unbedeutliche Summen, selbst bei Gerichten, wo gar keine Asservation Statt finden sollte, in asservatione befinden. Dies Verfahren entzieht einen Theil des baaren Geldes, ohne zureichende Gründe, dem Verkehr, führt den Verlust der Zinsen für arme Vermögensschaften oder andere Interessenten herbei, und setzt die Gelder der Gefahr einer Verabung aus. Es ist daher die Pflicht der aufsehenden Behörden, ein solches Verfahren der Gerichte nicht zu dulden.

Die Obergerichte haben Gelegenheit, die Unterbehörden in Ansehung dieses Theils der Geschäftsführung streng zu controliren, da sie aus den, von den Untergerichten nach Vorschrift des Circulars vom 29. December 1824 sub 4 jährlich eingehenden Depoſital-Abschlüssen und Tabellen den Betrag der baaren Bestände ersehen, und in Erwägung ziehen können, ob dieselben zum Verkehr des Gerichts im richtigen Verhältniß stehen. Es ist daher nöthig, bei jeder Depoſital-Tabelle oder jedem Depoſital-Abschluß eine solche Prüfung zu veranlassen.

Damit aber die Untergerichte zeitig für die Belegung der Gelder sorgen, sind sie jetzt gleich durch die Amtsblätter auf die Vorschriften der Depoſital-



Ordnung zu verwelfen, und es ist ihnen bekannt zu machen, daß bei Verlusten, welche die Depositorien treffen könnten, mit nachsichtsloser Strenge gegen die verfahren werden solle, welche die Deposital-Bestände zur Ungebühr hätten anwachsen lassen, oder Asservate ohne zureichenden Grund gebuldet hätten.

Zugleich ist den Untergerichten aufzugeben, bei Einreichung der Deposital-Tabellen oder Abschlüsse zugleich zu bemerken, wie viel Posten sich in asservatione befanden, und wie viel sie betrugen, oder ob gar keine Asservate sich vorfinden.

Berlin, den 3. November 1828.

Der Justiz-Minister,

(gez.) Graf v. Dandellmann.

An  
das Königl. Ober-Landes-Gericht  
zu Raumburg.

Die Inquisitoriate, Landgerichte, Gerichtsämter und Patrimonial-Gerichte Nr. 147.  
des uns anvertrauten Departements im Merseburger Regierungs-Bezirks, wor-  
den hierdurch angewiesen: Aufgekommen-  
ne Strafge-  
der in Gewer-  
besteuer: Con-  
traventions-  
Sachen betr.

a) in Gewerbesteuer-Contraventions-Sachen die auf gekommenen Straf gelder, den Erlös aus etwaigen Confiscaten und die nachzuzahlenden Gewerbesteuern nicht an die Haupt-Casse der Königl. Regierung, sondern an die Kreis-Cassen, zu deren Erhebungs-Bezirk der Ort gehört, in welchem die erste polizeiliche Untersuchung der Steuer-Contravention Statt gefunden hat, und zwar ohne Berücksichtigung des Denuncianten-Antheils, dessen Zahlung durch die Kreis-Cassen erfolgt, abzuliefern.

b) Zu diesen Ablieferungen gehört:

A. Beglaubte Abschrift der Entscheidung, welche die Rechtskraft beschritten hat, und zwar, wenn es eine Entscheidung erster Instanz ist, mit dem Attest der Rechtskraft versehen; wenn es eine Entscheidung der folgenden Instanz ist, die auf die frühere Bezug nimmt, so ist auch Abschrift des Tenors derselben beizufügen.

B. Bei etwaigen Confiscaten eine Berechnung, wie viel davon nach Abzug der durch die Inhaftirung und Verpflegung des unvermögenden Denuncianten erwachsenen regulativmäßigen Kosten, der durch die Untersuchung entstandenen unerläßlichen Verläge, und der Verlagskosten bei Auctionen übrig bleibt, welche Berechnung unsern Festsetzungs-Decreten unterzulegen sind.

C. Ein doppelter Lieferschein.

Raumburg, den 23. November 1828.

Königlich Preussisches Ober-Landes-Gericht.

## Bekanntmachung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Es ist der ehemals Sächsische, jetzt Preussische, verloosbar gewesene, jedoch bereits Michael 1811 ausgelosete, im Leipziger Neujahrsmarkt des Jahres 1764 ausgestellte, mit Litt. D. Nr. 3483 bezichnete, auf die Summe von 100 Thlr. Conv. Geld, und auf jeden Inhaber lautende, der Kirche zu Ristritz zugehörige Steuer-Credit-Kassen-Schein, nebst dem dazu gehörigen, auf den Termin Michael 1805 lautenden Talon, im Monat October 1806 durch Plünderung fremder Truppen angeblich verloren gegangen; dieser Verlust auch unter dem 4. November 1824 im 17. Stücke des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Merseburg und in Nr. 90. des hiesigen Intelligenz-Blattes öffentlich bekannt gemacht, die gedachte Obligation aber bis Michaelis 1827 nicht zum Vorschein gekommen.

Es hat daher die gedachte Kirche zu Ristritz auf Amortisation dieser Obligation angetragen, und die etwanigen unbekannten Inhaber derselben werden demnach hierdurch aufgefordert, sich bis in dem 8. Zinszahlungstermine, spätestens aber jedenfalls in dem zu diesem Behuf auf

den 1. Junius 1829, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Ober-Landes-Gerichts-Referendar, Herrn Freiherrn von Werthern I., in unserm Geschäftslocale ansehnlichen Termine entweder persönlich oder durch einen gehörig legitimirten und instruirten Bevollmächtigten aus der Zahl der hiesigen Ober-Landes-Gerichts-Justiz-Commissarien, von denen für den Fall der Unbekannthschaft damit die Herren 1c. Reinslein und Schulze in Vorschlag gebracht werden, sich zu melden und ihre Ansprüche an die fragliche Obligation nachzuweisen, wenn sie nicht gewärtigen wollen, daß sonst ein ewiges Stillschweigen deshalb ihnen auferlegt, und mit gänzlicher Amortisation der Obligation verfahren werden wird.

Urkundlich unter des Königl. Ober-Landes-Gerichts größerm Siegel und gewöhnlicher Unterschrift.

Raumburg, den 18. Julius 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

## B e k a n n t m a c h u n g .

Die zwei ersten Bände von dem Hypothekenbuche der Stadt Sangerhausen, welche die Häuser und andere Gebäude unter den Cataster-Nummern 1 bis incl. 90. umfassen, sind nunmehr vollendet. Dieses, und daß künftig in Betreff die-

ser Grundstücke der Erwerb neuer Hypotheken-Rechte lediglich nach dem Allgemeinen Landrechte, der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Eisleben, den 21. November 1828.

Königlich Preussisches Landgericht.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Auf den Grund des §. 10. der Allerhöchsten Verordnung, über die Erwerbung und Ausübung der Realrechte auf Grundstücke, insbesondere der Hypothekenrechte, bei nicht vollständig eingerichtetem Hypothekenwesen, vom 16. Junius 1820, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Hypothekenbücher über alle dem unterzeichneten Patrimonialgericht unterworfenen Güter und Wandgrundstücke, mit Ausnahme der Hypothekentabellen über

- a) eine beim Dorfe Braunschwenke belegene Wiese des Herrn Oberforstmeisters von Schenk zu Potsdam;
  - b) eine in Wiesenröder Flur, am Rothen- und Wiesenberge belegene Wiese des Herrn Hauptmanns Anton von Pfußstein und dessen Ehegattin Euphrosine geb. von Hartwich zu Gräfenstuhl;
  - c) zwei in Wiesenröder Flur am Preizel und an der Gänsewiese belegene Holzdistricte, das Reichenholz und der Pektenberg, früher das Kochsche und Breitthersche Holz genannt, welche die Herren Freyherren von Knigge zu Friedrichrode besitzen;
  - d) 90 Morgen Holz, die der Herr von Kerßenbrock zu Helmsdorf unter dem Namen: der Lückerdöder Forst, in Wiesenröder Flur besitzt;
  - e) zwei Holzdistricte von 50 Morgen, der Preizel und Pfuß genannt, und zwei Morgen Wiese am Preizel, welche Herr Ferdinand Gustaph Lieberkühn zu Wallhausen besitzen soll;
  - f) die sowohl in Friesdorfer als in Wiesenröder Flur belegenen Grundstücke des Freigutbesizers Herrn Friedrich Göpel zu Diskaborn, und
  - g) alle Feldgrundstücke, welche von den der Gerichtsbarkeit des Ritterhofs zu Wiesenrode unterworfenen dasigen Einwohnern besessen werden, hinsichtlich welcher die Jurisdiction zwischen dem unterzeichneten Patrimonialgericht und dem Königl. Wohlbl. Gerichtsamte zu Mannsfeld noch streitig ist,
- vollendet worden sind, und daher die in der angezogenen Verordnung §. 9. ausgesprochene Suspension für die betreffenden Grundstücke aufhört.

Schloß Rammelburg im Kreise Mannsfeld, den 12. November 1828.

Das Freyherrlich Friesensche Patrimonial-Gericht.

Heimbach.

Wohr.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Der von des Königs Majestät Allerhöchste vollzogene Abschied auf die Verhandlungen des zweiten Landtags der Provinz Sachsen, nebst der historischen Uebersicht der Verhandlungen dieses Landtags, ist im Druck erschienen und bei Franz Kobigisch zu Merseburg, das Exemplar auf Schreibpapier für 15 Sgr. und auf Druckpapier für 10 Sgr., zu erhalten. Wer diese Verhandlungen durch eine der Amtsblatts-Redactionen der Königl. Regierungen zu Magdeburg, Merseburg und Erfurt zu beziehen wünschen sollte, kann sich auch an Erstere wenden, und pünktliche Besorgung erwarten.

## P e r s o n a l = C h r o n i k.

Befördert sind nachstehend benannte Candidaten des Predigamts:

- 1) Johann Friedrich August Freiberg, als Pfarrer in Pösigk, Ephorie Ditterfeld; — 2) Johann Gottfried Haufe, als Archidiaconus in Dommigk, Ephorie Torgau; — 3) Johann Lehmann, als Pfarrer in Steinbrücken, Ephorie Kelbra.

Versezt sind:

- 1) der Pfarrer zu Griefstädt, M. Benjamin Lebrecht Reinhold, als Pfarrer nach Bottendorf, Ephorie Artern; — 2) der Pfarrer zu Wetteburg, Ephraim Friedrich Leopold Schimpf, als Pfarrer nach Griefstädt, Ephorie Heldrungen.

Merseburg, den 27. November 1828.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

46. Stück.

---

Ausgegeben zu Merseburg den 13. December 1828.

---

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Die Gesetze vom 1. Junius 1820 und 15. Mai 1822:

die Abschaffung des Vorviehes der Schäfer betreffend, sind nach den Be-  
richten der Königl. Landräthe nunmehr im ganzen Umfange des Regie-  
rungsbezirks zur Ausführung gebracht, und wenn bisher nur gegen vor-  
sätzliche Contravenienten mit den gesetzlichen Strafen verfahren wurde,  
so soll in Gemäßheit des Allerhöchsth. vollzogenen Landtags-Abschiedes für  
den zweiten Sächsischen Provinzial-Landtag vom 24. October d. J.  
Nr. 13. und des Ministerial-Rescripts vom 15. v. M., von jetzt ab  
unnachsichtlich, auch wegen jeder fahrlässigen Beeinträchtigung jener Ge-  
setze, die angeordnete Strafe zur Anwendung gebracht werden.

Nr. 148.

Die Abschaf-  
fung des Vor-  
viehes der  
Schäfer betr.

Wir bringen diesen Allerhöchsten Willen hierdurch noch besonders zur Kennt-  
niß des Publicums und warnen dasselbe vor jeder Uebertretung der obigen Ge-  
setze.

Merseburg, den 2. December 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

---

Durch mehrfache Beschwerden veranlaßt, machen wir die Herren Prediger Nr. 149.  
auf unsere Verordnungen vom 24. August 1816 (Amtsblatt 1816, Seite 359) Die Abschaffung  
und vom 30. August 1819 (Amtsblatt 1819, Seite 398) abermals hierdurch der Amtsblät-  
ter von den  
aufmerksam. Es ist lediglich ihre alleinige Sache, dafür zu sorgen, daß die für  
Postämtern  
bestimmten Amtsblätter regelmäßig und sicher von den betreffenden Post-  
höfen abgeholt werden, und kann für die Zukunft auf die Entschuldigung,

daß ihnen die eine, oder die andere Verordnung in den Amtsblättern nicht bekannt geworden sey,  
keine Rücksicht mehr genommen werden, da eine sorgfältige Untersuchung ergeben, daß die Amtsblatts-Exemplare regelmäßig versandt werden und nur die Abholung derselben entweder verspätet, oder nicht sicher und durch zuverlässige Boten bewirkt worden ist.

Merseburg, den 4. December 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für das  
Kirchen- und Schulwesen.

### B e k a n n t m a c h u n g ,

die künftige Einrichtung des Cassenwesens hinsichtlich der Abschlüsse, Ueberschußablieferungen, Revisionen und Abrechnungen der landesherrlichen Cassen betreffend.

Des Königs Majestät haben nach einem unterm 17. März d. J. Allerhöchst vollzogenen

Regulativ wegen künftiger Einrichtung des Cassenwesens rücksichtlich der Disposition über die Einnahmen zum Staatshaushalt und der Nachweisung der Geld- und Verwaltungs-Resultate,

folgende Anordnungen und Einrichtungen zu befehlen geruhet:

- 1) Es müssen alle Cassen in bestimmten Terminen abschließen, und zwar
  - a) die Special-Cassen und Recepturen, welche ihre Einnahmen nicht direct an die Provinzial-Haupt-Cassen, sondern an Zwischen-Cassen abliefern, am 26. jedes Monats;
  - b) Zwischen-Cassen und diejenigen Special-Cassen ohne Unterschied, welche direct an die Provinzial-Haupt-Cassen abliefern, am letzten Tage jedes Monats,
- und
- c) die Provinzial- (Regierungs-) Haupt-Cassen am 10. des folgenden Monats.

Fällt der Tag des Abschlusses auf einen Sonn- oder Festtag, so wird am vorhergehenden Tage abgeschlossen.

- 2) Beim Jahres-Abschlusse sollen alle Cassen ihre Bücher für das abgelaufene Jahr noch vier Wochen hindurch offen halten, um in dieser Zeit

für möglichst vollständige Einziehung und Ablieferung der Einnahme-Reste und Berichtigung der Ausgabe-Rückstände sorgen und solche noch in jene Bücher aufnehmen zu können. Der definitive Jahres-Abschluß erfolgt daher

- a) für die nicht direct abliefernden Special-Recepturen  
am 26. Januar des folgenden Jahres;
  - b) für die Zwischen- und direct abliefernden Cassen  
am 31. Januar des folgenden Jahres,  
und
  - c) für die Provinzial- (Regierungs-) Haupt-Cassen  
am 10. Februar des folgenden Jahres.
- 3) Jede Einnahme-Casse liefert in der Regel zweimal im Monat, jedenfalls aber bis zum Tage des Abschlusses ihre Ueberschüsse vollständig an diejenige Casse ab, an welche sie gewiesen ist, und übersendet derselben zugleich die Abrechnung mit den belegten Designationen wegen aller bis dahin für deren Rechnung geleisteten Zahlungen.
- 4) Die Geld-Versendungen dürfen überall nur durch die Post geschehen, und nur da, wo eine Postverbindung fehlen sollte, ist eine Versendung in anderer Art unter Genehmigung der vorgesetzten Behörde zulässig.
- 5) Gleich nach dem Abschlusse fertigen die Cassen einen Extract aus ihren Büchern an, welcher die in dem Zeitraume, den der Extract umfaßt, und die in den vorhergehenden Monaten des Rechnungsjahres Statt gefundenen Einnahmen und Ausgaben nachweist.
- Der Extract für das Vierte Quartal bildet zugleich den Jahres-Final-Abschluß, indem derselbe die ganzjährige Einnahme und Ausgabe im Soll und Ist vollständig nachweist.
- 6) Auf den Grund dieser Extracte erfolgt die Revision der Cassen durch das Cassen-Curatorium, welches die Uebereinstimmung derselben mit den Cassen-Büchern und Belägen, und die Richtigkeit des Bestandes unter denselben zu bescheinigen hat, und dieselben sodann an die vorgesetzte Behörde gelangen läßt, welche solche rücksichtlich der vorgetragenen Soll-Einnahme und Ausgabe, der verbliebenen Einnahme- und Ausgabe-Reste, der Ablieferungen an die vorgesetzten Cassen und deren Uebereinstimmung mit den Extracten derselben zu prüfen, und wegen der dabei sich ergebenden Erinnerungen die nöthigen Verfügungen zu erlassen hat.

Ueber die Abgänge an der Soll-Einnahme, so wie über die Mehrausgaben gegen den Etat, muß die Casse sich durch besondere Ordres bei der Revision ausweisen.

- 7) Die Verwaltungs- und Cassen-Extracte für das Vierte Quartal jedes Jahres, welche, wie oben erwähnt, als Jahres-Final-Abschlüsse die Resultate der ganzen Verwaltung des abgelaufenen Jahres mit Einschluß der Rest-Verwaltung für die frühern Jahre vollständig nachweisen müssen, sind mit besonderer Sorgfalt anzulegen, und es ist darauf zu halten, daß vor dem Abschlusse für das letzte Quartal bei allen Cassen, so viel als irgend thöulich, die noch im Rest stehenden Einnahmen und Ausgaben berichtet, die wirklichen Einnahme-Ausfälle festgestellt und niedergelegt, die Ausgabe-Ersparnisse ermittelt, jedenfalls aber die Ueberschüsse überall an die vorgesezte Cassa abgeliefert werden und eine definitive Auseinandersetzung zwischen den Special- und den Haupt-Cassen erfolge.

Die Final-Abschlüsse sind die Grundlagen der Jahres-Rechnungen, welche mit denselben genau übereinstimmen müssen, und ist eine Abänderung derselben wegen etwaniger Erinnerungen, die bei denselben zu machen sind, niemals zulässig, da die einmal abgeschlossenen Bücher der Cassen, deren Bestände und Reste in die Bücher des neuen Jahres übertragen werden, keine Berichtigungen mehr aufnehmen können. Die wegen dergleichen Erinnerungen erforderlichen Berichtigungen sind in den Büchern und Abschlüssen des folgenden Jahres nachzuweisen.

Indem wir vorstehende Allerhöchste Bestimmungen zur allgemeinen Kenntniß bringen, insbesondere aber alle, von uns ressortirende Cassen-Beamte, Cassen-Revisoren und Rechnungs-Beamte zur pünktlichsten Beachtung und Befolgung derselben verpflichten, bemerken wir noch erläuternd

- zu 2) hinsichtlich des Jahres-Abschluß-Termins: wie die Special-Cassen auch ohnerachtet der ihnen hier bewilligten längern Frist dennoch ihr Geschäft mit solcher Thätigkeit, unter gehöriger Benutzung der ihnen zu Gebot stehenden Zwangsmittel, zu betreiben haben, daß bis zum Ende des Decembers die Jahres-Einnahmen möglichst beigebracht und alle, das vergangene Jahr betreffende Zahlungen, mit Einschluß derjenigen, welche für Rechnung der Regierungs-Haupt-Cassa zu leisten, berichtet sind, und daß mit der Abrechnung pro December die Ablieferung der Ueberschüsse und in der Hauptsache die Beendigung des Rechnungsgeschäftes für das vergangene Jahr erfolgt. Wenn alle Steuern und Ausgaben ohne Reste eingegangen, keine Ausgaben mehr rückständig und alle sonstigen Anstände beseitigt sind, so können die Special-Cassen auch sofort und vor dem 31. Januar des folgenden Jahres abschließen, da, wenn das Jahresgeschäft gänzlich vollendet ist, es auf den Termin nicht weiter ankommen kann. Es wird aber nicht immer und nicht überall ausführbar seyn, alle diejenigen Vorarbeiten, welche zur Herstellung eines voll-



Rändigen Abschlusses nöthig sind, z. B. die Ab- und Zugangs-Listen der Classen- und Gewerbe-Steuerh und die daraus zur Feststellung des Jahres-Solls anzufertigenden Kreis- und Haupt-Nachweisungen ic. so zeitig zu vollenden, daß solche zur Vortragung des Solls und zur gänzlichen Berichtigung der Reste schon im Laufe des Monats December in den Händen der Special-Cassen-Rendanten sich befinden. Hierzu nun, so wie zur völligen Vertreibung der Reste, zur gänzlichen Auseinandersetzung mit der Regierungs-Haupt-Casse und zur Berichtigung anderer, sich wohl noch findender Anstände, soll eben der Monat Januar die wohl zu benutzende Frist gewähren. Allein unter allen Umständen müssen die Schluß-Abrechnungen und Geld-Ablieferungen, so wie die, die Stelle der Jahres-Final-Abschlüsse vertretenden Cassen-Extracte für das Vierte Quartal, mit Berücksichtigung des durch den gewöhnlichen Postenlauf etwa entstehenden Verzuges, so zeitig zur Post gegeben werden, daß Erstere bei der hiesigen Regierungs-Haupt-Casse, und letztere bei der unterzeichneten Regierung, ganz ohnefehlbar

am 8. Februar des folgenden Jahres

eingegangen sind. Sollten wider Erwarten die bezeichneten Schlußsachen bis zum Abend des gedachten Tages hier noch nicht angekommen seyn, so werden dieselben sofort durch expresse Boten auf Kosten der säumigen Beamten abgeholt und letztere, nach Befinden, auch noch in Ordnungsstrafe genommen werden.

- Zu 5) wird bemerkt, daß Höhern Orts die weitem Verfügungen über die Form der Cassen-Extracte ic. noch vorbehalten sind; bis zu deren Eingang daher die bisherigen Vorschriften überall hierunter zu beobachten bleiben.
- Zu 6) versteht es sich von selbst, daß da, wo die zeitlichen Termine zu den Cassen-Revisionen mit den jetzt abgeänderten Abschluß-Terminen nicht in Einklang zu bringen sind, Erstere einer Abänderung unterliegen müssen; wovon uns jedoch allemal Anzeige zu machen bleibt. Die pünktliche und sorgfältige Abhaltung dieser Revisionen, so wie die prompte Einsendung der Revisions-Verhandlungen, wird bei dieser Gelegenheit dringend empfohlen.
- Zu 7) endlich bleibt zu bemerken, daß, insofern etwa eine oder die andere Special-Casse ordnungswidrig bei der Schlußlieferung noch Ausgaben in Zurechnung bringen sollte, die nicht angenommen werden können, so muß, da die Special-Cassen ohne Bestände abschließen und die Final-Abschlüsse keinen Abänderungen unterliegen sollen, die Regulirung in den laufenden Abrechnungen in der Art erfolgen, daß die Regierungs-Haupt-Casse der betreffenden Special-Casse den Betrag der remittirten Beläge zur Last stellt, einweilen den Ueberschuß vorschußweise deckt und von

der nächsten Ablieferung kürzt. Je wichtiger überhaupt es für die ganze Ordnung im Cassen-Haushalt und für das gesammte Rechnungswesen ist, daß die Final-Abschlüsse richtig sind und daß insbesondere die unerläßliche Uebereinstimmung zwischen der Haupt-Casse und den Special-Cassen rücksichtlich der Ablieferung der rechnungsmäßigen Ueberschüsse überall vorwaltet, desto strenger werden wir genöthigt seyn, jede hierunter bewiesene Nachlässigkeit zu ahnden. —

In Gemäßheit der uns durch das Eingangs angeführte Allerhöchste Regulative zur besondern Pflicht gemachten Fürsorge, daß die Ausgaben in den Fälligkeitsterminen prompt geleistet und alle Anforderungen an die Cassen für jedes laufende Jahr vor dem Cassen-Abschluß desselben befriedigt werden, fordern wir alle Empfänger von Besoldungen, Pensionen, Wartegeldern oder andern auf Königl. Cassen angewiesenen Zahlungen, mit Bezugnahme auf unsere Verfügung vom 27. August 1825, im 35ten Stücke des Amtsblatts pro 1825, Seite 570, Nr. 167, hierdurch nochmals auf, ihre Gehühnisse ohnfehlbar vor dem Ablauf des Monats December jedes Jahres in Empfang zu nehmen, so wie wir die Cassen-Beamten gleichmäßig anweisen, die etwa zurückbleibenden Zahlungsnehmer zur Abhebung besonders zu veranlassen und sie wenigstens gegen Ablauf des Kalenderjahres daran zu erinnern.

Merseburg, den 28. November 1828.

Königlich Preussische Regierung.

## Personal-Chronik.

### Beförderungen.

Der Professor Schmieder an der Landesschule zu Pforta ist nach der Allerhöchsten Cabinetsordre vom 24. October c. zum geistlichen Inspector, und der Professor Briesler nach dem Ministerial-Rescripte vom 29. October c. zum Diaconus daselbst ernannt worden.

Magdeburg, den 26. November 1828.

- 1) Zu Auscultatoren sind angenommen: die Candidaten der Rechte, Karl Eduard Conradi und Adolph Ernst Hempel, den 7. November c.; Karl August Ernst Schulze, den 14. November c.; Karl Ferdinand Benjamin Hassert, den 25. November c.;
- 2) der Auscultator, Georg Siemens, ist den 10. November c. von dem Landgerichte zu Erfurt an das Oberlandesgericht zu Halberstadt versetzt worden;

- 3) der Gerichtsamts-Actuar und Oberlandesgerichts-Referendar, Johann Christoph Ramsch, ist, an die Stelle des auf sein Gesuch entlassenen Bertram, zum Gerichtsamtman in Wettin den 13. October c.;
- 4) der Aufcultator, Ernst Wolfgang Hübner, ist an des Ramsch's Stelle zum Actuar bei dem Gerichtsamte Heringen den 25. November c.;
- 5) der Aufcultator, Friedrich August Werner, ist an des pensionirten Wegle's Stelle zum Actuar bei dem Gerichtsamte Belgern den 25. November c. ernannt;
- 6) dem Oberlandesgerichts-Referendar, Friedrich August Stuhlträger, ist die, Behufs Uebernahme von Patrimonial-Gerichts-Verwaltungen nachgesuchte Entlassung, mit Beibehaltung des Titels eines Referendars, den 19. November c. ertheilt worden;
- 7) der invalide Unterofficier, Benjamin Büttner, ist an des pensionirten Pfeifer's Stelle zum Boten und Executor bei dem Gerichtsamte des Stadtbezirks Wittenberg den 25. November c. angenommen.

Naumburg, den 29. November 1828.

---

# Nachweisung

der

im Monate November 1828

auf den größern Marktplätzen des Merseburger Regierungs-Bezirks bestan-  
denen Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürf-  
nisse, ingleichen der Rauch-Forge.

| Namen<br>der<br>Marktplätze. | Getreide.            |     |        |      |        |     |       |     | Hülfsfrüchte.        |      |        |     |        |     | Rauchfutter.    |      |         |      |         |     |     |
|------------------------------|----------------------|-----|--------|------|--------|-----|-------|-----|----------------------|------|--------|-----|--------|-----|-----------------|------|---------|------|---------|-----|-----|
|                              | Weizen               |     | Roggen |      | Gerste |     | Hafer |     | Hirse                |      | Erbsen |     | Linsen |     | Kartof-<br>feln |      | Heu     |      | Stroh   |     |     |
|                              | der Preussische Sack |     |        |      |        |     |       |     | der Preussische Sack |      |        |     |        |     | Schf.           |      | à Cent. |      | à Scho. |     |     |
|                              | thl.                 | sa. | pf.    | thl. | sa.    | pf. | thl.  | sa. | pf.                  | thl. | sa.    | pf. | thl.   | sa. | pf.             | thl. | sa.     | pf.  | thl.    | sa. | pf. |
| 1 Merseburg                  | 2 14                 | 2   | 1 29   | 7    | 1 7    | 7   | 22    | —   | —                    | 1 20 | —      | 2 5 | —      | 15  | —               | 25   | —       | 6 15 | —       | —   | —   |
| 2 Halle                      | 2 18                 | —   | 1 26   | 5    | 1 10   | 8   | 25    | 8   | 4 20                 | —    | 1 25   | —   | 2      | —   | 18 6            | —    | 25      | —    | 9       | —   | —   |
| 3 Naumburg                   | 2 15                 | —   | 1 29   | 5    | 1 8    | 6   | 20    | 9   | 4 11                 | —    | 2 8    | —   | 2 15   | —   | 10              | —    | 1 10    | —    | 6 5     | —   | —   |
| 4 Torgau                     | 2 15                 | —   | 1 28   | 9    | 1 12   | 6   | 26    | 5   | 5 15                 | —    | 2 10   | —   | 4      | —   | 7 6             | —    | 22 6    | —    | 5       | —   | —   |
| 5 Wittenberg                 | 2 16                 | 7   | 1 25   | 9    | 1 16   | 7   | 26    | 3   | 4                    | —    | —      | —   | —      | 8 1 | —               | —    | —       | —    | —       | —   | —   |
| 6 Eisleben                   | 2 12                 | 5   | 1 20   | 8    | 1 7    | 6   | 21    | 2   | 5 16                 | 8    | 1 24   | 8   | 2 14   | 8   | 15              | —    | 22 6    | —    | 4 12    | 6   | —   |
| 7 Zeitz                      | 2 11                 | —   | 2 5    | —    | 1 10   | —   | 23    | 6   | 4                    | —    | 2 5    | —   | 2 8    | —   | 15              | —    | 1       | —    | 6       | —   | —   |
| 8 Querfurth                  | 2 10                 | —   | 1 26   | 5    | 1 5    | —   | 21    | 5   | 5 15                 | —    | 1 26   | —   | 2      | —   | 16 5            | —    | 1       | —    | 5 20    | —   | —   |
| 9 Wittenfeld                 | 2 20                 | 9   | 1 27   | —    | 1 9    | 6   | 28    | 5   | —                    | —    | —      | —   | —      | —   | —               | —    | 26 5    | —    | 5 10    | —   | —   |

Merseburg, den 5. December 1828.

Königlich Preussische Regierung.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

47. Stück.

Ausgegeben zu Merseburg den 20. December 1828.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Nachdem des Königs Majestät für den Zweck der Gründung einer evangelischen Kirche in Rio de Janeiro eine Kirchen- und Haus-Collecte zu bewilligen geruht, ist von den Königlichen Ministerien der Geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und des Innern ein Verein zur Einsammlung von Beiträgen für die evangelische Gemeinde zu Rio de Janeiro, der sich in Berlin gebildet hat, genehmigt worden, welcher die Beiträge zur Unterstützung dieses frommen Werks aus dem ganzen Umfange des Staats in Empfang nehmen, darüber öffentlich Rechenschaft ablegen und den Betrag der Sammlung an die Vorsteher der evangelischen Gemeinde in Rio de Janeiro übersenden wird.

Nr. 150.  
Die Unter-  
stützung einer  
evangelischen  
Gemeine in  
Rio de Ja-  
neiro betr.

Unter diesen Umständen ist von der Allerhöchst bewilligten Haus-Collecte abgestanden, und von der Königl. Regierung hieselbst im 35ten Stücke des hiesigen Amtsblatts zur die Anordnung zu einer Kirchen-Collecte getroffen worden.

Indem ich hiervon die Einwohner des hiesigen Regierungs-Bezirks in Kenntniß setze, mache ich es mir zur angenehmen Pflicht, ein so wohlthätiges und frommes Werk, als die Stiftung einer evangelischen Gemeinde in Süd-Amerika ist, Ihnen zur Unterstützung recht angelegen zu empfehlen, mit der Bitte, die dazu bestimmten Beiträge unter der Adresse: an den

Königl. Ober-Präsidenten Herrn v. Schönberg in Berlin, welcher ein Mitglied des gedachten Vereins ist, unmittelbar nach Berlin einzusenden.

Den Zurschick des Königl. Preuss. General-Consuls zu Rio de Janeiro, Hrn. Heremlin, um Unterstützung unserer Glaubensgenossen jenseit des Weltmeers,

habe ich, zu mehrerer Beherzigung des frommen Zwecks, nachfolgend abdrucken lassen.

Merseburg, den 12. December 1828.

Der Regierungs-Präsident Freiherr von Brenn.

### Evangelische Kirche zu Rio de Janeiro.

Die evangelischen Einwohner Preußens, denen Alles, was zur Verbreitung des göttlichen Reiches auf Erden gehört, eine so lebhafteste Theilnahme einflößt, werden es gewiß nicht ohne Freude vernehmen, daß die Gründung einer evangelischen Kirche zu Rio de Janeiro in Brasilien, im Werke ist. Da in jener Stadt, außer in der Kapelle der englischen Gesandtschaft, nur katholischer Gottesdienst gehalten wird, so fühlten die evangelischen, größtentheils aus Deutschland und der Schweiz herstammenden Bewohner schon längst das Bedürfnis, sich in einer Kirchengemeinschaft an einander zu schließen, und das Wort Gottes, nach evangelischen Grundsätzen, und in den geliebten Tönen der Muttersprache, zu hören. Noch dringender mußte dies Bedürfnis erscheinen, wenn man das Schicksal der europäischen Auswanderer erwog. Es ist bekannt, wie sehr diese Auswanderungen nach Brasilien, und vornehmlich nach der Hauptstadt und deren nächsten Umgebungen, in den letzten Jahren zugenommen haben. Die Mehrtheil fanden sich in der Hoffnung, die sie nach jenem entfernten Welttheile gelockt hatte, und die auf Unkenntnis der dortigen Verhältnisse beruhte, getäuscht, und geriethen in eine höchst bejammernswerthe Lage. Hätten sie doch wenigstens Gelegenheit gehabt, aus der öffentlichen Verkündigung des göttlichen Wortes Stärkung zu schöpfen, oder ihre Kranken in solchen milden Anstalten unterzubringen, die eine geschlossene und wohlgeordnete Kirchengemeinschaft zu errichten pflegt! Aber jener Trost, und diese Hülfe fehlten ihnen, und viele wurden durch Verzweiflung, so wie durch den nicht zu unterdrückenden Wunsch, einen Anschließungspunkt zu finden, bewogen, zur katholischen Kirche überzutreten.

Die evangelischen Einwohner der Hauptstadt Brasiliens, befeelt von dem Wunsche, diesem so lebhaft gefühlten Bedürfnisse abzuhelpfen, traten zusammen; und der Geist des Herrn, der ein Geist der Eintracht und des Friedens ist, wirkte dergestalt auf die Gemüther, daß sie, obgleich durch Sprache und Bekenntnisse getrennt, beschlossen, sich zu einer deutsch-französischen evangelischen Kirchengemeinschaft zu vereintigen. Die Absicht derselben geht nun dahin, einen Geistlichen zu berufen, der in deutscher und französischer Sprache das Wort Gottes verkünde; ein Local für die gottesdienstlichen Versammlungen zu mietzen; und, sobald die nöthigen Mittel vorhanden seyn werden, eine Kirche, eine Prediger-Wohnung, ein Schulhaus und ein Krankenhaus zu erbauen. Die

Gründung einer Schule zeigte sich besonders als etwas dringend nothwendiges, weil es dort den evangelischen Kindern gänzlich an Gelegenheit zur Bildung fehlt.

Der Ausführung aller dieser Entwürfe war jedoch die neu sich bildende Gemeinde durch ihre eigenen Kräfte keinesweges gewachsen. Unter den 1000 Mitgliedern, aus denen sie ungefähr bestehen mag, waren nur 30 der Angesehensten wohlhabend genug, um sich zu jährlichen Beiträgen zu verpflichten, und diese stiegen nicht höher, als zu der Gesamtsumme von 1500 Thalern; eine Summe, die in einem Lande, wo alle Lebensbedürfnisse so hoch im Preise stehen, nicht einmal zur Besoldung eines Geistlichen, geschweige denn zur Gründung aller der Anstalten, die einer Kirchengemeinschaft unentbehrlich sind, hinreichen würde.

In dieser großen Verlegenheit beschloß die Gemeinde, sich mit der Bitte um Schutz und um Beistand an Se. Majestät den König von Preußen zu wenden. Der fromme Eifer, womit Allerhöchstdieselben nicht nur in ihren Landen, sondern auch außerhalb, das Ausblühen der evangelischen Kirche zu befördern suchten, ließ Erfüllung dieser Bitte hoffen; und diese Hoffnung ward nicht getäuscht. Allerhöchstdieselben haben zu genehmigen geruht, daß, um den Bedürfnissen der evangelischen Gemeinde zu Rio de Janeiro nach Möglichkeit entgegenzukommen, in dem ganzen Umfange des Preussischen Staats eine allgemeine Kirchen- und Hauscollekte veranstaltet würde.

In Gemäßheit dieser Allerhöchsten Bestimmung wagt also der Unterzeichnete, die evangelischen Christen in Preußen zu einer wohlthätigen Beisteuer für die neu zu gründende evangelische Gemeinde in Rio de Janeiro aufzufordern, von welcher er mit Aufragen und Vollmacht versehen ist. Die Bitte um Hülfe, welche die lutherischen Gemeinden in Nordamerika an sie gelangen ließen, ist nicht vergeblich gewesen; warum sollte die erste evangelische Gemeinde, die sich in Südamerika zu bilden strebt, deren Noth gewiß größer, und deren Mittel geringer sind, nicht die Erwartung eines ähnlichen Erfolgs hegen dürfen? Christliche Brüder, wie groß sind nicht die Wohlthaten, deren ihr euch im Schooße eures Preussischen Vaterlandes und eurer evangelischen Landeskirche erfreut! An unzähligen Stätten des öffentlichen Gottesdienstes vereinigt ihr euch zu eurer Erbauung und zur Ehre des Herrn; unter euch blühen die Anstalten zur Erziehung der Jugend; selbst der Aermere empfängt den nothwendigen Unterricht, und wenn er erkrankt, so ist für seine Pflege gesorgt. Laßt euch das Schicksal eurer Glaubensgenossen und Landleute, jenseit des Weltmeers, die alle diese Vortheile entbehren, zu Herzen gehen, und verbindet mit dem Gebete für ihr geistiges und irdisches Wohl, die Gabe, die zur Beförderung des einen und des andern dienen wird. Das, was ihr nach euren Mitteln beiträgt, sey

es viel oder wenig, das wolle der Herr, zu dessen Ehre es verwendet werden soll, auch reichlich in diesem und in jenem Leben vergelten!

Berlin, April 1828.

W. Thieremin,

Königl. Preuß. General-Consul zu Rio de Janeiro.

## Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 151.  
Erneuerte  
Vorschriften  
für Apotheker  
enthaltend.

Nachdem die dritte Revision sämmtlicher Apotheken im Regierungsbezirke beendigt ist, finden wir nöthig, folgende gesetzliche Bestimmung der Apotheker-Ordnung vom 11. October 1801 und einige spätere den Apotheken-Besitzern und Administratoren noch besonders in Erinnerung zu bringen.

- 1) Statt der China Sava ist künftig die China regia vorrätzig zu halten, es sey denn, daß erstere ein Arzt ausdrücklich verlangen sollte.
- 2) Kein zum arzneilichen Gebrauche bestimmtes Präparat muß künftig in das Standgefäß der Apotheke aufgenommen werden, ehe man sich nicht durch dessen Prüfung die Ueberzeugung verschafft hat, daß ihm keine schädlichen fremdartigen Stoffe beigemischt sind.
- 3) Ungezeichnetes Gewicht darf in der Officin ferner nicht in Gebrauch gezogen werden.
- 4) Der Giftschrank ist auf das genaueste nach S. 27. der Apotheker-Ordnung einzurichten; auch ist ihm ein angemessener Platz einzuräumen. Das Giftbuch ist nach der ebendasselbst gegebenen Vorschrift mit aller Sorgfalt zu führen.
- 5) Die Siebe, welche zu der Reinigung von giftigen oder giftartigen Mitteln in Gebrauch sind, müssen sehr rein gehalten, und die zur Säuberung der ersten benutzten, besonders signirt werden. Auch ist das Reinhalten der Seihetücher zu Decocten und Infusionen nicht zu vernachlässigen. So wie nach S. 18. der Apotheker-Ordnung zu scharfen heftigen Mitteln, als: Quecksilbersublimat, ingleichen zu starkriechenden, als: Moschus und Asa foetida, besondere Mörser und Waageschaalen gehalten werden sollen, so ist diese Vorschrift um so nöthiger bei den Sieben und Seihetüchern, auf denen noch leichter scharfe und starkriechende Bestandtheile haften.
- 6) Bei Aufnahme der Lehrlinge und Annahme der Gehülfen sind die Vorschriften S. 8. der Apotheker-Ordnung und die Verfügung vom 7. Mai 1825 (Nr. 84. des Amtsblatts g. J.) stets zu beachten.



Wird diesen und den übrigen gleich wichtigen Vorschriften der Apotheker-Ordnung entgegen gehandelt, so wird es künftig bei den Apotheken-Revisionen nicht mehr bei den bloßen Erinnerungen sein Bewenden haben, sondern es werden die Contraventionsfälle nach §. 20. der Apotheker-Ordnung gestraft werden. Wir erwarten jedoch nicht, daß es der Strafen bedürfen werde, um die Inhaber von Apotheken zu ihrer Pflicht anzuhalten, da die mehresten bisher bestraft gewesen sind, die Einrichtungen in ihren Apotheken zu verbessern, und für einen hinreichenden Vorrath von Mitteln zu sorgen.

Merseburg, den 12. December 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Um den Polizeibehörden unsers Regierungsbezirks ein Anhalten zu geben, wie bei zu ihrer Kenntniß kommenden Criminal-Verbrechen, wo selbige gesetzlich den ersten Angriff haben, zu verfahren sey, finden wir für nöthig, nachstehende Bestimmungen zu erlassen.

Art. 152.  
Verfahren  
der Polizei-  
behörden bei  
Criminal-  
Verbrechen  
betr.

1.

Das Verfahren der Polizeibehörde, so bald ein Criminal-Verbrechen zu ihrer Kenntniß gelangt, darf sich im Allgemeinen nur auf solche Verfügungen und Vernehmungen erstrecken, welche keinen Verzug erleiden, und dazu dienen, der Wahrheit auf frischer That möglichst auf die Spur zu kommen, den Thäter zu ermitteln und festzunehmen, das geraubte oder gestohlene Gut herbeizuschaffen, und den Thatbestand bis zum Einschreiten der Criminalbehörde in seinem unveränderlichen Zustande zu erhalten.

Es ist daher Pflicht der Polizeibehörde: sich sofort an Ort und Stelle von dem vorgefallenen Verbrechen zu unterrichten; den Thatbestand und die vorhandenen Spuren des Verbrechens gegen jede nachtheilige Veränderung zu sichern; diejenigen Personen, welche von den äußern Umständen vor und nach der That Kenntniß haben, sorgfältig zu vernehmen; allen verdächtigen, besonders denjenigen fremden Personen, welche sich in Schenken, Wirthshäusern oder sonst in der Nähe oder am Orte des begangenen Verbrechens aufgehalten haben, behutsam und umsichtig nachzuspüren; die etwa nöthigen Hausdurchsuchungen vorzunehmen; polizeiliche Beobachtungen im Geheim anzuordnen, und überhaupt alle Umstände und Momente, welche nach der Natur und Individualität des Verbrechens und den besondern Verhältnissen sich ergeben, mit reiflicher Ueberlegung zu benutzen, um den Thäter zu ermitteln und sich seiner Person zu versichern.

2.

Die Polizeibehörde ist verpflichtet, diejenigen Personen, welche wegen Verbahtes, ein Criminal-Verbrechen begangen zu haben, verhaftet werden, bei der

Verhaftung sorgfältig zu visitiren, ihnen alles Geld, alle Waffen und andere Geräthe, welche zu Mißbräuchen dienen können, abzunehmen, und ihnen jede Gelegenheit abzuschneiden, durch welche sie mit andern Personen schriftlichen oder mündlichen Verkehr treiben können.

Es dürfen daher zu den Verhafteten weder Fremde noch Verwandte der Gefangenen zugelassen werden, und ist darnach der Gefangenwärter genau zu instruiren.

Hat ein Gefangener seinen Verwandten Mittheilungen zu machen, so darf solches nur in Gegenwart des Dirigenten der Polizeibehörde oder seines Stellvertreters geschehen.

Eben so muß auf dem Transporte zum Gefängnisse jede Communication des Verhafteten mit andern Personen unterbleiben; diejenigen, welche den Transport besorgen, dürfen auch für ihre Person nicht sich mit dem Gefangenen unterhalten, und eben so wenig sich bemühen, von dem Verhafteten das Geständniß der That, sey es durch Drohungen, Versprechungen oder sonst auf irgend eine Art, zu erlangen.

3.

Die Aufnahme des Thatbestandes ist Sache der Criminalbehörde, und darf daher in der Regel, und in so fern nicht besondere dringende Veranlassungen ein schleunigeres Einschreiten nöthig machen, durch die Polizeibehörde nicht erfolgen.

4.

Dagegen ist die summarische polizeiliche Vernehmung des Verhafteten durch die Polizeibehörde nur darauf zu gründen, ob der Verhaftete Thäter oder Mitschuldiger des in Rede besangenen Verbrechens sey, und im Falle eines sofort erfolgenden Eingeständnisses, ob und welche Theilnehmer etwa dabel concurrirt haben, ingleichen bei Verabungen oder bei Diebstählen, wo das Geraubte oder Entwendete sich befindet, und letzteres herbeizuschaffen.

Die Verhandlungen sind sodann aufs Schleunigste an das betreffende Criminalgericht zur weitem Veranlassung abzugeben. Doch liegt es der Polizeibehörde ob, in allen Fällen, wo es ihr nicht gelungen ist, den Thäter oder dessen Mitschuldige zu entdecken, ihre hierauf gerichteten Bemühungen auch nach erfolgter Abgabe ihrer Verhandlungen noch fortzusetzen, und die Resultate derselben dem betreffenden Criminalgerichte mitzutheilen.

Merseburg, den 1. December 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Da der aus den Anhalt-Dessau- und Anhalt-Köthenschen Gebieten in das Preussische Gebiet übergehende Branntwein in dem letztern einer Ausgleichungs-Abgabe von 1 1/2 Sgr. für das Preussische Quart unterliegt; so ist, um die Identität des aus dem Preussischen Gebiete durch die vorgedachten Anhaltischen Gebiete nach dem Preussischen Gebiete transitirenden Branntweins zu sichern, unterm 15. v. M. von dem Herrn General-Director der Steuern angeordnet worden, daß verglichen Branntwein-Transporte in jeder Menge nach den Vorschriften der Verordnung vom 19. November 1824, zu §. 15, Nr. 4 und 5. (Gesetzsammlung von 1824, Nr. 20, Seite 181.) über den Waaren-Transport im Innern des Landes behandelt, mit einem Frachtbrief oder Transportzettel des Versenders begleitet, und die Branntweingebinde von der Steuerstelle, welche die Visirung und die Abstempelung der Bescheinigungen bewirkt, am Spunde und Zapfen versiegelt werden müssen.

Der Wiedereingang solcher Branntwein-Transporte ist zwar nicht an die gegen Anhalt errichteten Controllstellen unbedingt geknüpft; doch bleiben die Gebinde der Steuerstelle im Bestimmungsorte, oder in Ermangelung einer solchen, derjenigen, welche auf dem Wege aus dem Anhaltischen dahin berührt werden muß, oder diesem Wege zunächst belegen ist, jederzeit zur Entsigelung unter Vorlegung der Transport-Bescheinigungen vorzuführen.

Das Publicum wird von dieser Controll-Maaßregel hierdurch in Kenntniß gesetzt, deren Nichtbeachtung die Folge hat, daß der durch das Anhaltische Gebiet transitirende inländische Branntwein als Fabricat der Anhalt-Dessau- und Köthenschen Gebiete betrachtet und behandelt werden muß.

Magdeburg, den 5. December 1828.

Königlicher Provinzial-Steuer-Director Säch.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Zu Deckung des in dem Zeitraume vom 1. April bis ult. September d. J. erforderlichen Bedarfs der Feuer Societät für das Herzogthum Sachsen sind für den diesjährigen Michaelstermin von den Societätsgeossen

186,252 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf.,

als:

|         |       |    |      |   |     |  |
|---------|-------|----|------|---|-----|--|
| 185,795 | Thlr. | 10 | Sgr. | 7 | Pf. | zu Vergütung von Brandschäden,               |
| 1,711   | "     | 24 | "    | 5 | "   | zu Vergütung der Feuergeräthschäden,         |
| 675     | "     | —  | "    | — | "   | zu den Administrationskosten, und            |
| 72      | "     | 2  | "    | 6 | "   | zu den Insinuationskosten des Ausschreibens, |

ult.

aufzubringen, und dazu von den erbländischen Kreisen und Stiftern des Herzogthums Sachsen, so wie von der Niederlausitz und dem Königl. Preussischen Antheile der Oberlausitz, von einem Subscriptionsquantum von 63,584,590 Thlr.

Neun Silbergrößen

vom Hundert beizutragen.

Indem wir den sämmtlichen Societätsgegnossen solches hiermit bekannt machen, bemerken wir zugleich, daß sich in dem obgedachten Zeitraume überhaupt

114 Brände

ereignet haben, wovon

- 10 durch Gewitter,
- 6 „ Verwahrlosung,
- 25 „ mutmaßliche Brandstiftung,
- 1 „ fehlerhafte Bauart, und
- 72 „ unermittelte Zufälle

entstanden, und wodurch

419 assureirten Grundstücksbesitzern

|                                    |                    |                |                     |
|------------------------------------|--------------------|----------------|---------------------|
| 269 Wohnhäuser . . . . .           | total eingedeckert | 68 dergleichen | partiell beschädigt |
| 372 Seitengebäude und Ställe . . . |                    | 36 „           |                     |
| 189 Scheunen . . . . .             |                    | 30 „           |                     |
| 4 Schuppen . . . . .               |                    | 1 „            |                     |
| 3 Backhäuser . . . . .             |                    | 1 „            |                     |
| 5 Brau- und Brennhäuser . . .      |                    | 1 „            |                     |
| 3 Schmieden . . . . .              |                    | 1 „            |                     |
| 1 Ziegelei . . . . .               |                    | 1 „            |                     |
| 4 Mahlmühlen . . . . .             |                    | — „            |                     |
| 7 Windmühlen . . . . .             |                    | 1 „            |                     |
| 1 Kirche . . . . .                 |                    | — „            |                     |

858 Summa

140 Summa

worden sind.

Merseburg, den 1. December 1828.

Königl. Preuss. Feuer-Societäts-Directorial-Deputation.

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

48. Stück.

---

Ausgegeben zu Merseburg den 27. December 1828.

---

## Verordnungen der Königlichen Regierung.

Des Königs Majestät haben, durch eine unter dem 19. September d. J. Nr. 153. erlassene Allerhöchste Cabinets-Ordre, zu bestimmen geruhet, daß allen in den Preussischen Staaten ansässigen jüdischen Einwohnern der Einzel-Verkauf ih-  
rer Waaren auf den Jahrmärkten in den vorinals Sächsischen Städten und Märktecken gestattet und fernerhin, nach dem Mandat vom 16. August 1746, nur den einer fremden Landesherrschaft angehörigen jüdischen Handelsleuten versagt werde.

Den Einzelne  
Verkauf der  
Waaren an:  
sässiger jüdi-  
scher Einwoh-  
ner auf Jahr-  
märkten  
betr.

Merseburg, den 10. December 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

Das Rentamt Kelbra ist, vom 1. October d. J. ab, mit dem Rentamte zu Sangerhausen dergestalt vereinigt worden, daß der Rentant Klet zu Sangerhausen die erforderlichen Hebetage zu Kelbra halten, auch sämtliche sonstige Localgeschäfte dort besorgen wird.

Nr. 154.  
Die Abhol-  
tung der He-  
betage u. bei  
dem Rentam-  
te Kelbra btr.

Merseburg, den 1. December 1828.

Königlich Preussische Regierung, Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

## Bekanntmachung der Königl. Regierung.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 30sten September d. J. Allergnädigst geruht, wegen verdienstlichen Benehmens bei der

im Monate Januar d. J. Statt gehabten Elbüberschwemmung, dem Fischermeister Busse zu Mühlberg und dem Fährpächter und Fischermeister Brehmisch zu Belgern das allgemeine Ehrenzeichen zweiter Klasse zu verleihen, und dem 2c. Busse außerdem ein Gnadengeschenk von 30 Thalern, ingleichen dem Fischermeister Raumann und dem Fischergefallen Blochwitz zu Mühlberg, so wie den beiden Fährgehilfen Köppe und Nagel, und dem Schiffsmüller Wille zu Belgern, jedem ebenfalls ein Gnadengeschenk von 30 Thalern zu bewilligen.

Wir bringen diese Allerhöchsten Gnadenbezeugungen hiermit zur allgemeinen Kenntniß.

Merseburg, den 6. December 1828.

Königl. Preuß. Regierung, Abtheilung des Innern.

## Verordnung des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nr. 155.  
Die gerichtliche  
Verordnung  
der Vors  
mundschaften  
über nicht  
eximirtre Pfler  
gebefohlene  
bette.

Indem nachstehendes Rescript des Herrn Justiz-Ministers Excellenz vom 20. November und 10. December c.:

„Des Königs Majestät haben auf den Antrag der Sächsischen Provinzialstände zu befehlen geruhet, daß die gerichtliche Leitung der Vormundschaften über nicht eximirtre Pflegebefohlene, insofern damit keine Vermögensverwaltung verbunden ist, ohne Rücksicht auf die Summe des Vermögens der Curanden, in Gemäßheit der Instruction vom 4. Mai 1820, §. 10. A. 3, den Gerichtsämtern übertragen werde. Die Landgerichte sind daher anzuweisen, alle diejenigen, bei ihnen schwebenden Vormundschaftsachen, welche etwa in Folge der Allerhöchsten Ordre vom 13. Julius 1827 von den Gerichtsämtern mit Rücksicht auf den die Summe von 200 Thlr. übersteigenden Vermögensbetrag an sie abgegeben worden, wiederum den Gerichtsämtern zu übertragen.

Berlin, den 20. November 1828.

Der Justiz-Minister,

(gez.) Graf von Dankelmann.

An  
das Königl. Ober-Landes-Gericht  
zu Raumburg.“

hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, werden die Königl. Landgerichte in unserm Departement, so wie die Königl. Landgerichts-Deputation zu Schleusingen, zugleich angewiesen, demgemäß die bei ihnen anhängigen Vor-

mundschaftsachen, welche etwa in Folge des Allerhöchsten Befehls vom 15. Julius 1827 von den Gerichtsämtern mit Rücksicht auf den, die Summe von 200 Thlr. übersteigenden Vermögensbetrag an sie abgegeben worden sind, wiederum den Gerichtsämtern zu übertragen, und diese haben solche zur Bearbeitung zu übernehmen.

Raumburg, den 12. December 1828.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht von Sachsen.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Nachdem die Hypothekentabellen über sämtliche, in den Dörfern Ristritz, Zelschen, Oberkafa und Unterkafa befindlichen Häuser und geschlossenen Güter, ingleichen über die zum Dorfe und der Flur Cröhseln gehörigen Häuser und Grundstücke nunmehr fertig sind, so wird solches den Interessenten hierdurch öffentlich bekannt gemacht, mit der Aufforderung, solche vom 1. Januar 1829 ab, bis ult. Februar d. a. im hiesigen Gerichtslocale einzusehen, und etwaige Erinnerungen dagegen anzubringen, unter der Verwarnung, daß nach Ablauf dieses Zeitraums Erinnerungen dagegen nicht mehr angenommen werden können.

Domprobsteischloß Osterfeld, den 12. December 1828.

Die Raumburgischen Domprobstei-Gerichte.

Arnold.

### B e k a n n t m a c h u n g .

Die alle drei Rubriken in sich fassenden Hypothekentabellen über die Häuser und Grundstücke der Dörfer und Fluren Pauscha, Lissen und Pitschendorf sind vollendet und liegen in dem Zeitraume vom 1. Januar 1829 bis ult. Februar d. a. in der Expedition des unterzeichneten Justitlars wegen der dagegen anzubringenden Erinnerungen der Interessenten zur Einsicht bereit. Später eingehende Erinnerungen werden nicht berücksichtigt werden.

Pauscha im Kreise Weissenfels, den 12. December 1828.

Die von der Beckeschen Patrimonial-Gerichte.

Arnold.

# Martini: Durchschnitts-Marktpreise

des

Getreides pro 1828

der in der Bekanntmachung vom 8. Mai 1822 (Amtsblatt 1822 pag. 195) genannten Städte, deren Marktpreise bei Ablösung von Getreide-Naturalleistungen zu Grunde gelegt werden sollen.

| Kaufende Nummer. | Namen<br>der<br>S t ä d t e . | G e t r e i d e .        |     |     |         |     |     |         |     |     |        |     |     |
|------------------|-------------------------------|--------------------------|-----|-----|---------|-----|-----|---------|-----|-----|--------|-----|-----|
|                  |                               | Weizen.                  |     |     | Koggen. |     |     | Gerste. |     |     | Hafer. |     |     |
|                  |                               | Der Preussische Scheffel |     |     |         |     |     |         |     |     |        |     |     |
|                  |                               | Zblr.                    | fg. | pf. | Zblr.   | fg. | pf. | Zblr.   | fg. | pf. | Zblr.  | fg. | pf. |
| 1                | Halle . . . . .               | 2                        | 14  | 10  | 1       | 24  | 10  | 1       | 9   | 10  | —      | 23  | 11  |
| 2                | Weissenfels. . .              | 2                        | 15  | 6   | 1       | 29  | —   | 1       | 10  | —   | —      | 21  | —   |
| 3                | Leipzig . . . . .             | 2                        | 25  | 10  | 2       | 3   | 5   | 1       | 11  | 6   | —      | 27  | 9   |
| 4                | Naumburg . . .                | 2                        | 14  | 7   | 2       | —   | 4   | 1       | 8   | 4   | —      | 21  | —   |
| 5                | Zeitz . . . . .               | 2                        | 12  | —   | 2       | 4   | 5   | 1       | 10  | —   | —      | 21  | —   |
| 6                | Wittenberg. . .               | 2                        | 17  | 6   | 1       | 25  | 5   | 1       | 15  | 5   | —      | 25  | 7   |
| 7                | Torgau . . . . .              | 2                        | 14  | 6   | 1       | 28  | 9   | 1       | 12  | 6   | —      | 26  | 5   |
| 8                | Nordhausen . .                | 2                        | 6   | 10  | 1       | 25  | 10  | 1       | 4   | 2   | —      | 19  | 10  |
| 9                | Queblinburg . .               | 2                        | 10  | 11  | 1       | 20  | 4   | 1       | 8   | 5   | —      | 27  | 10  |

Merseburg, den 17. December 1828.

Königl. Preuss. Regierung, Abtheilung des Innern.









